

Hochschule Düsseldorf
-Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften-

Master-Thesis zum Thema

**Wie sind
soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz
miteinander vereinbar?**

Eine qualitative Untersuchung der Herausforderung
sozial-ökologischer Transformation für zivilgesellschaftliche Akteur*innen

Erstprüferin:
Frau Dr. Sandrine Gukelberger

Zweitprüfer:
Herr Prof. Dr. Walter Eberlei

vorgelegt von
Dorthe Kortendiek
Matrikelnummer
Master Empowerment Studies
SoSe 2022

Düsseldorf, 21.06.2022

Abstract

Der fortschreitende Klimawandel und eine polarisierende soziale Ungleichheit bestimmen verstärkt den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Dabei bestehen enge Verschränkungen zwischen Anforderungen des Klimaschutzes und ökologischer Nachhaltigkeit sowie sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit. Es zeigt sich, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit Dimensionen sozialer Gerechtigkeit miteinbeziehen muss. Wie solch eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft gelingen kann, soll in der vorliegenden Thesis aus Perspektive der Zivilgesellschaft betrachtet werden. Hierzu werden die Auseinandersetzungen der Industriegewerkschaft Chemie, Bergbau und Energie (IG BCE) und *Fridays for Future* um Maßnahmen, Ziele, Prozesse und Beteiligung an der sozial-ökologischen Transformation untersucht. Thematisch relevante Theoriezugänge werden durch eigene qualitative Erhebungen ergänzt, sodass subjektive Deutungsmuster von Vertreter*innen der IG BCE und *Fridays for Future*-Aktivist*innen hinsichtlich der Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation nachvollzogen werden können. Zusätzlich wird ein Interview mit dem Soziologen Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre eine intellektuelle Sichtweise auf den Beitrag der Zivilgesellschaft zur sozial-ökologischen Transformation ermöglichen. So sollen Strategien und Visionen eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels herausgearbeitet werden, der eine sozial-ökologische Gesellschaftsformation und ein solidarisches und gutes Leben für alle versprechen kann.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Transformation.....	4
2.1 Klimawandel: Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz.....	5
2.2 Soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit	9
2.3 Sozial-ökologische Transformation.....	14
3. Zivilgesellschaft und ihre Akteur*innen	17
3.1 Zivilgesellschaft und kulturelle Hegemonie.....	18
3.2 (Neue) Soziale Bewegungen	22
3.3 Akteur*innen der sozial-ökologischen Transformation	24
3.3.1 Die IG BCE als gewerkschaftliche Interessenvertretung des Kohlebergbaus.....	24
3.3.2 Fridays for Future in Deutschland	30
4. Forschungsdesign und methodologische Begründung	35
4.1 Das problemzentrierte Interview	36
4.2 Auswertung mittels der <i>Grounded Theory</i>	39
4.3 Die Interviews: Sampling und Feldzugang	41
5. Darstellung der Ergebnisse.....	42
5.1 Soziale und ökologische Interessen.....	43
5.2 Politische Herausforderungen.....	47
5.3 Gestaltung der Zukunft durch die Zivilgesellschaft	52
6. Diskussion – Gegen-Hegemonie und sozial-ökologische Handlungsstrategien	59
6.1 <i>Just Transition</i>	60
6.2 <i>Degrowth/ Postwachstum</i>	63
6.3 <i>Green New Deal</i>	65
6.4 Transformation durch die Zivilgesellschaft.....	67
7. Fazit	72
Literaturverzeichnis	75
Anhangsverzeichnis.....	I

1. Einleitung

Die globalisierte Welt sieht sich mit umfassenden und diversen Problemlagen konfrontiert – neben der alltäglichen Konfrontation mit „Corona, Krieg, Hunger, Massenflucht aus Ost und Süd“ (Ulrich, 2022 [Zeit online]) bestimmen der fortschreitende Klimawandel und eine polarisierende soziale Ungleichheit den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Doch wie können Gesellschaften Krisen bewältigen?

Die Klimaforschung weist bereits seit den 2000 Jahren auf sogenannte *tipping points* hin, Kipp-Punkte im Klimasystem, deren Überschreiten radikale Veränderungen im sozio-ökonomischen System bewirken (Umweltbundesamt, 2008, S. 5 ff.). Seit Mitte des 20. Jahrhunderts warnten Forscher*innen und wissenschaftliche Gremien davor, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre im direkten Zusammenhang mit der menschlichen Wirtschafts- und Lebensweise steht und wiesen eindringlich auf notwendige staatliche Maßnahmen zum Klimaschutz hin (vgl. u. A. Meadows, et. al. [Club of Rome], 1972; IPCC-Bericht, 1990). Ausgehend von diesen Erkenntnissen haben Umwelt- und Klimaschutz insbesondere in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Sichtbar wird dies nicht nur an den Mobilisierungserfolgen der *Fridays for Future*-Demonstrationen, an welchen 2019 fast ein Viertel aller Jugendlichen in Deutschland teilgenommen haben (Destatis, WZB & BiB, 2021, S. 6 f.). Auch gesamtgesellschaftlich wird die Veränderung des globalen Klimas als Herausforderung wahrgenommen, die das zukünftige Leben stark beeinflussen wird. Dies belegen die Befragungen des „Datenreports 2021“, welchen zufolge sich 40 Prozent der deutschen Bevölkerung große Sorgen um den Schutz der Umwelt und Folgen des Klimawandels machten. Darüber hinaus befürwortet die Mehrheit der Menschen in Deutschland Maßnahmen zum Klimaschutz und vier Fünftel sprachen sich im Jahr 2017 für die Förderung erneuerbarer Energien durch öffentliche Gelder aus (ebd.). Dennoch können internationale Bestrebungen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse in wirksame klimapolitische Implikationen zu übersetzen, bislang nur als unzureichend bewertet werden (UN, o. A., 2022).

Hinzu kommen soziale Verwerfungen durch zunehmende soziale Ungleichheit. Seit 1995 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung nahezu 20-mal mehr Vermögen erwirtschaftet als die ärmsten 50 Prozent der Menschheit zusammen (Oxfam, 2022, S. 3). Während der Corona-Pandemie hat sich die Spanne zwischen Arm und Reich noch weiter vergrößert: Das weltweite Vermögen ist von 2019-2021 Schätzungen zufolge nur um ein Prozent angewachsen; hingegen konnten die reichsten 0,0001 Prozent (etwa 55.000 Menschen weltweit) ihr Vermögen im gleichen Zeitraum um 14 Prozent vergrößern und das Vermögen von Milliardär*innen stieg sogar um mehr als 50 Prozent. In Deutschland haben die zehn reichsten Personen ihr Vermögen

seit 2019 um rund 78 Prozent steigern können – dies entspricht nahezu dem gesamten Vermögen von 33 Millionen Deutschen (Oxfam, 2022, S. 3.). In einer zunehmenden sozialen Ungleichheit wird zudem eine politische Krise in Form der Dekonsolidierung des demokratischen Prinzips und des sozialen Zusammenhalts wie auch autoritärer Tendenzen und rechtspopulistischer Wahlerfolgen deutlich (Heitmeyer, 2018, S. 181; Brand, 2020, S. 9; Dörre, 2009, S. 80 f.).

Zwischen Anforderungen des Klimaschutzes und ökologischer Nachhaltigkeit sowie sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit bestehen enge Verschränkungen. So wird im Nachhaltigkeitsdiskurs die zunehmende soziale Ungleichheit widergespiegelt, die sich beispielsweise im Narrativ von Verbraucher*innen und Armen als Hauptverursacher*innen von Umweltproblemen äußert: „Sie sind nämlich diejenigen, die im Discounter kaufen und nur auf den Preis achten. Die Armen sind für das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern verantwortlich.“ (Brocchi, 2019, S. 22). Hingegen sieht sich eine „grüne Elite“ als Vorbild für die Entwicklung der Masse und die Lösungskompetenz für ökologische Probleme wird in den modernen industrialisierten Ländern verortet und Expert*innen zugeschrieben (ebd., S. 23). Einige Strategien zum Klimaschutz orientieren sich an einer ökonomisch-zentrierten Denkweise. Dem folgend hat die Verteuerung von Benzin und Diesel eine Begünstigung derer Menschen zur Folge, die über mehr finanzielles Kapital verfügen und zugleich eine Benachteiligung derer, die über weniger Ressourcen verfügen (ebd., S. 24). Welche Folgen eine Politik haben kann, die die soziale Frage außer Acht lässt, zeigte sich beispielsweise 2018 in Frankreich, als die „Gelbwesten“-Bewegung („gilets jaunes“) Hunderttausende Menschen mobilisierte und über mehrere Wochen hinweg gegen eine Klimasteuer protestierte (Rucht, 2019, S. 137 ff.). In den Forderungen der Gelbwesten nach einem Stopp weiterer Verbrauchssteuern, einer Erhöhung des Mindestlohns und der Renten bei gleichzeitig höheren Steuern für die Reichen des Landes offenbart sich der eigentliche Ursprung der Proteste: Die soziale Unsicherheit, nicht eine grundsätzliche Ablehnung des Klimaschutzes (Brocchi, 2019, S. 25 f.). An Frankreichs Beispiel zeigt sich präzise, dass wenn soziale Themen zugunsten des Klimaschutzes ausgeklammert werden, der soziale Zusammenhalt gefährdet wird.

Wie eine gesellschaftliche Transformation aussehen kann, wird bereits seit einigen Jahren in Deutschland debattiert. Bereits im Jahr 2011 etwa wurden Forderungen nach einer „Transformation zur Nachhaltigkeit“ im Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU) festgehalten: Die vorherrschenden Formen des Wirtschaftens und Arbeitens wurden als zentrale Ansatzpunkte für eine Klimapolitik benannt, die Klimaschutz Priorität einräumt. Dabei sollte die notwendige Umgestaltung insbesondere auf den Energiesektor unter Einschluss des Verkehrssektors

abzielen, die einen Großteil der Treibhausgas-Emissionen verursachen (WGBU, 2011, S. 66 f.). Hieraus ergaben sich jedoch weitreichende Implikationen für die Energieindustrie und in besonderer Weise für den Bergbau, die die soziale Dimension einer Transformation zur Nachhaltigkeit offenbaren: Voraussetzung für die Aufhaltung des fortschreitenden Klimawandels ist ein umfänglicher Strukturwandel des Energiesektors; doch ein solcher Wandel bedroht konkret Arbeitsplätze, wie beispielsweise im Braunkohlebergbau etwa 19.500 Arbeitsplätze im Jahr 2020 (Statistik der Kohlenwirtschaft, o. A., 2022).

Es zeigt sich, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit Dimensionen sozialer Gerechtigkeit miteinbeziehen muss – es bedarf einer sozial-ökologischen Transformation, die eine ambitionierte Klimapolitik demokratisch, fair und sozial-nachhaltig ausgestaltet. Wie kann das gelingen? Aus diesen Vorannahmen ergab sich die Fragestellung und zugleich der Titel der vorliegenden Thesis:

Wie sind soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar?

Neben der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit hat die zivilgesellschaftliche Thematisierung die öffentliche Debatte in den letzten Jahren verstärkt geprägt. Aus diesem Grund beschäftigt sich diese Thesis mit der Perspektive von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hinsichtlich der Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz. Hierfür werden die Auseinandersetzungen der Bergbauparte der Industriegewerkschaft Chemie, Bergbau und Energie (IG BCE) und *Fridays for Future* um Maßnahmen, Ziele, Prozesse und Beteiligung an der sozial-ökologischen Transformation hin untersucht. Für diese Thesis sollen thematisch relevante Theoriezugänge durch eigene qualitative Erhebungen ergänzt werden, sodass subjektive Deutungsmuster von Aktivist*innen von *Fridays for Future* und Vertreter*innen der IG BCE hinsichtlich der Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation nachvollzogen werden können. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen:

Im zweiten Kapitel wird zunächst die Notwendigkeit gesellschaftlicher Transformation verdeutlicht. Hierzu werden Erkenntnisse der Klimaforschung herangezogen und politisch ergriffene Maßnahmen zum Klimaschutz betrachtet. Theorien sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit sowie relevante Erkenntnisse der Ungleichheitsforschung werden vorgestellt. Im Begriff der sozial-ökologischen Transformation mündet die Notwendigkeit eines sozial gerechten und ökologischen gesellschaftlichen Wandels. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Zivilgesellschaft und ihren Akteur*innen. Für die vorliegende Thesis wird der Zivilgesellschaftsbegriff Antonio Gramscis verwendet, welcher in Bezug auf die Verteilung von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die zivilgesellschaftlichen

Einflussmöglichkeiten betrachtet wird. Es wird auf die Bewegungsforschung eingegangen, um schließlich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen IG BCE und *Fridays for Future* einordnen zu können. Im vierten Kapitel werden das gewählte qualitative Forschungsdesign und die Methodologie dargelegt: Es werden problemzentrierte Interviews mit jeweils zwei Vertreter*innen von *Fridays for Future* und der IG BCE geführt. In Ergänzung dazu wird der Soziologe Klaus Dörre interviewt, der als Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ehemaliger Sprecher des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften schwerpunktmäßig unter anderem zu Kapitalismustheorie, Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung sowie Gewerkschaften und sozial-ökologischer Transformation geforscht hat. Die Interviews werden mittels der *Grounded Theory* ausgewertet, deren Vorgehensweise ebenfalls erläutert wird. Anhand der im fünften Kapitel folgenden Ergebnisdarstellung ergeben sich im Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Thesis interessante Erkenntnisse, die im sechsten Kapitel diskutiert werden. Hierzu werden sowohl reformorientierte als auch systemtransformierende Theorieansätze und Konzeptionen hinzugezogen, die in den letzten Jahren vielfach im Kontext sozial-ökologischer Transformation diskutiert wurden. Außerdem zeigt sich, welche Rollen zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der sozial-ökologischen Transformation einnehmen können und welche Chancen sich hieraus ergeben. Die Masterarbeit wird mit einer reflektierten Betrachtung der Fragestellung abschließen, die die gewonnenen Erkenntnisse aus Theorie und Empirie zusammenfassend aufgreifen soll und aus der sich Strategien und Visionen einer sozial-ökologischen Transformation ergeben.

2. Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Transformation

Die in der Einleitung dieser Arbeit skizzierten globalen Konflikte und Problemlagen sind allgegenwärtig und dringen bis in das Alltagsbewusstsein der Bürger*innen vor (Dörre, 2020, S. 15). Dazu zählen die Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise, die in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als Problem erfasst werden: So gaben etwa in einer Umfrage zum persönlichen Verhalten beim Thema Nachhaltigkeit in Deutschland 75 Prozent der Befragten an, Klimaneutralität als „die wichtigste Herausforderung der Menschheit“ einzuschätzen und 65 Prozent versuchten in diesem Sinne auf Flugreisen zu verzichten (IUBH, o. A., 2020).

Eine weitere Problematik, die Gesellschaften zunehmend beschäftigt, ist die global wie innerstaatlich wachsende soziale Ungleichheit und die aus ihr resultierenden sozialen Folgen. Wenn sich sowohl Reichtum als auch Armut in einer Gesellschaft verfestigen, besteht die

Gefahr der Entwicklung einander entfremdeter Parallelgesellschaften (Spannagel, 2018, S. 2 ff.). Soziale Ungleichheit schließt Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus (Hradil, 2016, S. 249 f.); sie wird zu Ungerechtigkeit, weil persönliche Leistung die immanenten Strukturen der Ungleichheit nicht beenden kann. Der Begriff der Gerechtigkeit wird im gesellschaftlichen Diskurs wiederholt genannt und sowohl für Gewerkschaften als auch die Klimabewegung *Fridays for Future* ist soziale Gerechtigkeit ein Streitthema (vgl. IG BCE, o. A., 2022; FFF, o. A., 2022). Doch was bedeutet soziale Gerechtigkeit? Was ist gerecht, und wie sieht eine gerechte Gesellschaft aus?

Die folgenden Unterkapitel werden sich mit ökologischen und sozialen Problemlagen beschäftigen. Hierzu wird zunächst die Zuspitzung der Klimakrise geschildert und die Umsetzung international beschlossener Klimaschutzmaßnahmen betrachtet. Anschließend werden Begriffe sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit aus theoretischer Perspektive erläutert, um die Ungleichheit in Deutschland auf Grundlage von Forschungsergebnissen einordnen zu können. Es werden Zusammenhänge der betrachteten Gesellschaftskonflikte deutlich, die im Begriff der sozial-ökologischen Transformation zusammengeführt werden: Ein Begriff, der die Notwendigkeit tiefgehenden, sozial gerechten und ökologischen gesellschaftlichen Wandels vereint und sowohl sozial-, umwelt- und wirtschaftspolitische Mandate formuliert.

2.1 Klimawandel: Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Die Verschärfung der Klimakrise stellt weder in der Wissenschaft noch in der politischen Öffentlichkeit eine neue Erkenntnis dar. Mit der industriellen Revolution, welche die Energiegewinnung durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas vorantrieb, verstärkte sich der menschengemachte Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) bedeutend. Den hierdurch verursachten Treibhauseffekt untersuchte bereits im Jahr 1895 der Physiker Svante Arrhenius und stellte fest: „Der Anstieg des CO₂ wird zukünftigen Menschen erlauben, unter einem wärmeren Himmel zu leben“ - und zwar errechnete er, dass die globale Temperatur im Fall der Verdopplung des Kohlendioxids in der Atmosphäre um vier bis sechs Grad Celsius ansteigen würde (Uekötter, 2019, S. 10; Beuermann, 2013). Die Abhängigkeit kapitalistischer Gesellschaften von fossilen Brennstoffen erkannte auch der Soziologe Max Weber zu Beginn des 20. Jahrhunderts und prognostizierte, dass

[...] jener mächtige Kosmos, der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-industrieller Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung [...], der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dieses Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist. (Weber, 2006 [1905], S. 180)

Im Jahr 1972 warnte erstmalig der *Club of Rome* vor den „Grenzen des Wachstums“ (Meadows, et. al., 1972)¹. In den 1980er Jahren wurden die Konsequenzen eines Jahrhunderts der Verbrennung fossiler Brennstoffe durch vorrangig industrialisierte Gesellschaften deutlich. Es ließ sich schließlich die größte Temperaturverschiebung der letzten 1000 Jahre verzeichnen und die Ozonkonzentration der schützenden Ozonschicht verringerte sich insbesondere über der Antarktis, Australien und Neuseeland (Reid, et. al. 2016, S. 682). Das Thema des Klimawandels war allgegenwärtig und bestimmte vor diesem Hintergrund auch das private Bewusstsein der Bürger*innen und den politischen Diskurs. Dies illustriert beispielhaft der *Spiegel*-Titel aus dem Jahr 1986, der den im Meer versinkenden Kölner Dom als Folge der „Klima-Katastrophe“ zeigt (ebd.). Die Zivilgesellschaft eignete sich ökologische Themen an, sensibilisierte die politische Öffentlichkeit und mobilisierte Umweltbewegungen². Dabei waren die erforderlichen Maßnahmen, um die weitere Erderwärmung aufzuhalten, bekannt: „A transition from fossil fuel combustion to renewable [...] energy, wiser agricultural practices, reforestation, carbon taxes.“ (Rich, 2019, S. 9). Doch was ist seither passiert?

Bei der Betrachtung von Daten zum weltweiten Ausstoß Kohlendioxids könnte der Eindruck entstehen, dass keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um den Klimawandel aufzuhalten. Laut Berechnungen des Zentrums für die Analyse von Informationen zu Kohlendioxid (CDIAC) wurden seit dem Jahr 1751 mehr als 400 Milliarden Tonnen Kohlendioxid weltweit in die Atmosphäre abgegeben und davon die Hälfte seit den 1980er Jahren. Dabei ist weiterhin die Verbrennung flüssiger und fester fossiler Brennstoffe wie etwa Kohle, Öl und Gas für den Großteil der Emissionen verantwortlich (Loesche, 2018). Und wie sich dem Jahresbericht 2021 der *International Energy Agency* (IEA) entnehmen lässt, ist weltweit kein Ausstieg aus der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe absehbar – im Gegenteil lag die weltweite Stromerzeugung durch Kohle im Jahr 2021 sogar um neun Prozent höher als im vorherigen Jahr und erreichte damit ein Rekordhoch (IEA, 2021, S. 6). Entsprechend der Emissionen steigt auch die globale Temperatur kontinuierlich. Das Deutsche Klimarechenzentrum (2021) geht davon

¹ Das Forschungsprojekt des Massachusetts Institute of Technology (MIT) untersuchte, wie Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Unterernährung, nicht erneuerbare Ressourcen und Umweltschäden bis zum Jahr 2100 miteinander korrelieren würden. Sie prognostizierten anhand der Erkenntnisse der Studie, dass aufgrund eines starken Anstiegs der Weltbevölkerung die Rohstoffvorräte zu Neige gehen beziehungsweise ihre Förderung zu kostspielig werden würde. Es werde zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums kommen und Umweltverschmutzungen würden den Zusammenbruch weiter beschleunigen – die Katastrophe sei schließlich unvermeidbar. Um ein globales ökologisches wie soziales Gleichgewicht zu schaffen, müssten technische Innovationen zur Vermeidung der skizzierten Katastrophe untrennbar mit sozialen und politischen Maßnahmen verknüpft werden (Meadows, et. al., 1972, S. 18 ff.).

² Die Mobilisierung der Umweltbewegung ab den 1970er Jahren ist jedoch in keiner Weise mit der von *Fridays for Future* zu vergleichen. Uekötter (2019) bezeichnet die Thematik des Klimawandels als globales Problem als „Verliererthema“ für die damaligen Umweltbewegungen. Ihre Zielsetzungen bezogen sich eher auf lokale Themen wie beispielsweise Naturschutzgebiete, bedrohte Arten, Blei und Ozon in der Luft, Müll, Kernkraft etc. (ebd., S. 12).

aus, dass die globale Mitteltemperatur 2050 um 2 Grad Celsius und im Jahr 2100 bereits um 4,8 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zustand (Mittelwert der Jahre 1850-1879) ansteigen wird, sollte die Weltwirtschaft weiterhin ihren hohen Energieverbrauch primär über fossile Brennstoffe decken (Deutsches Klimarechenzentrum, 2021).

Mit dem Klimawandel, fortschreitender Erderwärmung und dem zunehmenden Risiko von Klimaschäden für Menschen weltweit, ergaben sich auch politische Implikationen. Ab den 1980er Jahren ist ein staatliches Handeln in Form von verschiedenen internationalen Abkommen und der Einrichtung von globalen Institutionen zu erkennen, die verschiedene Schwerpunkte setzten. Im Jahr 1987 erstellte die *World Commission on Environment and Development* (WCED) als Institution der Vereinten Nationen den Brundtland-Bericht mit dem Titel ‚*Our Common Future*‘. In diesem wurde mit der Einführung des Begriffs des *Sustainable Development* eine Lösung der sozialen und ökologischen Krise angestrebt:

Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. [...] A world in which poverty and inequity are endemic will always be prone to ecological and other crises. Sustainable development requires meeting the basic needs of all and extending to all the opportunity to satisfy their aspirations for a better life. (WCED, 1987, Chapter I. 3., Nr. 27)

In der hauptsächlichen Adressierung des Entwicklungsbegriff lassen sich jedoch einige Schwächen zulasten des Klimaschutzes erkennen; vielmehr wird im Brundtland-Bericht deutlich, dass für die beteiligten Staaten eine Abkehr vom bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell keinesfalls eine Option darstellte. Stattdessen sollten die Produktionsbedingungen korrigiert werden, um sie zugunsten weiteren Wirtschaftswachstums fortsetzen zu können (Brocchi, 2019, S. 13). Fünf Jahre nach Erscheinen des Brundtland-Berichts fand im Jahr 1992 die erste UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (‚Weltklimakonferenz‘) in Rio de Janeiro statt. In der dort verabschiedeten Agenda 21 wurde ebenfalls eine „nachhaltige Entwicklung“ als globales Leitprinzip festgehalten (BMZ, o. A., 2021). Weiterhin erachteten die Vereinten Nationen stetiges (Wirtschafts-)Wachstum als notwendige Strategie der nachhaltigen Entwicklung an (Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, 1992, S. 7). Ob es am Festhalten der UN am Wachstumsbegriff liegt, oder an einer nicht ausreichenden Umsetzung der vereinbarten Zielsetzungen zum Klimaschutz - die Zielsetzungen der Agenda 21 sowie des später verabschiedeten Kyoto-Protokolls (Klimarahmenkonvention, 1997) konnten in den darauffolgenden Jahrzehnten größtenteils nicht eingehalten werden. Angesichts der weiteren Erwärmung des Erdklimas wurde offensichtlich, dass es konkreter Maßnahmen bedarf. Wie Moellendorf (2012) erkannte, müsse ein wirkungsvolles Abkommen zum Klimaschutz ambitioniertere und konkretisierte Ziele setzen:

Any effective international treaty for climate change mitigation will have to lower global CO2 emissions very dramatically. Emissions must be 50–85% below 2000 levels by 2050 in order to secure a reasonable chance of keeping planetary warming to 2 degrees Celsius. (ibd., S. 133)

Im Jahr 2015 erweckten die ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung‘ und das Pariser Abkommen der Weltklimakonferenz die Hoffnung, dass die UN-Mitgliedsstaaten sich erstmals auf tatsächlich effektive Ziele zum Klimaschutz einigen konnten. Die Agenda 2030 stellt die international abgestimmte Agenda der Vereinten Nationen für die nächsten 15 Jahre dar und nimmt insbesondere eine nachhaltige Entwicklung im Sinne des Brundtland-Berichts in den Blick (Herlyn, 2020, S. 43). In den dort aufgeführten global geltenden 17 Nachhaltigkeitszielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) wird erstmalig das Prinzip der Nachhaltigkeit mit Armutsbekämpfung und ökonomischer, ökologischer sowie sozialer Entwicklung verknüpft (UN Department of Economic and Social Affairs, 2022). Wie Herlyn (2020) jedoch zeigt, sind die Ziele der Agenda 2030 weiterhin durch massive Zielkonflikte gekennzeichnet. Sie schätzt die Erreichbarkeit der Ziele bis 2030 als unwahrscheinlich ein, sofern die Staaten der Welt nicht im globalen Maßstab kooperieren und eine Politikkohärenz zwischen verschiedenen Ressorts und regulativen Ebenen schaffen (Herlyn, 2020, S. 44). Das wenig später verabschiedete Pariser Abkommen der Weltklimakonferenz 2015 formulierte das 1,5 Grad-Ziel und verpflichtete die UN-Mitgliedsstaaten völkerrechtlich bindend, nationale Klimaschutzbeiträge zu erarbeiten (BMUV, 2022 [Übereinkommen von Paris], S. 4). Dazu zählen unter anderem Maßnahmen wie die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, um die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen (ibd.). Zudem sollen globale Investitionen Klimaschutz vorantreiben und vor Folgen des Klimawandels wie beispielsweise vor Extremwetterereignissen schützen (S. 14 f.). Die 26. Weltklimakonferenz in Glasgow 2021 ergänzte die 2015 getroffenen Übereinkommen durch die Abschlusserklärung, das 1,5 Grad-Ziel durch eine globale Energiewende in Form eines schrittweisen Kohleausstiegs und keinen weiteren Subventionen für fossile Energien erreichen zu wollen (UN Climate Change Conference UK, 2021). Wie jedoch der *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC)³ in einem Sonderbericht zu einer Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius (2018) zeigte, würde bereits die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels dramatische Folgen wie etwa Temperaturextreme, Starkniederschläge, Dürren und Niederschlagsdefizite nach sich ziehen (ibd., S. 11 ff.). Und auch der im April 2022 erschienene sechste Bericht des IPCC legt nahe, dass die getroffenen Maßnahmen zum Klimaschutz nach wie vor nicht ausreichend sind (ibd.,

³ Der IPCC ist eine Institution der Vereinten Nationen. In seinem Auftrag tragen Fachleute weltweit seit 1988 regelmäßig den aktuellen Kenntnisstand zum Klimawandel zusammen und bewerten ihn aus wissenschaftlicher Sicht. Der IPCC bietet Grundlagen für wissenschaftsbasierte politische Entscheidungen, indem er unterschiedliche Handlungsoptionen und deren Implikationen aufzeigt, ohne jedoch konkrete Lösungswege vorzuschlagen oder Handlungsempfehlungen zu geben (Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, o. A., 2022).

S. 4 ff.). Obwohl seit Jahrzehnten Konsens darüber herrscht, dass die Treibhausgasemissionen sinken müssen, sind sie bis zuletzt gestiegen. Zwar stiegen die jährliche Menge an CO-Emissionen und anderen Treibhausgasen in den letzten sieben Jahren verlangsamt an, doch die Werte liegen heute höher als jemals zuvor. Im Mai 2022 veröffentlichte die *World Meteorological Organization* (WMO) einen alarmierenden Bericht: Die globale Jahresdurchschnittstemperatur könnte schon bis 2026 erstmals mehr als 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegen und die Wahrscheinlichkeit, dass der Temperaturrekord von 2016 bis 2026 gebrochen wird, liege bei 93 Prozent (WMO, o. A., 2022). Der General-Sekretär der WMO Petteri Talaas kommentiert die weitreichenden Folgen eines derartigen Temperaturanstiegs:

For as long as we continue to emit greenhouse gases, temperatures will continue to rise. And alongside that, our oceans will continue to become warmer and more acidic, sea ice and glaciers will continue to melt, sea level will continue to rise and our weather will become more extreme. Arctic warming is disproportionately high and what happens in the Arctic affects all of us. (WMO, o. A., 2022)

Im aktuellen IPCC-Bericht werden als letztes Zeitfenster die Jahre 2020-2025 als Wendepunkt der globalen Treibhausgas-Emissionen identifiziert, um einen Temperaturanstieg um mehr als 1,5 Grad Celsius zu verhindern (IPCC, 2022, S. 31). Hierfür müsste im Jahr 2030 die Treibhausgasmenge um 43 Prozent im Vergleich zu 2019 zurückgehen und spätestens Anfang der 2050er-Jahre müsste die Welt CO₂-neutral wirtschaften (ebd.). Um das zu erreichen, legen sowohl der IPCC-Bericht als auch die WMO einen besonderen Schwerpunkt auf den Begriff der Transformation im Sinne eines grundlegenden Systemwandels in den Bereichen Energie, sämtlicher Ökosysteme, Infrastruktur, Industrie und Gesellschaft (ebd., S. 6 f.; WMO, o. A., 2022). Nur durch eine solche Transformation kann eine nachhaltige Entwicklung gelingen. Und zwar nicht im Sinne einer Entwicklung zugunsten der Weltwirtschaft, sondern einer ökologischen wie sozialen Nachhaltigkeit.

2.2 Soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit

Im vorhergehenden Unterkapitel wurde gezeigt, dass ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutzmaßnahmen gesellschaftsübergreifende Aufgaben sind. Stellenweise wurde bereits skizziert, dass ökologische Nachhaltigkeit mit sozialpolitischen Themen zusammenhängt: „Nachhaltigkeit steht für eine Entwicklung, die ein gutes Leben für möglichst viele Menschen ermöglicht.“ (Brocchi, 2019, S. 53)⁴. Doch inwiefern steht das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit in Korrelation mit sozialer Ungleichheit?

⁴ In der Sozialwissenschaft stehen Konzepte eines „guten Lebens für alle“ (I. L. A.-Kollektiv, 2017, S. 90) oder „Buen vivir“ (Acosta, 2015) für die Vorstellung eines Lebens im Gleichgewicht mit der äußeren und inneren Natur, das sich unter anderem durch Solidarität in der Gemeinschaft auszeichnet. Sie beziehen sich dabei auf die Lebensweisen und -philosophien der indigenen Völker Südamerikas – die einen großen Gegensatz zur Auffassung eines guten Lebens in Europa darstellen, das sich nach Auffassung Brands (2020) heute durch „Fleisch und Fliegen“ auszeichne (ebd., S. 73 ff.).

Brocchi (2019) stellt die These auf, dass soziale Ungleichheiten sowohl im globalen als auch im nationalstaatlichen Rahmen wesentliche Ursache „nichtnachhaltiger Entwicklung“ sind (ebd., S. 30). Strukturen der Ungleichheit führten zu einer ungleichen Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen; zudem liegen die Machtressourcen zur Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung bei denjenigen Menschen, die von den Auswirkungen des Klimawandels bislang noch nicht betroffen sind. Hingegen ist es denjenigen, die „mit den ökologischen oder sozialen Kosten am stärksten konfrontiert“ sind, meist unmöglich, Gesellschaftsstrukturen zu verändern (ebd., S. 35).

Dürren, Überschwemmungen, Unruhen, Krieg? Wer Geld hat, kann im schlimmsten Fall einfach wegziehen. Wer sich es leisten kann, installiert eine Klimaanlage gegen die drohende Hitze, obwohl diese Technologie selbst zum Problem beiträgt. Steigen die Preise von Nahrungsmitteln, weil große Teile der Ernte ausgefallen sind? Für wohlhabende Menschen kein Problem. (Brocchi, 2019, S. 36)

Vor dem Hintergrund des Gedankens, dass eine ökologische Transformation maßgeblich mit Strukturen sozialer Ungleichheit zusammenhängt und durch sie verhindert wird, sollen im Folgenden zunächst Theorien sozialer Ungleichheit und des Sozialkapitals sowie sozialer Milieus erläutert werden.

Als soziale Ungleichheit bezeichnet Stefan Hradil (2016) „wertvolle, nicht absolut gleich und systematisch aufgrund von Positionen in gesellschaftlichen Beziehungsgefügen verteilte, vorteilhafte beziehungsweise nachteilige Lebensbedingungen von Menschen“ (ebd., S. 249). Die Verteilung von Positionen bezieht sich auf den Kapitalansatz Pierre Bourdieus (1985). Demzufolge lässt sich die gesellschaftliche Stellung von Bürger*innen anhand ihrer Verfügung über Kapital erkennen. Bourdieu erweitert somit den von Marx geprägten Begriff des ökonomischen Kapitals in Form von finanziellen Mitteln sowie materiellen Besitztümern um das soziale Kapital und das kulturelle Kapital. Soziales Kapital bezeichnet sämtliche Vorteile, die sich aus bestimmten Gruppenzugehörigkeiten ergeben können. Ergänzend zum ökonomischen und sozialen Kapital führt Bourdieu das kulturelle Kapital ein, welches wiederum in inkorporiertes, institutionalisiertes und objektiviertes kulturelles Kapital unterteilt wird (ebd., S. 11)⁵. Durch die jeweilige Verfügung über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital lässt sich außerdem ein symbolisches Kapital ermitteln, welches sich in Form von gesellschaftlicher Anerkennung oder Prestige äußert (ebd.). Die ungleichen „Positionen in gesellschaftlichen Beziehungsgefügen“, die Hradil als Merkmal sozialer Ungleichheit benennt, lassen sich bei Bourdieu in der Vorstellung eines „sozialen Raums“ der Gesellschaft im Sinne

⁵ Inkorporiertes kulturelles Kapital meint dauerhafte Dispositionen, die beispielsweise während der Primärsozialisation erworben wurden. Als institutionalisiertes kulturelles Kapital sind Zertifikate legitimer Bildungsinstitutionen zu bezeichnen. Das objektivierte kulturelle Kapital wiederum umfasst vor allem materielle kulturelle Güter (Bourdieu, 1985, S. 11; ders., 2021 [1987], S. 115 ff.).

eines Koordinatensystems wiederfinden. Je nach Struktur und Umfang der Kapitalarten, über die Gesellschaftsmitglieder verfügen, lassen sie sich einordnen (ebd., S. 12 f.). Die soziale Position der Individuen kann über die Zeit variieren – sie können über ihren Lebenslauf hinweg bestimmte Kapitalarten akkumulieren und im sozialen Raum der Gesellschaft auf- oder absteigen (Bourdieu, 2021 [1987], S. 187 f.). Da jede der Kapitalarten jedoch sowohl ererbt als auch erworben werden kann, besteht zwischen der Startposition im sozialen Raum im Sinne eines Startkapitals oder Herkunftskapitals eine „statistische Relation“ zur potenziell erreichbaren sozialen Position. Somit ist die soziale Herkunft für die Stellung im sozialen Raum konstitutiv, da sie im Sinne eines Startkapitals den individuellen Ausgangspunkt bestimmt (ebd.). Die soziale Herkunft lässt sich somit als maßgebliche Determinante sozialer Ungleichheit festhalten⁶.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Ausprägungen sozialer Ungleichheit festhalten, nämlich die Verteilungs- und die Chancenungleichheit. Die Verteilungsungleichheit verweist dabei auf bestimmte Vor- und Nachteile zwischen sämtlichen Gesellschaftsmitgliedern. Die Chancenungleichheit hingegen fokussiert die über- oder unterdurchschnittliche Chance bestimmter Bevölkerungsgruppen, solche Vor- und Nachteile zu erlangen (Hradil, 2016, S. 250 f.). Somit bilden die soziale Herkunft als Prämisse, die Verfügung über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu sowie das hiermit einhergehende symbolische Kapital wichtige Determinanten bei der Betrachtung der sozialen Ungleichheit und ihrer Ausprägungen der Verteilungs- und Chancenungleichheit in Gesellschaften. Um die tatsächliche Ausprägung sozialer Ungleichheit in Deutschland bewerten zu können, werden im Folgenden Erkenntnisse nationalstaatlich fokussierter Ungleichheitsforschung dargelegt.

Die soziale Ungleichheit einer Gesellschaft lässt sich anhand diverser Kriterien diskutieren. Zunächst bietet sich allerdings die Betrachtung der Verteilung von Einkommen an, da die Höhe

⁶ Darüber hinaus lassen sich ausgehend von den Stellungen im sozialen Raum Ensembles von Akteur*innen mit ähnlichen Stellungen identifizieren, die wiederum ein soziales Milieu charakterisieren. Dieses ist definiert durch die Kapitalstruktur der Akteur*innen und Merkmale wie etwa Geschlecht, Alter, Sozialisation, ethnische Herkunft, Einkommen, Ausbildungsniveau et cetera. Die Individuen eines sozialen Milieus weisen ähnliche Handlungs- und Denkstrukturen auf; ihre Praxis der Lebensführung ist geprägt durch den Habitus (ders., 1985, S. 18). Der Habitus gibt dem sozialen Raum Struktur, indem er „seinerseits Produkt der Verinnerlichung der Teilung in soziale Klassen“ ist (ders., 2021 [1987], S. 279). Vermittelt durch ein bestimmtes System aufeinander abgestimmter Eigenschaften, „Objektivierungen von ‚Eigentum‘“ und spezifischen Praktiken der Akteur*innen einer sozialen Gruppe bildet sich ein Lebensstil, der Klasse klassifiziert (ebd., S. 282 f.). Das Habitus-Konzept ist für die Analyse sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit insofern interessant, als dass nach dieser Auffassung der individuelle Habitus selbst bei Aufstieg (oder Abstieg) innerhalb des sozialen Raums bestehen bleibt. Die Sozialisation der Individuen eines bestimmten sozialen Milieus beeinflusst über den Lebenslauf hinweg Entscheidungen. Ihr Habitus bleibt bestehen und kann in diesem Sinne Grenzen setzen und soziale Ungleichheiten verstärken (Schmitt, 2010, S. 27 ff.).

des Einkommens wesentlich vom Bildungsgrad und der sozialen Mobilität abhängt und zugleich maßgeblich für die Akkumulation von Vermögen ist (Zucco & Ödergan, 2021, S. 3). Laut Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP), welches seit den 1990er Jahren jährliche Haushaltsbefragungen in Deutschland durchführt, sind die realen Einkommen der privaten Haushalte in den letzten drei Jahrzehnten im Durchschnitt gestiegen (Goebel & Krause, 2021, S. 229 ff.). Der durchschnittliche Anstieg sagt allerdings nichts darüber aus, wie ungleich die Einkommen tatsächlich verteilt sind. Genauere Angaben sind der Analyse der unteren und oberen Einkommen zu entnehmen: Ab den 2000er Jahren ging der Anteil des untersten Quintils (20 Prozent) der Bevölkerung am monatlichen Gesamteinkommen von 10 Prozent bis 2016 kontinuierlich zurück und liegt seitdem bei unter 9 Prozent. Hingegen stieg der Anteil des obersten Quintils am monatlichen Gesamteinkommen von 35 Prozent im Jahr 2000 auf 37 Prozent im Jahr 2009 – der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich zusehends. Seither stagniert der Wert in diesem Bereich, im Jahr 2018 lag der Anteil des obersten Quintils bei 36,3 Prozent. Die steigende Einkommensungleichheit geht auch aus dem Gini-Koeffizienten⁷ hervor: Im Jahr 2000 lag der Gini-Index der Einkommensverteilung in Deutschland bei 0,25 und stieg bis 2018 stetig auf 0,31 an (Eurostat, 2022). Im Jahr 2020 lag der Wert sogar bei 0,34, woran sich zeigt, dass die Covid-19-Pandemie noch zur Verschärfung sozialer Ungleichheit beigetragen hat (vgl. hierzu Butterwegge & Butterwegge, 2021, S. 99 ff.). Eine noch größere Spanne der Ungleichheit wird anhand der Betrachtung der verfügbaren Vermögen in Deutschland deutlich. Zwar lag im Jahr 2017 das Nettovermögen je Erwachsenen im Durchschnitt bei 111.000 Euro; tatsächlich verfügten jedoch ein Fünftel aller Erwachsenen über kein Vermögen und bei 6 Prozent lagen Verbindlichkeiten in Form von Schulden oder Krediten höher als das Bruttovermögen. Das andere Extrem der Vermögensverteilung zeigt sich an dem reichsten Prozent der Bevölkerung, welches 2017 ein Nettovermögen von mindestens einer Million Euro besaß. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügten über mehr als das Zehnfache des Nettovermögens der Personen, die sich in der Mitte der Vermögensverteilung befanden (Grabka & Halbmeier, 2021, S. 246). Die große Vermögensungleichheit in Deutschland bringt der Gini-Index zum Ausdruck. Im Jahr 2017 betrug dieser einen Wert von 0,76 und stieg im Jahr 2018 auf 0,78. Wenn die Top-700 der Reichenliste zusätzlich berücksichtigt wird, ergibt sich sogar ein Wert von bis zu 0,83 (Schröder, et. al., 2020, S. 514 f.).

⁷ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß, welches den Grad der Ungleichheit in einem Land oder einer Region nach dem häuslichen Pro-Kopf-Einkommen beziehungsweise Vermögen angibt. Dabei bedeutet der Wert 0, dass es totale Gleichheit in der Verteilung gibt; je näher der Wert sich der Angabe 1 nähert, desto ungleicher ist die Verteilung der Einkommen oder Vermögen (Grabka & Halbmeier, 2021, S. 246).

Vor dem Hintergrund der dargestellten Theorie sozialer Ungleichheit hat die anhaltend hohe Einkommens- und Vermögensungleichheit signifikante Auswirkungen auf die soziale Mobilität in Deutschland. Wenn sich sowohl Reichtum als auch Armut in einer Gesellschaft verfestigen, besteht die Gefahr der Entwicklung einander entfremdeter Parallelgesellschaften. In diesen bleiben Reiche meist reich, Arme arm und der soziale Status der Kinder hängt stark vom Elternhaus ab (Spannagel, 2018, S. 2 ff.)⁸. Soziale Ungleichheit tangiert folglich das Gerechtigkeitsempfinden von Gesellschaftsmitgliedern. Soziale Gerechtigkeit ist ein Begriff, der sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch im gesellschaftlichen Diskurs verstärkt im Zusammenhang mit ökologischen Themen genannt wird. Eine einflussreiche Theorie sozialer Gerechtigkeit stellte der politische Philosoph John Rawls (1979) auf. Mittels eines Gedankenexperiments erarbeitete Rawls zwei Grundsätze der Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, in welcher begehrte Güter begrenzt sind und deren Mitglieder nach politischen Freiheitsrechten streben:

- 1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.*
- 2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen. (Rawls, 1979, S. 81)*

Demnach sind Ungleichheiten in der Verteilung von beispielsweise Einkommen und Vermögen nur dann zu akzeptieren, wenn sie den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bieten und ihnen selbst weiterhin die Chance offensteht, ihre eigene Position im Gefälle der Ungleichheit zu verbessern. Rawls argumentiert somit moralphilosophisch gegen aus sozialer Ungleichheit resultierende Ungerechtigkeit. Die Grundstruktur von Gesellschaften sollte demzufolge nicht so beschaffen sein, dass sie aufgrund von Faktoren wie sozialer Stellung oder natürlicher Begabung lebenslange Vorteile auf Kosten anderer verschafft (Celikates & Gosepath, 2013, S. 78 ff.).

Da sich diese Gerechtigkeitstheorie jedoch auf eine innerstaatliche Gerechtigkeit bezieht, erweist sich ihre Anwendung für die vorliegende Thesis samt der im Kontext sozialer Gerechtigkeit betrachteten ökologischen Krise als nicht hinreichend. Aus kosmopolitischer Perspektive ließe sich zwar argumentieren, dass Rawls Gerechtigkeitstheorie global adaptiert werden könnte (Moellendorf, 2012, S. 132), jedoch sind die Disparitäten zwischen einzelnen Staaten insbesondere hinsichtlich des Wohlstandsniveaus so groß, dass ein Konsens hinsichtlich der Verteilung sowohl von vorteilhaften Gütern als auch nachteiligen

⁸ Laut dem Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021) sind die intergenerationalen Zusammenhänge sozialer Ungleichheit komplex. Zur erfolgreichen Bekämpfung von Armut und Ungleichheit wird unter anderem die Bekämpfung der Bildungsungleichheit benannt, da die Bildung als gewichtiger Faktor für soziale Mobilität und die Aufstiegschancen aus einfachen Verhältnissen angesehen wird (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2021, XII ff.).

Lebensbedingungen kaum realistisch erscheint. Vor dem Hintergrund des anthropogenen Klimawandels und zunehmender sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten im globalen Ausmaß zeigt sich vielmehr das Konzept *Global Justice* als geeignet für die weitere Analyse (Moellendorf, 2012, S. 132 f.). Demzufolge ist die Bedrohung durch Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung von Entwicklungsländern wesentlich höher als für die Bevölkerung der industrialisierten Länder – und das, obwohl diese historisch betrachtet maßgeblich zur Klimakrise beigetragen haben:

The privilege of using fossil fuels has mostly fallen to the relatively rich of the world, while the burdens of climate change are falling more heavily on the poor. The question of who is responsible for the costs of climate change, including the costs of adapting to it, would appear then to be a significant concern of global justice. (Moellendorf, 2012, S. 132)

Dabei wird folgende Problematik offenbar: Einerseits sind Maßnahmen zum Klimaschutz erforderlich, um die Klimakrise abzuschwächen. Andererseits sind wirtschaftliches Wachstum und somit der Wohlstand einer Gesellschaft energieintensiv. „The goal of development is to eradicate poverty; this requires economic growth; that requires growth in energy consumption; and, when cheap fossil fuels are used, a by-product of energy consumption is CO₂ emissions“ (Moellendorf, 2012, S. 139).

Hinsichtlich der Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz werden Zielkonflikte deutlich, die eine ganzheitliche Transformation der Gesellschaft scheinbar verhindern. Für den notwendigen Wandel müssen jedoch Klimaschutz und sozialpolitische Themen miteinander im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation verknüpft werden.

2.3 Sozial-ökologische Transformation

In den beiden vorhergehenden Unterkapiteln wurden gesellschaftsübergreifende ökologische und soziale Konflikte und Problemlagen geschildert. Anhand diesen wurde aufgezeigt, dass die Lebensweisen insbesondere industrialisierter Gesellschaften, die auf ungerechter Ressourcenverteilung, „menschenunwürdiger Arbeit“ und Ausbeutung der Natur beruhen und zugleich zur Spaltung der Gesellschaft beitragen (I. L. A., 2017, S. 6 ff.), einen Wandel vollziehen müssen.

Der Begriff der Transformation lässt sich in der Wissenschaftsliteratur erstmals bei dem Soziologen Karl Polanyi finden, der in seinem Werk ‚*The Great Transformation*‘ (1944) den Zusammenbruch der Welt des 19. Jahrhunderts und insbesondere der liberalen Marktwirtschaft analysiert. Die politischen und wirtschaftlichen Ursachen des Zusammenbruchs der internationalen Wirtschaftsordnung führten ihm zufolge zu einer großen Transformation der Gesellschaftsformationen, die den Sowjetsozialismus, den Faschismus sowie den *New Deal* hervorbrachte (Polanyi, 2015 [1944], S. 45). Der Begriff steht in der Transformationsforschung bis heute für einen gesellschaftlichem Wandel, der durch soziale, politische und wirtschaftliche

Umformungen mit substanziellem und systemischem Charakter gekennzeichnet ist (Kollmorgen, Merkel & Wagener, 2015, S. 12).

Im Kontext der sozial-ökologischen Problemlagen, die die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation aufzeigen, unterscheidet Klaus Dörre (2020) zwischen einem engen und einem weiter gefassten Transformationskonzept. Eine enge Definition von Transformation ist demzufolge beispielsweise in Branchen der Industrie zu finden, welche bereits eine betriebs- und branchenzentrierte Umstellung beispielsweise auf E-Mobilität oder Digitalisierung als Transformation bezeichnen (Dörre, 2020, S. 286 f.). Der weiter gefasste Transformationsbegriff hingegen bezieht eine Transformation des Gesellschaftssystems mit ein und zielt auf eine Verknüpfung des Umbaus von Industrie- und Wirtschaftsmodellen mit sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen (ebd.). Für die vorliegende Thesis wird ein solcher Transformationsbegriff angewendet, der auf einen umfassenden Wandel der Gesellschaftsformation abzielt. Die Erweiterung des Transformationsbegriffs um die sozial-ökologische Komponente zeigt die inhaltliche Ausrichtung der notwendigen Transformation auf.

Wie aus den Unterkapiteln 2.1 und 2.2 deutlich wurde, besteht eine Interdependenz von Klimaschutz und ökologischer Nachhaltigkeit mit Ungleichheit und Gerechtigkeit. Diese ist einerseits durch plurale Zielkonflikte gekennzeichnet, deren Problembeschreibung in den Sozialwissenschaften im letzten Jahrzehnt durch folgende Begrifflichkeiten geprägt wurde:

Eng verknüpft mit dem Konzept *Global Justice* (vgl. Kapitel 2.2) ist der Begriff der „Externalisierungsgesellschaften“ Stephan Lessenichs (2016). Demnach lagern Staaten des sogenannten globalen Nordens einen Großteil ihrer industriellen Produktion in Entwicklungsländer aus und externalisieren systematisch die Kosten ihrer eigenen Lebensweise, sodass „Externalisierungsgesellschaften“ entstehen (ebd., S. 24).

Die reichen, hochindustrialisierten Gesellschaften dieser Welt lagern die negativen Effekte ihres Handels auf Länder und Menschen in ärmeren, weniger ‚entwickelten‘ Weltregionen aus. Die wohlhabenden Industrienationen nehmen diese negativen Auswirkungen nicht nur systematisch in Kauf. Sie rechnen viel mehr mit ihnen [...]. Denn die gesamte sozio-ökonomische Entwicklungsstrategie der europäisch-nordamerikanischen Industriegesellschaft beruht - und beruhte von Anfang an - auf dem Prinzip der Entwicklung zu Lasten anderer. Externalisierung heißt in diesem Sinne: Ausbeutung fremder Ressourcen, Abwälzung von Kosten auf Außenstehende, Aneignung der Gewinne im Innern, Beförderung des eigenen Aufstiegs bei Hinderung (bis hin zur Verhinderung) des Fortschreitens anderer. (ebd., S. 24 f.)

Diese Tendenz zeichnet sich im globalen Rahmen in Form eines Nord-Süd-Gefälles sowie innerhalb von Ländern, Städten oder Organisationen ab und ist geprägt durch Strukturen globaler (Klima-)Ungerechtigkeit: „Den eigenen Wohlstand zu wahren, indem man ihn anderen vorenthält, ist das unausgesprochene und uneingestandene Lebensmotto der ‚fortgeschrittenen‘ Gesellschaften im globalen Norden“ (ebd., S. 19).

Dörre (2021) führt in dem Begriff der „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ zwei Entwicklungslinien zusammen, die mit der industriellen Revolution eingesetzt haben: „rasches und permanentes Wirtschaftswachstum einerseits und beschleunigter Energie- und Ressourcenverbrauch sowie steigende Emissionen andererseits“ (ebd., S. 47). Mit diesen Entwicklungen sei eine Kumulation ökologischer und sozialer Folgen verbunden, die schließlich in der „irreversiblen Destabilisierung globaler Ökosysteme“ münde (ebd.).

Die Problematisierung des kapitalistischen Systems ist auch bei Brand & Wissen (2017) mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise“ zu finden (ebd., S. 43 ff.). Kerngedanke dieses Begriffs ist, dass die Lebensweise kapitalistischer Zentren im Wesentlichen durch die Gestaltung der Naturverhältnisse und der gesellschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern, vornehmlich des globalen Südens, überhaupt erst ermöglicht wird (ebd.). Indem die Ökonomien des globalen Südens samt ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse, Ressourcenextraktion sowie Industrie- und Dienstleistungsproduktion an den Bedürfnissen der kapitalistischen Zentren ausgerichtet sind, wird eine hierarchische, ungleiche Verteilung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen deutlich, die historisch gewachsen ist (Wissen & Brand, 2019, S. 41 f.; vgl. zur „Kolonialität der Macht“ Quijano, 2019). Dabei begünstigt die imperiale Lebensweise Strukturen menschlicher Ausbeutung, belastet in dramatischer Weise die Umwelt - und gilt dennoch im globalen Maßstab als Norm; die internalisierten Vorstellungen und Orientierungen der imperialen Lebensweise, das Narrativ des ‚Wachstums‘ breiten sich „ausgehend vom Norden in immer weitere Teile der Welt aus – mitsamt ihren ökologischen Problemen und sozialen Ungerechtigkeiten“ (I. L. A., 2017, S. 8). Während in den modernen industrialisierten Ländern die Funktion des (Wirtschafts-)Wachstums immer weniger als Mittel zur Befriedigung sozialer Konflikte und zur Entschärfung ökonomischer Krisen hinreicht (Dörre, 2020, S. 20), streben Entwicklungsländer nach wie vor nach Wachstum⁹. Und wie könnte es ihnen verwehrt werden? Angesichts der Überzeugung moderner, industrialisierter Länder, die Lösungskompetenz für ökologische Probleme bei sich selbst verorten zu können und „Nachhaltigkeit von oben“ (Brocchi, 2019, S. 22) vorzuschreiben, wird eine weitere Dimension der Ungleichheit und Ungerechtigkeit deutlich, die Henry Shue (1993) formuliert: „Those living in desperate poverty ought not to be required to restrain their emissions, thereby remaining in poverty, in order that those living in luxury should not have to restrain their emissions“ (ebd., S. 40).

Die Interdependenzen von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit können andererseits jedoch auch durch positive Synergien gekennzeichnet sein. Wie beispielsweise Beuermann, Wang-

⁹ Eine Forderung, die Indira Ghandi bei der UN-Umweltkonferenz 1972 formulierte: Nachholende Entwicklung und ein Aufholprozess sollen durch Wachstum eine Angleichung ermöglichen (Herlyn, 2020, S. 43 f.).

Helmreich & Obergassel (2020) bei der Betrachtung von Klimazielen und den *Sustainable Development Goals* zeigen, senken Klimaschutzmaßnahmen die Risiken nahezu aller 17 Nachhaltigkeitsziele, indem sie positive Auswirkungen unter anderem auf das menschliche Wohlbefinden, sozio-ökonomische Systeme, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen haben (ebd., S. 8). Und Wissen (2016) zufolge spricht einiges dafür, „dass es gerade die soziale Ungleichheit ist, die die ökologische Krise verschärft“, und dass im Umkehrschluss „mehr Gleichheit mit mehr Umweltschutz einhergeht“ (ebd., S. 48). Dies bekräftigen die Ergebnisse der Untersuchungen von Wilkinson & Pickett (2009), denen zufolge in Gesellschaften mit einer gleicheren Einkommensverteilung ein weiteres Verständnis von sozialer Verantwortung, Zusammenarbeit und Gemeinschaftsgefühl bestehe, was wiederum die Wirksamkeit klimapolitischer Maßnahmen erhöhe (ebd., S. 260). Die gesellschaftsübergreifenden ökologischen und sozialen Konflikte und Problemlagen zeigen die Notwendigkeit zur sozial-ökologischen Transformation auf. Sie ist zwar mit komplexen Konfliktlinien hinsichtlich der Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz verbunden; es kann auf Grundlage der beschriebenen Erkenntnisse jedoch davon ausgegangen werden, dass zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit langfristig positive Synergien entstehen.

Transformation von Gesellschaft ist eine Folge multipler weltweiter Krisen (vgl. zum Begriff der „Vielfachkrisen“ Demirovic, et. al., 2011). Wie sich bei historischer Betrachtung vergangener Krisen zeigt, wurde Transformation meist durch klar identifizierbare Akteur*innen der Zivilgesellschaft angestoßen und war somit revolutionär und steuerungsorientiert (Kollmorgen, Merkel & Wagener, 2015, S. 12). Auch Dörre (2020) hält für den konkreten Verlauf sozial-ökologischer Transformation für ausschlaggebend, wie Akteur*innen sich Machtressourcen erschließen und inwiefern sie durch strategische Fähigkeiten kollektive Ziele durchsetzen können (ebd., S. 291). Vor dem Hintergrund dieser Annahmen werden für die vorliegende Thesis die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen die Industriegewerkschaft Braunkohle, Chemie und Energie (IG BCE) und *Fridays for Future* unter besonderer Berücksichtigung der Sparte der Braunkohle betrachtet. Ihre Deutungsschemata der sozial-ökologischen Transformation, ihre Forderungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz sowie ihre Strategien zur Erreichung dieser Ziele sollen analysiert werden.

3. Zivilgesellschaft und ihre Akteur*innen

Der theoretische Zugang zu dem vielfältig verwendeten Begriff der Zivilgesellschaft ist Voraussetzung für die anschließende Analyse der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Hierfür

wurde der Begriff der Zivilgesellschaft von Antonio Gramsci ausgewählt, welcher im Folgenden ausgeführt wird. Anschließend werden die für diese Thesis ausgewählten Akteur*innen der Zivilgesellschaft die Gewerkschaft IG BCE und *Fridays for Future* mit Bezug auf das Konzept sozialer Bewegungen dargestellt.

3.1 Zivilgesellschaft und kulturelle Hegemonie

Der italienische Staatstheoretiker Antonio Gramsci, der als einer der führenden Vertreter der italienischen Arbeiterbewegung im faschistischen Italien 1926 inhaftiert wurde, stellte in seinen „Gefängnisheften“ Überlegungen zum Staat an, die für die politische Theorie und Staatsanalyse prägend waren (Buckel & Fischer-Lescano, 2007, S. 11). Gramsci orientierte sich am traditionellen Staatsbegriff des Liberalismus und des Marxismus. Er suchte nach Gründen für das Scheitern revolutionärer Bewegungen und kam zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Staatstheorien sowohl von Marx und Engels als auch von Lenin die komplexen Machtformen kapitalistischer westlicher Klassengesellschaften nicht ausreichend erfassten. Vor diesem Hintergrund fasst Gramsci den Staatsbegriff weiter als das Verständnis des Marxismus und Liberalismus vom Staat als „einer Maschine, eines militärischen oder polizeilichen Apparates oder einer Bürokratie“ (Demirović, 2007, S. 24). Dabei ist seine grundlegende Auffassung, dass die bis dahin begriffsgeschichtlich vorgenommene Dichotomie von Staat und Gesellschaft obsolet wird, denn der Staat selbst ist Gesellschaft und „Gesellschaft ist immer die Gesellschaft mit dem Eigennamen eines Staates, also Deutschland, Frankreich [...]“ (ebd., S. 38; vgl. Schade, 2002, S. 8 f.). Die darauf aufbauende Konzeption des integralen Staates wird fortfolgend geschildert. Die besondere Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer Möglichkeiten der politischen Einflussnahme mittels kultureller Hegemonie soll dabei hervorgehoben werden.

Der integrale Staat stellt eine Einheit aus Gruppen innerhalb der Gesellschaft dar, die Gramsci als historischen Block bezeichnet; eine konkrete Einheit von Basis und Überbauten¹⁰. Um diese Unterteilung nachvollziehen zu können, beginnt die Auseinandersetzung mit der Konzeption Gramscis zunächst am Begriff der Basis. Diese meint die ökonomischen Produktionsbedingungen, kurz die Ökonomie oder den Markt (Demirović, 2007, S. 26). Ökonomie und Staat stellen demnach keine voneinander getrennten Sphären dar, sondern eine substantielle Einheit. Als „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“ (ebd.) bildet die Ökonomie

¹⁰ In dieser Denkweise folgt Gramsci klar Marx' Argumentation, der die Unterscheidung zwischen Basis und Überbau einführte: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen.“ (Marx, 2015 [1859], MEW, Bd. 13, S. 8 f.).

somit die Grundlage für alle weiteren Bestandteile des integralen Staats: Die Überbauten, welche Gramsci in zwei Ebenen teilt:

„[...] diejenige, die man die Ebene der ‚Zivilgesellschaft‘ nennen kann, d. h. des Ensembles der gemeinhin ‚privat‘ genannten Organismen, und diejenige der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates‘, die der Funktion der ‚Hegemonie‘, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der ‚formellen‘ Regierung ausdrückt.“ (Gramsci, 2019, H. 12, § 1, S. 1502)

Es werden mehrere Begriffe genannt, die konstitutiv für den integralen Staat sind. Unter Zivilgesellschaft (*società civile*) und ihrem „Ensemble der gemeinhin privaten Organismen“ versteht Gramsci beispielsweise Familie, Vereine, das Bildungssystem, Kirche, Wissenschaft oder Zeitungen. Demirović (2007) ergänzt, dass aus heutiger Sicht auch Radio, Fernsehen, Film, Popkultur sowie Medizin, Psychiatrie und Psychotherapie zur Zivilgesellschaft gezählt werden könnten (ebd., S. 25). Die politische Gesellschaft (*società politica*) hingegen bezeichnet den administrativen Staat im engeren Sinne, bestehend aus einem institutionellen Ensemble von Regierung, Parlament, Gesetz, Bürokratie, Polizei und Militär (ebd., S. 24 f.).

Um die diesen Ebenen zugeordneten Funktionen der Hegemonie und der direkten Herrschaft nachvollziehen zu können, bedarf es einer Erläuterung von Gramscis Hegemoniebegriff. Diesem liegt zugrunde, dass moderne Formen von Herrschaft maßgeblich auf „Konsens“ beruhen. Die herrschende Klasse verfügt demnach über die Fähigkeit, die beherrschten Klassen ideologisch vom eigenen Gesellschaftsmodell überzeugen zu können - Konsens zu erzeugen und die hegemonialen Strukturen zu sichern. An dieser Stelle kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale Bedeutung zu: Gramsci meint mit der Sphäre der privaten Organismen die Gesamtheit der ideologisch-kulturellen Beziehungen und deren Institutionen, das geistig-intellektuelle Leben (Schade, 2002, S. 15 f.). In der Zivilgesellschaft werden Interessen vermittelt und verallgemeinert sowie umfassende Weltansichten und Handlungsperspektiven der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte ausgearbeitet, die sie „in kulturellen Kämpfen gegen andere durchsetzen“ (Demirović, 2007, S. 28). Mit der kulturellen Hegemonie verfügt die Zivilgesellschaft über eine Machtressource, die konstitutiv für den integralen Staat ist: Die Vorherrschaft über den gesellschaftlichen Konsens (ebd., S. 15)¹¹.

Dem Instrument des Konsenses zur Sicherung von Herrschaft entgegengesetzt ist das Instrument des „Zwangs“; dieses wird eingesetzt, um „legal die Disziplin derjenigen Gruppen

¹¹ Gramscis Verständnis der Zivilgesellschaft ist abzugrenzen von einem Verständnis derselben als einer intermediären Instanz, wie beispielsweise Jürgen Habermas im Konzept *Deliberativer Politik* vertritt (ders., 1992, S. 435 ff.). Demnach umfasst der Begriff Zivilgesellschaft nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse und Assoziationen von Bürger*innen auf freiwilliger Basis. Insofern kann Zivilgesellschaft als Vermittlerin der Sphäre des Privaten und der Sphäre der politischen Öffentlichkeit begriffen werden (ebd./ Bedall, 2014, S. 27 ff.). Im Gegensatz dazu ist gemäß Gramscis Auffassung von Zivilgesellschaft grundsätzlich jede*r Bürger*in „politisiertes Aktivbürger“ (Demirović, 2000, S. 53).

[zu] gewährleisten, die weder aktiv noch passiv zustimmen, sondern bestrebt sind, einen Bruch mit der vorherrschenden Lebensweise zu organisieren“ (ebd., S. 33). Das Einsetzen von Zwang stellt somit zum Einen ein Element des politisch-militärischen Kräfteverhältnisses der politischen Gesellschaft und der staatlichen Institutionen dar, indem es der Herstellung der staatlichen Einheit entgegen dem Widerstreben nationaler Minderheiten dient. Zum Anderen zählt Gramsci jedoch auch Erziehungs- und Bildungsaufgaben des Staates zum Mittel des Zwangs, indem durch Recht, Schulen und Hochschulen Druck ausgeübt wird, um „einen bestimmten Typus von Zivilisation zum Verschwinden zu bringen“ (ebd.).

Die Schaffung der bestimmten Lebensweise des „Kollektivmenschen“ (vgl. Gramsci, 2019, H. 13, § 7, S. 1544) ist das Ziel der Staatsform des integralen Staats: Die Kollektivmenschen stimmen der Herrschaft der politischen Gesellschaft zu. Ihr Konsens ist damit Grundlage für die Hegemonie und Mittel des Zwangs werden seitens des Staates nur im Äußersten angewendet. Vor diesem Hintergrund kann die vielzitierte Formel Gramscis eingeordnet werden: „In dem Sinne könnte man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt, Hegemonie gepanzert mit Zwang.“ (Gramsci, 2019, H. 6, § 88, S. 783).

Der integrale Staat besteht insofern aus Momenten des Konsenses und des Zwangs in den Sphären der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft. Doch wie bildet sich eigentlich die herrschende Gruppe, die politische Gesellschaft heraus? An der Genese der herrschenden Gruppe lässt sich erneut Gramscis marxistische Prägung ablesen: Herrschaft gehe in kapitalistischen Gesellschaften naturgemäß von der bürgerlichen Gesellschaft, der Bourgeoisie aus, da diese über die Produktionsmittel verfügt und den Zugang zu ihnen kontrolliert (Demirović, 2007, S. 30 ff.). In Gramscis Worten: „Wohl wird der Staat aufgefasst als der einer Gruppe zugehörige Organismus, der dazu bestimmt ist, die für die maximale Expansion der Gruppe selbst günstigen Bedingungen zu schaffen [...]“ (Gramsci, 2019, H. 13, § 17, S. 1561). Die Universalisierung des Bürgertums beziehungsweise die Verallgemeinerung bürgerlicher Herrschaft verläuft als Prozess. Vom anfänglichen Zusammenschluss von Kaufleuten, über die Entwicklung eines ökonomischen Bewusstseins der Interessensolidarität sowie eines Selbstverständnisses der Bourgeoisie als politische Kraft, dem Kampf um Hegemonie bis hin zur staatlichen Phase der Organisation und Delegation differenzierter Arbeitsteilung bildet sich das Bürgertum als herrschende Gruppe heraus (ebd.). Als solche prägt die „herrschende grundlegende Gruppe [...] die Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens“ (Gramsci, 2019, H. 12 § 1, S. 1502). Dies stößt auf einen vorläufigen spontanen Konsens der großen Massen der Bevölkerung, der jedoch nicht selbstverständlich ist und den es zu erhalten gilt. Hier kommt der Kompromissbereitschaft der herrschenden Gruppe eine maßgebliche Bedeutung zu. Um

den Konsens und die Hegemonie zu erhalten, muss die bürgerliche Gesellschaft Zugeständnisse machen: „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet [...]“ (Gramsci, 2019, H. 13, § 18, S. 1567). In diesem Sinne muss hervorgehoben werden, dass es zur Aufgabe der Politik gehört, für Prozesse der Willensbildung, Schaffung von Bündnissen durch geteilte Überzeugungen, Diskussion, Verhandlung und Kompromiss einzustehen – um der Erhaltung der Hegemonie willen. Der Kompromiss stellt somit einen herrschafts- und staatstheoretischen Aspekt dar (Demirović, 2007, S. 33).

Als Akteur*innen beziehungsweise Funktionär*innen der Ebene der Überbauten, also der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft, führt Gramsci die „Intellektuellen“ ein. Ihre intellektuell spezialisierten Tätigkeiten nehmen weiter differenzierte Formen der „besonderen Überbauten“ an (Demirović, 2007, S. 34). Was damit gemeint ist, wird deutlicher anhand der hierarchischen Struktur der Intellektuellen, welche Gramsci in den traditionellen Typus und den neuen, organischen Typus der Intellektuellen unterteilt. Als traditionelle Intellektuelle sind Gelehrte, Philosophen, Dichter oder Künstler aufzufassen (Gramsci, 2019, H. 4, § 72, S. 554). Ihnen kommen eher konzeptive Tätigkeiten zu, indem sie Begriffe des Konsenses prägen und an einer moralischen und intellektuellen Einheit kollektiver Überzeugungen arbeiten (Demirović, 2007, S. 35). Als organische, neue Intellektuelle bezeichnet er hingegen diejenigen Arbeiter der modernen Welt, die sich von der Stellung des „Handlangers“ der „Technik-Arbeit“ zur „Technik-Wissenschaft“ hocharbeiten und letztlich Spezialisten der Politik werden; zum Typus der neuen Intellektuellen zählen demnach beispielsweise auch Beamte*innen (Gramsci, 2019, H. 4, § 72, S. 554). Ihre spezialisierten Bereiche stellen damit die besonderen Überbauten dar. Insbesondere den organischen Intellektuellen kommt die Funktion zu, mittels ihrer Tätigkeiten „Vertrauen, Konsens und Führung“ (Demirović, 2007, S. 34) zu organisieren. Sie stellen Konsens her, reproduzieren diesen und stabilisieren somit die Hegemonie der Herrschenden.

Die Ebenen des integralen Staats (die ökonomische Basis, die Überbauten der politischen Gesellschaft und der Zivilgesellschaft) sowie seine konstitutiven Elemente (Hegemonie, Konsens und Zwang, Kompromiss) sowie die intellektuellen Funktionäre wurden hiermit zusammenfassend vorgestellt. Dabei bleibt es wichtig festzuhalten, dass sich die einzelnen Ebenen der bürgerlichen, politischen und Zivilgesellschaft sowie der Intellektuellen überlagern und teilweise ineinandergreifen. Hierdurch werden „Kanäle [gebildet], in denen einzelne Personen aus den unteren Klassen einen Aufstieg in höhere Klassen erreichen können“, was wiederum ein Gleichgewicht des gesellschaftlichen Konsenses ermöglicht (Demirović, 2007,

S. 35). Das ideale Staatsbild, das Gramsci erträumt, wird deutlich: „Es geht darum, endlich einmal Bedingungen herzustellen, unter denen Menschen nicht von anderen geführt und ausgebeutet werden, sondern selbstbestimmt und miteinander versöhnt leben“ (ebd., S. 37).

Indem die sozial-ökologische Transformation maßgeblich durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen forciert wird, ist für die vorliegende Arbeit insbesondere Gramscis Konzeptionierung der Zivilgesellschaft von Relevanz. Die zivilgesellschaftliche Ausgestaltung kultureller Hegemonie ist maßgeblich für die Erhaltung von staatlicher Herrschaft – zugleich verfügt die Zivilgesellschaft jedoch auch über die Mittel der Veränderung von Macht- und Herrschaftsstrukturen, indem sie bei fehlendem Konsens Ausgangspunkt einer „Bewegung von unten nach oben“ beziehungsweise Gegen-Hegemonie sein kann (Schade, 2002, S. 15).

3.2 (Neue) Soziale Bewegungen

Um die für diese Thesis ausgewählten Akteur*innen der Zivilgesellschaft die Gewerkschaft IG BCE und *Fridays for Future* Deutschland in ihrer jeweiligen Struktur und Organisation untersuchen zu können, soll zunächst eine Klärung der Begrifflichkeiten der sozialen beziehungsweise der neuen sozialen Bewegungen (NSB) erfolgen.

(Neue) soziale Bewegungen sind begrifflich undifferenziert. Als soziale Bewegungen beziehungsweise neue soziale Bewegungen lassen sich gesellschaftliche Phänomene der vergangenen Jahrhunderte auffassen: Sowohl die US-amerikanische und die französischen revolutionären Bewegungen des 18. Jahrhunderts, die Arbeiter*innenbewegung, die nationalsozialistische Bewegung, die Bürgerrechtsbewegung, die Studentenbewegung der 1960er-Jahre, die Frauen- und Lesbenbewegung als auch die Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung seien hier nur als Beispiele genannt. Doch durch welche Merkmale zeichnen sich soziale Bewegungen aus? Und welche Unterscheidung ist zwischen sozialen und neuen sozialen Bewegungen zu treffen?

Um sich zunächst den Charakteristika sozialer Bewegungen definitorisch zu nähern, dient die Abgrenzung des französischen Soziologen Alain Touraine (1985). Um zu verdeutlichen, was soziale Bewegungen *nicht* sind, setzte er sie mit Determinanten sozialer Konflikte in Beziehung. Soziale Konflikte sind Touraine zufolge klar von anderen kollektiven Verhaltensweisen abzugrenzen: „[...] panics, crazes, fashions, currents of opinion, cultural innovations are no conflicts [...] a conflict presupposes a clear definition of opponents or competing actors and of the resources they are fighting for or negotiating to take control of“ (ebd., S. 750 f.). Aus dieser Abgrenzung lässt sich als ein Merkmal die Voraussetzung des sozialen Konflikts mit einer Gegenpartei, die gegensätzliche oder zumindest differente Zielen verfolgt, ableiten. Soziale Bewegungen befinden sich in Opposition zur politischen Herrschaft und versuchen, ihre Interessen gegen die ihrer definierten Gegner*innenschaft durchzusetzen.

Für die weitere Charakterisierung sozialer Bewegungen kann die von Joachim Raschke (1987) entwickelte Arbeitsdefinition dienen. In dieser bestimmte Raschke die Kriterien „kollektiv“ und „weitreichende Ziele“ (ebd., S. 20) als maßgeblich für seine Definition. Bewegungen stellen demzufolge einen kollektiven Handlungszusammenhang dar, welcher einzelne Individuen miteinbindet. Hierdurch werden Individuen zum Kollektiv, das Problemlagen erkennt und in ein aktives Eingreifen für oder gegen sozialen Wandel übersetzt. Implizit sind hiermit bereits die „weitreichenden Ziele“ sozialer Bewegungen genannt: Ihr Handeln ist darauf ausgerichtet, relevante Gesellschaftsstrukturen zu verändern, oder (im Falle von Gegenbewegungen) deren Veränderung zu verhindern (ebd.). Dabei ist der ideelle Bezugspunkt sozialer Bewegungen die Gesamtgesellschaft samt ihrer Machtstrukturen und normativen Grundlagen, wie Dieter Rucht (2021) feststellt: Ihre Zielsetzungen beziehen sich immer auf eine gegebene oder erstrebte „Gesellschaftsformation“ (ebd., S. 61 f.). Zusammenfassend soll für die vorliegende Thesis die Definition von Rucht in Ergänzung des von Raschke eingeführten Begriffs der weitreichenden Ziele dienen: Soziale Bewegungen sind „mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die, gestützt auf eine kollektive Identität, [weitreichende Ziele im Sinne eines] grundlegenden gesellschaftlichen Wandels primär mit den Mitteln kollektiven und öffentlichen Protests herbeiführen oder verhindern wollen“ (ebd.).

Der in den 1980er Jahren in Deutschland aufgekommene Begriff der „Neuen Sozialen Bewegungen“ (NSB), bezeichnet hingegen einen Bewegungstypus, der vor allem in den westlichen Gegenwartsgesellschaften auftritt (Rucht, 2021, S. 64 f.). Eine vergleichende Gegenüberstellung von NSB und ursprünglichen sozialen Bewegungen ist in der folgenden Tabelle abgebildet:

Kriterium	Arbeiterbewegung	Neue soziale Bewegungen
Themenfeld	Produktionssphäre Materielle Lebensbedingungen	Reproduktionssphäre, Lebensqualität
Gesellschafts-entwurf	Kommunismus/Sozialismus demokratischer Sozialismus	Sozialer Kapitalismus/demo- kratischer Sozialismus
Soziale Träger	Arbeiterschaft	Gebildete Mittelschicht (Humandienstleistende)
Organisation	Straff, hierarchisch	Locker, dezentral
Strategische Ausrichtung	Revolution Reformismus	Radikale Reform
Bevorzugte Pro- testform	Streik, Kundgebung, Marsch	Kundgebung, Marsch, Unter- schriften, ziviler Ungehorsam

Merkmale alter und neuer sozialer Bewegungen (Rucht, 2021, S. 65)

NSB bezeichnen demnach entgegen der Annahme ‚neu‘ nicht die Gesamtheit zeitgenössischer Bewegungen, sondern einen in inhaltlicher, sozialstruktureller, organisatorischer und strategischer Hinsicht von sozialen Bewegungen distinkten Bewegungstypus (Rucht, 2021, S.

64). Die Sozialstruktur von NSB setzt sich vorrangig aus Angehörigen der gebildeten Mittelschichten zusammen und befindet sich deutlich in Distanz zu den kulturellen Werten des Milieus der einfachen Angestellten und Arbeiter*innen (ebd., S. 69). Sie zeichnen sich unter anderem durch ein progressives Selbstverständnis, die Verfechtung humanitärer und prodemokratischer Positionen, kosmopolitische Orientierungen und die Ablehnung starker Hierarchien aus. Dabei verbinden die NSB radikaldemokratische Forderungen mit der Zielsetzung solidarischer, selbstbestimmter Lebensweisen und der Verbesserung der Lebensbedingungen. Themen von Einzelbewegungen sind etwa Bürger- und Menschenrechte, Emanzipation von Frauen, Ökologie, Frieden und Abrüstung, selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen sowie Hunger und Elend in der Dritten Welt (Rucht, 2021, S. 652). NSB konnten in der Vergangenheit einzelne Politikfelder wie beispielsweise Energie-, Umwelt und Frauen*Politik beeinflussen; ihnen wird jedoch eine größere Wirkungskraft auf die „politische Kultur“ im Sinne einer kulturellen Liberalisierung, Abschwächung obrigkeitsstaatlicher Denkmuster, Akzeptanz demokratischer Werte und Toleranz gegenüber diversen Lebensentwürfen zugeschrieben (ebd., S. 655).

Für die vorliegende Thesis werden auf Grundlage dieser Ausführungen die Gewerkschaft IG BCE als soziale Bewegung und *Fridays for Future* als NSB betrachtet. Beiden Bewegungsformen liegen transformative Kräfte inne, deren Potenzial zum sozial-ökologischen Wandel der Gesellschaft ergründet werden soll.

3.3 Akteur*innen der sozial-ökologischen Transformation

Inhalte der folgenden Unterkapitel werden die jeweilige Ausgestaltung der inneren Struktur und Organisation der IG BCE und *Fridays for Future* sowie ihre Deutungsschemata der sozial-ökologischen Transformation und entsprechende Strategien sein.

3.3.1 Die IG BCE als gewerkschaftliche Interessenvertretung des Kohlebergbaus

An dieser Stelle soll zunächst mittels der Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften in Deutschland auf Charakteristika, die spezifische Bewegungsorganisation und ihre Handlungsfelder eingegangen werden. Anschließend wird die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) und insbesondere ihre Interessensvertretung des Kohlebergbaus als zivilgesellschaftliche Akteurin betrachtet.

Der historische Hintergrund der Gewerkschaften in Deutschland ist eng mit der Arbeiterbewegung verknüpft. Mit der deutschen Revolution im Jahr 1848 organisierten Arbeiter sich zunehmend sowohl in industrie- als auch in berufsverbandlichen Vereinen und Bewegungen. In unterschiedlichster Zusammensetzung beehrten sie gegen „die Kapitalisten und Arbeitgeber, [...] aber auch den bestehenden Staat, das bestehende System“ (Kocka, 1981,

S. 323) auf. Mit Berufung auf Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit formulierten die Arbeiter ihre Ziele klar: Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung für das Proletariat (ebd., S. 323 ff.). Die gewerkschaftliche Interessensvertretung ließ sich dabei nicht auf sozialökonomische Interessen beschränken, denn „Arbeiter zu sein definierte die ökonomische, soziale, politische und kulturelle Stellung eines Menschen“ (Kocka, 1981, S. 325). Mit einem solchen emanzipatorischen Anspruch haben Gewerkschaften wesentlich zur Entwicklung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung in Deutschland beigetragen (ebd.).

Jedoch bestanden in der Bewegung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung eklatante Ungleichheiten hinsichtlich der Gleichberechtigung von Arbeitern und Arbeiterinnen, die bis heute das Bild von Gewerkschaft prägen. Ein Grund dafür lag in der Frauenerwerbsquote, die im Jahr 1861 bei nur 31,5 Prozent lag und davon waren nur wenige Arbeiterinnen in der Industrie tätig; doch die Quote der erwerbstätigen Frauen stieg schon in den darauffolgenden Jahrzehnten an, bedingt durch den vermehrten Einsatz von leichter zu bedienenden Maschinen und die zugleich sinkenden Löhne der (Ehe-)Männer (Holland, 2019, S. 59 ff.). Doch statt gemäß dem Anspruch „unspezifischer Solidarität und Loyalität“ (Kocka, 1981, S. 325) folgend Gleichberechtigung für die Arbeiterinnen zu fordern, vertrat ein Großteil der Arbeiter einen anderen Standpunkt: Da die Arbeit der Frauen eine erhöhte Arbeitsplatzkonkurrenz darstellte, wurden Frauen Berufsausbildungen verwehrt und das generelle Verbot der Frauenarbeit gefordert. Dabei beriefen sich die Arbeiter auf das vom Bürgertum geprägte Ideal der Frau als Hausfrau und Mutter (Holland, 2019, S. 61/ Zimmermann, 2021, S. 7 ff.)¹².

Die ideelle Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung wird an ihrer hier prägnant dargestellten Entstehungsgeschichte deutlich. Weitere charakterisierende Merkmale der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Deutschland werden bei Betrachtung der Bewegungsorganisation deutlich. Zur Erreichung ihrer Ziele haben sich deutsche Gewerkschaften bei ihrer Organisation bereits früh bürokratischer Verwaltungsformen bedient, die bis heute kennzeichnend für gewerkschaftliche Bewegungsorganisation sind. Hierzu zählen unter anderem die Adaption des „Beamtentums“, Schriftlichkeit, genaue Arbeitsteilung und eine systematische Hierarchie. Mithilfe der bürokratischen Organisation konnten einige Erfolge erzielt werden, wie etwa die Einrichtung von Tarifverträgen durch friedliche Verhandlungen (Kocka, 1981, S. 332). Mit dem ersten Weltkrieg ist eine Machtzunahme der Gewerkschaften zu verzeichnen, die von nun

¹² Da die Arbeiterbewegung die Interessen der Arbeiterinnen nicht vertrat, begannen Frauen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, sich selbst zu organisieren. Mit einer gewissen Zeitverzögerung zur Arbeiterbewegung bildeten sich Arbeiterinnenvereine heraus, die explizit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen forderten. Als prominente Vertreterin sei hier unter anderem Clara Zetkin genannt, die als Herausgeberin der Zeitschrift „Die Gleichheit“ ab 1892 zur Organisation der Frauenbewegung beitrug und sich für das Frauenwahlrecht einsetzte (Friedrich Ebert Stiftung, o. J).

an über institutionalisierte Mitwirkungsrechte in den Unternehmen, auf regionaler sowie gesamtstaatlicher Ebene verfügten (ebd.). In der Nachkriegszeit entwickelten sich die Gewerkschaften größtenteils nachhaltig von Berufs- zu Industrieverbänden. Durch die Interessensvertretung aller Beschäftigten einer Branche innerhalb eines Industrieverbands, unabhängig von ihrem Beruf oder ihrer Stellung im Betrieb, konnte sich das Einheitsprinzip durchsetzen, welches bis heute die institutionelle und organisatorische Stabilität der deutschen Gewerkschaften prägt (Schroeder & Greef, 2014, S. 125 f.). Die Tendenz zum Zusammenschluss zur Einheitsgewerkschaft lässt sich auch mit Blick auf die Machtressourcen von Gewerkschaften erklären, da Mitgliederzahlen und Mobilisierungspotenzial entscheidend für die gewerkschaftliche Organisationsmacht sind (Dörre, 2011, S. 273). Zusammenfassend lassen sich deutsche Gewerkschaften somit im Ergebnis ihrer Geschichte als „zentralisierte, bürokratische, sozial-partnerschaftliche Einheitsgewerkschaften“ charakterisieren (Holland, 2019, S. 58). Was das für die konkrete Ausgestaltung der Gewerkschaftspraxis bedeutet, wird anhand der näheren Betrachtung gewerkschaftlicher Handlungsfelder ausgeführt.

Hinsichtlich des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums hat in der Industriesoziologie die Auffassung von Gewerkschaften als sogenannten „Intermediären“ (Streeck, 1987, S. 472/ Haipeter, 2011, S. 8 f.) einige Jahrzehnte die theoretische Diskussion geprägt. Die ‚Intermediaritätsthese‘ verfolgt den Ansatz, dass Gewerkschaften als Vermittler nicht nur Arbeiterinteressen vertreten, sondern als Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen auch die Interessen der Kapitaleseite inkorporiert haben müssen. Eine Kompromissorientierung ist hierbei maßgeblich für beide Seiten der Arbeitsbeziehungen, Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen (Haipeter, 2011, S. 8 f.). Demnach sind Gewerkschaften als intermediäre Organisationen an der Aushandlung von Interessen zwischen sozialen „Klassen“ im Rahmen eines institutionellen Regelungssystems beteiligt, in dem sie zwischen Arbeit und Kapital beziehungsweise Staat vermitteln (ebd.). Die Intermediaritätsthese bezieht sich hiermit auf die marxistische Klassentheorie. Als solche wurde sie in der modernen Sozialstrukturanalyse kritisiert, da sie die Heterogenität der gewerkschaftlichen Mitglieder verkenne, die keineswegs „objektive, einheitliche Lohnarbeiterinteressen“ verfolgen (Meise, 2014, S. 57 f./ vgl. u. a. Beerhorst, 2005). Das Konzept der gewerkschaftlichen Intermediären hatte laut Dörre (2011) während der Prosperität der Nachkriegszeit zwischen Unternehmensbürokratien und Wohlfahrtsstaaten durchaus eine Berechtigung (ebd., S. 270). Doch zugleich veränderte sich mit dem gesellschaftlichen Wandel der Globalisierung und Neoliberalisierung ab den 1980er Jahren auch die „Klassengesellschaft“, die nunmehr differenzierter und individualistischer geprägt ist (Nachtwey, 2017, S. 33 f.). Vor diesem Hintergrund wurde das Intermediaritätskonzept durch handlungstheoretisch differenziertere Ansätze wie das Konzept

der sozialen Milieus ersetzt, welches Differenzen und Auseinandersetzungen um Gewerkschaftspolitik auf allen Ebenen der Gewerkschaftsorganisation berücksichtigt (Meise, 2014, S. 58 ff.). Dieser theoretische Zugang ist für die vorliegende Thesis mit Bezug auf Bourdieu (Kapitel 2.2) bedeutender¹³. Meises (2014) Einordnung gewerkschaftlicher Handlungspraxis in ein soziales Feld mit verschiedenen institutionellen Dimensionen soll hierbei dem Verständnis der Gewerkschaftsstruktur dienen und die Herausforderung gewerkschaftlicher Interessenvertretung hinsichtlich der Transformationsaufgaben, die über die historisch ursprüngliche Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit hinausreichen, aufzeigen.

Die in klassischen Gewerkschaftstheorien genannten Funktionen gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den wesentlichen Handlungsbereichen Ökonomie, Politik und innere Gewerkschaftsorganisation (Müller-Jentsch, 1997, S. 84 ff.) wird dabei um die differenzierte Sozialstruktur der gewerkschaftlich repräsentierten Beschäftigten ergänzt:

- Im *ökonomischen Feld* streben Gewerkschaften danach, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Interesse von Mitgliedern und Beschäftigten durch Mitbestimmung und Tarifaueinandersetzungen mit Unternehmen und Arbeitgeberverbänden zu verbessern.
- Als zivilgesellschaftliche Akteur*innen im *politischen Feld* nehmen Gewerkschaften Einfluss auf arbeits- und sozialpolitische Rahmenbedingungen.
- Das *Feld der internen Gewerkschaftsorganisation* stellt die gewerkschaftsinternen Strukturen und Praktiken dar, durch welche repräsentative Ämter besetzt werden und wie über die inhaltliche Ausrichtung der Organisation entschieden wird.
- Das „*Feld der Alltagskulturen*“ bezieht sich als Handlungsfeld der Gewerkschaften auf die sozialen Milieus der Mitglieder und Beschäftigten. Insbesondere auf betrieblicher Ebene forcieren Gewerkschaften den Aufbau und die Pflege von Vertrauensbeziehungen zu Arbeitnehmenden aus verschiedensten sozialen Milieus.
(Meise, 2014, S. 60 f.)

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) ist eine Branchengewerkschaft, die neben den Interessen der Bergbau-, Chemie- und Energieindustrie auch die Branchen Glas, Kautschuk, Keramik, Kunststoff, Leder, Papier- und

¹³ Der „Jenaer Machtressourcen-Ansatz“ (Dörre, 2011, S. 276 ff.) bietet ebenfalls eine Alternative zum Intermediaritätskonzept. Der Ansatz legt einen Fokus auf „Arbeitermacht“, die sich wiederum in strukturelle Macht, Organisationsmacht und institutionelle Macht gliedert (ebd.). Hiermit wird ebenfalls eine teilweise Wahrnehmung der pluralen Lebenswelten der Mitglieder und Beschäftigten geboten, jedoch fokussiert der Ansatz eher die Problemstellung abnehmender Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften aufgrund rückläufiger Mitgliederzahlen und nicht Fragen sozialer (Un-)Gerechtigkeit und ungleicher Machtstrukturen innerhalb der Gewerkschaften.

Zellstofferzeugung sowie Sanierung und Entsorgung vertritt (ebd., o. A., 2021). Die IG BCE ist im Nachkriegsdeutschland aus Facharbeiterverbänden hervorgegangen. Im Jahr 1946 gründet sich zunächst der Industrieverband Bergbau und Energie (IG BE), der Industrieverband Chemie, Papier, Keramik (IG Chemie) und die Gewerkschaft Leder. Während die Gewerkschaften in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegszeit einige Erfolge erzielen können (beispielsweise die 5-Tage-Woche und vier Wochen Urlaub im Jahr), setzt ab Ende der 1980er Jahre eine Schwächung der Gewerkschaften¹⁴ ein und sie sehen sich in den folgenden Jahren mit Herausforderungen der Deindustrialisierung konfrontiert: Die traditionellen Industrien schrumpfen, neue Wirtschaftszweige entstehen, Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau führen zu einer Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse (ebd./ vgl. hierzu auch Nachtwey, 2017). Diesem gesellschaftlichen Wandel begegnen die drei Gewerkschaften IG BE, IG Chemie und die Gewerkschaft Leder, indem sie im Jahr 1992 zur IG BCE fusionieren und so ihre Organisationsmacht stabilisieren: „Die Schaffung einer neuen gemeinsamen Organisation dient dem Ziel, die vorhandenen Kräfte zu bündeln, die Stärke der Organisationen zu sichern und die Durchsetzungsfähigkeit im Interesse der Mitglieder zu verbessern.“ (IG BCE, o. A., 2021)¹⁵. Die Zielsetzung des solidarischen Miteinanders und der sozialen Gerechtigkeit ist handlungsleitend für ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung. Dabei hat die IG BCE deutschlandweit aktuell 630.000 Mitglieder aus 4.000 Betrieben (IG BCE, o. A., 2019, S. 7). Die gewerkschaftliche Organisation gliedert sich deutschlandweit in 42 regionale Bezirke, die wiederum acht Landesbezirken angehören: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen/Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/Saarland und Westfalen. Die Landesbezirke koordinieren beispielsweise die überbezirkliche Tarifarbeit und vertreten politische Interessen gegenüber den Landesregierungen (IG BCE, o. A., 2021). Für die vorliegende Thesis wurde die Sparte Bergbau der IG BCE ausgewählt, da hier die Beschäftigten hinsichtlich des von der Bundesregierung geplanten Kohleausstiegs im Jahr 2030 direkt betroffen sind. An diesem Punkt werden die Konfliktlinien der sozial-ökologischen Transformation besonders deutlich: Wie werden die Arbeiter*innen sozial aufgefangen? Wie

¹⁴ Der schwindende Einfluss der Gewerkschaften wird mit einer Polarisierung der Einkommen seit den 1980er Jahren in Verbindung gebracht; laut Studien zur Ungleichverteilung von Einkommen in mehreren Industrieländern besteht eine enge Relation zwischen zunehmender sozialer Ungleichheit der Löhne und Gehälter und dem Mitgliederschwund in den Gewerkschaften (Wilkinson & Pickett, 2009, S. 277).

¹⁵ Die IG BCE ist darüber hinaus Mitgliedsgewerkschaft der Einheitsgewerkschaft Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). Der DGB umfasst acht Mitgliedsgewerkschaften mit insgesamt rund sechs Millionen Mitgliedern (DGB, o. A., o. J.); der DGB, der sich 1949 gründete, ist Ergebnis des Wunsches nach Einheit der Arbeiterbewegung. Als Einheitsgewerkschaft stellt sie eine Solidargemeinschaft von Arbeitnehmenden unterschiedlicher Berufe, unabhängig ihres rechtlichen Status und ihrer Religionszugehörigkeit, Weltanschauung oder parteipolitischen Bindung dar (Kluncker, 1999). Die Aktualität des einheitsgewerkschaftlichen Grundwertes der Solidarität lässt sich im Hinblick auf eine zunehmende soziale Ungleichheit und Pluralisierung der Gesellschaft kritisch diskutieren (vgl. Lindemann, 2020, S. 374 ff.).

positioniert sich die IG BCE ideologisch zum Klimaschutz und zur sozial-ökologischen Transformation? Wie Kocka (1981) bei der historischen Analyse der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bereits feststellte, ist das Verhältnis gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Progressivität und der Interessenvertretung Arbeitnehmer*innen nicht frei von Konflikten. Wirtschaftliche Modernisierung bedeutet bis heute teilweise Zerstörung traditioneller Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen (Kocka, 1981, S. 329) – wie sich auf tragische Weise am Beispiel der Beschäftigten des Kohlebergbaus zeigt. Hier waren im Jahr 2020 noch rund 15.000 Menschen beschäftigt, die angesichts des klimapolitisch begründeten Kohleausstiegs von Arbeitslosigkeit bedroht sind (Bundesagentur für Arbeit, 2021) und weitere 50.000 Jobs hängen laut Angaben der IG BCE von dieser Branche ab (ebd., o. J.). Dies stellte den Ausgangspunkt der IG BCE in den Verhandlungen über den Strukturwandel in der 2018 von der Bundesregierung beauftragten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB) dar:

Die klimapolitisch motivierte vorzeitige Beendigung der Kohleverstromung greift tief in die Wertschöpfungsstrukturen der deutschen Wirtschaft ein. Dieser Wandel ist am stärksten regional erlebbar. Nur auf der Grundlage erfolgreicher regionaler Entwicklungskonzepte wird er ökonomisch und sozial verträglich sein. (KWSB, 2019, S. 82)

In der KWSB kamen neben den Gewerkschaften Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden sowie vom Strukturwandel betroffenen Regionen zusammen (KWSB, 2019, S. 6 f.). Der Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliadis plädierte zwar für ein späteres Enddatum der Kohleverstromung, musste sich jedoch auf Kompromisse einlassen; dennoch konnten Vassiliadis und die IG BCE in den Verhandlungen Lösungen für die Beschäftigten des Bergbaus erzielen (KWSB, 2019, S. 97 f.). Hierzu zählen unter anderem, dass es keine betrieblichen Kündigungen in Kraftwerken und Tagebauen geben wird, die Beschäftigungsqualität und das Einkommensniveau gesichert werden soll, Hilfestellung bei der Vermittlung in neue Arbeit geleistet und gegebenenfalls Lohneinbußen ausgeglichen werden sollen, eine Vorruhestandsregelung für Ältere unter Ausgleich von Rentenabschlägen sowie ein staatliches Anpassungsgeld zur Überbrückung bis zum vorzeitigen Renteneintritt (ebd.). Diese Punkte waren jedoch auf einen Kohleausstieg im Jahr 2038 bezogen - ob die Absicherung der Beschäftigten auch mit einem Kohleausstieg 2030 zu diesen Konditionen gelingen kann, bleibt bislang fraglich.

Die Positionierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu Fragen sozialer Gerechtigkeit konnte deutlich dargestellt werden. Doch wie werden Klimaschutzmaßnahmen gedeutet? In der Literatur wird Beschäftigten der fossilen Industrien in Bezug auf Klimaschutz eine gewisse Passivität zugeschrieben: Während Wissen & Brand (2019) von Beschäftigten als „Beherrschten“ sprechen, die aufgrund von struktureller Alternativlosigkeit an der imperialen

Lebensweise partizipieren (vgl. Kapitel 2.3), spricht Dörre (2020) von einem befürchteten „Statusverlust“ seitens der Beschäftigten, sollten sie ihre Arbeit in der Braunkohleindustrie nicht mehr ausführen können (ebd., S. 292).

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Interviews mit den Gewerkschaftsvertreter*innen der IG BCE insbesondere Fragen zum Erleben des Kohleausstiegs, den Auswirkungen des Strukturwandels und wie klimapolitische Maßnahmen angenommen und eingeschätzt werden.

3.3.2 Fridays for Future in Deutschland

You have stolen my dreams and my childhood with your empty words. And yet I'm one of the lucky ones. People are suffering. People are dying. Entire ecosystems are collapsing. We are in the beginning of a mass extinction, and all you can talk about is money and fairy tales of eternal economic growth. How dare you! For more than 30 years, the science has been crystal clear. How dare you continue to look away and come here saying that you're doing enough, when the politics and solutions needed are still nowhere in sight. (Greta Thunberg, 2019)

Fridays for Future (FFF) wurde 2018 von der damals 15-jährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg ins Leben gerufen, indem sie sich nach den Sommerferien weigerte, in die Schule zurückzukehren. Stattdessen stellte sie sich mit einem Schild mit der Aufschrift ‚Skolstrejk för klimatet‘, ‚Schulstreik für das Klima‘, vor das Parlamentsgebäude in Stockholm. Nach ein paar Wochen erklärte sie unter dem Hashtag ‚Fridays for Future‘ medial wirksam ihren Unterrichtsboykott jeden Freitag fortsetzen zu wollen, bis die schwedische Regierung ihre Klimapolitik an den Zielen des 2015 international vereinbarten Pariser Klimaabkommens ausrichten würde. Ihr Protest fand weltweit zahlreiche Unterstützer*innen und so fanden ab Dezember 2015 auch in Deutschland Schulstreiks statt (Rucht, 2019, S. 4 ff.). Innerhalb kürzester Zeit ist FFF zu einer international agierenden Protestbewegung erwachsen, an deren ‚Globalen Klimastreiks‘ in den vergangenen Jahren Millionen Menschen teilnahmen (Haunss, et. al., 2020, S. 8). Trotz großem Zuspruch sehen sich die Aktivist*innen immer wieder mit Kritik konfrontiert: So war in der medialen Öffentlichkeit teils diskreditierend die Rede von ‚Wohlstandskindern‘ (Schwilden, 2019 [Die Welt]) oder Schulschwänzer*innen (Süddeutsche, o. A., 2021), die in einer ‚urbanen Komfortzone‘ lebten (Müller, 2020 [Neue Zürcher Zeitung]). Doch was kennzeichnet die neue soziale Bewegung *Fridays for Future* Deutschland eigentlich und welche Ziele verfolgen sie? Wie sind die Aktivist*innen strukturiert, organisiert und welcher Protestformen bedienen sie sich? Wie gelingt die Mobilisierung? Diese Punkte sollen im Folgenden beantwortet werden, um ein konkreteres Bild der Bewegung zu skizzieren. Aufgrund der Rahmung der vorliegenden Thesis wird lediglich die Forschung über *Fridays for Future* Deutschland herangezogen¹⁶.

¹⁶ Für den europäischen Vergleich von FFF kann die Studie von Neuber, Kocyba & Gardner relevant sein (2020, S. 67 ff.). Internationale Forschung über FFF liefern ebenfalls Sommer et. al. (2019). Sie haben für ihre Studie Daten in insgesamt neun Ländern gesammelt. Im europäischen und internationalen Vergleich von FFF ergibt sich

Ein soziodemografisches Profil der FFF-Aktivist*innen und Demonstrierenden lässt sich der Studie von Sommer et. al. (2020) entnehmen, für welche Protestierende bei FFF-Demonstrationen von März bis November 2019 befragt wurden. Es konnte festgestellt werden, dass sich hinsichtlich der Altersstruktur über den zeitlichen Verlauf der Proteste hinweg ein deutlich differenziertes Bild ergibt, als zunächst angenommen: Während das Medianalter der Demonstrierenden im März 2019 noch bei 19 Jahren liegt, steigt das Medianalter bei FFF-Protesten im November 2019 auf 30 Jahre (Sommer, et. al., 2020, S. 27 f.). Diese Daten zeigen, dass der Protest in einer frühen Phase zwar größtenteils von jungen Menschen getragen wird, sich im zeitlichen Verlauf jedoch nicht auf eine Bewegung von Schüler*innen reduzieren lässt (ebd.). Dennoch ist FFF mit einem Mittelwert der Gruppe der unter 25-Jährigen von mehr als 70 Prozent im März 2019 und auch 37,4 Prozent im November 2019 eine außergewöhnlich junge Bewegung. Dies wird umso deutlicher im Vergleich zu anderen Protestbewegungen wie z. B. Pegida oder den G20-Protesten im Hamburg 2017, deren Mittelwert der unter 25-Jährigen in der Gesamtheit nur bei 14 Prozent liegt (Sommer et. al., 2020, S. 28 f.).

Darüber hinaus zeigt sich bei FFF ein auffällig hoher Frauenanteil. Neben der öffentlichen Wahrnehmung, die international durch Greta Thunberg und in Deutschland vor allem durch Luisa Neubauer und Carla Reemtsma geprägt ist, sind auch bei den Demonstrationen weibliche Demonstrantinnen mit einem Anteil von 60 Prozent im März 2019 deutlich überrepräsentiert. Bei Betrachtung des sozialen Hintergrunds der Demonstrationsteilnehmenden fällt auf, dass sie größtenteils „tendenziell dem Bildungsbürgertum“ angehören, die Eltern bereits Akademiker*innen waren und sie selbst in Deutschland geboren wurden (Sommer, et. al., 2020, S. 30). So zeichnet sich insgesamt ein Bild von jungen, gut gebildeten Menschen ab sowie einem Protest, der stark von jungen Frauen getragen wird. Parteipolitisch bieten die Grünen die stärkste Identifikation¹⁷, wobei politische Parteien oder Umweltorganisationen insgesamt eine eher untergeordnete Rolle für die Demonstrierenden spielen – der Protest zielt vor allem darauf ab, die Bundesregierung zur Einhaltung der Klimaziele bzw. zur Bekämpfung des Klimawandels zu drängen (Sommer, et. al., 2019, S. 34 f.).

Die Motivation und die Ziele der Aktivist*innen lassen sich der grundlegenden Rahmung von FFF entnehmen: Der Klimawandel stellt ein „dringendes Problem [dar], das unmittelbar angegangen werden muss, um die eigene Zukunft und die Zukunft der Menschheit und des

ihnen zufolge u.a. hinsichtlich der Altersstruktur, der Geschlechterverteilung sowie der individuellen Einschätzung von Lösungswegen zwar ein vielfältigeres Bild, in welchem Deutschland jedoch in nahezu sämtlichen Vergleichswerten im durchschnittlichen Mittelfeld liegt (ebd., S. 35).

¹⁷ Dennoch distanzieren sich *Fridays for Future* Deutschland immer wieder klar von *Bündnis 90/Die Grünen*. In ihrem „Klimazeugnis“ gibt die Ortsgruppe Wuppertal die Note „ausreichend“ hinsichtlich der Zielsetzung der Partei, da diese nicht hinreichend sei, um das 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten (FFF Wuppertal, 2021, S. 2).

Planeten sicherzustellen“ (Sommer, et. al., 2020, S. 32). Indem FFF in ihrem Protest den Kampf gegen den Klimawandel und für Klimaschutz benennen, die Regierung adressieren und eine Änderung der (Klima-)Politik fordern, ist es ihnen gelungen, die Dringlichkeit des sofort notwendigen Handelns zu kommunizieren („Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“; Sommer & Haunss, 2020, S. 243 f.). Unter den Aktivist*innen und Demonstrierenden sind Sorgen um die Zukunft ein häufiges Motiv; hinzu kommen der Antrieb, bei den Protesten die eigenen Ansichten auszudrücken und der Wunsch, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren sowie Solidarität zu bekunden (ebd., S. 36). Dabei sind die jungen Aktivist*innen „keineswegs hoffnungslos und entmutigt [...], sondern vielmehr handlungsbereit, politisiert und trotz aller Umstände zuversichtlich [...], dass ihr Protest gesellschaftliche und politische Veränderungen hervorrufen kann“ (Sommer, et. al., 2019, S. 35).

Wie Döninghaus et. al. (2020) bei teilnehmenden Beobachtungen der FFF-Ortsgruppen in Bremen und Bremerhaven feststellen konnten, zeichnet sich die Organisationsstruktur von FFF durch Dezentralität aus; das heißt, dass die Bewegung keine einheitliche bundesweite Struktur hat, sondern in einzelnen Ortsgruppen organisiert ist. Deutschlandweit gibt es mittlerweile über 500 Ortsgruppen von FFF, in denen sich jede*r miteinbringen kann, die*der sich engagieren möchte (FFF, o. A., 2022) – dabei stehen die Aktivist*innen der einzelnen Ortsgruppen zwar für die bundesweiten Forderungen ein, haben jedoch auch jeweils eigene Zielorientierungen und entwickeln eine eigene „kollektive Identität“ (Döninghaus, et. al., 2020, S. 147)¹⁸. Die jeweiligen Ortsgruppen finden sich in regelmäßigen Plenarsitzungen zusammen, die wiederum regelmäßig bundesweit miteinander kommunizieren (Rucht & Rink, 2020, S. 108). Innerhalb der Ortsgruppen besteht eine Arbeitsteilung durch Arbeitsgruppen wie beispielsweise Kommunikation/Social Media, Struktur, Finanzen, Demo-Vorbereitung, Technik, Pressearbeit usw. (ebd.).

Der von Greta Thunberg initiierte Unterrichtsboykott wurde von FFF weltweit als Protestform der Schulstreiks übernommen. Der Begriff des Streiks ist der Arbeiter*innenbewegung entnommen und bezeichnet das Potenzial, durch organisierte Arbeitsniederlegung Druck auf die Fabrikbesitzer*innen ausüben zu können (Teune, 2020, S. 135). Die Übertragung des

¹⁸ Die kollektive Identität spielt für FFF wie auch für andere Bewegungen eine hervorgehobene Rolle, die nochmals verdeutlicht werden soll. Die Herausbildung einer kollektiven Identität ist maßgeblich für die Handlungsfähigkeit und die Definition als kollektiver Akteur sowohl von den Angehörigen der Bewegung selbst als auch von Außenstehenden. Melucci (1995) bestimmt kollektive Identität als das Resultat eines interaktiven Prozesses, in dem Individuen oder Gruppen die grundsätzliche Ausrichtung ihres Handelns sowie dessen Möglichkeiten und Grenzen definieren. Dabei bilden (neue) soziale Bewegungen ihre kollektive Identität im Konflikt mit der sie umgebenden Gesellschaft aus (ebd., S. 48 f.). Haunss (2001) betont zudem, dass die kollektive Identität niemals mit den individuellen Identitäten einzelner Akteur*innen übereinstimmt, sie sich jedoch gegenseitig beeinflussen (ebd., S. 266).

Begriffs Streiks auf das Fernbleiben der Schule empfinden Rucht & Rink (2020) als „semantisch überzogen“, wo doch der Stillstand des betroffenen Unternehmens oder der Institution beziehungsweise das Drohmoment eines solchen fehlt (ebd., S. 102). Tatsächlich fehlt den streikenden Schüler*innen die Möglichkeit, durch den Protest materiellen Schaden zufügen zu können; wie Teune (2020) jedoch erklärt, hat die „Aufkündigung der alltäglichen Reproduktion eines als falsch oder schädlich verstandenen Systems“ zwar einen eher demonstrativen Charakter. Die Schüler*innen verfügen dennoch über ein symbolisch starkes Machtinstrument: „Mit dem zeitlich befristeten Ausstieg erklären [sie] den Alltag zum Skandal“ (ebd., S. 137) – hiermit werden zum Einen die unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen der Regierung antizipiert. Zum Anderen stellt die kollektive Verweigerung des Unterrichts ein Durchbrechen der Rollenerwartung der Schüler*innen dar. Als bewusste Regelüberschreitung erfüllt die Protestform des Schulstreiks damit die Definitionskriterien des zivilen Ungehorsams. Der Begriff der *civil disobedience* wurde von Henry Thoreau (1849) geprägt (vgl. Thoreau, 2004) und von Mahatma Ghandi als „Rebellion ohne den Bestandteil der Gewalt“ (Rucht, 1982, S. 262) adaptiert. Für Habermas (1983) bezeichnet ziviler Ungehorsam einen „Hüter der Legitimität“ (ebd., S. 38), der notwendig wird, sobald innerhalb der demokratischen Rechtsordnung die Selbstkorrekturmechanismen des politischen Systems versagen. Ziviler Ungehorsam ist auch Bestandteil von John Rawls Theorie sozialer Gerechtigkeit (1979), die in Kapitel 2.2 bereits beschrieben wurde. Als Methode zur Erreichung des kollektiven Willens definiert ziviler Ungehorsam ihm zufolge die „öffentliche, gewaltlose, gewissenbestimmte, aber politisch gesetzeswidrige Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungspolitik herbeiführen soll“ und somit im Sinne der Grundwerte von Demokratie und Menschenrechten ausgeführt wird (Rawls, 1979, S. 401). Als Beispiele zivilen Ungehorsams seien unter anderem die Blockaden der Friedensbewegung vor Transporten von Pershing-Raketen in Westdeutschland Anfang der 1980er Jahre oder die Besteigung von Fabrik-Schornsteinen durch Umweltaktivist*innen wie etwa im Lausitzer Kohlerevier genannt (Neubauer, 2016, S. 61). Als Demonstration ihres zivilen Ungehorsams werden die Schulstreiks öffentlichkeitswirksam inszeniert, indem sie freitags während der Schulzeit stattfinden (Teune, 2020, S. 142). Formen zivilen Ungehorsams, die darüber hinaus gehen, werden bei FFF allerdings immer wieder kontrovers diskutiert. Während einige Aktivist*innen von FFF für weiterführende Aktionen zivilen Ungehorsams plädierten¹⁹,

¹⁹ So bspw. Carla Reemtsma im Interview mit der *taz*: „Es braucht auf jeden Fall vielfältige Aktionsformen [...] Wenn wir wieder stärker über Dringlichkeit sprechen wollen, braucht es eine Radikalisierung der Aktionsformen.“ (Lang Fuentes, Boks & Schmidt, 2021).

warnten andere davor, die gewonnene Sympathie von großen Teilen der Gesellschaft hierdurch zu riskieren (Teune, 2020, S. 142).

Die Mobilisierungsprozesse von FFF Deutschland für die regelmäßig stattfindenden Freitagsproteste haben Rucht & Rink (2020) in einem Gesamtverlauf von 15 Monaten analysiert. Angefangen als Straßenprotest im Dezember 2018 nach dem Vorbild von Greta Thunberg hatte FFF in dieser Phase noch wenig Zulauf – in wenigen Städten beteiligten sich meist nur wenige Schüler*innen (ebd., S. 95 ff.). Ab 2019 hatten die freitäglichen Schulstreiks bereits deutlich mehr Teilnehmende und am 3. Globalen Streiktag am 20. September 2019 fanden die Proteste von FFF mit einer bundesweiten Teilnehmer*innenzahl von 1,4 Millionen ihren Höhepunkt. Danach flachte die Beteiligung an den Protesten vorerst stark ab und fand schließlich pandemiebedingt im März 2020 ein vorläufiges Ende. In dieser „Reflexionsphase“ verlagerten sich die Besprechungen und Aktivitäten ins Netz; so wurden beispielsweise Redebeiträge auf YouTube gestreamt und der 5. Globale Klimastreiktag im April 2020 wurde größtenteils netzbasiert durchgeführt (ebd.). All diese Proteste bedurften einer aufwendigen Vorbereitung, zu welcher sowohl formale Vorkehrungen wie die Benennung von Anliegen, Form und Zeitpunkt des Protests und logistische Arbeit zählen, aber auch Organisations- und Mobilisierungsprozesse (Rucht & Rink, 2020, S. 100 f.)²⁰. Als wichtige Faktoren für die gelingende Mobilisierung einer Bewegung erachtet Klandermans (1993) zum einen die individuelle Wahrnehmung folgender Problemstellungen: „[...] situations must be defined as unjust; grievances must be transformed into demands; and people must come to believe that the movement can succeed in changing the situation“ (ebd., S. 386). Zum anderen muss über gesellschaftliche Problemstellungen in breiten Teilen der Bevölkerung und der Medien Konsens bestehen, um eine kollektive Protestkultur erst ermöglichen zu können (vgl. Klandermans, 1988, S. 177). Für die erfolgreiche Mobilisierung von FFF war dieser gesellschaftliche Konsens ausschlaggebend. Durch die bereits seit Jahrzehnten vorangetriebene Aufklärung der Wissenschaft über den Klimawandel, die Anerkennung durch die Politik mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015, die Debatte um die Energiewende und insbesondere die Braunkohleförderung in Deutschland, der ungewöhnlich trockene Sommer 2018 sowie die hohe mediale Präsenz der Klimaproteste durch die Besetzung des Hambacher Forsts schafften eine gesellschaftliche Sensibilisierung für die Ziele von FFF (Rucht & Rink, 2020, S. 101 ff.). Bündnisse mit etablierten Organisationen wie Greenpeace, BUND, der Naturfreundejugend,

²⁰ Finanzieren konnte FFF anfallende Kosten für ihre Proteste auf Basis von Spenden von Privatleuten, Unternehmen und anderen Institutionen (ebd., S. 105 f.) – *Zeit online* zufolge beliefen sich diese laut einem internen Finanzbericht bereits im November 2019 auf 800.000 Euro (Knuth, 2020).

Campact, dem Netzwerk „Ende Gelände“ sowie lokaler Bündnisse trugen zudem zum Mobilisierungserfolg von FFF bei (ebd.).

Seit Greta Thunberg *Fridays for Future* im Jahr 2018 ins Leben gerufen hat und sich nur wenige Monate später in Deutschland die ersten Ortsgruppen gründeten, wurden Millionen Menschen dazu bewegt, für das Klima auf die Straße zu gehen. Die neue soziale Bewegung konnte wie keine andere Klimabewegung zuvor das gesellschaftliche Interesse am Klimawandel steigern und nutzen, um politische Strukturen zu verändern (Sommer & Haunss, 2020, S. 239). Eine gesellschaftliche Politisierung, mit der die Aufmerksamkeit für Klimapolitik gestiegen ist, wie sich insbesondere an der Bundestagswahl 2021 gezeigt hat: FFF hat umweltpolitische Themen auf die öffentliche Agenda gesetzt, die Berichterstattung der Medien geprägt sowie zur teilweisen Veränderung von Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung beigetragen (ebd.) – und somit auch zum Erfolg des Wahlkampfs der Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP beigetragen. Deren Zielsetzung lässt sich klar dem Titel des Koalitionsvertrag entnehmen: Sie haben sich „Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ als Aufgabe gesetzt (SPD, Bündnis 90/ Die Grünen & FDP, 2021).

In diesem Unterkapitel wurde die Deutung der Klimakrise als Ausgangspunkt für den Protest von FFF dargelegt und darüber hinaus die Rahmung, Protestform, Ziele, Erfolge und Motivationen der Bewegung erläutert. Doch ein wesentlicher Punkt hinsichtlich der Fragestellung dieser Thesis bleibt offen: Wie positioniert sich FFF zu Fragen sozialer (Un-)Gerechtigkeit? Diesbezüglich wird der Begriff der „Klimagerechtigkeit“ bei FFF immer wieder genannt. Klimagerechtigkeit wird im Sinne des Übereinkommens von Paris (Art. 4, Nr. 4 und 5) so verstanden, dass „Länder mit einem großen Treibhausgasausstoß ihre Verantwortung dafür übernehmen [müssen] und gemeinsam mit den ärmeren Ländern Lösungen suchen und umsetzen“ (FFF, o. A., 2022). Wie sich dieses Gerechtigkeitsverständnis hinsichtlich der Vereinbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen und sozialen Fragen im nationalstaatlichen Kontext darstellt, soll unter anderem in den Interviews thematisiert werden.

4. Forschungsdesign und methodologische Begründung

Bei Formulierung der Fragestellung für die vorliegende Thesis bildete sich ein Erkenntnisinteresse heraus, das allein auf Grundlage bereits bestehender Theorien nicht hinlänglich erfüllt werden konnte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der offenen Fragestellung zeigte sich frühzeitig, dass eine qualitative Forschung in Form von Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die die im zweiten Kapitel ausgeführten sozial-ökologischen Problemstellungen auf je eigene Weise deuten, einem Erkenntnisgewinn

zutraglich sein könnte. Wissenschaftstheoretisch orientiert sich die hier durchgeführte qualitative Sozialforschung somit am Grundsatz des emanzipatorischen Anspruchs der Kritischen Theorie (vgl. hierzu u.a. Horkheimer & Adorno, 1998, S. 3). Grundannahme des Forschungsdesigns dieser Thesis ist darüber hinaus ein Wissenschaftsbegriff, der „sowohl das gezielte, systematische, kritische und reflektierte Bemühen um Erkenntnisgewinnung als sozialen Prozess als auch die so gewonnenen, in Sprache gefassten, begründeten und überprüfbaren Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Theorien und Modelle [...]“ beinhaltet (Engelke, 2004, S. 198).

Uwe Flick bezeichnet in seinem Klassiker der qualitativen Sozialforschung (1995) den qualitativen Forschungsprozess als „Abfolge von Entscheidungen“, die von der Forscher*in idealtypisch fragestellungs- und gegenstandsbezogen getroffen werden (ebd., S. 148). Entscheidungen, die im Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit getroffen wurden, sollen in diesem Kapitel geschildert werden. Zur intersubjektiven Nachvollziehbarkeit wird im Folgenden die Datenerhebung mittels des problemzentrierten Interviews, die *Grounded Theory* als Methode der Datenauswertung sowie der Feldzugang und das Sampling der Interviews dargestellt.

4.1 Das problemzentrierte Interview

Qualitative Sozialforschung zeichnet sich in Abgrenzung zu quantitativen Verfahren durch das Ziel aus, Sinn beziehungsweise Sichtweisen der handelnden Subjekte zu rekonstruieren: „Ihr Forschungsauftrag ist Verstehen, gearbeitet wird mit sprachlichen Äußerungen“ (Helfferich, 2009, S. 21). Für den Forschungsgegenstand dieser Thesis schienen qualitative Interviews eine adäquate Erhebungsmethode zu sein, um die Herausforderungen sozial-ökologischer Transformation insbesondere hinsichtlich der Fragestellung, wie soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar sind, zu erfassen. Die Wahl fiel auf Akteur*innen der Zivilgesellschaft, welchen aufgrund ihrer bereits in Kapitel 3.1 erläuterten Einflussmöglichkeiten auf politische Macht- und Herrschaftsstrukturen eine besondere Rolle im gesellschaftlichen Wandel zukommt. Nun galt es abzuwägen, welche konkrete Interviewform Anwendung finden sollte und erforderte eine Gewichtung von theoretischen Vorannahmen und dem Untersuchungsgegenstand selbst (Flick, 1995, S. 150 f.). Die Debatte um das Prinzip der Offenheit und hiermit einhergehend den Paradigmenwechsel in der empirischen Sozialforschung²¹ zeigt eine grundsätzliche Problematik auf: Wie können

²¹ In den 1970er/-80er Jahren führte eine breite wissenschaftliche Debatte über Methoden der empirischen Sozialforschung zu einem nachhaltigen Paradigmenwechsel mit weitreichenden methodologischen Implikationen für die qualitative Sozialforschung (Hoffmann-Riem, 1980, S. 339 ff.). Die normativ-deduktive Theorietradition und ihre Orientierung an Theoriekonzepten wurden als von den Lebenswirklichkeiten der (Forschungs-)Subjekte abgehoben kritisiert; infolgedessen beherrscht die qualitative Sozialforschung seither eine Zentrierung des

Forschende in Bewusstheit einer gesellschaftlichen Streitfrage, die eine Sichtung der thematisch relevanten Theorie und somit theoretische Vorannahmen voraussetzt, dennoch möglichst unvoreingenommen in das Feld der Forschung gehen? Die Thematik der sozial-ökologischen Transformation setzt ein solches Problembewusstsein voraus, da die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu gesellschaftlichen Problemstellungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation verknüpft sind, befragt werden sollten.

Die Erhebungsmethode des problemzentrierten Interviews/problem-centered interview (PZI, PCI), welches von Andreas Witzel (1982) eingeführt wurde, bietet eine Möglichkeit, sowohl gesellschaftliche Problemstellungen wahrzunehmen als auch das Prinzip der Offenheit zu wahren. Die forschende Person hat eine „Doppelnatur“ inne und organisiert ihren Erkenntnisgewinn abduktiv. Zwar wird das zu behandelnde Problemfeld vorab formuliert, jedoch soll im weiteren Forschungsverlauf so lange weiteres Theoriewissen hinzugezogen werden, bis der Forschungsgegenstand theoretisch angemessen erfasst ist (Witzel, 1985, S. 231)²². Die Programmatik des PZI kennzeichnen dabei drei grundlegende Kriterien:

- Die *Problemzentrierung* stellt den Ausgangspunkt des Forschungsprozesses dar. Die forschende Person nimmt eine gesellschaftliche Problemstellung wahr, worauf die Offenlegung und Systematisierung des eigenen Wissenshintergrunds folgen. Diese vorgängige Kenntnisnahme der objektiven Probleme der Individuen ermöglicht ein Verständnis für die subjektiven Verarbeitungsformen gesellschaftlicher Realität. Die Fragen beziehungsweise Nachfragen in der Interviewsituation können somit genauer gestellt werden (Witzel, 1985, S. 230; Witzel, 2000, S. 2 f.).
- Entsprechend einer *Gegenstandsorientierung* bedient sich das PZI verschiedener Kommunikationsstrategien und der beliebigen Kombination von Methoden, wie unter anderem dem qualitativen Interview, der Fallanalyse, der biographischen Methode, der Gruppendiskussion oder der Inhaltsanalyse (ders., 1985, S. 230). Kombination, Anordnung, Gewichtung und Modifizierung der jeweiligen verwendeten Methoden hängen vor diesem Hintergrund vom Forschungsgegenstand und den Befragten ab (ebd., 1985, S. 232 f.). Darüber hinaus sollten auch die Gesprächstechniken in der Interviewsituation selbst flexibel angewendet werden. So soll ein geeigneter Zugang zu Handlungs- und Bewusstseinsanalysen der Befragten ermöglicht werden (ders., 2000, S. 3).

Forschungsprozesses auf die Problemsicht der Subjekte. Durch ein offenes Theoriekonzept soll so eine möglichst unvoreingenommene Analyse der Daten gewährleistet werden (Witzel, 1985, S. 228 f.).

²² Hier bezieht sich das PZI auf die Methodologie der *Grounded Theory*, die die Aufeinanderfolge von induktiver und deduktiver Vorgehensweise vorgibt (Glaser, 1978, S. 38). Im folgenden Kapitel wird dieser Prozess detaillierter beschrieben.

- Die *Prozessorientierung* meint die „flexible Analyse des wissenschaftlichen Problemfeldes, eine schrittweise Gewinnung von Daten, wobei Zusammenhang und Beschaffenheit der einzelnen Elemente sich erst langsam und im ständigen reflexiven Bezug auf die dabei verwandten Methoden herauschälen“ (Witzel, 1985, S. 233). Dies bezieht sich auf den gesamten Forschungsverlauf und insbesondere auf die Vorinterpretation. Durch das Schaffen eines sensiblen Kommunikationsprozesses entsteht ein Vertrauensverhältnis zu den Befragten, wodurch wiederum die individuelle Problemsicht genauer erfasst werden kann (Witzel, 2000, S. 3).

Der Gestaltung der Kommunikation in der Interviewsituation kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Das PZI begreift die Interviewpartner*innen als Expert*innen ihrer Orientierungen und Handlungen. Den befragten Personen werden weitgehende Möglichkeiten der Artikulation eingeräumt (Hopf, 1995, S. 178); ihnen stehen insofern im Gespräch alle Freiheiten der Korrektur sowohl eigener Aussagen als auch der Interviewer*innen zu (Witzel, 2000, S. 5 f.). Zudem kombinieren Interviewer*innen im PZI das Zuhören mit gezielten Nachfragen. Hierzu stehen Gesprächstechniken zu Verfügung, die situationsgebunden flexibel eingesetzt werden können. Durch eine vorformulierte Einleitungsfrage, allgemeine Sondierungen und Ad-hoc-Fragen soll das Erzählen der Befragten angeregt werden. Spezifische Sondierungen durch Kommunikationsformen der Zurückspiegelung, Verständnisfragen oder Konfrontation haben eine zusätzlich verständnisgenerierende Funktion (ders., 1985, S. 244 ff.).

Die Durchführung des PZI wird durch die Verwendung der Instrumente des Kurzfragebogens zur Ermittlung von Sozialdaten, einer Tonaufzeichnung, eines Leitfadens zur Orientierung und Vergleichbarkeit von Interviews sowie unmittelbar nach den Interviews zusätzlich erstellten Postskripten unterstützt (Witzel, 1985, S. 236 ff.). Die problemzentrierten Interviews mit Vertreter*innen der IG BCE und *Fridays for Future*, die im Rahmen dieser Thesis geführt wurden, orientierten sich an einem Interviewleitfaden. Dieser ist in Themenblöcke unterteilt, die Fragen zu den Themen zivilgesellschaftliches Engagement, soziale (Un-)Gerechtigkeit, Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation enthalten. Das Interview mit dem Soziologen Klaus Dörre beruhte auf einem separaten Leitfaden, da für dieses Gespräch eine Theoriekenntnis vorausgesetzt wurde; jedoch orientierte sich dieses Interview an den thematischen Blöcken des Leitfadens für die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Beide Interviewleitfäden sind unter Anhang 1 zu finden.

Die anschließende vollständige Transkription der Interviews ist Voraussetzung für die Auswertungsarbeit qualitativer Sozialforschung; die transkribierten Interviews sind ebenfalls im Anhang zu finden (Anhang 2.2). Die Auswertung und Analyse problemzentrierter

Interviews erfolgen gemäß Witzel nach dem interpretativen Paradigma sowie dem Kriterium der Gegenstandsorientierung. Insofern ist die Auswahl adäquater Auswertungsmethoden abhängig von Forschungsfrage und -design und kann von der forschenden Person frei gewählt werden (Witzel, 2012, S. 99 f.) – jedoch muss bei der weiteren Auswertung berücksichtigt werden, dass die Problemzentrierung stets eine Vorinterpretation bedeutet und bereits vor Beginn der eigentlichen Auswertung unwiderrufliche Ergebnisse produziert (ders., 1985, S. 242).

In diesem Unterkapitel wurden die Grundannahmen des problemzentrierten Interviews als Methodik zur qualitativen Datenerhebung geschildert. Als Auswertungsmethode wurde die *Grounded Theory* ausgewählt, welche im folgenden Kapitel beschrieben wird.

4.2 Auswertung mittels der *Grounded Theory*

Die *Grounded Theory* ist Methode der Analyse qualitativer Daten und Forschungsmethodologie zugleich, die in den 1960er Jahren von den Soziologen Barney Glaser und Anselm Strauss entwickelt wurde (1967). Seither entwickelten sich verschiedene Varianten der *Grounded Theory*, die sich jedoch nur in Nuancen unterscheiden und an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden sollen. Für die Auswertung der Daten der vorliegenden Forschungsarbeit orientiere ich mich am Verständnis von Strauss, der die Methodologie zusammen mit Juliet Corbin weiter ausgearbeitet hat (Heiser, 2018, S. 255 f.; Strübing, 2014, S. 4).

Grundsätzliches Ziel der *Grounded Theory* ist die Bildung einer Theorie auf Grundlage empirischer Daten (Strauss & Corbin, 1996, S. 9ff.; Heiser, 2018, S. 207). Während andere Auswertungsmethoden die Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung eher als aufeinanderfolgende Forschungsschritte verstehen, kennzeichnet die *Grounded Theory* hingegen die zeitliche Parallelität der Schritte (Strübing, 2014, S. 11). Anhand der Betrachtung der zentralen Elemente der *Grounded Theory* - theoretische Sensibilität, theoretisches Sampling, Kodieren, Vergleichen, Memos und Diagramme - wird die zeitliche Parallelität im Forschungsprozess deutlich:

Unter *theoretischer Sensibilität* verstehen Strauss und Corbin die „Fähigkeit, Einsicht zu haben, den Daten Bedeutung zu verleihen, die Fähigkeit zu verstehen und das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen“ (Strauss et al., 1996, S. 25). Es geht also um das Vorwissen, welches die Forschenden mitbringen und aus dem sie Theorien und Ideen entwickeln können. Quellen theoretischer Sensibilität können nicht nur Literatur sein, sondern auch berufliche und persönliche Erfahrungen sowie der Forschungsprozess selbst, da mit zunehmender Auseinandersetzung mit den empirischen Daten auch das Verständnis für diese steigt (Strauss et al., 1996, S. 25 ff.; Heiser, 2018, S. 217 f.).

Das *theoretische Sampling* dient der Auswahl des zu untersuchenden Samples (sprich der Auswahl von Fällen, Datenquellen etc.). Anders als bei der quantitativen Sozialforschung steht das Sample nicht im Vorhinein fest, sondern bildet sich im Laufe des Forschungsprozesses. Dafür wird idealerweise der zweite untersuchte Fall auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse des ersten Falles ausgewählt (Heiser, 2018, S. 219; Strauss et al., 1996, S. 148). Das theoretische Sampling wird so lange wiederholt, bis eine theoretische Sättigung erreicht ist, das heißt, bis aus der Datenanalyse keine neuen oder bedeutsamen Erkenntnisse mehr gewonnen werden können (Strauss et al., 1996, S. 159; Heiser, 2018, S. 222).

Das *Kodieren* ist das „Herzstück“ (Strauss et al., 1996, S. 39) der *Grounded Theory*. Es basiert auf dem ständigen Vergleichen, Aufbrechen und Konzeptualisieren der empirischen Daten. Dabei wird in drei Typen des Kodierens unterschieden: Offenes, axiales und selektives Kodieren. Die verschiedenen Kodiertypen sind dabei nicht immer klar voneinander abgrenzbar, insbesondere das offene und das selektive Kodieren (Strauss et al., 1996, S. 40). Beim offenen Kodieren wird das empirische Material kleinschrittig, „Zeile für Zeile oder sogar Wort für Wort“ (Strauss, 1998, S. 58), mit Codes versehen. Diese Codes werden bei der *Grounded Theory* als Konzepte bezeichnet und können provisorischer Natur beziehungsweise im Laufe des Analyseprozesses veränderbar sein. Die Konzepte werden schließlich miteinander verglichen und in Kategorien zusammengefasst (Strauss et al., 1996, S. 43; Strauss, 1998, S. 58). Diese Kategorien werden beim axialen Kodieren miteinander verbunden und in Beziehung gesetzt. Als Hilfsmittel dafür wird das sogenannte Kodierparadigma verwendet, welches eine Kategorie als Phänomen, das heißt als zentrales Ereignis, nimmt und in Beziehung setzt mit anderen Kategorien, die dabei Bedingungen, Handlungsstrategien, Konsequenzen und Kontextbedingungen sein können. Das Ergebnis des axialen Kodierens sind mehrere Kodierparadigmen aus verschiedenen Fällen (Heiser, 2018, S. 232; Strauss et al., 1996, S. 75ff.; Strauss, 1998, S. 63). Beim selektiven Kodieren werden aus den Kategorien eine oder mehrere Kernkategorien gebildet, die das untersuchte Phänomen zu erklären versuchen; dabei sollte die Anzahl der Kernkategorien so gering wie möglich ausfallen (Heiser, 2018, S. 223; Strübing, 2014, S. 18).

Memos halten in schriftlicher Form den Analyseprozess im gesamten Forschungszeitraum fest. Ihr Zweck ist es die Ergebnisse zu sichern, zu strukturieren und nachvollziehbar zu machen. Es wird dabei unterschieden zwischen Kode-Notizen, die die Ergebnisse der drei Kodiertypen festhalten, theoretischen Notizen, die theoretisch sensibilisierenden Charakter haben und die induktiven und deduktiven Denkprozesse festhalten, sowie Planungs-Notizen, die die

Handlungen, wie beispielsweise die Auswahl der Fälle, im Forschungsprozess erklären (Strauss et al., 1996, S. 169; Heiser, 2018, S. 234 f.; Strübing, 2014, S. 33).

Diagramme haben die gleiche Funktion wie Memos, sind jedoch eine visuelle Darstellung. Es wird unterschieden zwischen logischen Diagrammen und integrativen Diagrammen. Erstere stellen die logischen Beziehungen zwischen den Kategorien dar und sind den Kodierparadigmen nahe. Integrative Diagramme stellen die analytischen Gedankengänge in Bezug auf konzeptuelle Verknüpfungen dar und sind nicht an das Kodierparadigma gebunden, sondern offen für eigene Vorstellungen und Einfälle (Strauss et al., 1996, S. 169; Heiser, 2018, S. 237f.).

Im Anhang sind die einzelnen Schritte des offenen, axialen und selektiven Kodierens aufgeführt, sodass Rückschlüsse auf den Forschungsprozess beziehungsweise den Erkenntnisgewinn mithilfe der *Grounded Theory* möglich sind. Bevor die aufbereiteten Daten vorgestellt werden, sollen im folgenden Unterkapitel die Interviewsituationen, Sampling und Feldzugang skizziert werden.

4.3 Die Interviews: Sampling und Feldzugang

Qualitative Forschung stellt einen sozialen Prozess zwischen Forscher*in und Befragten dar, der interaktiv und kommunikativ unter Einbeziehung der befragten Personen gestaltet werden sollte (Flick, 1995, S. 170). So wird der Versuch unternommen, die Konzeption von Wirklichkeit und die Wahrnehmung gesellschaftlicher Tatsachen beziehungsweise Problematiken verstehend nachzuvollziehen. Die Interaktion der Beteiligten der Forschung beginnt bereits vor Durchführung der Interviews selbst (ebd., S. 154). Für die Interviews, die ihm Rahmen dieser Thesis geführt wurden, begann die Kontaktabahnung bereits drei Monate im Voraus per E-Mail-Verkehr. Das Sample der Interviews stand zu Beginn nicht fest; ich schrieb zunächst deutschlandweit Bezirke der IG BCE und Ortsgruppen von *Fridays for Future* per E-Mail an, um interessierte Interviewpartner*innen zu finden. Während der Sichtung verfügbarer Theorie kam zudem der Wunsch auf, den Soziologen Klaus Dörre in Ergänzung hierzu um ein Interview zu bitten. Für den weiteren Kontakt und die Interviews selbst galten die Grundprinzipien qualitativer Sozialforschung, die Helfferich (2009) als Prinzipien der Kommunikation, der Offenheit, des Umgangs mit Vertrautheit und Fremdheit und der Reflexivität benennt:

Diese Grundprinzipien implizieren zugleich Kompetenzbereiche für Interviewende: Interviewende müssen sich klar darüber sein, dass sie Kommunikationspartner sind, sie müssen eine Haltung der Offenheit entwickeln und nach der Maxime der Offenheit das Interview steuern. Sie müssen die Fähigkeit zu einer Distanz im Sinne einer Zurückstellung eigener Deutungen und schließlich Reflexionsfähigkeit erwerben. (Helfferich, 2009, S. 24)

Im Sinne einer „technischen Kompetenz“ lag es des Weiteren in meiner Verantwortung, angemessene Absprachen zu treffen und einen Rahmen für die Interviews herzustellen (ebd., S. 54). Aufgrund der unklaren Bedingungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wurden die Interviews online geführt; da für die vorliegende Thesis vor allem die inhaltlichen Aussagen der Befragten relevant sind, schien für den Erkenntnisgewinn kein Nachteil durch die virtuellen Gesprächssituationen zu entstehen. Zudem wohnen die befragten Personen in verschiedenen Teilen Deutschlands, was persönliche Gespräche zusätzlich erschwert hätte. Insgesamt wurden für die vorliegende Forschungsarbeit fünf Interviews geführt: Jeweils zwei mit Aktivist*innen von *Fridays for Future* und zwei mit Vertreter*innen der IG BCE, zudem das Interview mit Klaus Dörre. Im Sinne von Fragen des Vertrauens-, Interessens- und Datenschutzes (Flick, 1995, S. 155) wurden die Interviews, deren Transkripte sich im Anhang finden, vollständig anonymisiert. Zu den soziodemografischen Daten der Interviewten lässt sich jedoch sagen, dass beide befragten Aktivist*innen von *Fridays for Future* der Alterskategorie 20-25 Jahre angehören, eine Aktivistin gab ihr Geschlecht als weiblich an, sie leben beide im städtischen Raum in Osten beziehungsweise im Westen Deutschlands. Die zwei Vertreter der IG BCE aus den Bezirken Lausitz und Nordrhein sind beide männlich und der Alterskategorie 28-35 Jahre zuzuordnen. Die Transkription der Interviews erfolgte gemäß des modulartigen Transkriptionssystem von Fuß & Karbach (2019). Das Transkriptionssystem (siehe Anhang 2.1) adaptiert in acht Modulen Transkriptionsregeln zur Sprachglättung, Pausen, Sprachklang, Lautäußerungen, Wortabbrüchen und Verschleifungen, nicht-sprachlichen Ereignissen, Interaktion, Unsicherheit, Unterbrechung und Auslassung sowie Zeichensetzung (Fuß & Karbach, 2019, S. 39 ff.). Diese erschienen für die im Rahmen dieser Forschungsarbeit geführten Interviews geeignet, da sie die in den Sozialwissenschaften etablierten Transkriptionsregeln von Kuckartz (2014), Bohnsack (2010) sowie Kallmeyer & Schütze (1976) zusammenfassend aufgreifen.

Die Ergebnisse der problemzentrierten Interviews, die für die vorliegende Thesis mit den Vertreter*innen von *Fridays for Future*, der IG BCE und Klaus Dörre geführt und mittels der *Grounded Theory* ausgewertet wurden, sollen im folgenden Kapitel schließlich ausgeführt werden.

5. Darstellung der Ergebnisse

Die Interviews wurden mithilfe der Software *MAXQDA* ausgewertet. Im ersten Schritt der Aufbereitung der Daten beziehungsweise des offenen Kodierens (siehe Kapitel 5.2) wurden in den fünf Interviews 475 Konzepte ermittelt. Die Konzepte ‚Vorstellung der Person‘ und

„Plakative Aussagen“ sind zwar in der im Anhang aufgeführten und mithilfe von MAXQDA generierten Liste aufgeführt, sind allerdings nicht Teil der Ergebnisdarstellung. So blieben dennoch 458 Konzepte bestehen, die zu sechs Kategorien verdichtet wurden. Im nächsten Schritt des axialen Kodierens ergaben sich mithilfe der Phänomene „Politik“, „soziale und ökologische Interessen“ und „Zukunft“ drei Kodierparadigmen: Sozial-ökologische Interessen, Politische Herausforderungen und Gestaltung der Zukunft durch die Zivilgesellschaft. Anhand dieser Kodierparadigmen werden in den folgenden Unterkapiteln die Ergebnisse der Interviews mit den befragten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erläutert.

5.1 Soziale und ökologische Interessen

Im zweiten Kapitel dieser Thesis wurden sozial-ökologische Krisen aus einer theoretischen Perspektive betrachtet, um einen Zugang zu den Deutungsschemata und Strategien der Akteur*innen der Zivilgesellschaft herzustellen. In den Gesprächen mit den Aktivist*innen und Vertreter*innen von *Fridays for Future* und der IG BCE zeigten sich vielschichtige Dimensionen sozialer und ökologischer Interessen, deren Gewichtung für die Befragten teilweise stark variierte.

Die Befragten äußerten soziale Interessen hinsichtlich vielfältiger Themen wie sozialer Gerechtigkeit, allgemeiner und subjektiver sozialer Ängste und „Menschen“, an die nicht gedacht werde. Zum Begriff sozialer Gerechtigkeit befragt, definierten zwei der Interviewten:

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen nach ihren Grundbedürfnissen einen gerechten Zugang haben, also sozusagen, dass die Leute so viel an Ressourcen, Wissen, Bildung haben, die sie gerade brauchen und nicht, dass es so eine krasse unfaire Verteilung gibt von Gütern, Ressourcen, Wissen, Macht. (K., Zeile 169 ff.)

Für mich persönlich bedeutet Gerechtigkeit, dass ein- jeder Mensch, unabhängig von sozialer und ökonomischer Herkunft, die Chance haben muss, an gesellschaftlichem Leben zu partizipieren. Und gleichzeitig die Chance bekommen muss, die Talente bestmöglich zu entfalten. (Herr J., Zeile 165 ff.)

Soziale Gerechtigkeit wird demnach als eine gerechte Verteilung von gesellschaftlichen Gütern, dem Zugang zu Bildung, Chancengerechtigkeit, Partizipation am gesellschaftlichen Leben gedeutet – die Möglichkeit für jeden einzelnen Menschen, „das bestmögliche Leben“ erreichen zu können (ebd.). Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist insbesondere für die beiden Gewerkschaftsvertreter eng mit ihrem Verständnis von Gewerkschaftsarbeit verknüpft und wird als Motivation benannt:

Und ich glaube, das ist sozusagen mein persönlicher Antrieb, warum ich, sozusagen, diese Gewerkschaftsarbeit auch irgendwann mal aufgenommen habe. Weil ich glaube, dass Gewerkschaften einen immensen Beitrag dazu leisten, dieses Leben zu ermöglichen. (Herr J., Z. 165 ff.)

Menschen zu vereinen, aber auch ganz konkret (.) Sorgen, Ängste und Nöte zu transportieren, also in meinem Fall zumindest. (L., Z. 36 ff.)

Auf emotionaler Ebene besonders involviert erschien L., der in zweiter Generation im Tagebau in der Lausitz beschäftigt ist. Seine Perspektive vereint vielfältige Problematiken des

Kohlereviere in Sachsen, die sich in einer Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Enttäuschung von der Politik (L., Z. 87), „Landflucht“ in der Region (L., Z. 128), einer Gefährdung des sozialen und letztlich des familiären Zusammenhalts zuspitzen. Klaus Dörre kommentiert diesbezüglich, dass es im Fall der Lausitz weniger um die Umstrukturierung bestehender Arbeitsplätze solcher Industrien gehe, die auf fossile Energien angewiesen sind, sondern vielmehr um einen „Statusverlust“ (Dörre, Z. 30 ff.).

Auf die Frage hin, ob das Thema soziale Gerechtigkeit bei der Durchsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vernachlässigt werde, wird die Adressierung des einzelnen Menschen beziehungsweise das subjektive Erleben sozialer Ungerechtigkeit noch deutlicher. Dies wird insbesondere mit der „Energiefrage“ im Sinne einer Umstellung von fossiler zur erneuerbaren Energie verknüpft, die sich vor allem für die Beschäftigten des Braunkohlebergbaus, aber auch für die gesamte Gesellschaft stelle (Herr J., Zeile 86 ff.). Aus ihr resultierten gestiegene Energie- und Lebenshaltungskosten, die für Menschen nicht verständlich seien und so den Eindruck erweckten, „dass man ihnen nur Dinge wegnehmen will, dass sich Dinge einfach verteuern und dass man das auch nicht ehrlich in die Relation bringt (L., Zeile 255 ff.). Es wird von allen Befragten als ungerecht empfunden, dass Verbraucher*innen unter steigenden Kosten leiden müssen: „Und die Verbraucher werden das richtig krass spüren.“ (L., Zeile 263); „[...] die Verantwortung wird auf den Verbraucher abgewälzt.“ (K., Zeile 241 f.; vgl. auch Interview mit S., Zeile 139 f.). Dass Bürger*innen, die über weniger finanzielles Kapital verfügen, angesichts steigender Lebenshaltungskosten im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Klimaschutz in gewisser Weise resignieren oder gar Unverständnis entwickeln, scheint nachvollziehbar:

Und das ist vor allem für diejenigen ein Problem, die sich den ganzen [...] Hokuspokus gar nicht leisten können. Die, die unten an der Gesellschaftskette stehen und die versuchen, jeden Tag mit zwei Jobs ihre Familie über die Runden zu kriegen. Für die Leute, die sich nicht höher qualifizieren können, weil sie vielleicht das eine oder andere Leiden haben oder sich um Familienangehörige kümmern müssen. Die Beispiel-Kette könnte ich endlos fortsetzen. Fakt ist (.) Die Leute haben sowieso schon keine Chance dagegen anzukämpfen. Und für die wird es am bittersten. (L., Zeile 266 ff.)

Zwar herrscht unter allen Befragten Konsens, dass Maßnahmen zum Aufhalten des fortschreitenden Klimawandels notwendig sind, jedoch zeigen sich differente Begründungen und Wege der Umsetzung. Herr J. äußerte zwar, dass die Dekarbonisierung der Industrie ein gewichtiger Faktor der Einsparung von Treibhausgas-Emissionen sei, allerdings sei es gegenüber Arbeiter*innen schwer vermittelbar, wenn zeitgleich „woanders in Europa gerade Kraftwerke entstehen, die auf fossile Energieträger setzen“ (Herr J., Z. 113). Einen Standpunkt, den auch L. vertritt: „Wenn wir alle einsparen, und die [Entwicklungsländer auf dem Weg zu Industrieländern - Anm. d. A.] doppelt einen drauflegen, dann bewegen wir halt gar nichts“ (L., Z. 244). Beschlossene Klimaschutzmaßnahmen werden in diesem Kontext als Schritte

wohlhabender sozialer Schichten aufgefasst, die fernab der Lebenswelten kapitalschwächerer Menschen stattfinden: „Ja, klingt für mich wie eine Wohlstandsdebatte, sagen wir es mal so. (Herr J., Zeile 234 ff.). Wie der Gewerkschafter L. ausdrückt „gibt es eben nicht nur Hochstudierte, gut bezahlte Menschen [...], die sich den ganzen Kram eh leisten können, für die es keinen Unterschied macht, ob die Kilowattstunde 50 Cent, ein Euro oder zwei kostet“ (L., Zeile 295 ff.). Der Strukturwandel, der der Kohleindustrie in besonderer Art und Weise bevorsteht, wird einerseits als geleisteter Anteil der Industrie zum Klimaschutz aufgefasst, zum anderen wird er als von außen vorgegebene Entwicklung erlebt (L., Z. 195 f.). Dieser Prozess wurde von gesellschaftlichen Eliten angestoßen, die scheinbar kein Verständnis für die Lebenswelt der Beschäftigten haben: „Strom kommt für Leute aus Großstädten aus der Steckdose (.), der kommt schon irgendwie. Keine Ahnung! Stellen sich die Frage nicht [...]“ (L., Zeile 171 ff.). Auch im öffentlichen Diskurs wird ein Überwiegen der Vertretung ökologischer Interessen wahrgenommen: „Ich habe schon einige Artikel gelesen, wo ich mir dachte, so: ‚Okay, man müsste mal auch die ökonomische und soziale Perspektive ein bisschen nach vorne [...] diskutieren‘. Der Blickwinkel lag immer auf der ökologischen Perspektive“ (Herr J., Zeile 200 ff.). Somit lässt sich vorerst festhalten, dass seitens der Gewerkschaftsvertreter eine Zurückstellung sozialer Interessen zugunsten ökologischer Interessen erlebt wird. Auch wenn angesichts des Klimawandels ein „Handeln“ (Herr J., Zeile 123) als erforderlich erachtet wird, wird die soziale Dimension samt der Interessenvertretung sozial schwächer gestellter Menschen gegenüber der ökologischen Dimension als zumindest gleichwertige Thematik gewichtet.

Doch welche Rolle spielen soziale Interessen für die Aktivist*innen von *Fridays for Future*?

Beide formulieren mit Berufung auf wissenschaftliche Erkenntnisse wie den IPCC-Report (2022) eindringlich Sorgen und Ängste angesichts des Klimawandels beziehungsweise einer Klimakrise, die „jetzt schon da ist“:

[...] Der Amazonas wird langsam zu einem Gebiet, das nicht mehr Emissionen aufsaugt, sondern dadurch, dass es zu heiß geworden ist, sogar noch mehr Emissionen produziert. In Afrika gibt es mehrere Länder, wo bei Menschen einfach Hungersnöte ausgebrochen sind und wo Menschen einfach sterben [...] (K., Z. 143)

Es gebe noch drei Jahre, um Maßnahmen zu treffen, die den Emissions-Ausstoß verlässlich verringern (K., Z. 131). S. betont, dass es unumkehrbare „Kipppunkte“ für eine Veränderung der Klimapolitik gebe und warnt davor, dass gewisse Ereignisse wie beispielsweise die Rodung des Regenwaldes, nicht „grün gewaschen“ werden können (S., Z. 208 ff.). Sollten die globalisierten Staaten nicht umsteuern und die Emissionen auf dem derzeitigen Niveau bestehen bleiben, würde der Umwelt und den Menschen ein „katastrophaler Zustand“ drohen (K., Z. 131). Die akute Krise dringe jedoch nicht bis in die subjektive Wahrnehmung der

Bürger*innen durch; K. beschreibt das Phänomen einer gesellschaftlichen „kognitiven Dissonanz“ in Bezug das Erleben des Klimawandels:

Es passieren zwar Dinge, die unmittelbar damit zu tun haben, aber keine Ahnung- eigentlich ist Klima immer eh egal. Also so das Gefühl, man kann sich gar nicht mehr damit beschäftigen. Wenn man sich damit beschäftigen würde, dann müsste man ja komplett sein Leben umstellen. (K., Z. 190 ff.)

Auch wenn beide Angst vor den diversen Folgen des Klimawandels formulieren und eine Ohnmacht hinsichtlich der gesellschaftlichen Wahrnehmung erleben, zeigen sie dennoch eine deutliche Bewusstheit für die Lebenswelt der Bürger*innen und Verständnis für individuelle Möglichkeiten zum nachhaltigen Leben. Zwar äußert K., dass die Steigerung der Spritpreise als „Ressource, die krass viel für Klimazerstörung als auch für die Erwärmung der Erde verantwortlich ist“ als Klimaschutzmaßnahme zwar Berechtigung finde (K., Z. 227 f.), aus Gründen sozialer Gerechtigkeit jedoch nicht praktikabel sei. Die Aktivistin S. verdeutlicht, dass es nicht sinnvoll sei, wenn „sozial schwächere Menschen in Deutschland darunter leiden müssen, wenn Klimaschutzmaßnahmen zu spät oder zu wenig ausgebaut werden“ (S., Zeile 143 ff.). Sie halte darüber hinaus auch nichts von individuellen Verboten etwa des Fliegens, Autofahrens oder Fleischessens: „Man muss es auch mit [der] Lebensqualität der Menschen mit verknüpfen.“ (S., Zeile 159 ff.). Auch K. findet, dass die Klimabewegung das Dogma einer ökologischen Lebensweise nicht bedingungslos auf Einzelne beziehen sollte (K., Zeile 222 ff.). Und dennoch liegt der Fokus bei beiden Aktivist*innen verstärkt auf ökologischen Interessen, die im weitesten Sinne jedoch auch Auswirkungen auf soziale Interessen haben – „Man sieht es ja, dass die Menschen, die am sozial schwächsten oder darunter sind, die Klimakrise jetzt direkt spüren.“ (S., Zeile 60 ff.). Auch in Deutschland seien zunächst diejenigen von der Klimakrise betroffen, die prekären Beschäftigungsbedingungen im Niedriglohnsektor nachgingen, und zwar indem sie Preissteigerungen ausgesetzt seien oder bei Extremwetterereignissen nicht abgesichert seien (K., Z. 328 ff.). Die Auswirkungen des Klimawandels verknüpft mit sozialen Interessen übersetzen sich insbesondere für die FFF-Aktivist*innen in den Begriff der „Klimagerechtigkeit“ in einem globalen Kontext:

Und es sind wieder die betroffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Hier in Deutschland als auch im globalen Süden zum Beispiel. Und daher sieht man so ein bisschen, dass wir [...] multiple Krisen haben mit Pandemie, Krieg und Klimakrise, die irgendwie immer wieder denen am meisten schaden, die am wenigsten dazu beigetragen haben. (K., Z. 156 ff.)

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind in der Folge stets im Zusammenhang zu betrachten, sowohl global als auch nationalstaatlich betrachtet (S., Z. 126 ff.). Der Begriff der Klimagerechtigkeit begründet sich in einer Betroffenheit von ungleichen Auswirkungen des Klimawandels, die auch Klaus Dörre im Interview benennt. Aufgrund der unterschiedlich großen Anteile an der Verursachung unter anderem von Emissionen und Ressourcenknappheit zeige sich eine „Gerechtigkeitsproblematik“ sowohl innerhalb reicher Gesellschaften als auch

zwischen Staaten, die in einem Klassen- sowie ökologischem Gesellschaftskonflikt münde (Dörre, Z. 40 ff.). Auch K. bezeichnet es als Anliegen, soziale und ökologische Interessen als nicht trennbar zu betrachten; sie eröffnet unter Berücksichtigung der subalternen Perspektive ein Verständnis von Kämpfen für Klimaschutz, die zugleich als Akt von Gerechtigkeitskämpfen unterdrückter Menschen gefasst werden können: „Indem man sagt, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ein und dasselbe Ding sind, beruft man sich irgendwo auch auf die Wurzeln der Klimaschutz-Bewegung [...] und wenn man sich das dann auch noch weiter anschaut, dann kommt man halt irgendwann zurück zu antikolonialen Kämpfen, die schon immer gegen Klima, Zerstörung, Umweltzerstörung und Ausbeutung waren“ (K., Z. 305 ff.). Ferner gehe es bei dem Begriff der Klimagerechtigkeit auch um sichere Fluchtwege und Aufnahme geflüchteter Menschen, da Wasser- und in der Folge Nahrungsknappheiten klare Auswirkungen des Klimawandels seien, den industrialisierte Staaten im Sinne eines Verursachungsprinzips herbeigeführt haben (147 ff.).

Wie sich in den Gesprächen mit den Befragten hinsichtlich ihrer Deutungsschemata von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz zeigt, weicht die Gewichtung der verschiedenen Themen voneinander ab. Es wurde jedoch sichtbar, dass auf beiden Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen die Bereitschaft zur Verknüpfung beider Themenkomplexe sowie zur Entwicklung von Strategien, die sozial-ökologische Interessen berücksichtigen, gegeben ist. Hierfür bedarf es jedoch auch einer Politik, die dieser Verantwortung gerecht wird. Politische Herausforderungen, die seitens der Interviewpartner*innen geschildert wurden, werden im nächsten Kapitel benannt.

5.2 Politische Herausforderungen

Die Befragten äußerten in den Gesprächen hinsichtlich der Vereinbarkeit von sozial-ökologischen Interessen sowohl explizit politische Forderungen und Aufgaben als auch implizit Kritik an Sozial-, Klima-, sowie Wirtschaftspolitik. Herr J. sagt, dass „wir schon auf einem sehr hohen Standard leben als Gesellschaft“ (ebd., Z. 206 f.), es dennoch einige Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Da in jedem der Gespräche Unzufriedenheit über die politische Berücksichtigung sozial-ökologischer Interessen offenbart wurde, soll diese zunächst dokumentiert werden, um anschließend konstruktive Forderungen und Aufgaben abzuleiten.

Und wenn ich noch kurz was zum Thema Preissteigerungen sagen darf, die ja auch mit steigenden Energiekosten zusammenhängen (.) [...] also die Leute haben ja schon jetzt wenig Geld zur Verfügung. So, und da frage- da stelle ich mir die Frage, warum die Leute dann am Ende des Tages arbeiten gehen sollen, wenn sie [...] damit nicht mal ihre Lebenshaltungskosten decken. Und darum geht es meines Erachtens. Also wenn jemand seine Zeit opfert, um arbeiten zu gehen, sollte diese Person auch ein Stück weit davon profitieren, dass sie sich keine Gedanken am Monatsende machen muss über die Nachzahlung, die möglicherweise ansteht oder über [...] Lebensmitteleinkäufe oder sonst was, sondern das müsste eigentlich alles geregelt sein. (Herr J., Z. 234 ff.)

Wie anhand dieses Zitats verdeutlicht wird, werden Preissteigerungen als keine angemessene Maßnahme betrachtet, um Klimaschutz voranzutreiben. Wie bereits unter 5.1 dargestellt wurde, lehnen die Befragten einstimmig eine Durchsetzung von Klimaschutz zulasten sozial schwächer gestellter Menschen ab und ihre Kritikpunkte an politischen Maßnahmen sind dahingehend konsistent - „Die Verantwortung wird auf den Einzelnen abgewälzt. Das ist halt krass ungerecht“ (K., Z. 203 ff.). S. vertritt den Standpunkt, dass Klimaschutz nicht ohne soziale Gerechtigkeit umzusetzen ist, was ihrer Meinung nach derzeit bei sämtlichen Parteien im Bundestag zu beobachten sei und in besonderer Weise bei Bündnis 90/Die Grünen (S., Z. 202). Es sei politisch ein „fataler Fehler“, wenn sozial schwächere Menschen unter dem Verschulden der Klimakrise durch die Regierungen im globalen sowie im nationalstaatlichen Rahmen leiden müssten (S., Z. 145 f.). Auf die Frage hin, ob soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz im gesellschaftlichen und politischen Diskurs gegeneinander ausgespielt würden, betont S. wiederholt ihren Eindruck, dass es „gegensätzlich gewollt“ (ebd., Z. 200) beziehungsweise „politisch gewollt“ (ebd., Z. 73 und 182) sei. Hierin äußert sich in drastischer Weise ein Vertrauensverlust, den auch L. für die Lausitz im Kontext von Arbeitsplatzverlusten und Versprechungen, die von lokal-, landes- und bundespolitischer Seite nicht eingehalten wurden, eingesteht. In diesem Vertrauensverlust erkennt er zudem eine Begründung für rechtspopulistische Wahlerfolge in der Region (L., Z. 87 ff.). Für ihn ist das individuelle Wohl der Menschen handlungsleitend, welches seiner Auffassung nach von Politiker*innen nicht miteinbezogen werde: „Es wird immer viel geredet, da ist alles wichtig hieß es, aber an den Menschen, daran ist nicht gedacht.“ (L., Z. 40 ff.).

Widerstrebende Interessen zeigten sich bei den Akteur*innengruppen von *Fridays for Future* und der IG BCE jedoch hinsichtlich der „Energiefrage“. Der Gewerkschafter L. benennt die Stromerzeugung als „Treibstoff der Moderne“ (L., Z. 211) und schätzt durch den tendenziell steigenden Energiebedarf einen Kohleausstieg im Jahr 2030 als unrealistisch ein (ebd., Z. 216). Die Wahrnehmung von der FFF-Aktivist*in K. ist eine andere: Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine wird Empörung deutlich über die Bitte des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck, angesichts der Energieknappheit im individuellen Rahmen Strom zu sparen: „[...] Dass wir auch jetzt so eine krasse Rüstungsproduktion anschmeißen und damit weiter Konflikte weltweit anheizen, dafür haben wir auch Gas. Und Kohle. Aber für die eigene Wohnung der Mieter*innen haben wir keine, kein Gas.“ (K., Z. 206 f.). Der Regierung werden reine Profitinteressen vorgeworfen, die an fossile Energiegewinnung gekoppelt sind und so den Ausbau erneuerbarer Energien verhindern würden - diesen Vorwurf sieht die *Fridays for Future*-Aktivistin S. im Zusammenhang mit der weiteren Ausdehnung des Tagebaus Garzweiler in Nordrhein-Westfalen bestätigt (S., Z. 78 ff.).

Die Unzufriedenheit der Befragten mündet in der Kritik an mangelnder politischer Vertretung von sowohl sozialen als auch ökologischen Interessen. Weder der Klimawandel werde als unmittelbare Bedrohung begriffen noch soziale Ungerechtigkeit im Kontext von unsicheren Arbeitsplätzen und Lebensbedingungen als Handlungsaufforderung erkannt. Als gewichtiger Aspekt erscheint hier der Austausch in der politischen Öffentlichkeit: Indem Politiker*innen Entscheidungen „verschleiern“ würden (S., Z. 87 ff.) und „nicht ehrlich“ seien (L., Z. 265) würde das Verständnis der Bevölkerung fehlen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Situation der Beschäftigten im Tagebau: „Die Menschen haben es zum Großteil nicht verstanden, warum das gemacht wird. Und das liegt daran, dass die Kommunikation oft super schlecht ist [...]“ (L., Z. 255).

Zudem müsse dem Wirtschaftssystem zwingend politische Vorgaben zur Emissionsreduktion gemacht werden (K., Z. 136). Doch dafür bräuche es technologische Alternativen zur Energiegewinnung und einen grundlegenden Strukturwandel der Arbeitswelt, wofür der Staat nicht innovativ genug sei, wie Klaus Dörre betont (ebd., Z. 106).

Wie sich an den hier aufgeführten Kritikpunkten der Interviewpartner*innen ablesen lässt, stellen sich vielfältige politische Aufgaben, um sozialen und ökologischen Interessen der Zivilgesellschaft gerecht zu werden. Es steht ein gesellschaftlicher Wandel bevor, der soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz beinhalten muss; wie Herr J. jedoch zu bedenken gibt, sei ein Wandel nur in einem „Dreiklang“ möglich, der Soziales, Ökologie und Ökonomie mit einbeziehe. „Andernfalls wird das wohl mit sozialen Verwerfungen passieren. Oder aber zu Kosten der anderen zwei Faktoren [...]“ (Herr J., Z. 132). Dieser Dreiklang wird auch in den anderen Interviews deutlich. Vor diesem Hintergrund lassen sich die nun folgenden politischen Forderungen in drei Unterkategorien unterteilen:

Soziale Aufgaben

Die Vorstellungen der Befragten von einer Politik, die soziale Problematiken wieder stärker fokussiert, äußern sich anhand unterschiedlicher Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit.

Aus Perspektive der Gewerkschaftsarbeit geht es grundsätzlich um den Wunsch, „dass man auch ein Stück weit an die soziale Perspektive stärker noch mal denkt“ (Herr J., Z. 182) beziehungsweise Politiker*innen sich verstärkt damit auseinandersetzen mögen, „wie man gerade diejenigen mitnimmt, die es gesellschaftlich und sozial sowieso am schwersten haben.“ (L., Z. 295 ff.). Für die Beschäftigten der Kohle- und Bergbauindustrie gehe es konkret darum, eine „Perspektive zu bekommen“ (L., Z. 81 ff.), insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich im Rahmen des Strukturwandels „nicht alle umorientieren können“ (L., Z. 148).

Für die Aktivist*innen von *Fridays for Future* leiten sich soziale Aufgaben aus der Notwendigkeit heraus ab, Klimaschutzmaßnahmen im landesweiten Maßstab zu

implementieren – allerdings finanziert durch staatliche Investitionen oder Umverteilung von Vermögen:

Es ist halt die Frage: ‚Was priorisiert man an Geld?‘ Also wir können auch einfach tausende grüne Klima-Jobs schaffen und dann kommt das zusammen. Oder wir können auch dafür sorgen, dass einkommensschwache Familien nicht auf ihrer Miete sitzen bleiben bei einer sozial-ökologischen Modernisierung, sondern dass die Modernisierung vom Vermieter bezahlt wird. Also ich glaube, es gibt immer eine Möglichkeit, sozial gerechten Klimaschutz zu machen. Das sollte auch immer unser Fokus sein. (K., Z. 257)

Denn nur wenn es politische Maßnahmen im Sinne „preisgünstiger Alternativen“ gebe, könnten Menschen aller sozialen Schichten auch im individuellen Rahmen nachhaltig leben (S., Z. 164 ff.; K., Z. 229).

Ökologische Aufgaben

Hinsichtlich der ökologischen Forderungen an Politiker*innen dürfe es S. zufolge nicht nur kleinteilige Ziele geben, sondern sollten vielmehr große Ziele wie beispielsweise Aufgaben des Umweltschutzes forciert werden. Hierzu zählen unter anderem der Schutz der Meere, Tier- und Artenschutz, Aufforstung der Wälder, der Stopp fossiler Energiegewinnung sowie von Massentierhaltung (S., Z. 101 ff.). Zudem müsse die Abhängigkeit von fossiler Energiegewinnung beendet werden, die ursächlich für verschiedene Gerechtigkeitsproblematiken sei: Wie sich aktuell angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zeige, könnte nur durch die Unabhängigkeit von „Fossilien“ verhindert werden, dass Gas- oder Lebensmittelpreise stiegen (K., Z. 152). Langfristig müssten zudem „Autoproduktion halbiert und ÖPNV-Kapazität verdoppelt“ (K., Z. 362) werden, um den Verbrauch klimaschädlicher Ressourcen zu reduzieren. Hinzu kommt die Aufgabe für Industrienationen, Verantwortung für ihren Emissionsausstoß „in der Vergangenheit und auch jetzt noch“ (S., Z. 97) zu übernehmen. Nur durch eine umfängliche Verantwortungsübernahme und die Aussicht, für klimaschädliche Politik global zur Rechenschaft gezogen zu werden, könne eine „radikale Kehrtwende“ bewirkt werden (ebd.). Im Gegensatz zu den beiden FFF-Aktivist*innen zeigen sich die interviewten Gewerkschafter eher passiv hinsichtlich der Formulierung ökologischer Aufgaben; diese scheinen für sie gegenüber den sozialen und insbesondere den folgenden ökonomischen sowie technologischen Aufgaben untergeordnet.

Ökonomische und technologische Aufgaben

Ökonomische Aufgaben sind eng verknüpft mit technologischem Fortschritt. Um den gesellschaftlichen Wandel unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Interessen vollziehen zu können, bedarf es zum einen der finanziellen Mittel und zum anderen der technologischen Voraussetzungen. „Das heißt (.) sicherlich auch, dass wir nach neuen

Technologien forschen müssen“ (L., Z. 197 f.) und hierfür ist staatliche Förderung gefragt. Es bestehe eine „energiepolitische Notwendigkeit“ für den Ausbau erneuerbarer Energien (Herr J., Z. 102). Doch gerade dieser Punkt wird von den Befragten teilweise kritisch eingeschätzt; während das von Wissenschaftler*innen berechnete Zeitfenster zur Einsparung von Treibhausgas-Emissionen „schrumpft“ (Dörre, Z. 231), sind zugleich keine technologischen Errungenschaften zur ökologischen Energiegewinnung erkennbar: „Also, wenn irgendeiner den Zauberplan auspackt und sagt, wie das gehen soll- machen wir das. Aber (.) ich will’s sehen.“ (L., Z. 183 f.).

Ich glaube, wir müssen uns auch darüber entscheiden oder darüber bewusstwerden, dass wir insbesondere Einstiegs-Pläne brauchen und nicht Ausstiegs-Pläne. (Herr J., Z. 275)

Insbesondere die Ausstiegspläne für das Jahr 2030 bereiten den Gewerkschaftsvertretern Sorgen, da zwar eine Erhaltung beziehungsweise Umwandlung der bestehenden Arbeitsplätze in der Kohle- und Bergbauindustrie geplant ist, ihnen das Gelingen allerdings nach wie vor unsicher erscheint. Insofern fordert L., dass „es keine Deindustrialisierung dieses Landes geben darf. Es muss einen geordneten, strukturierten und zielgerichteten Wandel der Industrie geben auf (..) Jobs, die länger als 5, 10 oder 15 Jahre bestehen können.“ (L., Z. 151 ff.). Dies könne erreicht werden durch „gut bezahlte industrielle, gewerkschaftlich gesicherte Industriearbeitsplätze, [...] den Ausbau von Infrastrukturprojekten“ und zielgerichtete Investitionen von „unseren Fördermilliarden, die wir für diesen Strukturwandel bekommen haben“ (L., Z. 95 ff.).

Hinzukommen müsse allerdings auch die individuelle Bereitschaft der Bürger*innen, den Wandel der Industrien mitzutragen und gegebenenfalls gewisse Zugeständnisse zu machen. Für Herrn J. äußert sich das am Beispiel:

[...] was ich häufig erlebe, ist die Frage ‚Ja, Windkraft?‘ -sind alle dafür. Wenn es dann aber konkret darum geht, eine Windkraftanlage vor Ort zu bauen, dann sagen auch diejenigen, die, sage ich mal, eher pro erneuerbare Energien sind ‚Ach nee, lieber nicht hier‘. (Herr J., Z. 307)

Anhand der Schilderung der sozialen, ökologischen und ökonomischen beziehungsweise technologischen Forderungen an die Politik zeigt sich, dass der gesellschaftliche sozial-ökologische Wandel eine komplexe Aufgabe darstellt; doch ist das Handeln unbedingt erforderlich. Die Handlungsspielräume, die zurzeit bestehen, müssten genutzt werden. In dem Zusammenhang schlägt Klaus Dörre vor, die siebzehn Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) „zur normativen Grundlage für jede Politik zu nehmen“ (Dörre, Z. 182 ff.). Es sei wichtig, mit bereits bestehenden Zielen und Vereinbarungen politisch zu verhandeln und nicht „auf einen fernen Punkt des Systemwandels“ zu warten (ebd.). Der hier angesprochene Systemwandel offenbart sich in einem Teil der Interviews als Strategie, um den geschilderten Dilemmata langfristig begegnen zu können – ein Wandel des globalen

kapitalistischen Wirtschaftssystems, dem die Verstärkung sozialer Ungerechtigkeiten sowie des Klimawandel systemimmanent zu sein scheinen (K., Z. 136). Dabei werde es sich um einen vielschichtigen Prozess handeln müssen, der „Reformen von oben, erzwungen durch soziale Bewegung von unten“ beinhalte (Dörre, Z. 192 f.), aber auch den Bruch mit nicht nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen (K., Z. 382):

Und das betrifft in erster Linie die tausendfünfhundert Konzerne mit Kontrollmacht. Die darüber bestimmen, was produziert wird und was nicht produziert wird. Und ohne dort die Eigentumsfrage zu stellen, wird man das kapitalistische Expansionsprinzip nicht außer Kraft setzen können. (Dörre, Z. 192 ff.)

Dörre prognostiziert, dass die sozial-ökologische Transformation selbst die „regierenden Eliten“ zu Veränderungen drängen werde:

Die werden Dinge tun, die sie sich noch gar nicht vorstellen können. Jetzt enteignen sie die Yachten von russischen Oligarchen. Aber warum muss man das auf diese Yachten beschränken? Jetzt wird das Vermögen enteignet von russischen Oligarchen. Aber warum darauf beschränkt sein? Und so weiter. Man könnte viele Fragen stellen. Und ich setze darauf, dass der Wandel gelingt. (Dörre, Z. 226 ff.)

Ob ein Systemwandel dergestalt sein wird, oder nicht - die Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation der heutigen Gesellschaftsformation, die sich sozialen, ökologischen und ökonomischen sowie technologischen Aufgaben stellt, ist für alle fünf Interviewpartner*innen gewiss. Die Akteur*innen der Zivilgesellschaft stellten sich durch ihr Verständnis der sozial-ökologischen Transformation und ihre Positionierung hinsichtlich der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Konflikte als Vermittlungsinstanzen heraus. Im folgenden Kapitel soll ihr Potenzial zur Mitgestaltung der Zukunft dargestellt werden. Unter Berücksichtigung der Fragestellung soll anhand der Interviews gezeigt werden, wie die Vereinbarkeit sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz aus zivilgesellschaftlicher Perspektive gelingen kann.

5.3 Gestaltung der Zukunft durch die Zivilgesellschaft

Wie in den vorhergehenden Unterkapiteln gezeigt werden konnte, bestehen für die befragten Personen verschiedene Interessenschwerpunkte bezüglich sozialer Gerechtigkeit oder Klimaschutz. Es scheint einen Zielkonflikt in der Vereinbarkeit beider Themenkomplexe zu geben. Dieser wiederum äußert sich in der Kritik an einer Politik, die die Interessen der Zivilgesellschaft aus Sicht der Akteur*innen nicht hinreichend vertritt.

Jedoch gibt es in der Zivilgesellschaft selbst ein großes Potenzial für Gestaltungsideen zur Zukunft der Gesellschaft, die sowohl soziale als auch ökologische Aspekte aufgreifen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Interviews soll in diesem Unterkapitel nun gesammelt werden, wie sich die Zukunft aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gestalten ließe. Hierzu wird zunächst die Kategorie ‚Zivilgesellschaftliches Engagement‘ erläutert, um das Selbstverständnis der befragten Akteur*innen nachzuvollziehen.

Also Zivilgesellschaft bedeutet für mich, dass man natürlich versucht, Partikularinteressen, die in einer Gesellschaft ja normal sind, unter einen Hut zu bringen und sozusagen nach dem Aushandeln [...] der Konflikte, in dem man Kompromisse schließt oder ähnliches, entsteht dann sozusagen ein zivilgesellschaftlicher Konsens. Und das umfasst natürlich ganz&ganz viele Menschen. (Herr J., Z. 23 ff.)

Darüber hinaus bedeute Engagement in diesem Zusammenhang eine Teilnahme an der Herstellung von Konsens und zwar in dem Sinne, dass Konflikte aktiv ausgetragen und Kompromisse eingegangen und „arrangiert“ werden (ebd.; S., Z. 45 f.).

Es bestehe jedoch ein Unterschied zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und „Aktivismus“ – für K. ist der Begriff des ‚Engagements‘ eher diskreditierend: „[...] weil zivilgesellschaftliches Engagement ist, [...] vielleicht eher so eine Form von: ‚Ich bin einmal die Woche bei der Feuerwehr und guck, dass ich damit helfe‘ oder ‚Ich gehe auch einmal auf eine Demo im Monat‘“ (K., Z. 80 f.). Der Einsatz für Klimaschutz erfordere ab einem gewissen Zeitpunkt jedoch vielmehr die Bereitschaft, sich mit aller „Kraft zu widmen“ (ebd., Z. 92).

Sowohl aktivistisch als auch engagiert kennzeichnen Zivilgesellschaft weitreichende Ziele und die Bereitschaft, für die eigenen Interessen einzustehen, gegen widerstrebende Interessen zu verteidigen oder einen gemeinsamen Konsens auszuhandeln. In Bezug auf die für die vorliegende Thesis befragten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von *Fridays for Future* und der IG BCE schreibt Klaus Dörre beiden Akteur*innengruppen entscheidende Rollen im sozial-ökologischen Transformationsprozess zu. Einerseits habe die Klimabewegung einen großen Beitrag dazu geleistet, die Bedrohungen des menschengemachten Klimawandels überhaupt in die Öffentlichkeit zu tragen. Andererseits sei den Gewerkschaften eine wichtige Bedeutung zugekommen „was das Abfedern der Problematik, die [aus der Transformation] entsteht“ betreffe (Dörre, Z 9 f.).

Welche Rolle haben die IG BCE und FFF bislang für die sozial-ökologische Transformation gespielt? Die Leistung von *Fridays for Future* besteht zu einem großen Teil in der Mobilisierung von jungen Menschen. Die Partizipation an der globalen Klimabewegung, die allein in Deutschland durch hunderte weitere Organisationen unterstützt wird (K., Z. 23 ff.), gelang vor allem durch „Aktionen auf niedrigschwelliger Ebene“ und die Veranschaulichung der Bedrohung durch die Klimakrise (S., Z. 45 ff.). Durch die Diversität der Bewegung ist es wichtig „möglichst viele Menschen mitzunehmen“ und „anschlussfähig zu bleiben“ (S., Z. 51 ff.). Die befragten Aktivist*innen haben den Anspruch, Gerechtigkeit in ihrer politischen Praxis miteinzuschließen, offen für alle Menschen zu sein, sensibel für Diskriminierungen und Benachteiligungen aufzutreten (S., Z. 32). Den Vorwurf, ein „elitärer Kreis“ (S., Z. 51) von „Akademiker-Kids“ (K., Z. 268) zu sein, weisen sie von sich und wollen Exklusivitätsmechanismen vermeiden sowie die Diversität der Bewegung betonen. Sie halten ihre Ideale hoch:

Bei uns wird niemand bezahlt, bei uns gibt es keine Gesetze oder so, an die wir uns halten, wir haben uns selbst Strukturen gegeben, wir geben uns selbst Prozesse. Wir geben uns selbst alles das, was wir brauchen und das, deswegen bedeutet das für mich [...] die Einstellung: ‚Okay, wir sind Aktivistinnen für Klimagerechtigkeit, wir wollen was erreichen.‘ (K., Z. 85 ff.)

Angesichts der Klimakrise äußert sich ein Pragmatismus und das Unverständnis eines Verharrens in Gesellschaftsstrukturen, die das Klima belasten: „Wir müssen die Autoproduktion runterfahren, warum produzieren wir eh noch Autos? Da brauchen wir keine Energie für, weil wir brauchen auch keine Autos.“ (K., Z. 203). In der Größe der Bewegung liegt eine Stärke, die zugleich jedoch eine ständige Aushandlung der thematischen Ausrichtung erfordert, die sich durch „Kämpfe in der Bewegung“ ausdrückt (K., Z. 300). K. ist der Auffassung, dass die Klimabewegung insbesondere hinsichtlich „sozialer Forderungen in Richtung Umverteilung“ dazulernen sollte, da der soziale Aspekt die nächsten „Klimakonflikte“ bestimmen werde (K., Z. 208 ff.).

Als Gewerkschaft, deren Ziel traditionsgemäß die Verbesserung der Arbeitswelt von Menschen ist, setzt sich die IG BCE seit ihrer Gründung „grundgesetzlich verankert“ (Herr J., Z. 42) für die sozialen Rechte der Arbeitnehmenden in der Bergbauindustrie ein: „Das ist unser Anspruch und ich glaube, da haben wir auch gute Rahmenbedingungen geschaffen als Organisation.“ (Herr J., Z. 61). Im Bergbau sei „Gewerkschaft Pflicht. [...] Da liegt die gewerkschaftlich organisierte Quote bei über 95 Prozent. Das ist- [...] eigentlich kann man sagen jeder!“ (L., Z. 57). Die Tätigkeit im Bergbau sowie die gewerkschaftliche Organisation zeichnen sich durch ein ausgeprägtes „Zusammengehörigkeitsgefühl“ aus (L., Z. 325). Doch angesichts des Ausstiegs aus der Energiegewinnung mittels Kohleverstromung steht die IG BCE einem Interessenkonflikt gegenüber: „Ich sag mal, da sind noch 8000 Arbeitsplätze, ne. Die wird es dann so in der Form nicht mehr geben“ (L., Z. 142 f.). Entsprechend der genuin gewerkschaftlichen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit setzt sich die IG BCE für die Beschäftigteninteressen ein. Doch angesichts der Klimakrise steht fest, dass die IG BCE zudem Klimaschutzauflagen unterworfen ist, durch die „die [Beschäftigten] in den Karbon-Branchen ihre Jobs verlieren werden und verlieren müssen“ (Dörre, Z. 30). Infolgedessen wurden die Klimaziele akzeptiert und die Transformation der Bergbauindustrie angestoßen. Laut Einschätzung Dörres hat die IG BCE maßgeblich dazu beigetragen, Millionen in die betroffenen Regionen zu leiten, um den Wandel für die Arbeitnehmenden abzufangen: „Diese Leistung darf man nicht zu gering schätzen.“ (Dörre, Z. 63 ff.). Dennoch sei das „Engagement, was die Umsetzung [der Klimaziele]“ angehe, seitens der Gewerkschaft teils eher zurückhaltend (ebd., Z. 9). Die Strukturen insbesondere der IG BCE seien „konservativ“, was sich unter anderem an einer „bestimmten Top-Down-Politik“ äußere (ebd., Z. 134). Die Partizipation an der sozial-ökologischen Transformation könnte demnach aktiver sein; am

Beispiel der LEAG in der Lausitz veranschaulicht Dörre den Standpunkt, dass seitens der Gewerkschaft sowie der Betriebsräte „Fehler gemacht“ wurden, die sich auf die Vermittlung einer sozial-ökologischen Transformation beziehen:

Ich denke, dass man zu sehr vernachlässigt hat, [...] einen Schwerpunkt darauf zu legen, zu argumentieren, dass sichere Jobs im Grunde in der Region nun auch solche sind, die sich auf regenerative Energien beziehen. [...] Aus meiner Sicht war das kurzsichtig und wird dazu führen, dass die Unsicherheit weiter existiert, weil man nun aussteigt und so weiter. (Dörre, Z. 74 ff.)

Die beiden befragten Gewerkschaftsvertreter der IG BCE schätzen den Beitrag ihrer Organisation zur sozial-ökologischen Transformation als wesentlich höher ein und signalisieren Bereitschaft für tiefgreifenden Wandel, sofern Arbeitsplätze erhalten und umgewandelt werden. Es werde nicht die Frage gestellt, „ob wir aus der Kohleverstromung aussteigen, sondern wie wir das machen“ (Herr J., Z. 275). Und bezüglich des ‚wie‘ sind sie ehrgeizig und wollen die „Herausforderung zu einer Chance zu machen“ (ebd.). Als „eines der fähigsten Industrieländer der Welt“ (L., Z. 237) könne der Strukturwandel in Deutschland „Schule machen“ (Herr J., Z. 269) und dazu beitragen, dass andere Staaten ebenfalls einen Wandel vollziehen: „Das muss am Ende ‘ne Blaupause für die ganze Welt sein, wo alle sagen: ‚Die haben nachgedacht und jetzt machen wir es denen nach‘“ (L., Z. 237). Zudem ist eine ökonomische Motivation erkennbar, den Wandel profitabel zu gestalten, indem technologischer Fortschritt anderen Staaten zur Verfügung gestellt werden könnte (ebd.). Insofern zeigten zumindest die beiden interviewten Gewerkschaftsvertreter großes Interesse daran, die Zukunft ihrer Branche mitzugestalten und insofern Teil der sozial-ökologischen Transformation zu sein: „Wir haben Bock auf Zukunft.“ (L., Z. 350); „Ich glaube auch, dass da die Leute richtig Bock zu haben, sich weiterzuentwickeln, das ist so, vor allem bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen sehe ich das.“ (Herr J., Z. 105).

Insgesamt ist unter den Befragten die Vorstellung von der Zukunft durch eine sozial-ökologische Transformation grundsätzlich hoffnungsvoll. Zwar werden auch Bedenken geäußert, insbesondere durch den fortschreitenden Klimawandel sehe es „sehr sehr desolat aus“ (K., Z. 157 ff.); dennoch wurde in den Gesprächen immer wieder deutlich, dass es Handlungsspielräume und vor allem idealistische Vorstellungen zur Gestaltung der Zukunft gibt:

Ziel sollte stets sein, „eine solidarische und gerechte Welt aufzubauen“ (S., Z. 95) und Wege zu finden, „die uns zu einer besseren Gesellschaft“ führen (K., Z. 69 f.). Vor dem Hintergrund, dass es zukünftig noch „viel viel viel mehr Energie“ (L., Z. 211) brauche, stünden Gesellschaften vor einer „Herausforderung“, der „wir uns auch stellen und die wir auch als Gesellschaft gemeinsam gestalten müssen“ (Herr J., Z. 96 f.). Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stelle eine Notwendigkeit dar, dennoch könne der Weg „hin zu

Klimaneutralität“ keine Deindustrialisierung sein. Andernfalls würden die Unternehmen zu schlechteren „Sozial- und Umweltstandards [...] woanders neu entstehen, weil die Produkte ja trotzdem konsumiert werden müssen“ (ebd., Z. 124). Insofern würde sich die Gesellschaft durch eine Deindustrialisierung „der Grundlage [...] unseres Wohlstands, nämlich der industriellen Wertschöpfung, berauben“ (ebd., Z. 203). Der Fokus müsse somit verstärkt auf dem unmittelbaren „Netzausbau, Ausbau regenerativer oder erneuerbarer Energien im Gesamten [...] [liegen]“ (L., Z. 179).

Hierfür bedarf es zum einen der Schaffung technologischer Voraussetzungen. Da die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke „erschöpft“ seien und sie schon aus diesem Grund keine Option für einen Übergang von fossiler zu regenerativer Stromerzeugung darstellen würden (ebd., Z. 163 ff.), müsse das Hauptaugenmerk, neben dem weiteren Ausbau von Stromnetzen und Windkraft, auf der Forschung liegen: „Das kann Wasserstoff sein, das kann Kernfusion sein“ (ebd., Z. 198). L. wünscht sich diesbezüglich ein tiefergehendes Verständnis der Bürger*innen, „sich mal mit den Grundlagen“ der Stromerzeugung zu befassen (L., Z. 293). Zum anderen brauche es einen Strukturwandel der Arbeitswelt, um zu vermeiden, dass „Wirtschaftskreisläufe zusammenbrechen“ und „hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen Menschen ihre Jobs verlieren“ (L., Z. 284 f.). Und dieser Strukturwandel hängt wiederum im weitesten Sinne mit dem Wandel des Wirtschaftssystems zusammen. „[...] dass die Menschen bestimmen können, was sie produzieren wollen“ (K., Z. 384) hält K. für eine vielversprechende Maßnahme. Klaus Dörre entgegnet jedoch, dass er auf Grundlage seiner Forschung in den Karbon-Branchen in der Lausitz nicht den Eindruck hat, dass über den „Weg der Mitbestimmung“ ein Prozess der sozial-ökologischen Transformation angestoßen werden könne (Dörre, Z. 140 ff.). Vielmehr bräuchte es „Beteiligung über den Betrieb und das Unternehmen“ hinaus – Ideen zur Gestaltung der Zukunft, die von der Zivilgesellschaft in der Region selbst entwickelt werden (ebd., Z. 124 f.). Die Schlussfolgerung daraus sei, Projekte „von unten“ zu entwickeln, wenn der Staat die Problemlösung nicht zu gestalten vermag (Dörre, Z. 107 f.).

Möglicherweise liegt eine große Chance hinsichtlich der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation im Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Es brauche „die Lösung für alle“ (K., Z. 299 f.) und insbesondere in „gemeinschaftlicher Solidarität“ liege die Kraft, „über eine andere Zukunft nachzudenken, eine Vision zu haben, wie es anders aussehen kann“ (ebd., Z. 357). Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wurden zu Bündnissen und Kooperationen mit anderen Bewegungen und Organisationen befragt. Vor allem seitens *Fridays for Future* bestehen diverse Zusammenschlüsse, denen großes Potenzial zugeschrieben wird, da diese mehrere Interessen miteinander verbinden (K., Z. 40 f.). Es bestünden bereits Kooperationen

mit der Berliner Krankenhaus-Bewegung (K., Z. 355) oder Busfahrer*innen zum Thema Verkehrswende, die die soziale und die ökologische Transformation zusammenführen und als sehr positiv und produktiv erlebt wurden (ebd., Z. 364). Mit der Gewerkschaft verdi besteht bereits ein Bündnis (S., Z. 281) und seit diesem Jahr gebe es auch Gespräche mit der IG Metall über Autoproduktion (K., Z. 355). Eine Kooperation mit der IG BCE als Gewerkschaft des Kohlebergbaus scheint inhaltlich auf den ersten Blick weit entfernt; doch berichtet der Gewerkschafter L. von Gesprächen mit FFF im Jahr 2019, in denen für die Lausitz nach Konsens gesucht wurde und die für beide Seiten inspirierend gewesen seien – er könnte sich längerfristig vorstellen, inhaltlich mit Vertreter*innen von FFF zusammenzuarbeiten und sozial-ökologische Interessen auszutauschen (L., Z. 338 ff.). Auch Herr J. betont die Gesprächsbereitschaft und erhofft sich die Auflösung scheinbarer Divergenzen: „Dann würden die (.) Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Fridays for Future auch merken, dass wir da gar nicht so viele Widersprüche haben, sondern eigentlich, wenn wir gemeinsam da herangehen, schaffen wir es auch, Dinge zu bewegen.“ (Herr J., Z. 290 ff.). Widersprüche, die für K. gar nicht notwendigerweise bestehen müssen; sozial-ökologische Transformation „tut nicht weh“, sondern mache das Leben aller lebenswerter: „Und ich glaube, das wissen vor allem die Beschäftigten, die vor allem jungen Leute in den Gewerkschaften, [...], die ganz *laut* sind und ich glaube, das muss man halt noch mal ein bisschen klarer machen“ (K., Z. 342).

Wie sich ablesen lässt, sind die befragten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bereit, aufeinander zuzugehen und grundsätzlich an einem Austausch interessiert. Es könnte etwas „sehr, sehr Gutes“ entstehen (Herr J., Z. 292), wenn sich Gewerkschaft und Klimabewegung zusammenschließen, um die sozial-ökologische Transformation voranzubringen. Grundsätzlich bedürfe es jedoch einer „Kompromissbereitschaft“ (ebd., Z. 294) und „auch ein Stück weit Empathie“ (ebd., Z. 208) um einen Dialog zwischen IG BCE und *Fridays for Future* zu schaffen. Genau das scheint jedoch gegeben:

*Was Gewerkschaften ja auszeichnet ist, es sind ja die Menschen, die sich darin organisieren. Und das sind ja auch Pflegerinnen. Menschen, die im Autowerk schufteten, obwohl sie vielleicht auch lieber was anderes produzieren würden, was sie auch könnten. Busfahrer*innen, die Schichten machen, die auch nachts gehen und uns nach dem Feiern alle wieder nach Hause bringen. [...] Beschäftigte in gewissen Industrien, die auch Niedriglohnjobs haben, die als erstes- das wissen alle – das sind die Menschen, die als erstes von der Klimakrise in Deutschland betroffen werden seien [...]. Und ich glaube, wenn man sich anguckt ‚aha, da stehen Menschen hinter der Gewerkschaft und das ist nicht nur dieser Apparat, der da oben ist‘, [...] dann weiß man, dass man auf einer Seite steht. (K., Z. 324)*

Ob der sozial-ökologische Wandel durch Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der IG BCE und *Fridays for Future* gelingen kann? Klaus Dörre zeigt sich zuversichtlich; mit Bezug auf den Umwelthistoriker Jason Moore argumentiert er: „Die Menschheit hat es selbst in der Hand, ihren eigenen Untergang herbeizuführen. Sie kann aber auch dafür sorgen, dass durch Änderung relativ weniger Parameter eine Entwicklung zum Wohle aller- Natur,

menschliche Lebewesen eingeschlossen, eingeleitet wird“ (ebd., Z. 210 ff.). Grundlage hierfür sei jedoch, Macht- und Herrschaftsstrukturen zu erkennen, die „den nötigen Wandel auf allen Ebenen hemmen“ (ebd., Z. 216). Diese Aufgabe stellt sich demnach den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die der Herausforderung sozial-ökologischer Transformation begegnen wollen, aber auch der gesamten Gesellschaft. Die beschriebene Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik muss sich in aktive Beteiligung am Prozess der Transformation übersetzen. Ihre Deutungsschemata der sozial-ökologischen Krisen und Strategien, wie sich die Gesellschaft entwickeln könnte, müssen handlungsleitend und politisierend sein.

Die in diesem Kapitel ausgeführten Ergebnisse der durchgeführten empirischen Sozialforschung mit Vertreter*innen der IG BCE, *Fridays for Future* und dem Soziologen Klaus Dörre werden ergänzend zur dargestellten Theorie (Kapitel 2 und 3) betrachtet. Im Folgenden sollen die gewonnenen Erkenntnisse mit der Theorie verknüpft werden, um hinsichtlich der Fragestellung Schlüsse für eine weitere Theoriebildung ziehen zu können.

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

6. Diskussion – Gegen-Hegemonie und sozial-ökologische Handlungsstrategien

Eine bessere Gesellschaft kommt nicht von selbst und nicht unabhängig davon, ob wir uns dafür einsetzen oder nicht. Es wird auf unserem Weg zu Problemen und Missverständnissen kommen – wie stets im historischen Kampf um Fortschritt –, doch mit einer breit angelegten Vorstellung unseres Ziels lässt sich der notwendige Wandel erreichen. (Wilkinson & Pickett, 2009, S. 304)

Wie sich in der Ergebnisdarstellung zeigte, deuten die Interviewpartner*innen die sozial-ökologische Transformation aus ihrer jeweiligen Perspektive und gewichten ihre Ziele von sozialer Gerechtigkeit beziehungsweise Klimaschutz unterschiedlich. Die politische Umsetzung ihrer spezifischen Zielsetzungen erachten sie als nicht hinreichend - die zivilgesellschaftliche Zustimmung gegenüber der Klima- und Sozialpolitik der Regierungsparteien ist gering. Und diese Entwicklung ist nicht neu; wie in den Kapiteln 2.1 und 2.2 dargestellt wurde, sind weder die Verschärfung sozialer Ungleichheit noch der Klimakrise neue Phänomene, denen staatliches Handeln begegnen muss. In Kapitel 3.1 wiederum, wurde anhand des Verständnisses des integralen Staats nach Gramsci gezeigt, dass die politische Gesellschaft ihre Herrschaft im staatlichen System unter anderem aufrechterhält, indem die Zivilgesellschaft mittels kultureller Hegemonie gesellschaftlichen Konsens herstellt und so hegemoniale Strukturen sichert (Demirović, 2007, S. 28; Schade, 2002, S. 15). Fehlt nun die zivilgesellschaftliche Zustimmung aufgrund gesellschaftlicher Konflikte, muss die Hegemonie „erneuert und feinjustiert“ und als strategische Fähigkeit der herrschenden Gruppen und Klassen begriffen werden; Politik muss ihre Interessen so durchsetzen, dass sie erneut von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen wird (Brand, 2020, S. 35). Gelingt dies nicht, kann Zivilgesellschaft Gegen-Hegemonie bewirken und Herrschaftsstrukturen und -systeme verändern (Schade, 2002, S. 15).

Zum Teil ist Gegen-Hegemonie im Zusammenhang der sozial-ökologischen Transformation bereits beobachtbar. Die in der vorliegenden Thesis betrachteten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen haben die Deutungshoheit der sozial-ökologischen Konflikte ergriffen und die Transformation der Gesellschaft eingeleitet. Ganz im Sinne der Auffassung „Transformation bedeutet Konflikt“ (Dörre, 2020, S. 286 f.) haben die Akteur*innen der Zivilgesellschaft eine gesellschaftliche Mobilisierung zugunsten der Themen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ermöglicht. *Fridays for Future* gelingt die Mobilisierung Millionen junger Menschen und ist klar als Bewegung ‚von unten‘ identifizierbar. Die Gewerkschaften hingegen widerrufen ihren Konsens mit staatlichem Handeln weniger lautstark, was möglicherweise in der engen grundgesetzlich verankerten Verknüpfung mit dem Staatsapparat begründet liegt (Art. 9 Abs. 2, GG; Herr J., Z. 42); dennoch zeigte sich sowohl bei Sichtung der zur Verfügung stehenden Fachliteratur als auch in den Interviews mit den zwei Gewerkschaftsvertretern, dass der

Konsens insbesondere im Hinblick auf die genuin gewerkschaftlichen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht gesichert ist (vgl. L., Z. 81 ff., 148, 265, 295 ff; Herr J., Z. 182).

Hieraus ergeben sich weitreichende Folgen und Ziele der betrachteten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Sowohl soziale Bewegungen als auch die Wissenschaft entwickeln bereits gegen-hegemoniale Handlungsstrategien, die sozial-ökologische Interessen aufgreifen und miteinander verknüpfen. Dazu zählen reformorientierte sowie gänzlich systemtransformierende Ansätze und Konzeptionen, welche in den folgenden Unterkapiteln vor dem Hintergrund der Interviews eingeordnet werden sollen. Abschließend soll das Potential der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen *Fridays for Future* und IG BCE zur gemeinsamen, kooperativen und solidarischen Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation diskutiert werden.

6.1 Just Transition

Der Ansatz der *Just Transition*, des ‚gerechten Übergangs‘, formuliert Grundprinzipien, die für einen sozial gerechten Transformationsprozesses Beachtung finden müssen. Gewerkschaften forderten eine solche *Just Transition* bereits frühzeitig ein, als sich abzeichnete, dass durch notwendige Klimaschutzmaßnahmen Arbeitnehmer*innen bestimmter Industriebranchen benachteiligt werden könnten. So wies die *International Labour Organization* (ILO) darauf hin, dass es angesichts der notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierung zur Verdrängung von Arbeitnehmenden beziehungsweise zu Arbeitsplatzverlusten kommen könne. Darüber hinaus befürchteten sie nachteilige Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise (ILO, 2015, S. 5). Diese Bedenken bestätigen sich in der Wahrnehmung des Gewerkschafters L., der im Interview betonte, dass es für die Beschäftigten der Kohle- und Bergbauindustrie wichtig sei, eine „Perspektive zu bekommen“ (L., Z. 81 ff.), insbesondere da er befürchtet, dass sich im Rahmen des Strukturwandels „nicht alle umorientieren können“ (L., Z. 148).

Die *Just Transition* vereint eine ambitionierte Klimapolitik mit dem Anspruch, diese sozial verträglich und fair zu gestalten:

*Ein gerechter Umbauprozess ist eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft, die die globalen Netto-Treibhausgasemissionen bis Mitte des 21. Jahrhunderts auf null reduziert. Er schützt und fördert wirtschaftliche Fairness, soziale Absicherung sowie Integration und Geschlechtergerechtigkeit. Er wird von den Bürger*innen mitgestaltet und getragen und ist ihnen gegenüber verantwortungsvoll. (Beuermann, et. al., 2020, S. 21)*

Die definitorischen Merkmale der Theorie sind demnach ein wesentlicher Teil des Gegenstands der vorliegenden Thesis, der sozial-ökologischen Transformation. Dabei kennzeichnen die *Just Transition* drei Begriffe:

a) Der Begriff der Nachhaltigkeit bezieht sich im Kontext der *Just Transition* auf das „Mensch-Umwelt-Verhältnis“ (Beuermann, et. al., 2020, S. 22) und orientiert sich damit nah am Begriff des *Sustainable Development*, der seit dem Brundtland-Bericht (WCED, 1987) für die globale Debatte über die Vereinbarkeit von sozial gerechtem Klimaschutz bei gleichzeitiger Wohlstandserhaltung war (vgl. Kapitel 2.1). Die implizite Maxime lautet: „Heutige und zukünftige Generationen haben das Recht auf eine intakte Umwelt und eine lebenswerte Erde. Die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Generationen darf nicht die Fähigkeit der zukünftigen Generationen beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“ (Beuermann, et. al., 2020, S. 22). Hiermit einhergehend umfasst Nachhaltigkeit die drei Dimensionen „wirtschaftlich effizient, sozial gerecht, ökologisch tragfähig“ (BMZ, 2022), die im Zusammenhang mit ambitionierten Klimazielen die Grundlage aller politischen Entscheidungen bilden sollten. Auf diesen „Dreiklang“ bezog sich auch der Gewerkschaftsvertreter Herr J. hinsichtlich der Frage der Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz (Herr J., Z. 132).

b) Das Prinzip der Fairness bezieht sich auf die gleiche Verteilung ökonomischer Kosten und Nutzen. Dabei werden Fragen des Ausgleichs zwischen dem Globalen Norden und Süden adressiert, wie sie unter anderem im Sinne einer Klimagerechtigkeit bei *Fridays for Future* sowie in den Theorien der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich, 2016) oder der „imperialen Lebensweise“ (Wissen & Brand, 2017) aufgeworfen werden (vgl. Kapitel 2.3 und 3.3.2). Doch sowohl im globalen als auch im lokalen, nationalstaatlichen Rahmen sollten Übergangsprozesse entlang des Gradienten von Reich zu Arm, Wohlhabend zu Bedürftig, fair gestaltet werden; dies setzt ein Verständnis der Auswirkungen insbesondere auf negativ betroffene Haushalte und Unternehmen voraus. Zudem bedarf es für eine gerechte Verteilung der Kosten und Nutzen während des Übergangs und darüber hinaus der „Verwirklichung von Menschenrechten, Gleichberechtigung der Geschlechter, soziale Eingliederung und [der] Beseitigung der Armut“ (Beuermann, et. al., 2020, S. 22).

c) Hinzu kommt der Begriff der Demokratie, mit welchem eine demokratische Beteiligung „gesellschaftlicher Stakeholder“ (ebd.) in Entscheidungsprozesse des gerechten Übergangs gefordert wird. Als gesellschaftliche Stakeholder gelten Gesellschaftsbürger*innen, die in der politischen Öffentlichkeit ihre Meinungen vertreten und so zu mündigen Staatsbürger*innen werden (vgl. hierzu das Konzept „Deliberativer Politik“ von Habermas, 1992, S. 435 ff.). Als solche haben sie das Recht zur Beteiligung an der Entscheidungsfindung, die sie betrifft (Beuermann, 2020, S. 22).

Hiermit bildet *Just Transition* einen zentralen Anknüpfungspunkt für die von der ILO benannten Herausforderungen angesichts des Strukturwandels der Industriebranchen. Für die

vorliegende Thesis ist das Konzept insofern relevant, als aufgezeigt wird, dass soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar sind. Die expliziten Forderungen legen einen Schwerpunkt auf die individuelle Perspektive der Arbeitnehmenden, die als Teil der sozial-ökologischen Transformation begriffen werden müssen.

Dazu zählen beispielsweise eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die durch Umschulungen oder andere Maßnahmen Arbeitsplätze sichert oder transformiert (Beuermann, et. al., 2020, S. 22). Die soziale Sicherheit muss gewährleistet sein, damit die (zivil-)gesellschaftliche Zustimmung für Klimaschutzmaßnahmen entstehen kann. Hierfür bedarf es eines ausreichenden Zugangs zu modernen Energiedienstleistungen. Das geht einher mit bezahlbaren Energiekosten sowie der demokratischen Beteiligung von Bürger*innen hinsichtlich der Energieversorgung. Die eigenständige Erzeugung regenerativer Energien sollte gefördert und gemeinwohlorientierte Systeme in Betracht gezogen werden (ebd.). Hinzu kommt die notwendige Förderung öffentlicher Verkehrsmittel und der fahrradgerechte Um- und Ausbau von Städten. Lasten und Nutzen sollten sowohl auf globaler staatlicher Ebene als auch innerstaatlich auf individueller Ebene gerecht verteilt werden. Einerseits müssen hierfür verursachte Umweltschäden sichtbar gemacht werden; Beuermann et. al. (2020) sprechen sich diesbezüglich dafür aus, dass langfristig „[Produkt]Preise die ökologische Wahrheit sagen müssen“ (ebd., S. 22). In Ergänzung dazu wurde unter anderem von Wilkinson & Pickett (2009) die Einführung individueller CO₂-Konten vorgeschlagen, die Bürger*innen ein jährliches Kontingent an zulässigen Emissionen zugesteht (ebd., S. 249).

Sollte die *Just Transition* diesen Prinzipien entsprechend gelingen, sind laut ILO (2015) positive Entwicklungen sowohl für Arbeitnehmende als auch für Unternehmen zu erwarten – sie nehmen einen Zuwachs der Gesamtbeschäftigung durch große Potenziale von Arbeitsplätzen an; die Arbeitsplatzqualität und die Einkommen würden sich grundsätzlich verbessern; dies würde positive Auswirkungen auf die soziale Eingliederung insbesondere von Frauen* sowie Bewohner*innen ländlicher Regionen haben (ebd., S. 5).

Die Forschung zur *Just Transition* steht noch am Anfang²³. Jedoch wird die Relevanz der Theorie für eine sozial-ökologische Transformation anhand der hier dargestellten Prinzipien, die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit mit einer ambitionierten Klimapolitik verbinden, als vielversprechend eingeschätzt.

²³ Als spannend erscheint diesbezüglich ein Forschungsprojekt der Hans-Böckler-Stiftung, welches in zwölf internationalen Fallstudien die Strategien von Gewerkschaften und anderen arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen untersucht, den Umbau zur ökologisch nachhaltigen Gesellschaftsformation sozial gerecht und inklusiv zu gestalten (Eversberg & Trappmann, 2021).

6.2 *Degrowth*/ Postwachstum

[...] Wenn man Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu Ende denkt [...], dann muss man glaube ich irgendwann [...] über unser Wirtschaftssystem nachdenken und genau das trifft auch, warum es keine soziale Gerechtigkeit gibt, weil sozusagen im Kapitalismus eigentlich Klimaschutz gar nicht möglich ist. Also wenn wir wirklich Klimagerechtigkeit erkämpfen wollen, dann brauchen wir halt einen Systemwandel, weil [...] auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen kann es halt kein endloses Wachstum geben. (K., Z. 370 ff.)

Während *Just Transition* reformorientierte Grundsätze für die sozial-ökologische Transformation formuliert, stellt *Degrowth* beziehungsweise Postwachstum eine Theorie des Systemwandels dar. Damit ist die Postwachstumsdebatte insofern radikaler, als dass sie im Gegensatz zu reformorientierten Ansätzen einen grundlegenden Wandel des Wirtschafts- und somit des kapitalistischen Gesellschaftssystems fordert. Hiermit ist sie sowohl für wachstumskritische soziale Bewegungen als auch Wissenschaftler*innen verschiedenster Disziplinen von Relevanz und erlangte insbesondere im letzten Jahrzehnt Popularität (Schmelzer, Eversberg & Schmidt, 2018, S. 3 f.). Auch wenn Ansätze wie beispielsweise *Degrowth*/Postwachstum noch keine Entsprechung im politischen Diskurs finden, sind idealistische Vorstellungen einer postkapitalistischen Zukunft jenseits des Strebens nach „Profitmaximierung“ (K., Z. 395) insbesondere durch die Aktivist*innen von *Fridays for Future* sowie Klaus Dörre geäußert worden (S., Z. 104 f.; Dörre, Z. 158 ff.). So lässt sich beispielsweise auch in der Parole „System Change not Climate Change“ von *Fridays for Future*-Aktivist*innen die implizite Wachstumskritik erkennen (FFF, 2021).

Der Begriffsursprung liegt in den Überlegungen zur *décroissance* von André Gorz (1978), der den kapitalistischen Imperativ des Wachstums als unvereinbar mit ökologischer Nachhaltigkeit und Klimaschutz betrachtete:

Selbst bei Null-Wachstum [wird] der fortgesetzte Verbrauch knapper Ressourcen unweigerlich zu ihrer völligen Erschöpfung führen. Es geht nicht darum, darauf zu verzichten, immer mehr zu konsumieren, sondern darum, immer weniger zu konsumieren – einen anderen Weg, die verfügbaren Reserven für künftige Generationen zu bewahren, gibt es nicht. Das ist ökologischer Realismus [...]. (Gorz, 1978, S. 13)²⁴

Die Grundannahme lautet, dass kapitalistische, neoliberalistische Gesellschaften schon strukturell wachstumsabhängig sind - und im Grunde Klima- und Naturschutz nicht mit dem globalen Kapitalismus, dem Streben nach ‚Mehr‘ und einer allgemeinen gesellschaftlichen „Beschleunigung“ (vgl. hierzu Rosa, S. 333 ff.), vereinbar ist. Dieser Auffassung war auch Klaus Dörre im Interview; letztendlich sei eine nachhaltige Gestaltung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht möglich (vgl. ebd., Z. 158 ff.).

²⁴ Ausgehend von Gorz Ausführungen bildete sich die französische *Décroissance*-Bewegung. Mit der ersten „International Degrowth Conference for Ecological Sustainability and Social Equity“ im Jahr 2008 wurde der Begriff ins Englische übersetzt und erlangte international Beachtung (Schmelzer, Eversberg & Schmidt, 2018, S. 3; degrowth, o. A., o. J.).

Hier bietet die Postwachstumstheorie Anknüpfungspunkte, indem sie Alternativen für gegenwärtig strukturell wachstumsabhängige Gesellschaften sucht. Sie fragt danach, wie materielle, soziale und mentale Infrastrukturen der Gesellschaften so verändert werden können, dass sie ohne weiter stetig steigenden Material- und Energiedurchsatz nicht nur überlebensfähig, sondern auch in der Lage sind, soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und ein ‚gutes Leben für alle‘²⁵ zu ermöglichen (Schmelzer, et. al., 2018, S. 4). Der Ansatz vereint eine Vielzahl an Konzepten, die Alternativen zu Wachstum, Kapitalismus und Industrialisierung suchen. Dabei ist „Degrowth [...] Diskurs, Prozess, Utopie, Strategie, Praxis, Lebensgefühl und Bewegung in einem“ (Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2017, S. 49).

Vorgeschlagen werden politische Rahmenbedingungen hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Wirtschaft, die teilweise auch in den Interviews benannt wurden. Dazu zählen beispielsweise eine drastische Arbeitszeitverkürzung, die gesellschaftliche Stärkung der *care*-Arbeiten, ein Grund- sowie ein Maximaleinkommen, der Ausbau sozialer Infrastrukturen und nicht-monetärer, *commons*-basierter Formen der Daseinsvorsorge sowie eine ökologische Steuerreform in Kombination mit radikaler Umverteilung von Vermögen und Einkommen (Schmelzer, et. al., 2018, S. 4). Auch die Vorschläge, Arbeitnehmende in den Unternehmen an Entscheidungen die Produktionsprozesse betreffend teilhaben zu lassen (K., Z. 336) sowie die kollektive Umgestaltung von leerstehendem Wohnraum (S., Z. 108 f.) können der Postwachstumsdebatte zugeordnet werden. Insgesamt betrachtet vereinen die *Degrowth*-Teilkonzepte die utopische Vorstellung des ‚guten Lebens für alle‘ (Konzeptwerk Neue Ökonomie, S. 50).

In der Vielfalt der Konzepte, die die *Degrowth*-Postwachstumsgesellschaft vereinen soll, lassen sich allerdings Schwächen der Perspektive erkennen: Zwar wird ein Systemwandel gefordert, das erstrebte System bleibt jedoch hinsichtlich der Macht- und Herrschaftsverhältnisse derart unkonkret, sodass die Debatte keine realistische Alternative darstellt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch rechte Bewegungen eine Abkehr von Wachstumszwängen fordern, ist die systematische Argumentation der Abkehr vom „Expansionszwang und Wachstumsdrang kapitalistischer Gesellschaften“ erforderlich (Dörre, 2021, S. 21). Insofern bedarf die Postwachstumsperspektive einer intensiven Debatte über den Staat „jenseits einer abstrakten Befürwortung oder Ablehnung staatlicher Politik“ (Brand, 2020, S. 55).

Darüber hinaus ergeben sich kritische Implikationen für den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit. Unter anderem der Ökonom Niko Paech vertritt den Standpunkt, dass sozialpolitische

²⁵ Auf die Vorstellungen eines ‚guten Lebens für alle‘ als Zielvorstellung sozial-ökologischer Transformation wurde bereits in Kapitel 2.2 hingewiesen.

Maßnahmen eine Ausbreitung des „ökologischen Vandalismus“ ermöglichen, indem „Elektronik, Flugreisen und viele andere Konsumgüter so unverschämt erschwinglich geworden sind“ und als solche eingestellt werden müssten (Paech, 2020, S. 198; ders., 2016, S. 11). Hierdurch werden positive Aspekte der Postwachstumsperspektive konterkariert – indem die soziale Perspektive zugunsten ökologischer Nachhaltigkeit gänzlich ausgeklammert wird, sind soziale Verwerfungen unvermeidlich.

Dennoch zeigt das Konzept *Degrowth/* Postwachstum wichtige Handlungsstrategien im Aushandlungsprozess der sozial-ökologischen Transformation auf. In der Gesamtheit mag die Postwachstumsgesellschaft als Utopie erscheinen und fraglich bleiben, ob die Theorie ein staatliches System aufzeigen kann. Elemente des Konzepts erweisen sich insbesondere für den Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit und der Frage, wie eine entsprechend nachhaltige Wirtschaftsweise aussehen könnte, als wegweisend.

6.3 Green New Deal

Einen Gegenpol zum Transformationsprogramm des *Degrowth/*Postwachstums stellt der *Green New Deal* dar. Indem der Ansatz nicht auf das Wachstumsnarrativ verzichtet, sondern dieses nachhaltig zu gestalten versucht, werden Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit mit Klimaschutz in einem politischen Projekt vereint. Dabei bezieht sich der Begriff auf den *New Deal*, welcher Reformen zur Wirtschaftsförderung bezeichnet, die während der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren von der US-Regierung erlassen wurden (Brinkley, 1989, S. 86 ff.)²⁶. Die Debatte um den grünen *New Deal* kam erstmals 2007 auf, als die *Green New Deal Group* in Großbritannien angesichts einer drohenden Finanz-, Klima- und Energiepreiskrise wirtschaftspolitische Maßnahmen vorschlug; dazu zählen etwa eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, massive öffentliche Investitionen insbesondere in erneuerbare Energien sowie die Schaffung von klimafreundlichen Jobs (Green New Deal Group, 2021). Im Kontext der Finanzkrise nach 2008 wurde der Ansatz von Staaten weltweit stärker berücksichtigt und diskutiert (Beuermann, et. al., 2020, S. 21). Der *Green New Deal* kann demnach als strategische Reaktion auf gegen-hegemoniale Bewegungen betrachtet werden, indem der Ansatz als Versuch gelten kann, staatliche Hegemonie durch Nachhaltigkeitsreformen zu erneuern und zu reproduzieren.

Unter dem Überbegriff *Green New Deal* verbergen sich jedoch verschiedene Konzepte von reformorientierten Programmen, die sehr unterschiedlich ambitioniert sind (Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2021). Zu Ansätzen für einen „linken Green New Deal“ zählt Brand

²⁶ Der *New Deal* verfolgte drei Ziele: Die wirtschaftliche Unterstützung Arbeitsloser, die Erholung der US-amerikanischen Wirtschaft und die wirtschaftliche Reform des Geschäfts- und Bankenwesens (Brinkley, 1989, S. 86 ff.).

(2020) unter anderem eine Resolution im US-Repräsentantenhaus der demokratischen Abgeordneten Alexandria Orcasio-Cortez im Jahr 2019, die sich mit dem Protest der *Sunrise*-Bewegung solidarisierte. In dieser wurde das Leitbild der „Umweltgerechtigkeit“ mittels öffentlicher Investitionsprogramme in erneuerbare Energien, Wohnraum, den Gesundheitssektor sowie die Produktion gesunder Nahrungsmittel proklamiert (Brand, 2020, S. 56). Diese Vorschläge präziserte der damalige US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders in einem Programm, welches 20 Millionen neue und gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze in klimafreundlichen Branchen vorsah. Dabei sollte Arbeiter*innen aus Betrieben, die durch den Strukturwandel wegfallen würden, Vorrang eingeräumt werden und bei Umschulung Lohnfortzahlungen geleistet werden. Die Finanzierung der öffentlichen Investitionen in Höhe von 16 Billionen US-Dollar sollten durch eine stärkere Besteuerung von Großunternehmen und der fossilen Industrie gewährleistet werden und die Erzeugung und der Vertrieb erneuerbarer Energien unter staatliche Aufsicht gestellt werden (ebd.; Friedman, 2019).

Im Jahr 2019 adaptierte auch die EU-Kommission den Ansatz und stellte mit dem *EU Green Deal* (EGD) ein Programm vor, das der Europäischen Union bis 2050 den Übergang zu einer „modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ ermöglichen soll (Europäische Kommission, 2021). Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierte das Programm mit dem Ziel, der „erste klimaneutrale Kontinent“ zu werden – hierfür sollen bis zum Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausgestoßen, das Wachstum von der „Ressourcennutzung abgekoppelt“ und „weder Mensch noch Region im Stich gelassen werden“ (ebd.). Damit setzt das Konzept stark auf den grundlegenden Umbau der wirtschaftlichen Infrastruktur, Lieferketten und Produktionstechniken. Insbesondere der EGD, doch auch sämtliche andere Ansätze des *Green New Deal* nehmen die Standpunkte des *Green Growth* beziehungsweise der *Green Economy*²⁷ ein und stellen in keiner Weise den kapitalistischen Wachstumsimperativ in Frage (Morgenthaler & Thiele, 2021, S. 54).

Doch ist die Entkopplung des (Wirtschafts-)Wachstums von der fossilen Ressourcennutzung tatsächlich möglich? Laut der Einschätzung Klaus Dörres ist die Vorstellung illusorisch, dass der kapitalistische Zwang zur Markterweiterung von den schädlichen sozialen und ökologischen Folgen abzukoppeln sei (Dörre, Z. 166 f.). So kritisiert auch Lessenich (2016) in der Tendenz, nachhaltiges Wachstum im Sinne eines „grünen Kapitalismus“ oder intelligenten

²⁷ Der Begriff des *Green Growth* wurde von den OECD-Staaten geprägt und bezeichnet die Förderung wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitiger Erhaltung natürlicher Ressourcen (OECD, 2019). Die *Green Economy* war das Thema des UN-Nachhaltigkeitsgipfels 2012 und bezeichnet eine Agenda mit verbindenden Handlungsoptionen für Ökonomie und Ökologie (BMBF, o. J.). Beide Begriffe stehen damit in der Tradition des *Sustainable Development*, welches in Kapitel 2.1 aufgeführt wurde – es erscheint fraglich, ob die Klimaziele zu erreichen sein werden, wenn die Logik weiteren Wirtschaftswachstums politische Handlungsstrategien bestimmt.

Wachstums zu fassen, ein strukturelles Dilemma, durch das „eine Welt der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit“ verunmöglicht werde (ebd., S. 113). In den Ansätzen des Green New Deal gehe es um eine „ökologische Modernisierung der Industriegesellschaften des globalen Nordens und sozial tendenziell um die Anliegen einer kosmopolitisch orientierten Mittelschicht“ (Brand, 2020, S. 58). Das kapitalistische Expansionsprinzip ist im Kontext der imperialen Lebensweise untrennbar mit „Ausbeutung“ (Dörre, Z. 168) verbunden. Deutlich zeigen sich Schwachstellen des Konzepts des *Green New Deals* zulasten einer Klimagerechtigkeit. Wie unter anderem die Mitarbeiter*innen der internationalen Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS, 2021) aufzeigen, setzt sich der *Green New Deal* unzureichend mit Auswirkungen auf den Globalen Süden auseinander. Anschaulich wird die Problematik am Beispiel vermeintlich grüner Arbeitsplätze: „Um Null-Emissionsziele im Globalen Norden zu erreichen und dafür massenweise Elektroautos zu produzieren, werden im Kongo die Kobalt-Ressourcen ausgebeutet und das Land zerstört“ (ebd.). Zugespitzt formuliert stellt der *Green New Deal* demnach ein eurozentristisches Konzept dar, das koloniale Praktiken der Ausbeutung des globalen Südens fortführt und somit (Klima-)Ungerechtigkeiten vorantreibt – „dieser Spruch von ‚Alle sind gleich‘, was bedeutet das denn dann?“ (K., Z. 174 f.).

Es zeigt sich, dass auch die Ansätze des *Green New Deal* sehr kritisch bewertet werden müssen. Da das Konzept jedoch „bereits bestehende gesellschaftliche Kräfteverhältnissen“ aufgreift (Brand, 2020, S. 58), bieten sich weiterreichende Ansatzpunkte für eine tatsächlich Gesellschaftsreform. Vor diesem Hintergrund muss die Debatte um den *Green New Deal* um globale, dekoloniale, feministische, demokratische und letztendlich transformative Perspektiven ergänzt werden (RLS, 2021) – sodann könnte der Ansatz auf staatlicher Ebene zu einem sozial-ökologischen Wandel beitragen.

6.4 Transformation durch die Zivilgesellschaft

In den vorhergehenden Unterkapiteln wurden reformorientierte und systemtransformierende Konzeptionen aufgeführt, die von Bewegungen in die öffentliche Debatte getragen und teils von gesellschaftspolitischen Akteur*innen aufgegriffen werden. In diesem Unterkapitel soll dargelegt werden, dass die Akteur*innen *Fridays for Future* und IG BCE einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen, sozial-ökologischen Diskurs leisten, indem sie gesellschaftliche Transformation aus unterschiedlichen Perspektiven konzeptualisieren.

Aus der Unzufriedenheit der Zivilgesellschaft mit der politischen Umsetzung von sozial-ökologischen Interessen (siehe Kapitel 5.1) leitet sich für die vorliegende Arbeit auf Grundlage der gewählten Theoriezugänge sowie der Erkenntnisse aus den Interviews die Schlussfolgerung ab, dass den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eine besondere Rolle bei der Ausgestaltung

der sozial-ökologischen Transformation zukommt. Zwar äußerte sich in den Interviews mit den befragten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von *Fridays for Future* eine resignierende Haltung hinsichtlich der Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen: „Ich glaube, in drei Jahren wird sich nicht die komplette Welt verändern“ (K., Z. 159). Klaus Dörre ist aus Sicht der soziologischen Forschung heraus zuversichtlicher: „[...] ich setze darauf, dass der Wandel gelingt. Auch wenn die Zeitfenster schrumpfen.“ (Dörre, Z. 236 f.). Dieser eher positivistische Blick auf den bevorstehenden gesellschaftlichen Wandel scheint bei Betrachtung der sozialen, ökologischen und ökonomischen beziehungsweise technologischen Aufgaben begründet, die die befragten Akteur*innen konstruktiv formulierten (siehe Kapitel 5.2).

Die jeweiligen Ziele der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen unterscheiden sich in der Schwerpunktsetzung. Progressive, gegen-hegemoniale Ansätze sind bei FFF deutlicher ausgeprägt, wie sich unter anderem in der Befürwortung des zivilen Ungehorsams als legitime Form des Protestaktes der Klimabewegung zeigt (S., Z. 49; K., Z. 64). Hingegen traten die Vertreter der IG BCE zurückhaltender bei der Formulierung ökologischer politischer Aufgaben auf. In den Interviews mit den Gewerkschaftern äußerten sie, dass ihr Verständnis von Gewerkschaftsaufgaben weniger auf Klimaschutz als prioritär auf soziale Themen abzielt (Herr J., Z. 147 f.) - vielmehr fügen sie sich tendenziell klimapolitischen Vorgaben und versuchen auf praktischer Ebene Lösungen und Handlungsstrategien zu antizipieren: „Klimaschutz heißt für mich ganz konkret, dass wir diesen Wandel machen, dass wir unseren Anteil dazu leisten, wie wir es auch in den vergangenen Jahrzehnten immer getan haben“ (L., Z. 194 f.). Dies begründet mitunter Vorurteile gegenüber Gewerkschaften, die teilweise von Akteur*innen der Klimabewegung als „zäh“ (K., Z. 318) wahrgenommen werden. Dennoch ist die Einbindung von Gewerkschaften und die Teilhabe von Arbeitnehmenden an der sozial-ökologischen Transformation von großer Wichtigkeit, wie Stefania Barca (2012) in Überlegungen zum *working-class environmentalism* festhielt: „As a primary agent of energy and matter transformation through the labor process, workers - broadly defined as those performing physical labor, including non-paid housekeeping and life-supporting work - are the primary interface between society and nature“ (ebd., S. 75). Vor diesem Hintergrund stehen Gewerkschaften und Arbeiter*innen im Prozess der sozial-ökologischen Transformation zweitrangig für Klima- und Umweltschutzinteressen ein; doch insbesondere für die Verbindung von sozialen Interessen und der Implementation von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen im (Arbeits-)Alltag übernehmen sie Schlüsselrollen (Wissen & Brand, 2019, S. 45). Für die Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit und ambitioniertem Klimaschutz erweist sich somit die synthetische Verbindung von IG BCE und *Fridays for Future*, Fragen von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit, als vielversprechend für den Diskurs um die Gestaltung der sozial-

ökologischen Transformation. Durch die Synthese kann eine gegen-hegemoniale Bewegung entstehen, die soziale Gerechtigkeit und ambitionierten Klimaschutz miteinander vereinbart. Reformorientierte bis radikale Ansätze wie *Just Transition*, *Degrowth/Postwachstum* und der *Green New Deal* können Elemente der Ausgestaltung bereithalten.

Bedingung hierfür ist eine Solidarisierung der Bewegungen. Ein solches Bündnis wäre sicherlich konfliktbeladen; dies begründet sich mitunter in der unterschiedlichen Organisationsstruktur der IG BCE als sozialer Bewegung und *Fridays for Future* als neuer sozialer Bewegung (vgl. Kapitel 3.2); und auch im Hinblick auf die soziodemografischen Daten der Befragten sowie der Zusammensetzung der Bewegungen²⁸ ergeben sich milieuspezifische Interessen (vgl. die Kapital-Theorie Bourdieus in Kapitel 2.2). Doch die Aushandlung verschiedener Interessen verläuft naturgemäß über Auseinandersetzungen und die Suche nach Kompromissen. So schlägt Dörre (2021) weiter vor, „transformative Rechtsverhältnisse, die Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang geben; kollektives Selbsteigentum an und in großen Unternehmen; kooperative Marktwirtschaft mit kleineren Unternehmen; [...] Wirtschaftsdemokratie; Produktionsweisen mit langlebigen Gütern; ein neues Verhältnis von Markt und Plan sowie Nachhaltigkeits- und Transformationsräte als Innovationen im politischen System“ als Fundament künftiger sozial-ökologischer Gesellschaften zu betrachten (ebd., S. 92). Dieser Vorschlag ist radikal-reformistisch und die Umsetzung müsste in Aushandlungsprozessen überprüft werden. Dass es hierfür einer Bereitschaft für Auseinandersetzungen bedarf, die produktiv ausgetragen werden, ist der Aktivistin K. bewusst (K., Z. 343 ff.); doch sind ebenjene konfliktären Aushandlungsprozesse der sozial-ökologischen Transformation in Form von hegemonialen Kämpfen Anzeichen einer funktionierenden Demokratie im Sinne jenes idealen Staatsbildes, welches Gramsci in seinen Gefängnisheften darstellte (vgl. Kapitel 3.1). Wie der Gewerkschaftsvertreter Herr J. festhielt, entstehe nur so „ein zivilgesellschaftlicher Konsens“, der „viele Menschen“ umfasse (Herr J., Z. 23 ff.).

Einem Bündnis zwischen IG BCE und FFF geht eine Dialogbereitschaft voraus, die seitens der Interviewpartner*innen deutlich signalisiert wurde (vgl. Kapitel 5.3). Sowohl die befragten Gewerkschaftsvertreter befürworten einen ökologischen Strukturwandel der Industrie, sofern er sozial gerecht verläuft (vgl. Herr J., Z. 269, Z. 175; L., Z. 237), als auch die Aktivist*innen von FFF sehen „gemeinschaftliche Solidarität“ (K., Z. 357) als maßgeblich für „eine

²⁸ FFF ist der Studie von Sommer et. al. (2020) zufolge außergewöhnlich jung, größtenteils weiblich, in Deutschland geboren und weist einen hohen Anteil von Akademiker*innenkinder auf (ebd., S. 30). Die Zusammensetzung der Mitglieder*innen der Gewerkschaften in Deutschland ist deutlich männlich geprägt (DGB, 2022) und rund 36 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland sind der Altersgruppe 41-65 Jahre zuzuordnen – hingegen gehören nur 9,8 Prozent der 16-30jährigen Arbeitnehmenden einer Gewerkschaft an (IWF, 2017, S. 1).

solidarische und gerechte Welt“ (S., Z. 95) an. Wenn die Gewerkschaft IG BCE und *Fridays for Future* miteinander in Dialog treten, „auf einer Seite stehen“ (K., Z. 324), „über eine andere Zukunft [nachdenken]“ und Visionen teilen, „wie es anders aussehen kann“ (K., Z. 357), müssen Lebens- und Produktionsweisen sowie Wertesysteme hinterfragt werden – doch in den Deutungsmustern der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von sozial-ökologischen Problemlagen liegen die Handlungs- und gegebenenfalls Lösungsstrategien für die sozial-ökologische Transformation.

Aus diesen Gründen sollte die Auseinandersetzung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen nicht gescheut werden. Wie Wissen (2016) feststellte, besteht gerade in Bündniskonstellationen zwischen Gewerkschaften und sozial-ökologischen Bewegungen ein großes Potenzial, Lösungsbeiträge für die sozial-ökologische Krise zu entwickeln (ebd., S. 62 f.). Insofern kommen der IG BCE und *Fridays for Future* eine politische Verantwortung zu, ihre Deutungsschemata der sozialen und ökologischen Problemlagen im Bündnis miteinander auszuformulieren und sozial-ökologische Handlungsstrategien zu entwerfen. Das erscheint nicht leicht, die ideologischen Differenzen zwischen den Bewegungen, in Bezug auf soziale und ökologische Aufgaben, scheinen schwer zu überwinden. Dennoch könnten sie sich gegenseitig stärken und eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung und Politisierung zugunsten der Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz ermöglichen. Einem solchem Bündnis wäre es möglich, überzeugende systemische Alternativen zu entwerfen, diese „in Wirtschaft und Gesellschaft [zu] verankern und politisch abzusichern“ (Brand, 2020, S. 54). Auch die Bewegungsforschung hat in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen verschiedenen (neuen) sozialen Bewegungen und gewerkschaftlicher Interessensvertretung fokussiert. Sie betrachtet Kooperationen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften als „wichtiges Heilmittel gegen die Auswüchse neoliberaler Globalisierung und deren wirtschaftliche und politische Krisendynamiken ebenso wie als einen Garanten gesellschaftlicher Solidarität und Zusammenhalts“ (Zajak & Rehder, 2018, S. 143).

Es gibt kein Skript, wie die sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Vielmehr ist für ihren Verlauf maßgeblich, welche Akteur*innen sich an der Gestaltung beteiligen. Da sowohl sozial- als auch klimapolitische Fragen eng mit gesellschaftspolitischer Macht und ungleich verteilten Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zusammenhängen, müssen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen mittels „strategischer Fähigkeiten in die Lage versetzen, Machtquellen zu erschließen, um kollektive Ziele durchzusetzen“ (Dörre, 2020, S. 291). Hierfür könnte es wichtig sein, nicht nur innerhalb der Zivilgesellschaft Bündnisse zu schließen, sondern auch innerhalb staatlicher Institutionen Bündnispartner*innen zu finden (Brand, 2020, S. 51). Wenn sich die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kooperationsbereit den

Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation stellen, scheinen soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in einem erstrebenswerten Gesellschaftsmodell miteinander vereinbar.

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

7. Fazit

Nutzen wir diesen Augenblick der vielfachen Krisen und diese enorme gesellschaftliche Herausforderung also als Chance, um die Kräfte existierender Projekte, Politikvorschläge und Akteure – ob radikal oder reformorientiert – zu bündeln und gemeinsam für ein gutes Leben für alle einzutreten. (I. L. A.-Kollektiv, 2017, S. 94).

Diese Masterarbeit untersuchte mit Hinblick auf die Fragestellung, wie soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander zu vereinbaren sind, die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation aus zivilgesellschaftlicher Perspektive der IG BCE und *Fridays for Future*. Die Forderung nach einer gesellschaftlichen Transformation, die einen umfänglichen Strukturwandel mit einer ambitionierten demokratischen Klimapolitik verbindet und darüber hinaus fair und sozial-nachhaltig ausgestaltet wird, ist aktueller denn je. Dass diese möglichst zeitnah angestoßen werden sollte, zeigt die problematische Abhängigkeit von russischem Gas im Kontext des Angriffskriegs in der Ukraine auf dramatische Weise auf. Für Transformation braucht es Veränderungswillen: „Die Politik sollte den Mut aufbringen, Bürgerinnen und Bürgern diese Veränderung zuzumuten. Nur so kann der notwendige Wandel gelingen.“ (Fratzcher [Zeit online], 2022). Jedoch muss ein solcher Wandel sowohl von Politik als auch Bürger*innen zugelassen werden und auf diversen Ebenen der Gesellschaft ausgehandelt werden.

Zusammenfassend sollen auf Grundlage der zusammengetragenen Theoriezugänge und der empirischen Ergebnisse die wesentlichen Erkenntnisse und ein weiterer Forschungsausblick festgehalten werden. Es muss jedoch auf die mangelnde Repräsentativität der qualitativen Forschungsergebnisse hingewiesen werden, da Anzahl und Zusammensetzung der Befragten lediglich Stichproben abbilden und die Heterogenität sowohl der Klimabewegung als auch der Gewerkschaften in Deutschland nicht umfassen kann. Dennoch wurden für die Fragestellung und die Zielsetzung dieser Masterarbeit relevante Erkenntnisse gewonnen, die es durch weiterführende Forschung zu überprüfen gilt:

Die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in diversen Konferenzen, Berichten und Klimaschutzabkommen formuliert wurden, können als unzureichend bewertet werden. Selbst die Einschätzung des UN-Generalsekretärs António Guterres im März 2022 ist alarmierend: “The climate crisis has passed the point of no return - even though we had plenty of warning and could have acted earlier.” (UN, 2022). Trotz aller politischen Bestrebungen, Entwicklung und Wachstum nachhaltig zu gestalten und den Energiesektor umzugestalten, bedrohen die voranschreitenden klimatischen Veränderungen die Lebensgrundlagen von Menschen weltweit. Die imperiale Lebensweise industrialisierter Gesellschaft lässt sowohl eine Klimagerechtigkeit im globalen

Kontext als auch die Berücksichtigung von Fragen sozialer Gerechtigkeit im nationalstaatlichen Rahmen unmöglich erscheinen.

Zudem werden auch soziale Interessen von politischer Seite nicht hinreichend berücksichtigt. Angesichts der zunehmenden globalen sozialen Ungleichheit finden die Lebenswelten der Bürger*innen in der Regierungspolitik lediglich eine untergeordnete Rolle gegenüber wirtschaftlichen Interessen. Während sich Einkommens- und Vermögensunterschiede strukturell verfestigen, werden der „Schutz der Menschenrechte und des Planeten“ (Oxfam, 2022, S. 7) nicht als politische Aufgaben begriffen und machen es zugleich unwahrscheinlicher, dass ökologische Probleme entschärft werden können (Brocchi, 2019, S. 52). Dies erklärt, warum die sozial-ökologische Transformation auf politischer Ebene nicht gelingt, obwohl sich selbst die Industrien und Unternehmen bereits auf Reformen vorbereiten – die Vereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz ist ein hochpolitisches Thema, wird jedoch durch bestehende Macht- und Herrschaftsstrukturen blockiert. In Verknüpfung der Staatstheorie Gramscis, samt der Stabilisationsmechanismen von kultureller Hegemonie durch zivilgesellschaftlichen Konsens, mit den Ergebnissen der Interviews mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und dem Soziologen Klaus Dörre, die ihre Unzufriedenheit in Bezug auf soziale und ökologische Ziele vermittelten, ergibt sich eine wesentliche Erkenntnis: Der zivilgesellschaftliche Konsens zur Hegemonie der herrschenden Gruppe beziehungsweise des Staats, der im Sinne Gramscis herrschaftsstabilisierend wirkt, ist aufgrund der mangelnden Berücksichtigung sozialer und ökologischer Interessen in den letzten Jahrzehnten instabil geworden. Die Zivilgesellschaft formuliert zusehends ihren Unmut hinsichtlich des politischen Umgangs mit der sozial-ökologischen Transformation und benennt ihre Ziele in der Öffentlichkeit, wie beispielsweise *Fridays for Future* oder die IG BCE, teils als klare Opposition zum politischen System, teils moderat und reformorientiert.

Dies führt vordergründig zur Beantwortung der Fragestellung: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind vereinbar, sofern sich die Zivilgesellschaft an den vielfältigen Prozessen und Konflikten der sozial-ökologischen Transformation beteiligt. Für den erfolgreichen Verlauf der Transformation sind jedoch konkrete Faktoren der Ausgestaltung des Wandels maßgeblich.

Da bereits der Begriff Transformation einen Prozess beschreibt, der durch die Aushandlung von Konflikten zu Gesellschaftsmodell im Sinne eines besseren Lebens für alle führt, ist der zivilgesellschaftliche Diskurs um Konsens als „demokratiepolitische Option“ (Wissen, 2016, S. 56) vorausgesetzt. Das heißt, dass gegensätzliche Meinungen und Standpunkte notwendigerweise in einem Kompromiss zusammengeführt werden müssen - Strategien und Visionen der sozial-ökologischen Transformation liegen in besonderer Weise in der Verantwortung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie der IG BCE und *Fridays*

for Future. Noch darüber hinaus sollten unterschiedliche Akteur*innen mit verschiedensten Interessen, Schwerpunkten, Strategien und Ansatzpunkten an der Aushandlung beteiligt werden. Gemeinsamkeiten der separierten Auseinandersetzungen um weitreichende Ziele können verknüpft werden und in Bündnissen für eine sozial-ökologische Lebensweise münden; durch die Verknüpfung von gewerkschaftlichen Forderungen mit denen der Klimabewegung kann es gelingen, Klimaschutzmaßnahmen den Weg zu ebnen und das soziale Ungleichgewicht zurückzudrängen (I. L. A.-Kollektiv, 2019, S. 100; Brand & Wissen, 2019, S. 46). Durch eine solche Solidarisierung kann der Druck auf bestehende Macht- und Herrschaftsstrukturen erhöht und schließlich Veränderung von Sozial-, Klima-, aber auch Wirtschaftspolitik sowie herrschender gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse selbst bewirkt werden.

Die sozial-ökologische Transformation ist alternativlos; angesichts des fortschreitenden Klimawandels und dem zunehmenden sozialen Ungleichgewicht würde jegliches konservierende politische Handeln die Krisen verschärfen. Die sozial-ökologische Transformation muss umfassend, emanzipatorisch und progressiv sein und sämtliche Bereiche des Staats im Sinne der zivilen und politischen Gesellschaft und der Wirtschaft miteinbeziehen. Schrittweise wird sich so die bürgerliche Gesellschaft und das individuelle Verhalten und die Lebensweisen der Bürger*innen verändern. Am Ende eines solchen Prozesses wird eine sozial-ökologische Gesellschaftsformation stehen, die durch eine reformierte Wirtschaftsweise ein solidarisches und gutes Leben für alle versprechen kann. Zur konkreten Ausgestaltung wird weitere Forschung nötig sein und es werden Auseinandersetzungen innerhalb sowie zwischen (Neuen) Sozialen Bewegungen ausgetragen werden müssen. Ebendiese werden letztlich konstitutives Element der sozial-ökologischen Transformation sein; und es braucht mutige politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die scheinbare Konflikte zwischen sozialen und ökologischen Zielen produktiv auflösen. Um mit den Worten Wilkinson & Picketts (2009) zu schließen: „An unserer Generation wird es liegen, einen historischen Wandel anzustoßen, wie ihn die Geschichte bisher nicht kannte“ (ebd., S. 304).

Literaturverzeichnis

- Acosta, A. (2015). *Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom.
- Bedall, P. (2014). *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*. Bielefeld: transcript.
- Beerhorst, J. (2015). Kritik der Intermediaritätsthese. *Industrielle Beziehungen* (12/2), S. 178-188.
- Beuermann, C. (2013). *Die Entdeckung des menschlichen Einflusses auf das Klima*. Zugriff am 17.12.2021. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38444/entdeckung-des-menschlichen-einflusses>
- Beuermann, C., Wang-Helmreich, H. & Obergassel, W. (2020). *Rundum nachhaltig. Synergien und Zielkonflikte von Klimazielen und den SDGs*. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wuppertal Institut. Zugriff am 30.04.2022. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/17210.pdf>
- Bourdieu, P. (1985). *Sozialer Raum und Klassen* (1. Auflage). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2021 [1987]). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (28. Auflage). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Brand, U. & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Brand, U. (2020). *Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie: Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Mit einem Beitrag zur Corona-Krise*. Hamburg: VSA.
- Brinkley, A. (1989). The New Deal and the Idea of the State. Fraser, S. & Gerstle, G. (Hrsg.). *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980* (S. 85-121). Princeton: Princeton University Press.
- Brocchi, D. (2019). *Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit. Warum es keine Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit geben kann*. Wiesbaden: Springer.
- Buckel, S. & Fischer-Lescano, A. (Hrsg.). *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos.
- Bundesagentur für Arbeit (2021). *Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berg- und Tagebau in Deutschland von 2012 bis 2020*. Zugriff am 18.03.2021. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.ezp.hs-duesseldorf.de/statistik/daten/studie/242887/umfrage/anzahl-der-beschaeftigten-bergleute-in-deutschland/>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021). *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (o. J.). Green Economy. Gesellschaftlicher Wandel. Zugriff am 08.06.2022. Verfügbar unter: https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/energiewende-und-nachhaltiges-wirtschaften/green-economy/green-economy_node.html
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2022). *Übereinkommen von Paris von 2015*. Zugriff am 16.01.2022. Verfügbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, o. A. (2022). *Nachhaltigkeit (nachhaltige Entwicklung)*. Zugriff am 16.02.2022. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon#lexikon=14700>
- Butterwegge, C. & Butterwegge, C. (2021). Polarisierungsprozesse in der „Generation Corona“. Wie die Pandemie soziale Ungleichheit verstärkt. *Gesundheits- und Sozialpolitik* 75. JG. (4-5/2021), S. 99-106.
- Celikates, R. & Gosepath, S. (2013). *Grundkurs Philosophie*. Band 6, Politische Philosophie. Ditzingen: Reclam.
- Deutsches Klimarechenzentrum (2021). *So könnte sich das Klima aufheizen*. Zugriff am 18.12.2021. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.ezp.hs-duesseldorf.de/infografik/26127/abweichung-der-globalen-mitteltemperatur-gegenueber-vorindustrieller-zeit-und-prognosemodelle-bis-2100/>
- Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, o. A. (2022). *Der IPCC*. Zugriff am 06.05.2022. Verfügbar unter: <https://www.de-ipcc.de/119.php>
- Degrowth, o. A. (o. J.). *What is degrowth?* Zugriff am 06.06.2022. Verfügbar unter: <https://degrowth.info/en/degrowth>
- Demirović, A. (2000). Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie. *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* (185), S. 41-56.
- Demirović, A. (2007). Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In Buckel, S. & Fischer-Lescano, A. (Hrsg.). *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos.
- Demirović, A., Dück, J., Becker, F. & Bader P. (2011). *VielfachKrise – Im finanzmarktorientierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Destatis, WZB & BiB (2021). *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. In Zusammenarbeit mit SOEP am DIW Berlin. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- DGB, o. A. (o. J.). *Über uns*. Zugriff am 18.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.dgb.de/uber-uns>
- DGB, o. A. (2022). *Anteil der weiblichen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) von 2010 bis 2021*. Zugriff am 10.06.2022. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.ezp.hs-duesseldorf.de/statistik/daten/studie/618841/umfrage/frauenanteil-im-dgb/>

- Döninghaus, L. M., Gaber, K., Gerber, R., Laur, J., Redmer, H., Schlott, A.-K. & Wollschläger, A. (2020). Kollektive Identität und kollektives Handeln. Wie werden Entscheidungen in Fridays for Future-Ortsgruppen getroffen? In Sommer, M. & Haunss, S. (Hrsg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 147-162). Bielefeld: transcript.
- Dörre, K. (2009). Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, K., Lessenich, S. & Rosa, H. (Hrsg.). *Soziologie – Kapitalismus – Kritik: Eine Debatte* (S. 21-86). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dörre, K. (2011). Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In Haipeter, T. & Dörre, K. (Hrsg.). *Gewerkschaftliche Modernisierung* (S. 267-302). Wiesbaden: VS/ Springer.
- Dörre, K. (2020). Machtressourcen und Transformationskonflikte. In Dörre, K., Holzschuh, M., Köster, J. & Sittel, J. (Hrsg.). *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Dörre, K. (2021). *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Europäische Kommission (2021). *Europäischer Grüner Deal*. Zugriff. Am 08.06.2022. Verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de
- Eurostat (2022). *Gini coefficient of equivalised disposable income - EU-SILC survey*. Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: <https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>
- Eversberg, D. & Trappmann, V. (2021). *Just Transition. Aktivitäten im internationalen Vergleich* (Forschungsprojekt). Zugriff am 05.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.boeckler.de/de/suchergebnis-forschungsfoerderungsjahre-detailseite-2732.htm?projekt=2021-582-2#>
- Flick, U. (1995). Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. In Flick, U., Kardorff v., E., Keupp, H., Rosenstiel v., L., & Wolff, S. (Hrsg.). *Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, 2. Aufl. (S. 148-176). Weinheim: Beltz.
- Fratzcher, M. (2022, 10. Juni). Wir denken Wirtschaft viel zu engstirnig. *Zeit online*. Zugriff am 10.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-05/sozial-oekologische-transformation-konsumverhalten-energieembargo-klimawandel>
- Fridays for Future Wuppertal, o. A. (2021). *Klimazeugnis Bündnis 90/ Die Grünen*. Zugriff am 04.03.2022. Verfügbar unter https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2021/07/KLIMAZEUGNIS-Buendnis-90_Die-Gruenen.pdf.
- Fridays for Future Deutschland, o. A. (2022). *Engagement in Ortsgruppen*. Zugriff am 04.03.2022. Verfügbar unter <https://fridaysforfuture.de/regionalgruppen/>
- Fridays for Future rufen zu weltweiten Protesten für Klimaschutz auf (2021, 24. September). *Süddeutsche Zeitung*. Zugriff am 25.02.2022. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/fridays-for-future-klimastreik-1.5419990>

- Friedman, L. (2019, 22. August). Bernie Sanders's 'Green New Deal': A \$16 Trillion Climate Plan. *New York Times*. Zugriff am 08.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2019/08/22/climate/bernie-sanders-climate-change.html>
- Friedrich Ebert Stiftung (o. J.). *Frauenbewegung*. Zugriff am 16.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/hfz/arbeiterbewegung/themen/frauenbewegung>
- Fuß, S. & Karbach, U. (2019). *Grundlagen der Transkription. Eine praktische Einführung* (2. überarb. Aufl.). Opladen/ Toronto: Barbara Budrich.
- Glaser, B. & Strauss, A. (1967). *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. Chicago: Aldine.
- Goebel, J. & Krause, P. (2021). Einkommensentwicklung – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik. In Destatis, WZB, SOEP, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung & Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 229-244). Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf;jsessionid=5C980F34479219354628D17071901946.live731?__blob=publicationFile
- Gorz, A. (1978). *Ökologie und Politik*. Hamburg: Rowohlt.
- Grabka, M & Halbmeier, C. (2021). Private Vermögen – Höhe, Entwicklung und Verteilung. In Destatis, WZB, SOEP, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung & Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 245-258). Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf;jsessionid=5C980F34479219354628D17071901946.live731?__blob=publicationFile
- Gramsci, A. (2019). Gefängnishefte. In: Bochmann, K. & Haug, W. (Hrsg.). *Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden* (2. Aufl.). Hamburg/Berlin: Argument.
- Green New Deal Group (2021). *Our core principles*. Zugriff am 08.06.2022. Verfügbar unter: <https://greennewdealgroup.org/principles/>
- Habermas, J. (1983). Ziviler Ungehorsam. Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In Glotz, P. (Hrsg.). *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat* (S. 29-53). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Haipeter, T. (2011). Einleitung: Interessenvertretungen, Krise und Modernisierung - über alte und neue Leitbilder. In Haipeter, T. & Dörre, K. (Hrsg.). *Gewerkschaftliche Modernisierung* (S. 7-30). Wiesbaden: VS/ Springer.
- Hans-Böckler-Stiftung, o. A. (2022). *Forschungsverbünde sozial-ökologische Transformation*. Zugriff am 13.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.boeckler.de/de/sozial-oekologische-transformation-39494.htm>

- Haunss, S (2001). Was in aller Welt ist „kollektive Identität“? Bemerkungen und Vorschläge zu Identität und kollektivem Handeln. *Gewerkschaftliche Monatshefte* (05/2001), S. 256–267.
- Haunss, S., Sommer, M. & Fritz, L. (2020). Fridays for Future. Konturen einer Protestbewegung. In Haunss, S. & Sommer, M. (Hrsg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 7-14). Bielefeld: transcript.
- Heiser, P. (2018). *Meilensteine der qualitativen Sozialforschung. Eine Einführung entlang klassischer Studien*. Wiesbaden: Springer.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen* (3. Auflage). Berlin: Suhrkamp.
- Helfferrich, C. (2009). Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interview (3., überarb. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Herlyn, E. (2020). Die Agenda 2030 als systemische Herausforderung – Zielkonflikte und weitere Umsetzungsherausforderungen. In Herlyn, E. & Lévy-Tödter, M. (Hrsg.). *Die Agenda 2030 als Magisches Vieleck der Nachhaltigkeit. Systemische Perspektive*. Wiesbaden: Springer.
- Holland, J. (2019). *Gewerkschaftliche Geschlechterpolitik: Ein deutsch-französischer Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Hopf, C. (1995). Qualitative Interviews in der Sozialforschung. Ein Überblick. In Flick, U./ Kardorff v., E./ Keupp, H./ Rosenstiel v., L./ Wolff, S. (Hrsg.). *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, 2. Auflage (S. 177-181). Weinheim: Beltz.
- Hradil, S. (2016). Soziale Ungleichheit, soziale Schichtung und Mobilität. Korte, H. & Schäfers, B. (Hrsg.). *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie* (9. Auflage, S. 247-275). Wiesbaden: Springer.
- International Energy Agency (2021). *Coal 2021. Analysis and Forecast 2024*. Zugriff am 18.12.2021. Verfügbar unter: <https://iea.blob.core.windows.net/assets/fl1d724d4-a753-4336-9f6e-64679fa23bbf/Coal2021.pdf>
- International Labour Organization (2015). *Guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies for all*. Zugriff am 05.06.2022. Verfügbar unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_emp/@emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf
- IG BCE, o. A. (2019). *Die Leistungen der IG BCE. Für Mitglieder*. Zugriff am 18.03.2022. Verfügbar unter: <https://igbce.de/resource/blob/3044/aaf0e665f03d3fef38b29679c5ca2c47/a3-g20-leistungen-data.pdf>
- IG BCE, o. A. (2021). *Woher wir kommen*. Zugriff am 18.03.2022. Verfügbar unter: <https://igbce.de/igbce/ueber-uns/geschichte>

- IG BCE, o. A. (2021): *Bergbau. Heimat der Kumpelkultur*. Zugriff am 18.03.2022. Verfügbar unter: <https://igbce.de/igbce/ueber-uns/branchen/heimat-der-kumpelkultur-28470>
- IG BCE, o. A. (2021). *Über uns*. Zugriff am 24.03.2022. Verfügbar unter: <https://igbce.de/igbce/ueber-uns>
- I. L. A.-Kollektiv (2017). *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. München: oekom.
- I. L. A.-Kollektiv (2019). *Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise*. München: oekom.
- IUBH Internationale Hochschule, o. A. (2020). *Einstellungen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit*. Zugriff am 02.06.2022. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.ezp.hs-duesseldorf.de/statistik/daten/studie/1154612/umfrage/umfrage-zum-persoentlichen-verhalten-beim-thema-nachhaltigkeit-in-deutschland/>
- IWF Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2017). Gewerkschaften. Die demografische Zeitbombe tickt. *Gewerkschaftsspiegel*, Nr. 3/2017. Zugriff am 10.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/hagen-lesch-die-demografische-zeitbombe-tickt.html>
- IPCC (1990). *Climate Change. The IPCC 1990 and 1992 Assessments*. Zugriff am 13.06.2022. Verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/ipcc_far_wg_III_spm.pdf
- IPCC (2018). *1,5 Grad Celsius Globale Erwärmung*. Zugriff am 24.04.2022. Verfügbar unter: https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf
- IPCC (2022). *Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policymakers*. IPCC WGII Sixth Assessment Report. Zugriff am 24.04.2022. Verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf
- Klandermans, B. (1988). The Formation and Mobilization of Consensus. In Klandermans, B., Kriesi, H. & Tarrow, S. (Hrsg.). *International Social Movements Research* (1), S. 173–196.
- Klandermans, B. (1993). A theoretical framework for Comparisons of Social Movement Participation. *Sociological Forum* Vol. 8 (No. 3), S. 383-401.
- Klimarahmenkonvention (1997). *Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen*. Zugriff am 03.01.2022. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf>
- Kluncker, H. (1999, 29. Januar). *Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft*. Zugriff am 18.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.verdi.de/ueber-uns/idee-tradition/einheitsgewerkschaft/++co++4703f2bc-ec8e-11e3-a35a-5254008a33df>
- Knuth, H. (2020, 26. Februar). Fridays for Future – „Intransparente Kackscheiße“. *Zeit online*. Zugriff am 10.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2020/10/fridays-for-future-greta-thunberg-organize-future>

- Kocka, J. (1981). Gewerkschaftliche Interessenvertretung und gesellschaftlicher Fortschritt: Historische Überlegungen zur deutschen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. *Gewerkschaftliche Monatshefte* (Vol. 32, Iss. 6), S. 319-336.
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (1992). *Agenda 21*. Zugriff am 16.12.2021. Verfügbar unter: https://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf
- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2017). *Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung. Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zugriff am 04.06.2022. Verfügbar unter: https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2018/11/lux_argu_14_Wachstum_dt_Konzeptwerk_Neue_Ökonomie.pdf
- Kollmorgen, R., Merkel, W. & Wagener, H.-J. (2015). Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung. In dies. (Hrsg.). *Handbuch Transformationsforschung* (S. 11-30). Wiesbaden: Springer.
- Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019). *Abschlussbericht*. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (vormals Wirtschaft und Energie).
- Lang Fuentes, R., Boks, A. & Schmidt, J. (2021, 22. Oktober). „Grünes Wachstum bleibt Illusion“. *Taz*. Zugriff am 10.03.2022. Verfügbar unter: <https://taz.de/Aktivistin-Reemtsma-ueber-Klimaerwaermung/!5809895/>
- Lindemann, K. (2020). Solidarität ist das humanistische Fundament der Arbeitswelt. *WSI Mitteilungen*, 73.JG. (5/2020), S. 374-377.
- Loesche, D. (2018). *Die Geschichte des Kohlendioxidausstoßes*. Zugriff am 24.04.2022. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/13569/weltweite-kohlendioxidemissionen/>
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Marx, K. (2015 [1859]). *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Marx-Engels-Werke, Bd. 13 (12., überarb. Aufl.). Dietz: Berlin.
- Meadows, D., Meadows, D. & Randers, J. (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: dva.
- Melucci, A. (1995). The Process of Collective Identity. In Johnston, H. & Klandermans, B. (Hrsg.). *Social Movements and Culture* (S. 41-64). London: Routledge.
- Meise, S. (2014). *Organisation und Vielfalt*. Springer: Wiesbaden.
- Moellendorf, D. (2012). *Climate change and global justice*. WIREs Clim Change (3), S. 131-143.
- Morgenthaler, R. & Thiele, L. (2021). Den Absprung finden. Mit einem Green New Deal über den Kapitalismus hinaus? *PROKLA*, 51. JG. (Nr. 1), S. 53-70.
- Müller, H. J. (2020, 25. September). „Viele Klimaaktivisten sehen sich als unverstandene Aussenseiter. In Wahrheit sind sie Profiteure des Systems“. *Neue Zürcher Zeitung*. Zugriff

am 25.02.2022. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/deutschland/fridays-for-future-kritiker-clemens-traub-viele-klima-aktivisten-sehen-sich-als-unverstandene-aussenseiter-in-wahrheit-sind-sie-profiteure-des-systems-ld.1578297>

- Müller-Jentsch, W. (1997). *Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung* (2. überarbeitete und erweiterte Auflage). Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- Nachtwey, O. (2017). *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne* (6. Auflage). Berlin: Suhrkamp.
- Neubauer, G. (2016). *Das Recht des Staates auf zivilen Ungehorsam*. Zugleich Dissertation, Universität Bremen [2015]. Baden-Baden: Nomos.
- OECD (2019). *OECD Work on Green Growth 2019-20*. Zugriff am 08.06.2022. Verfügbar unter: https://issuu.com/oecd.publishing/docs/gg_brochure_2019_web
- Oxfam (2022). *Gewaltige Ungleichheit*. Zugriff am 13.06.2022. Verfügbar unter: https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf
- Paech, N. (2016). Vorwort zur deutschen Ausgabe. d'Alisa, G., Demaria, F. & Kallis, G. (Hrsg.) *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 8-12). München: oekom.
- Paech, N. (2020). Suffizienz als Antithese zur modernen Wachstumsorientierung. Paech, N. & Folkers, M. (Hrsg.). *All you need is less* (S. 119-211). München: oekom.
- Polanyi, K. (2015 [1944]). *The Great Transformation* (12. Auflage). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Quijano, O. & Ánibal, E. (2019). *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*. Wien/ Berlin: Turia + Kant.
- Raschke, J. (1987). Zum Begriff der sozialen Bewegung. In Roth, R. (Ed.). *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 19-29). Frankfurt a. M.: Campus.
- Rawls, J. (1979). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Reid, P. C., Hari, R. E., Beaugrand, G., Livingstone, D. M., Marty, C., Straile, D., Barichivich, J., Goberville, E. et. al. (2016). Global impacts of the 1980s regime shift. *Global Change Biology, Vol. 22* (Issue 2), S. 682-703.
- Rich, N. (2019). *Losing Earth*. New York: Picador.
- Rosa, H. (2016). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2021). *Große Hoffnung Green New Deal!?* Zugriff am 08.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/44183>
- Rucht, D. (2019). Die Gelbwestenbewegung - Stand und Perspektiven. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Nr. 2* (2019), S. 137-148.

- Rucht, D. (2019). Faszinosum Fridays for Future. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Klimadiskurse. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*, 69. JG. (47-48/2019), S. 4-9.
- Rucht, D. (2021). Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In Grande, B., Grande, G. & Hahn, U. (Hrsg.). *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke* (S. 61-77). Bielefeld: transcript.
- Rucht, D. (2021). Neue Soziale Bewegungen. Andersen, U., Bogumil, J., Marschall, S. & Woyke, W. (Hrsg.). *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 8. überarbeitete und erweiterte Auflage (S. 652-655). Wiesbaden: Springer.
- Rucht, D. & Rink, (2020). Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. Ein Blick hinter die Kulissen. In Sommer, M. & Haunss, S. (Hrsg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 95-114). Bielefeld: transcript.
- Schade, J. (2002). „Zivilgesellschaft“ - eine vielschichtige Debatte. *INEF Report, Heft 59/2002*. Zugriff am 17.01.2022. Verfügbar unter: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00027114
- Schmelzer, M., Eversberg, D. & Schmidt, G. (2018). Entwachstum. Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31. JG. (04/2018), S. 3-8.
- Schmitt, L. (2010). *Bestellt und nicht abgeholt. Soziale Ungleichheit und Habitus-Struktur-Konflikte im Studium*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schroeder, W. & Greef, S. (2014). Struktur und Entwicklung des deutschen Gewerkschaftsmodells: Herausforderung durch Sparten- und Berufsgewerkschaften. In Schroeder, W. (Hrsg.). *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*, 2. Auflage (S. 121-145). Wiesbaden: Springer.
- Schröder, C., Bartels, C., Göbler, K., Grabka, M. & König, J. (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. *DIW Wochenbericht* (29/2020), S. 512-521.
- Schwilden, F. (2019, 2. Februar). Die Wohlstandskinder. *Die Welt*. Zugriff am 25.02.2022. Verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus188125577/Fridays-for-Future-Wie-ticken-die-Schulstreikenden.html>
- Shue, H. (1993). Subsistence emissions and luxury emissions. *Law Policy*, Vol. 15 No. 1 (S. 39–59).
- Sommer, B. & Welzer, H. (2020). Nachhaltigkeit als Utopie? Zur Bedeutung von Zukunftsbildern für eine sozial-ökologische Transformation. Görge, B. & Wendt, B. (Hrsg.). *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?* München: oekom.
- Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S. & Zajak, S. (2019). Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. *Institut für Protest- und Bewegungsforschung, working paper* (2/2019). Zugriff am 12.01.2022. Verfügbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2019_ipb_FridaysForFuture.pdf

- Sommer, M. & Haunss, S. (2020). Fridays for Future. Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen. In Sommer, M. & Haunss, S. (Hrsg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 237-252). Bielefeld: transcript.
- Sommer, M., Haunss, S., Gharrity Gardner, B., Neuber, M. & Rucht, D. (2020). Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In Sommer, M. & Haunss, S. (Hrsg.). *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 15-66). Bielefeld: transcript.
- Spannagel, D. (2018). Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. *WSI-Verteilungsbericht*, Nr. 43 (November 2018). Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_43_2018.pdf
- SPD, Bündnis 90/ Die Grünen & FDP (2021). *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP*. Zugriff am 11.03.2022. Verfügbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf
- Statistik der Kohlenwirtschaft, o. A. (2022). *Anzahl der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau in Deutschland in den Jahren von 1950 bis 2021*. Zugriff am 03.02.2022. Verfügbar unter: <https://de-statista-com.ezp.hs-duesseldorf.de/statistik/daten/studie/161209/umfrage/braunkohlenbergbau-beschaefigte-in-deutschland-seit-1950/>
- Strauss, A. & Corbin, J. (1996). *Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Strauss, A. (1998). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung* (2. Aufl.). München: Wilhelm Fink.
- Streeck, W. (1987). Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (39/3), S. 471-495.
- Strübing, J. (2014). *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils* (3. überarbeitete und erweiterte Auflage). Wiesbaden: Springer.
- Teune, S. (2020). Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam. In Sommer, M. & Haunss, S. (Hrsg.). *Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung* (S. 131-146). Bielefeld: transcript.
- Thoreau, H. (2004 [1849]). *Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat: ein Essay*. Zürich: Diogenes.
- Touraine, A. (1985). An introduction to the study of social movements. *Social Research*, JG. 52 (Heft 4), S. 749-787.

- Uekötter, F. (2019). Kleine Geschichte der Klimadebatte. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Klimadiskurse. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*, 69. JG. (47-48/2019), S. 10-15.
- Ulrich, B. (2022, 25. März). Sieben auf einen Streich. *Zeit online*. Zugriff am 29.03.2022. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2022/13/krisen-klima-corona-ukraine-krieg/komplettansicht>
- Umweltbundesamt (2008). *Kipp-Punkte im Klimasystem. Welche Gefahren drohen?* Zugriff am 13.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283.pdf>
- UN, o. A. (2022, 10. März). *Press Release: Climate Crisis Past Point of No Return, Secretary-General Says, Listing Global Threats at General Assembly Consultation on 'Our Common Agenda' Report*. Zugriff am 13.06.2022. Verfügbar unter: <https://www.un.org/press/en/2022/sgsm21173.doc.htm>
- UN Climate Change Conference UK (2021). *COP26. The Glasgow Climate Pact*. Zugriff am 24.04.2022. Verfügbar unter: <https://ukcop26.org/wp-content/uploads/2021/11/COP26-Presidency-Outcomes-The-Climate-Pact.pdf>
- UN Department of Economic and Social Affairs (2022). *Sustainable Development. The 17 Goals*. Zugriff am 30.04.2022. Verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/goals>
- WCED (1987). *Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future*. Zugriff am 16.12.2021. Verfügbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf>
- Weber, M. (2006 [1905]). *Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus* (1. Aufl.). München: Finanzbuchverlag.
- Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009). *Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften besser sind*. Tolkemitt: Berlin.
- Wissen, M. (2016). Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. In Demirović, A. (Hrsg.). *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wissen, M. & Brand, U. (2019). *Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise*. WSI Mitteilungen, 72. JG. (1/2019), S. 39-47.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WGBU.
- Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In Jüttemann, G. (Hrsg.). *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 227-255). Weinheim: Beltz.
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung*, Vol. 1 No. 1, Art. 22 – Januar 2000.
- Witzel, A./ Reiter, H. (2012). *The problem-centered interview*. London: Sage Publications.

- World Meteorological Organization (2022). *Climate update 2022-2026*. UK Met Office/ WMO. Zugriff am 01.06.2022. Verfügbar unter: <https://public.wmo.int/en/media/press-release/wmo-update-5050-chance-of-global-temperature-temporarily-reaching-15c-threshold>
- Zajak, S. & Rehder, B. (2018). Editorial: Soziale Bewegungen und industrielle Beziehungen. *Industrielle Beziehungen: Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, 25(2), S. 143-146
- Zimmermann, S. (2021). Immer mittendrin. Gewerkschafterinnen und linke Aktivistinnen zwischen Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. In Zimmermann, S. (Hrsg.). *Immer mittendrin* (S. 5-42). Berlin/ Boston: Walter de Gruyter.
- Zucco, A. & Öderdogan, A. (2021). Verteilungsbericht 2021. *WSI Report*, Nr. 69 (November 2021). Zugriff am 16.04.2022. Verfügbar unter: https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008182

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Interviewleitfäden.....	II
Anhang 1.1: Interview mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.....	II
Anhang 1.2: Interview mit Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre	V
Anhang 2: Transkription	VII
Anhang 2.1: Transkriptionsregeln.....	VII
Anhang 2.2: Interviewtranskripte.....	XI
Anhang 2.2.1: Interview mit L.	XI
Anhang 2.2.2: Interview mit K.....	XXIII
Anhang 2.2.3: Interview mit Herrn J.....	XXXVI
Anhang 2.2.4: Interview mit S.	XLVII
Anhang 2.2.5: Interview mit Klaus Dörre.....	LVII
Anhang 3: Datenauswertung und Kodierung	LXV
Anhang 3.1: MaxQDA Codesystem (offenes Kodieren)	LXV
Anhang 3.2: Kodierung mit der Grounded Theory	LXVIII
Anhang 4: Persönliche Erklärung.....	LXX

Anhang 1: Interviewleitfäden

Anhang 1.1: Interview mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen

Leitfaden für Interviews zu den Herausforderungen sozial-ökologischer Transformation für zivilgesellschaftliche Akteur*innen

Mein Name ist Dorthe Kortendiek, ich bin Studentin der Hochschule Düsseldorf und studiere im Master Empowerment Studies. Das Studium behandelt gesellschaftliche Machtstrukturen, soziale Ungleichheiten und Wege der ‚Ermächtigung‘ benachteiligter Gruppen und Menschen. Für meine Masterarbeit habe ich die Fragestellung ‚Wie sind soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar?‘ ausgewählt, weil mich nicht loslässt, wie angesichts der Klimakrise angemessene Maßnahmen zum Schutz unseres Planeten getroffen werden können, aber dennoch der soziale Zusammenhalt nicht gefährdet wird.

Darüber möchte ich ein Gespräch mit dir führen und deine Sichtweise als Vertreter*in der Gewerkschaft/ von Fridays for Future verstehen.

Dazu werde ich dir gleich einige Fragen stellen, die du bitte möglichst ausführlich beantwortest. Es gibt bei diesen Fragen keine richtigen oder falschen Antworten – ich bin nur an deiner Meinung und deinen Erfahrungen interessiert.

Ich würde unser Gespräch gern aufzeichnen, wenn du nichts dagegen hast. Diese Aufzeichnung wird anonymisiert verschriftlicht, das heißt, weder dein Name noch die Namen anderer Personen werden in der schriftlichen Fassung der Interviews erscheinen. Die Aufnahme wird nach der Verschriftlichung unwiderruflich gelöscht. Mein Vorgehen entspricht damit dem Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Wenn du möchtest, kann ich dir die Niederschrift unseres Gesprächs zukommen lassen.

Ist es in Ordnung, wenn ich das Aufnahmegerät jetzt einschalte?

Vorstellung

Nun habe ich mich gerade vorgestellt. Würdest du dich bitte kurz vorstellen und etwas über dich erzählen?

Zivilgesellschaftliches Engagement

1. Was verstehst du unter zivilgesellschaftlichem Engagement?
2. Erzähl mir doch bitte: Was hat dich dazu bewogen, dich zivilgesellschaftlich zu engagieren?

3. Welche Themen sind dir bei deinem Engagement besonders wichtig?

Und warum?

4. Mit welchen anderen Organisationen oder sozialen Bewegungen arbeitest du zusammen?

Soziale Gerechtigkeit

5. Was bedeutet Gerechtigkeit für dich?

6. Inwiefern spielt soziale (Un-)Gerechtigkeit für dein Engagement eine Rolle?

7. Wird deiner Meinung nach das Thema soziale Gerechtigkeit bei der Durchsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz vernachlässigt?

Klimaschutz

8. Wie definierst du Klimaschutz?

9. Wie schätzt du die Klimakrise ein, wo stehen wir?

10. Welche Rolle spielt die Klimakrise für deine Arbeit/ dein Engagement?

11. Ist angesichts der drohenden Klimakatastrophe eine Debatte über soziale Gerechtigkeit nebensächlich?

12. Wie positionierst du dich zu folgender These: Es ist gut, wenn Energie- und Spritpreise steigen und weniger Menschen Auto fahren/ mit dem Flugzeug fliegen.

Sozial-ökologische Transformation

13. Wir haben nun über Themen sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz gesprochen. Erlebst du diese Themen als Gegensatz (in der gesellschaftlichen Debatte)?

14. Die Kohle- und Bergbauindustrie gilt als nicht zukunftsfähig. Wie erlebst du den für 2030 geplanten Kohleausstieg?

15. Ist die Debatte über Klimaschutz deiner Meinung nach elitär/ ein Thema, das nur für die oberen sozialen Schichten relevant ist?

16. Bei FFF ist immer wieder die Rede von „Klimagerechtigkeit“ in einem globalen Kontext. Findest du, dass Klimaschutzmaßnahmen auch lokal sozial gerechter gestaltet werden müssten? Wie?

17. Gerätst du bei deiner Arbeit/ deinem Engagement manchmal in Zwiespalt zwischen dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz?

Wenn ja: Wie äußert sich dieser Zwiespalt/ hast du ein Beispiel? Was könnten Lösungsstrategien sein, um beide Themen gleichwertig zu bearbeiten?

18. Wie schätzt du die Arbeit von Fridays for Future/ Gewerkschaften in dieser Debatte ein?

Ausklang

19. Gibt es noch etwas, das du gern sagen möchtest?

Soziodemografische Daten

Geschlecht:

Alter:

Nationalitäten:

Beschäftigungsstand bzw. Ausbildungsgrad:

Sozialer/ familiärer Hintergrund:

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 1.2: Interview mit Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre

Leitfaden für das Interview mit Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre

Mein Name ist Dorthe Kortendiek, ich bin Studentin der Hochschule Düsseldorf und studiere im Master Empowerment Studies.

Für meine Masterarbeit habe ich die Fragestellung ‚Wie sind soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar?‘ ausgewählt und erhebe in qualitativen Interviews mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Fridays for Future und der IG BCE, wie die sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Ergänzend dazu möchte ich ein Gespräch mit Ihnen führen und Ihre Sichtweise als Intellektueller verstehen.

Wenn Sie nichts dagegen haben, würde ich unser Gespräch gerne aufzeichnen; In Ihrem Fall würde ich die Aufzeichnung nicht anonymisiert verschriftlichen, wie ich es mit den anderen Interviews, die ich bisher geführt habe, gemacht habe. Das heißt, ich mache die von Ihnen getroffenen Aussagen kenntlich und werde Sie in der Auswertung im Kontext unseres Gesprächs analysieren.

Sind Sie damit einverstanden? Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen das Transkript zukommen lassen.

Ist es in Ordnung, wenn ich das Aufnahmegerät jetzt einschalte?

Zivilgesellschaftliches Engagement

1. Welche Rolle schreiben Sie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im sozial-ökologischen Transformationskonflikt zu?
2. Müssen Gewerkschaften (insbesondere der Energieindustrie) ihr Schwerpunktthema ‚soziale Gerechtigkeit‘ erweitern? → Ist die genuin gewerkschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit angesichts des großen Beitrags der kapitalistischen Produktion zur Klimakrise noch zeitgemäß?
3. In den Fallstudien, die Sie 2020 gemeinsam mit Köster, Bose & Lütten in einem Buch veröffentlicht haben, scheint die Verständigung Klimabewegung und Gewerkschaften nahezu unmöglich. Ist die Dialogbereitschaft beider Akteur*innen Voraussetzung für gelingende sozial-ökologische Transformation?

Soziale Gerechtigkeit & Klimaschutz

4. Anfang April ist der aktuelle Bericht des IPCC erschienen, der die globalen Folgen des Klimawandels sehr eindrücklich macht; Die Weltwetterorganisation prognostiziert, dass bereits 2026 das 1,5 Grad-Ziel überschritten wird. Ist angesichts der drohenden Klimakatastrophe eine Debatte über soziale Gerechtigkeit nebensächlich?

Sozial-ökologische Transformation

5. Erleben Sie die Themen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als Gegensatz in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit?

6. Wie schätzen Sie die Arbeit von Fridays for Future und Gewerkschaften wie der IG BCE in dieser Debatte ein?

7. Sind soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Kapitalismus möglich?

8. In einem der Interviews, die ich bereits geführt habe, wurde das Thema ‚Umverteilung‘ als Maßnahme genannt, um soziale Verwerfungen im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen abzufedern. In Ihrem aktuellen Buch zeichnen Sie ebenfalls das Bild einer nachhaltig sozialistischen Gesellschaft – ist Ihrer Meinung nach die sozial-ökologische ‚Nachhaltigkeitsrevolution‘ zwingend an sozialistische Narrative geknüpft?

9. Welche Aufgaben muss Politik erfüllen für eine gelingende sozial-ökologische Transformation?

10. Wenn wir uns die Gesellschaft der Zukunft vorstellen – sind Sie da eher optimistisch oder pessimistisch gestimmt angesichts diverser Krisen, die uns aktuell einnehmen?

Ausklang

11. Gibt es noch etwas, das Sie sagen möchten?

Anhang 2: Transkription

Anhang 2.1: Transkriptionsregeln

Transkriptionsregeln (Fuß & Karbach, 2019, S. 120 ff.)

Modul Pause		
Pause in Sekunden	(.)	Pause bis zu einer Sekunde
	(2)	Angabe der Pausenlänge in Sekunden
Intervallskalierte Pause	(..)	Kurze Pause (ca. 2 Sekunden)
	(...)	Mittlere Pause (bis zu 5 Sekunden)
	(Pause)	Pause ab 5 Sekunden

Modul Sprachklang		
Betonung	<u>immer</u>	Betontes Wort
	<u>unbedingt</u>	Betonte Silbe
Dehnung	ja::: nie:::mals	Gedehntes Wort Gedehnte Silbe Anzahl des Zeichens „:“ entspricht annähernd der Länge der Dehnung
	Lautstärke	niemals
<i>niemals</i>		Im Vergleich leiser gesprochenes Wort

Modul Lautäußerungen, Wortabbrüche und Verschleifungen

Laut- äußerungen	Ich bin ähm elf Jahre verheiratet.	Planungsäußerungen (z. B. ähm, mhm, öhm)
	Ich habe gestern mein Auto gewaschen (I: mhm) und bin dann in den Regen gekommen.	Zuhörersignale (z. B. mhm, aha, ja) werden im Transkript ohne Zeilensprung für den Sprecherwechsel vermerkt.
	((bejahend)) mhm	Eindeutig zustimmende Laut- äußerungen im Sinne von „ja“ werden kommentierend transkribiert.
	((verneinend)) mhm	Eindeutig ablehnende Lautäu- ßerungen im Sinne von „nein“ werden kommentierend transkribiert.
Wortabbruch	einf-	Abgebrochenes Wort
	Arbeits- äh -amt	Wiederaufnahme eines abgebrochenen Wortes
Verschlei- fungen	Ich bin&also ich meine	Auffällig schneller Anschluss
	Weil&weil&weil ähm ich bin	Auffällig schnelle Wortwieder- holung

Modul nicht-sprachliche Ereignisse

Non-verbale Äußerungen	(räuspert sich) (seufzt) (lacht)	Parasprachliche Äußerungen werden in Klammern als Kommentar vermerkt.
	(lachend) Mensch, so was habe ich noch nie gehört. (+)	Begleiterscheinung des Spre- chens, Kommentar zur Begleiter- scheinung des Sprechens steht vor den lachend ausgesproche- nen Worten. Das Ende der Be- gleiterscheinung des Sprechens wird mit einem (+) dargestellt.
Handlungen	(haut auf den Tisch)	Hörbare Handlungen werden als Kommentar in Klammern vermerkt.

Geräusche	(Telefon klingelt)	Hintergrundgeräusche werden als Kommentar in Klammern vermerkt.
-----------	--------------------	---

Modul Interaktion

Gleichzeitiges Sprechen	I Ist das [immer so?	Gleichzeitiges Sprechen in Partiturschreibweise ab [
	B [Ja, das ist eigentlich	
	I Ist das [immer so?	Gleichzeitiges Sprechen ohne Partiturschreibweise von bis []
	B Ja, das ist] eigentlich	
Sprechunterstützung	Ich habe gestern mein Auto gewaschen (I: mhm) und bin dann in den Regen gekommen. (I: ja)	Zuhörersignale (z. B. mhm, aha, ja) werden im Transkript ohne Zeilensprung für den Sprecherwechsel vermerkt.

Modul Unsicherheit, Unterbrechung und Auslassung

Unsicherheit in der Transkription	(...?)	Unverständliches Wort
	(...??)	Mehrere unverständliche Worte
mit vermutetem Wortlaut	(mein?)	Vermuteter Wortlaut
	(mein?/dein?)	Alternativ vermuteter Wortlaut
mit Zeitangabe	(...??) #00:15:36.3#	Mehrere unverständliche Worte mit Zeitangabe
	(mein?/dein?) #01:04:28.5#	Alternativ vermuteter Wortlaut mit Zeitangabe
Unterbrechung	(B verlässt den Raum) #00:07:36.4# bis #00:08:35.9#	Art und Dauer der Gesprächsunterbrechung
Auslassung	[...]	Nicht transkribierte Gesprächssequenz
mit Zeitangabe	[...] #00:03:46.7# bis #00:08:58.1#	Nicht transkribierte Gesprächssequenz mit Angabe der Zeitdauer

Modul Zeichensetzung

Zeichensetzung in Anlehnung an die grammatikalische Zeichensetzung	.	Satzende
	,	Aufzählung, Nebensätze etc.
	?	Frage
	: „ Da sagte sie: „Nee, niemals“ und ich bin dann weggegangen.	Wörtliche Rede
...	Besonderheit: Unvollendete bzw. auslaufende Sätze (Fade-out) werden mit drei Auslassungspunkten gekennzeichnet.	
Zeichensetzung nach vereinfach- ter Intonation	,	Kurzes Absetzen der Stimme
	.	Senken der Stimme (Satzabschluss)
	?	Heben der Stimme (Frageintonation)

Anhang 2.2: Interviewtranskripte

Anhang 2.2.1: Interview mit L.

1 Online-Interview mit L***, Gewerkschafter der IG BCE (Bezirk Lausitz)

2 am 04.04.2022, Dauer: 32 Minuten

3

4 **I.** [00:00:01] [...] Okay, ja gut, ich habe mich gerade kurz vorgestellt, ähm L***, vielleicht
5 möchtest du mal kurz sagen, äh wer du bist, was du machst ähm genau. Erzähl mal was über
6 dich.

7

8 **L.** [00:01:20] Ja, ja, sehr gerne. ((bejahend))mhm ähm ja ich bin der L***, ich bin 29 Jahre alt.
9 Ich arbeite als Techniker für Telekommunikation bei der LEAG. Ich kümmer‘ mich um alles,
10 was Telekommunikation im Bergbaubereich bei uns heißt, wir haben ja vier Tage- ja noch vier
11 Tagebaue bei uns, muss kurz überlegen (I.: mhm) (..) äh und (..) bin darüber hinaus sehr
12 engagiert ... äh nicht nur als Musiker für die Region, sondern eben auch als Gewerkschafter.
13 Ähm ich war gewählt in Bezirks-, Landes- und Bundesjugendebene und hab‘ dort über Jahre
14 hinweg auch die Lausitz vertreten. Und versucht unsere Probleme und Herausforderungen zu
15 transportieren. Darüber hinaus habe ich noch ein paar andere Ämter, äh ich will jetzt aber nicht
16 damit prahlen, was ich alles bin. Äh vielleicht noch ganz wichtig, ich bin auch gewählter
17 Betriebsrat (I.: ah ja) und. Ja, na ja, das eine (...?) da- das nächste. [...] ansonsten
18 bin&ich&auch ganz gut unterwegs in der Region. Also vielleicht hast du’s ein bisschen verfolgt
19 ... Ich glaube morgen- ich lade dich auf jeden Fall ganz herzlich dazu ein, beim rbb Berlin-
20 Brandenburg reinzuschauen. Äh ich sitze also bei dem Bürger-Ta- äh -Bürger-Talk wieder auf
21 dem Panel drauf (I.: Ah ja) und ja, ja. Also ich bin nicht untätig!

22

23 **I.** [00:01:44] (lachend) ja, das merke ich schon, wirklich (+) Daher die langen Arbeitstage.

24

25 **L.** [00:01:52] Ja:: es gibt super viel zu tun, aber ich werde auch nicht fertig damit (...?)

26

27 **I.** [00:02:02] Äh okay, mh du hast es gerade schon kurz angesprochen ähm die Probleme ähm
28 die bei euch in der Region so anstehen? Äh mich würde jetzt vielleicht erst mal interessieren::
29 also ich behandle ja mehrere Themenblöcke und dazu zählt jetzt unter anderem auch das
30 zivilgesellschaftliche Engagement, dazu zählt dann auch deine Tätigkeit bei der Gewerkschaft.
31 Deswegen würde ich dich jetzt erstmal kurz fragen was&was verstehst du eigentlich unter
32 zivilgesellschaftlichem Engagement? Was bedeutet das für dich?

33

34 L. [00:02:38] Ähm also das deckt für mich ganz verschiedene Aspekte ab. In allererster Linie
35 geht's ja bei Engagement über den Arbeitsplatz hinaus immer darum, Menschen zu vereinen,
36 kennen zu lernen oder Herausforderungen kennen zu lernen, aber auch ganz konkret (.) Sorgen,
37 Ängste und Nöte zu transportieren, also in meinem Fall zumindest ne? Andere helfen vor Ort,
38 das ist auch ganz toll und ich verstehe mich eben das ganze politisch in passende Worte zu
39 bauen und das eben auch weiterzugeben, sodass es andere dann auch verstehen. Denn eins ist
40 in dieser ganzen Debatte immer klar, also für mich zumindest aus meiner Perspektive. Ähm es
41 wird immer viel geredet, da ist alles wichtig hieß es, aber an den Menschen, daran ist nicht
42 gedacht. Also, es fällt irgendwie immer hinten ab. Und deswegen ist es unheimlich wichtig,
43 dass eine Organisation wie eine Gewerkschaft sagt: „Hey, Leute, passt auf, ihr seid uns wichtig,
44 wir haben euch nicht vergessen und wir kümmern uns ganz klar darum, dass wir eure Sorgen
45 und Nöte dahin transportieren, wo sie hingehören, nämlich in die Politik, ob das jetzt
46 Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik ist, ist völlig irrelevant? Aber (.) also nicht irrelevant,
47 halt dem zweckentsprechend, welche Sorge man gerade hat ja, a:ber nur so geht's, denn als
48 einzelner Arbeitnehmer ist man ja faktisch machtlos dagegen, was willst du da ausrichten. Aber
49 als Gewerkschaft oder sozialer Wandel in irgendeiner Form, ob das jetzt IG BCE, IG Metall,
50 DGB oder wie auch immer heißt, kannst du schon richtig was bewegen und das merken die
51 Kolleginnen und Kollegen auch. Und das ist wichtig.

52

53 I. [00:04:23] Definitiv tolle Arbeit. Äh wie bist du darauf gekommen? Wie- wie bist du bei der
54 IG BCE gelandet?

55

56 L. [00:04:35] Ja, das ist bei mir sehr, sehr klassisch angesiedelt, ich komme ja aus dem
57 Bergbaubereich und ähm Bergbau, also ich meine, das klingt immer so ein bisschen sektenartig
58 wenn ich das sage, aber wenn du in den Bergbaubereich kommst, ist Gewerkschaft Pflicht. So,
59 also wir haben 350 Azubis im Durchlauf und da liegt die gewerkschaftlich organisierte Quote
60 bei über 95 Prozent (I.: Ja). Das ist halt so- knapp- also eigentlich kann man sagen jeder! Das
61 war irgendwie der erste Aufschlag und dann habe ich irgendwann gemerkt „Sich zu engagieren
62 ist irgendwie cool“. Und äh dann wurde ich übernommen, dann hatte ich (...?) 75 Prozent-
63 Vertrag und da hatte ich Zeit. (lachend) und das ist immer ganz schlecht, wenn du in der
64 Gewerkschaft Zeit hast, ja (+) und äh dann habe ich die ersten Ämter ausgefüllt. Und äh ich
65 war auch Jugend- und Auszubildendenvertreter, ordentlich Gewählter, ich war damals auch
66 noch am Vattenfall Konzern. In der Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung

67 unterwegs. Ich habe also so erste Erfahrungen gesammelt. Kann man so übergreifend sagen.
68 Wir sind damals zwischen der Lausitz, Berlin und Hamburg herum getigert (I.: mhm) und das
69 hat Spaß gemacht. Und (.) dann habe ich halt irgendwie auch nebenbei auch noch eine
70 Referentenquali gemacht in der Gewerkschaft, hab dann Tages- Wochen-Seminare konzipiert
71 und auch gehalten. Und du wächst natürlich, ja. Irgendwann bist du dann auf Landesebene
72 Vertreter, bist du auf Bundesebene Vertreter. Dann machst du auch noch ein paar komische
73 Songs, so (.), die sehr, sehr erfolgreich- also für meine Begriffe sehr, sehr erfolgreich auch
74 gelaufen sind (räuspern) Ja und stehst dann plötzlich irgendwie auch auf irgendwelchen
75 Kongressen und sprichst da und bist irgendwann so sehr verankert in diesem Thema und stellst
76 dann irgendwann in der Retrospektive fest, hättest du vor 10 Jahren mal nein gesagt hättest,
77 wäre das alles irgendwie nicht gekommen (lacht)

78

79 I. [00:06:34] (lachend) ja (+). Ähm was für Themen sind dir denn besonders wichtig? Wofür
80 setzt du dich explizit ein?

81

82 L. [00:06:45] Also ganz konkret geht es eigentlich darum, dass wir eine Perspektive *bekommen*
83 (..) ähm es ist- wir sind eine durch den Umbruch nach der DDR sehr geplagte Region, wir haben
84 (.) 70bis 80.000 gut bezahlte industrielle Arbeitsplätze verloren. Man hat den Leuten damals
85 versprochen, das wird alles wieder funktionieren (I.: mhm) aber (..) es ist halt nichts gekommen.
86 Ne, das ist der Punkt. Und, wir sehen uns jetzt wieder in einer ähnlichen Situation, durchaus?
87 Und wollen alles dafür tun, damit das nicht wiederholt wird! Es geht um viele Fragen, in
88 allererster Linie sage ich neuerdings gern: Es geht um Vertrauensverlust, weil (.) Politik hat ein
89 Vertrauensverlust. Da habe ich ein ganz&ganz spannendes Interview gehabt letzte Woche mit
90 der taz. Und da haben wir auch drüber gesprochen, ne, weil sie mich quasi von der Ecke so
91 angekanzelt hat: „Hat die Lausitz ein Naziproblem“, und da hab ich gesagt: „Hey nicht so
92 (schwarz&weiß?), Freunde.“ Ja- aber man muss attestieren ja, hier haben 20 Prozent sicherlich
93 die AfD gewählt, und das ist scheiße- Ohne Frage. Aber hier haben sich auch 80 Prozent
94 dagegen entschieden (I.: Ja) Aber so ein Problem haben, ist trotzdem klar. Und dass das nicht
95 mit leeren Worten und Luftschlösser wieder zurückzuerobern ist, dieses verloren gegangene
96 Vertrauen, auch das ist klar. Und (.) drum, (schmunzelnd)der klassische Dreisatz für mich (+),
97 ich weiß, dass ich in meinen Songs ja auch so rappe, das ist ja sehr, sehr einfach. (Zeigt einen
98 Finger)Ja, gut bezahlte industrielle, gewerkschaftlich gesicherte Industriearbeitsplätze (.) Punkt
99 1. (Zeigt zweiten Finger)Punkt 2- Ausbau von Infrastrukturprojekten (.) und (.) nicht 5, 10, 15,
100 20 Jahre- Ich will keinen weiteren Scheiß-BER haben, ich brauche kein weiteres Stuttgart21

101 und auch keine zweite Elbphil- ja, äh. Ich will, dass das schnell passiert. Und das dritte ist (zeigt
102 dritten Finger), dass unsere Fördermilliarden, die wir für diesen Strukturwandel bekommen
103 haben, dass die nicht sinnlos verheizt werden für irgendeinen Scheiß. So, und, es&ist&ein
104 Problem. Also schon die drei Sachen, die uns per Gesetz eigentlich zugesichert sind, sind ein
105 echtes Problem.

106

107 **I.** [00:08:55] Ja, definitiv. Ähm. Vielleicht bevor wir zum nächsten Themenblock springen. Mir
108 kommen da jetzt schon einige Nachfragen und Ideen, die ich noch dazu habe- vorher würde ich
109 aber gern noch ganz kurz wissen, äh mit welchen anderen Organisationen oder sozialen
110 Bewegungen arbeitest du zusammen? Habt ihr da irgendwelche Bündnisse, äh Kooperationen?

111

112 **L.** [00:09:26] Ja, wir haben einen lokalen Zusammenschluss, der sozusagen sich ehrenamtlich
113 darum kümmert, die Kommunikation innerhalb des Reviers zu schaffen. Das ist also die
114 Initiative zur Erhaltung der Deutschen Bergbaureviere. Da hast du vielleicht auch schon was
115 gesehen auf Facebook, ich sag mal mit 6.500 Followern sind wir jetzt nicht ganz so klein und
116 äh da ist halt alles dabei? So über den Link zu den Bürgermeistern der Region, über'n
117 Arbeitsdirektor bis zur Baggerfahrerin bieten wir das komplette Spektrum. Und äh ich bin auch
118 noch sehr, sehr aktiv auch noch für den Verein Lausitzer Braunkohle e.V.. Und ähm dort haben
119 wir ein bisschen größeres Spektrum, wir haben weit über 500 Mitglieder plus den Anschluss an
120 den Mittelstand (..) Und da sprechen wir halt auch noch mal (.) ne ganz deutliche Sprache
121 innerhalb der Politik oder an die Politik. Ja.

122

123 **I.** [00:10:22] Okay, wenn du von einem Vertrauensverlust sprichst, der Politik gegenüber. Spielt
124 dann soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit für dich eine Rolle? Und was heißt das
125 eigentlich für dich? Soziale Gerechtigkeit?

126

127 **L.** [00:10:41] Ja: Ich will da mal ein bisschen ausholen. Ich glaube, das ist halt ein familiäres
128 Problem. Also, ich sag' das nicht umsonst, wir haben ein Landflucht-Problem und das haben
129 wir nicht erst jetzt oder in fünf Jahren, das haben wir schon seit 10, 15, 20 Jahren. Als ich
130 ausgelernt hab', da hab ich einen Platz in der Kohle bekommen, da war mir ziemlich sicher:
131 „Mit dem Job kannst hier gut leben, kannst auch gut überleben.“ Ne, das ist jetzt- also ich nag
132 nicht am Hungertod, aber die Leute, die sich dafür nicht interessiert haben oder die, denen keine
133 Perspektive geboten worden ist im Konkreten, ähm die sind *gegangen* und das sind 90 bis 95
134 Prozent. Und wenn die ganzen jungen Leute gehen, die (.) Potenzial in die Region hier bringen,

135 also, die können es ja nicht zu 100 Prozent, aber die wirklich Potenziale bringen könnten, dann
136 wird es zu einem sozialen Problem, weil das Gefüge auseinanderreißt. Und dann gibt es ja drei
137 Varianten, die du als Elternteil hast&du bleibst hier und kümmerst dich? Geht bis zu einem
138 gewissen Alter. Du ziehst auch hier weg, ne, oder du machst Mischmasch und sagst: „Solange
139 es noch geht, bleibst du hier und dann ziehst du irgendwo hin, wo deine Kinder sind“. Also das
140 ist so das eine Problem. Das andere Problem ist das krasse Lohngefälle. Ähm innerhalb des
141 Bergbaus verdienst du 30 bis 40 Prozent mehr als im Rest der Region, im *Schnitt*. Und äh ich
142 sag mal, da sind noch 8000 Arbeitsplätze, ne. Die wird es dann so in der Form nicht mehr
143 geben? Und wenn ich als Wirtschaftsminister komme und sag: „Jo, wir bauen hier ein
144 Bahnwerk hin, das schafft 1200 neue Arbeitsplätze, ist das Schweinegeld (.) aber. Erstens
145 brauchen die irgendwie noch ein zweites Gleis. Da sage ich: „Die brauchen mehr als zehn
146 Jahre“- was? (.) Zweitens- was machen wir denn mit den anderen 7000 Jobs? Und drittens, as
147 ist eigentlich mit unseren (.) mittelständischen Servicepartnern. So, fallen die jetzt hinten
148 runter? Was ist mit deren 10bis 15.000 Jobs, die an der Kohle gehangen haben? Es werden sich
149 nicht alle umorientieren können und wir können nicht nur eine reine Service- äh -Gesellschaft
150 werden. Das funktioniert nicht. Es darf- und das darfst du gern auch so als Headline auch
151 zitieren -es darf keine Deindustrialisierung dieses Landes geben. Es muss einen geordneten,
152 strukturierten und zielgerichteten Wandel der Industrie geben auf (..) Jobs, die länger als 5, 10
153 oder 15 Jahre bestehen können. Ja.

154

155 **I.** [00:13:12] Ja, also der Kohleausstieg ist ja jetzt für 2030 geplant, sind ja offiziell, wenn das
156 alles so durchgeht, jetzt nur noch acht Jahre. Wie erlebst du das? Wie erlebst du das? Unter
157 Kollegen, Gewerkschaftern? Wie ist die Stimmung? Was bedeutet das für euch?

158

159 **L.** [00:13:31] Also, das kann man klar differenzieren. Hier vor Ort würde ich nicht von einer
160 2030 reden, weil (.) wir das aus physikalischen Gründen als absolut unrealistisch ansehen. Ähm
161 also ich mein gerade mit der Verschärfung, die wir auf dem geopolitischen Standpunkt erleben,
162 ich weiß nicht, wie es gehen soll. Wir stehen davor, kein Gas mehr zu bekommen. Ähm, unsere
163 Laufzeiten für die Atomkraftwerke sind erschöpft. Du kriegst die Atomkraftwerke auch nicht
164 mehr ins Rennen zurückgeschickt, das liegt zum einen daran, dass äh die Wartungszyklen gar
165 nicht mehr gemacht werden. Da liegt es am hochspezialisierten fehlenden Personal. Ich habe
166 mir erklären lassen, dass wenn du jemanden einsetzen will, einen erfahrenen Techniker (.) der
167 braucht ein Jahr für Zertifizierung und Schulung, wenn er voll drinsteckt. Pro Kraftwerk. So
168 und es gibt kein Personal mehr, das ist- die gehen da alle in Rente, überwiegend ja. Wie soll

169 das gehen? So, und äh dann stellt sich für uns die Frage, aufgrund dieser- (...?) so, jetzt hab
170 ich's. Dass das aufgrund dieser Argumentation so ist. Auf der bundesweiten Ebene ist das ein
171 bisschen anders. Dann, äh Strom kommt für Leute aus Großstädten aus der Steckdose (.), der
172 kommt schon irgendwie. Keine Ahnung! Stellen sich die Frage nicht, ob es vielleicht ein
173 grundlegendes Problem ist, ja. Ob regenerative Anlagen nicht ausgehend vom klassischen
174 Kraftwerk Erzeugungskapazitäten benötigen oder warum das überhaupt ein Problem ist. Es gibt
175 ein, zwei Stunden im Jahr, wo wir das ganze Land 100 Prozent regenerativ versorgen. Aber (..) die Außenwirkung und die mediale Berichterstattung ist ja ganz anders. Die sagt: „Ja hey, wir
176 können ja schon 100 Prozent“. Dass das bloß für bestimmte Zeiten am Tag gilt und nur für
177 bestimmte Tage im Monat, wenn überhaupt, aber, ja, ist ein Thema. (I.: Ja) Ja ähm, wir sagen
178 aber auch ganz offiziell, wir sind ja auch gar nicht gegen die 2030, wenn wir die Wegpunkte
179 schaffen, sprich Netzausbau, Ausbau regenerativer oder erneuerbarer Energien im Gesamten,
180 das kann auch Wasser oder Gas sein, gerne, und äh Speichertechnologieausbau. Und natürlich
181 die soziale Komponente, die Jobs vor Ort, die Erhaltung von Familien, von
182 Wertschöpfungsketten und alles, was damit zusammenhängt. Also (.) wenn irgendeiner den
183 Zauberplan auspackt und sagt, wie das gehen soll- machen wir das. Aber (.) ich will's sehen.

185

186 **I.** [00:16:01] Also das Wichtige sind die Erhaltung der Arbeitsplätze. Dass an die Menschen
187 gedacht wird, um das Ganze mal herunterzubrechen?

188

189 **L.** [00:16:12] Die Transformation der Arbeitsplätze, nicht die Erhaltung.

190

191 **I.** [00:16:18] Ähm ich würd dann jetzt mal rübergehen zum Themenblock Klimaschutz Was
192 bedeutet denn eigentlich Klimaschutz für dich? Was stellst du dir darunter vor?

193

194 **L.** [00:16:29] Klimaschutz heißt für mich ganz konkret, dass wir diesen Wandel machen, dass
195 wir unseren Anteil dazu leisten, wie wir es auch in den vergangenen Jahrzehnten immer getan
196 haben, und das heißt (.) sicherlich auch äh, dass wir nach neuen Technologien forschen müssen.
197 Das kann Wasserstoff sein, das kann Kernfusion sein, also Wendelstein 7 x, ich mach da einfach
198 mal kurz den Ausflug ähm (.) Kernfusion ist halt noch ein ganz anderes Thema, ja, aber das
199 sind Technologien, womit wir unseren Strom erzeugen können. Also ich bleib bei dem Thema
200 Strom, weil es fasst sich natürlich viel weiter, aber um jetzt in der Lage zu bleiben, ähm wie
201 wir das CO2 frei bekommen. Und, wir müssen glaube ich eins eingestehen (.) und wir müssen
202 uns Gedanken machen, wie wir nicht die Last von heute absichern, sondern die Last von

203 morgen. Da gibt es so ein ganz spannendes Papier aus der chemischen Industrie- heißt Roadmap
204 2050 -und die haben gesagt: „Da pass mal auf, wenn wir auf CO2 freie Prozesse umsteigen,
205 und das können wir, dann brauchen wir nicht mehr siebzig Terrawatt-Stunden, dann brauchen
206 wir 700 Terrawatt-Stunden“ Jetzt gucken wir mal ganz kurz (.) Wie viel hat Deutschland dieses
207 oder letztes Jahr verbraucht, das waren 680 Terrawatt-Stunden, mein Gott, das reicht nicht. Und
208 wir reden von ei::nem Industriezweig und wir reden nicht von Privathaushalten! Und (.) das ist
209 der Punkt. Keiner diskutiert die Frage, dass wir viel&viel&viel&viel mehr Energie brauchen
210 werden in Zukunft und weil- ich lasse mich da auch immer gern zitieren -das ist der Treibstoff
211 der Moderne! Unser Handy, der Laptop, iPad, was weiß ich. Ohne Strom keine Chance. Und
212 wenn wir jetzt nochmal umsteigen, alles was mit Brennstoffzellen oder E-Autos umzurüsten,
213 E-Flugzeuge, E-Tanker (..) Wir werden Strom brauchen, und zwar (...) Im Englischen würde
214 man sagen: „Way too much“ (lacht). Ja. Und äh die Frage (.) findet irgendwie gar keine
215 Betrachtung. Und es ist dumm, sie auszuklammern, denn (.) deindustrialisieren lassen wir uns
216 nicht. No way.

217

218 **I.** [00:18:34] Na ja, ähm, wie schätzt du denn die Klimakrise ein? Klimawandel- Klimakrise?
219 Spielt das für dich eine Rolle (.) in deiner Arbeit?

220

221 **L.** [00:18:51] Also, es ist ja unbestritten, dass wir einen Klimawandel haben. Und äh dass wir
222 den beschleunigen, steht ja auch außer Frage. Die Verhältnismäßigkeit ist nur eine ganz klare
223 Frage, denn (.) wir müssen mal sehen, wir in Deutschland haben am weltweiten CO2-Verbrauch
224 nicht den Riesen-Anteil? Wir müssen aber auch eingestehen, dass wir als eines der fähigsten
225 Industrieländer der Welt die Chance haben, Vorreiter zu sein und das auch sein sollten. Weil
226 wir's jetzt eh einmal angefangen haben, dann lass es uns doch bitte professionell durchziehen.
227 Ähm das müssen wir uns eingestehen- aber wir müssen uns auch eingestehen (.) ja: solange
228 China, das baut mal mehr Kohlekraftwerks-Kapazitäten in einem Jahr als wir überhaupt
229 erzeugen. Also die haben- ne -die haben vorletztes Jahr um die 80 Gigawatt Kohle neu gebaut,
230 80 Gigawatt Solar, ein paar Gigawatt Wasser. So ein Land wie Indien, das gerade auf dem Weg
231 ist, vom Schwellenland zum Industrieland zu werden, ja::, da schießt ein Kohlekraftwerk nach
232 dem anderen aus dem Boden. Weil es ist billig, es ist einfach und du brauchst auf die Umwelt
233 nicht zu achten. Und mein&mein, äh mein ganz besonderer Freund äh Australien, die haben ja
234 eine politische Kehrtwende gemacht und gesagt: „Wir bauen alle Regenerativen ab, wir bauen
235 neue Kohlekraftwerke, wir machen die größte Steinkohle der Welt auf und wir geben noch mal
236 richtig Gas. Und umso wichtiger ist außerdem, ähm für mich, aus diesem Rückschluss, dass wir

237 das erfolgreich machen. Das muss am Ende 'ne Blaupause für die ganze Welt sein, wo alle
238 sagen: „Die haben nachgedacht und jetzt machen wir es denen nach“. Weil (.) die logische
239 Schlussfolgerung ist, ein Land wie China wird sich nicht drangsalieren lassen, wenn es nicht
240 wirtschaftlich erfolgreich ist (.) oder wenn es nicht andere geeignete Lösungen gibt. Ein Land
241 wie Indien, das sich vom Schwellen- zum Industrieland entwickelt- überhaupt gar nicht. Und
242 ein Land wie Australien, das alles auf seinem Kontinent selber regeln kann- ja mein Gott. Aber
243 wenn wir alle einsparen, und die doppelt einen drauflegen, dann bewegen wir halt *gar nichts*
244 (.) Und das ist der Punkt.

245

246 **I.** [00:20:55] Ja, verstehe. Ähm, okay, findest du- also die Klimakatastrophe haben wir drüber
247 gesprochen, steht außer Frage. Ähm hast du denn das Gefühl, dass in der öffentlichen Debatte,
248 neben der Klimakrise soziale Gerechtigkeit nebensächlich betrachtet wird? Hast du das Gefühl,
249 dass da irgendwie ein Ungleichgewicht (.) herrscht?

250

251 **L.** [00:21:27] Ich glaube, man spricht (.) so gut wie gar nicht über soziale Gerechtigkeit, alle
252 sprechen immer bloß: „Wir müssen ausbauen, wir müssen dies machen, wir müssen das
253 machen“. Und auch dort noch mal das klare Credo, Klimawandel- oder was heißt -
254 Strukturwandel und Energiewende- Ja, aber mit und nicht gegen die Menschen. Die Menschen
255 haben es zum Großteil nicht verstanden, warum das gemacht wird. Und das liegt daran, dass
256 die Kommunikation oft super schlecht ist, dass man ihnen nur Dinge wegnehmen will, dass sich
257 Dinge einfach verteuern und dass man das auch nicht ehrlich in die Relation bringt. Wie immer
258 in der deutschen Politik- wir treffen jetzt erst mal eine Entscheidung und wir laufen so lange,
259 bis es völlig kaputt geht oder bis es irgendwie noch funktioniert, ja (..) Wir haben
260 Rohstoffknappheit! Und der Energiepreis an der Strombörse in Leipzig, der ist vollkommen
261 eskaliert. Wie kann ein Energiepreis innerhalb eines Tages zwischen minus 10 und 750 Euro
262 sein für eine Megawatt Stunde. Das ist absurd. Und die Verbraucher werden das richtig krass
263 spüren. Dann reden wir nicht mehr nur davon, dass eine Kilowattstunde um die 70, 80 Cent
264 kostet, das wird ein Euro oder 1,50 werden, wenn das so weiter geht. Und man ist nicht ehrlich,
265 man erklärt es den Leuten einfach nicht. Und das ist ein Problem. Und das ist vor allem für
266 diejenigen ein Problem, die sich den ganzen (...?) Hokuspokus gar nicht leisten können. Die,
267 die unten an der Gesellschaftskette stehen und die versuchen, jeden Tag mit zwei Jobs ihre
268 Familie über die Runden zu kriegen. Für die Leute, die sich nicht höher qualifizieren können,
269 weil sie vielleicht das eine oder andere Leiden haben oder sich um Familienangehörige

270 kümmern müssen. Die Beispiel-Kette könnte ich endlos fortsetzen. Fakt ist (.) Die Leute haben
271 sowieso schon keine Chance dagegen anzukämpfen. Und für die wird es am bittersten.

272

273 I. [00:23:19] Ja, das war auch eine Frage, zu der ich dich be- befragen wollte. Sehr deutlich
274 hast du das gesagt. Ähm genau. Hast du: das Gefühl, dass äh die Debatte über Klimaschutz
275 elitär ist oder ein Thema, das nur in oberen sozialen Schichten stattfindet?

276

277 L. [00:23:50] Äh, ich sage mal so (.) elitär ist so 'ne Geschichte. Ich find, es gibt eine
278 große&große Differenz, wenn du dich mit Menschen aus der Mittelschicht unterhältst und mit
279 rein Studierten. Da gibt es schon eine große Differenz. Weil die Studierten sind oft in die
280 Großstädte gegangen und haben gelernt, dass böses, böses CO2 (.) ausschließlich dafür
281 verantwortlich ist- also es ist ja dafür verantwortlich, es ist ja richtig -aber dass die einzige- ich
282 formulier es so- die einzige Lösung ist (..) alles was CO2 erzeugt, sofort zu stoppen. Und, dass
283 du nicht blind durch die Kante rennen kannst, und alles stoppen kannst, weil dann ganze
284 Wirtschaftskreisläufe zusammenbrechen, weil wahrscheinlich hunderttausende, wenn nicht
285 sogar Millionen Menschen ihre Jobs verlieren und der Wohlstandsverlust vermutlich in die
286 Anarchie führen wird. Das haben die nicht verstanden. Das spielt auch in ihrer
287 Betrachtungsweise keine Rolle. Sie radikalisieren sich ja in diese Richtung, also aus meinem
288 Empfinden heraus (.) Also das sind so die Extrembeispiele, die mir begegnet sind, ne. Wenn du
289 dir (.) dazu eben auch so Sachen wie Extinction Rebellion anschaut, die für mich viel zu radikal
290 sind, die ich auch nicht respektieren kann, weil- für mich sind das kranke Wahnsinnige ähm (.)
291 das hat doch nichts mit einer Demonstrationskultur oder so was zu tun ist, das ist einfach blinder
292 Aktionismus. Ähm da kommt mir das schon so vor. Und ich habe es vorhin so schön plakativ
293 gesagt: „Der Strom kommt aus der Steckdose“ ne, und es&es&es täte vielen Menschen gut,
294 sich mal mit den Grundlagen zu befassen und äh auch mal (.) dahinter zu schauen. Dass es eben
295 nicht nur Hochstudierte, gut bezahlte Menschen gibt, die sich den ganzen Kram eh leisten
296 können, für die es keinen Unterschied macht, ob die Kilowattstunde 50 Cent, ein Euro oder
297 zwei kostet, sondern äh die sich mal damit auseinandersetzen, wie man gerade diejenigen
298 mitnimmt, die es gesellschaftlich und sozial sowieso am schwersten haben.

299

300 I. [00:25:51] Hast du manchmal das Gefühl- also spielt das bei deiner Arbeit selbst eine Rolle,
301 dass du im Austausch mit Kollegen oder, weiß nicht, dann auch bei Interviews ähm das Gefühl
302 hast, dass du da im Zwiespalt zwischen den Themen einerseits soziale Gerechtigkeit und
303 andererseits Klimaschutz gerätst? Oder (.) spielt das für dich keine große Rolle?

304

305 L. [00:26:21] Also (.) es ist&es ist nicht ganz so präsent diese Diskussion, weil (.) die Kollegen
306 verdienen in der Regel alle offen (kurze Unterbrechung: wird angerufen), weil die Kollegen ja,
307 das ist sorry. Meine Kollegen in der Regel alle gut verdienen, das ist auch eine Wahrheit, das
308 kann man nicht irgendwie unter den Tisch kehren. Ähm, mir persönlich kommt es aber aufgrund
309 meiner übergreifenden Tätigkeit auch schon&auch schon mal in den Blick und ich schul e ja
310 zum Beispiel auch intern Azubis, also ich habe einen Workshop-Thema- äh zum Thema
311 Energiewirtschaft, bietet sich bei uns dann auch einfach an. Wenn man so viel unterwegs ist,
312 kann man mal ein bisschen was drüber erzählen (.) und dort äh nehmen wir die Energiekosten,
313 und wie entsteht eigentlich der Strompreis? Das nehmen wir ganz genau unter die Lupe. Äh
314 was ist eine Strombörse? Ähm wie verschieben sich die Effekte und wie sind die Regularien
315 eigentlich dazu? Das ist wichtig. Wenn ich nicht weiß, wo der Ursprung von etwas ist, kann ich
316 nicht verstehen, warum es dann so schlimm geworden ist. Und wenn du das anfängst zu
317 verstehen, dann begreifst du auch, wie es die Leute so trifft.

318

319 I. [00:27:52] Ja. Hmmm. Würdest du, wenn du jetzt mal so ein bisschen. Also wenn du auf die
320 letzten Jahre schaust, würdest du dich noch mal dazu entscheiden, in der Bergbauindustrie äh
321 zu arbeiten? Würdest du den Weg noch mal genauso gehen?

322

323 L. [00:28:11] Sehr spannende Frage, wurde mir noch gar nicht gestellt. Ich erwähn das immer,
324 weil ich sonst viele Fragen habe. Ähm das ist&das ist eine gute Frage. Auf der einen Seite
325 schätze ich dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, diese äh diese ganz besondere Mentalität für
326 etwas zu kämpfen, was man von Herzen auch gerne macht. Ob ich das aus heutiger Sicht noch
327 mal tun würde? Vielleicht trotzdem, weil es immer noch der attraktivste Arbeitgeber in der
328 Region ist (.) und äh weil man jetzt eigentlich die Chance hat, vielleicht über neue
329 Geschäftsfelder ganz neue Möglichkeiten zu verwirklichen, die früher gar nicht möglich waren.

330

331 I. [00:28:50] Ja, gut. Ähm, okay, ich weiß nicht, ob du dich damit schon beschäftigt hast (.) der
332 andere Aspekt in meiner Arbeit- ich werde ja noch Vertreterinnen von Fridays for Future
333 interviewen. Ja. Wie stehst du zu Fridays for Future? Wie schätzt du deren Arbeit in dieser
334 Debatte Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ein?

335

336 L. [00:29:20] Finde ich eine ganz tolle Frage. Ich finde Fridays for Future ist eine der wenigen
337 Organisationen, mit denen es sich auch zu reden lohnt, was wir ja auch schon getan haben

338 tatsächlich ähm 2019 haben wir uns in Cottbus getroffen, da gibt es auch einen ganz tollen taz-
339 Artikel zu, und äh haben nach Konsens gesucht. Und äh ja, definitiv redbereit, die
340 Bundesebene ist es immer, die Lokalen sehen das ein bisschen anders, wie das halt so ist. Jeder
341 hat halt so seine Meinung. Ähm ich würde mich freuen, wenn du denen sagst: „Wir laden euch
342 gerne nach Cottbus ein“.

343

344 **I.** [00:29:54] (lachend)Sehr gerne. Wenn ich dazu beitragen kann (+). Okay, ähm sehr schön.
345 Vielen Dank für deine Antworten schon mal so weit wären wir da glaube ich mit meinen Fragen
346 erst mal durch. Ähm gibt es etwas, was dir noch wichtig ist zu sagen? Möchtest noch irgendwas
347 mir mitteilen, was dir irgendwie wichtig ist in diesem Interview?

348

349 **L.** [00:30:21] Ja äh, das sind halt die allgemeinen Dinge. Wir haben Bock auf Zukunft. Wir
350 wollen das hier in der Region definitiv angehen. Wir brauchen jeden einzelnen, der da mit uns
351 an einem Strang zieht. Dickes Ausrufezeichen.

352

353 **I.** [00:30:38] Okay. Ich habe jetzt nur noch irgendwie zum Abschluss noch ein paar Fragen- Du
354 bist männlich, richtig. Vorhin hast du gesagt, du bist 29 Jahre alt.

355

356 **L.** [00:30:48] Ja, noch ist es korrekt.

357

358 **I.** [00:30:51] Alles klar. Ähm. Deine Nationalität? Hast du mehrere Nationalitäten?

359

360 **L.** [00:30:59] Deutsch, ne deutsch,

361

362 **I.** [00:31:03] Dein Beschäftigungs- oder Ausbildungsgrad- also du bist bei der bei der LEAG?

363

364 **L.** [00:31:09] Genau und ich bin Techniker, also richtig staatlich geprüfter Techniker, falls das
365 die Frage war.

366

367 **I.** [00:31:17] Ähm möchtest du noch was zu deinem sozialen oder familiären Hintergrund
368 sagen? Wenn du möchtest.

369

370 **L.** [00:31:23] Ja, nur ganz kurz. Also ich hab noch 4 Prozent Handyakku (lacht) [...] Ja, meine
371 Eltern sind im Bergbau beschäftigt gewesen. Nach der Wende hat Mutti ihren Job verloren.

372 Vati ist geblieben. Mutti hat sich weiter qualifiziert zum Bauzeichner, hat dann kurzfristig einen
373 Job gehabt, den aus Rationalisierungsgründen wieder verloren, und es tut mir unendlich weh
374 zu sehen, dass selbst wenn man sich anstrengt und qualifiziert und weiterkommt (.) es keine
375 Perspektive gibt. Nicht für die Älteren unter uns. Und das ist ein unheimlich großer Motivator.
376
377 **I.** [00:32:08] Ja, scheint ja auch ein ziemlich emotionales Thema für dich zu sein. Ja. Hut ab.
378 Okay (.) vielen Dank für das Gespräch!
379 [...]

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 2.2.2: Interview mit K.

1 Online-Interview mit K., Aktivistin von Fridays for Future

2 am 07.04.2022, Dauer: 32 Minuten

3

4 **I.** [00:00:02] [...] Ich hab mich gerade kurz vorgestellt. Vielleicht möchtest du dich noch mal
5 kurz vorstellen, was zu dir sagen, was du machst? Genau. Erzähl mal was über dich.

6

7 **K.** [00:00:27] Ok, ja, hi ich bin K***. Ich bin so 22 Jahre alt, bin aktiv bei Fridays for Future
8 seit drei Jahren und, genau (kurzes Lachen) bin so groß geworden mit dieser Bewegung
9 irgendwie. Genau, hab auch in anderen Klimabewegungsnetzwerken was gemacht. Mal so bei
10 Sand im Getriebe, mal bei Ende Gelände, mal so ein paar Sachen gemacht. Genau=also ich fühl
11 mich (.) als kleines Rädchen der Klimagerechtigkeits-Bewegung und mache jetzt gerade so sehr
12 viel zu Verkehr und ÖPNV, inwiefern wir auch mit IG Metallern über die Transformation der
13 Wirtschaft reden müssen. Und genau, plane da auch gerade so eine Kampagne in Fridays for
14 Future. Das ist auch sehr *spannend* und genau, bin mal hier mal da gewesen, hab mal die
15 bundesweite Presse-Koordination von Fridays for Future gemacht und mach jetzt aber gerade
16 eher so kleinere Kampagnen und mach immer wieder in Berlin so ein paar kleine Aktionen und
17 bin da auch in der Ortsgruppe aktiv bei Fridays for Future.

18

19 **I.** [00:01:25] Jetzt hast du schon so ein paar Kooperationen angesprochen mit anderen
20 Organisationen und sozialen Bewegungen. Ihr habt da einige Bündnispartner*innen
21 deutschlandweit, richtig?

22

23 **K.** [00:01:40] Ja ist ganz unterschiedlich, also es gibt einen globalen Klimastreik und dann
24 sammelt man Unterstützung und dann hat man ein Bündnis von sozusagen hundert,
25 zweihundert Gruppen und die dann für einen Tag dabei sind, wie beispielsweise bei „Alle fürs
26 Klima“ am zwanzigsten neunten zweitausendneunzehn, da hatten wir sicherlich zweihundert,
27 dreihundert Organisationen irgendwo auf der Unterstützungsliste. Aber ich würde sagen, es gibt
28 einen großen Unterschied zu einer Kooperation, die länger ist. Also zum Beispiel haben wir
29 zweitausendzwanzig mit Busfahrern gestreikt und das war halt eine Kooperation, die so: (.)
30 genau sechs bis acht, neun Monate ging. Und da bezieht man sich aufeinander inhaltlich. Man
31 macht gemeinsame Pressearbeit, man macht gemeinsame Aktionen, die Leute lernen sich
32 kennen, bauen Beziehungen, Netzwerke auf. Also da ist die Kooperation sozusagen viel
33 lebendiger als etwa nur ein Aufruf, wenn man das (...?) und verpackt. Und ich glaube, da ist

34 irgendwie immer wichtig zu unterscheiden, was ist ein Aufruf und ein Bündnis für einen Tag
35 und was ist eine langfristige Kooperation, wo man sich aufeinander bezieht? Und die
36 Kooperationen können ganz unterschiedlich aussehen. Es gab auch zweitausendeinundzwanzig
37 gab es dann zum Beispiel „Aufbruchsklima“. Da war die Idee, dass wir in mehreren deutschen
38 Städten richtig große Bündnisse bauen. Mit dem Späti, dem Fußballverein, der
39 Feuerwehrwache und anderen sozial- ja, sozialen und zivilen Gruppen. Und ich würde sagen,
40 es kommt immer drauf an, so, was bedeutet so ein Bündnis. Ich glaube für Aktionstage ist es
41 total genial, meistens Bündnisse zu machen, wenn man irgendwie mehr Kapazität hat und mehr
42 (.) irgendwie auch Messages gleichzeitig transportieren kann. Weil eigentlich kann eine Gruppe
43 ja immer nur eine Message transportieren, so Fridays for Future sagt „Klimaschutz“. Und wenn
44 wir jetzt aber zum Beispiel mit ‚Rheinmetall entwaffnen‘ haben wir jetzt letztens einen
45 Aktionstag zusammen gemacht und da war dann auch noch mal die Message, ja auch gegen
46 Krieg und Aufrüstung. Und auf einmal konnten wir halt drei, vier Messages rüberbringen und
47 nicht nur eine. Und das ist sehr spannend. Und ich glaube aber, wenn es wirklich so, wenn man
48 sagt, dass ist ein Kampf oder one struggle oder so, dann muss das schon bedeuten, dass man
49 irgendwie langfristig zusammenarbeitet und sich (.) genau gegenseitig stützt, gemeinsame
50 Forderungen aufstellt. Das ist irgendwie auch immer so ein Punkt, der da kommt, also auch in
51 diesem TV-Entlastung, genau, TV-N, das war diese Verkehrs-Kampagne und da ging es dann
52 auch irgendwann darum, wir wollen eine sozial ökologische Verkehrswende und das wollen
53 wir gemeinsam erreichen. Deswegen braucht es einen Entlastungs-Vertrag für Busfahrer*innen
54 (.) und einen gemeinsamen Tarifvertrag und bei uns braucht es irgendwie auch noch die Power
55 auf der Straße, also ein gemeinsamer Streik und das- und dann kann man irgendwann diese
56 Forderungen zusammen entwickeln und, genau mit ‚Unteilbar‘ hatten wir eine gemeinsame
57 Kooperation (.) Ähm, genau. Dann gibt es mal so Kooperation, die nicht so
58 öffentlichkeitswirksam sind, die aber total wichtig sind für so eine starke Bewegung. Also
59 genau, dass entweder Leute in zwei Bewegungen gleichzeitig sind und wieder Kontakte haben,
60 oder zum Beispiel wenn wir jetzt, uns ‚Ende Gelände‘ anschauen, dann ist es halt häufig auch
61 so gewesen, es gab irgendwie eine Demo und dann gab es das Ende Gelände-Camp, und dann
62 hat man geguckt, wie passt das beides zusammen. Und man hatte dann immer wieder
63 Verbindungspersonen, die das zusammentragen konnten und irgendwie so kann man sich halt
64 auch Vorteile gegenseitig schaffen, oder dass irgendwie eine Mahnwache angemeldet wird,
65 damit andere Aktivistis auf einen Bagger klettern können. Also so, ich glaube, genau, wie ich
66 finde es immer schwierig alles Kooperation zu nennen. Ich habe eher das Gefühl, das sind so
67 Beziehungen, die man gemeinsam aufbaut und die man, in jedem gemeinsamen Kampf für

68 Klimagerechtigkeit braucht. Und ich glaube die Chance darin liegt, das nicht so technisch zu
69 sehen, sondern eher so ein bisschen eine vertrauensvolle Beziehung, die uns zu einer besseren
70 Gesellschaft irgendwo führen.

71

72 **I.** [00:05:26] Ja, eher so was wie eine Solidarisierung insgesamt?

73

74 **K.** [00:05:30] Ja, voll, so solidarische Beziehungsweisen zueinander zu bekommen, ja.

75

76 **I.** [00:05:37] Bevor wir weitergehen, würde ich dich vielleicht noch mal fragen. Was verstehst
77 du eigentlich unter dem Begriff zivilgesellschaftliches Engagement? Was bedeutet das für dich,
78 dich bei Fridays for Future zu engagieren?

79

80 **K.** [00:05:57] Mh (2) ich glaube, es gibt tatsächlich einen Unterschied zwischen Aktivismus
81 und zivilgesellschaftlichem Engagement, weil zivilgesellschaftliches Engagement ist, genau
82 vielleicht eher so eine Form von: „Ich bin einmal die Woche bei der Feuerwehr und guck, dass
83 ich damit helfe“ oder „Ich gehe auch einmal auf eine Demo im Monat“ und Aktivistin zu sein
84 oder sich zu organisieren bedeutet viel mehr in einem Gefüge zu sein, oder einer Organisation,
85 die nicht irgendwie eine Institution ist, sondern die selbstorganisiert ist, also so (.) Bei uns wird
86 niemand bezahlt, bei uns gibt es keine Gesetze oder so, an die wir uns halten, wir haben uns
87 selbst Strukturen gegeben, wir geben uns selbst Prozesse. Wir geben uns selbst alles das, was
88 wir brauchen und das, deswegen bedeutet das für mich irgendwie auf jeden Fall auch sehr viel
89 mehr als ein bisschen Engagement, sondern eher die Einstellung: „Okay, wir sind Aktivistinnen
90 für Klimagerechtigkeit, wir wollen was erreichen. Und natürlich ist am Anfang vielleicht genau
91 dieses Aktivistin sein so ein bisschen Engagement oder ein bisschen mehr&mehr machen. Aber
92 ich glaube, irgendwann übersetzt sich das in: „Okay, ich weiß, ich widme mein Leben jetzt
93 irgendwo dafür. Oder ich kann dafür mit allem, was ich habe, dafür einstehen. So viel Kraft,
94 wie ich hab“. Ja.

95

96 **I.** [00:07:17] Also würdest du da differenzieren zwischen Engagement und Aktivismus? Also
97 Aktivismus ist dann noch mehr eine Form, in der du dich mehr einbringst, mehr gibst?

98

99 **K.** [00:07:30] Ja, das schon. Also ich würde sagen, Engagement ist schon so ein bisschen so:
100 „Ich leb mein Leben weiter, es ist alles cool wie es ist. Aber ich mache noch so ein paar gute
101 Sachen, das tut meinem Karma gut“ Und das ist auch überhaupt nicht verwerflich. Und ich

102 glaube, den Punkt hat jeder irgendwo. Aber ich glaube so in dem Moment, wo man irgendwo
103 sich selbst als Aktivistin fühlt oder merkt: „Okay, ich mach mehr oder ich bin organisiert und
104 plane Sachen“ und irgendwie so, das bestimmt auch bei mir mein Denken oder so. Dann glaube
105 ich, kann man es nicht mehr unter Engagement fassen irgendwann (lacht)

106

107 **I.** [00:08:01] Ja. Okay, was hat dich dazu bewogen, dich bei Fridays for Future mit
108 einzubringen? Wie kam das zustande?

109

110 **K.** [00:08:16] Also ich habe ein Freiwilliges Ökologisches Jahr gemacht und da haben wir sehr
111 viel über Klima und so gesprochen und dann haben auch sehr viele Aktivistinnen, die ich dann
112 kennengelernt habe, haben auch FÖJs gemacht und es gab irgendwie über diese sozialen
113 Freiwilligendienste voll so eine, ja, so eine Gruppe von Menschen, die da direkt eingestiegen
114 sind. Und ich habe am Anfang eher so, ich war bei Demos und irgendwann habe ich
115 mitorganisiert. Und ich glaube aber, dass vor allem so ein Ding war, war so Leute, die ich da
116 kannte. Also irgendwie. Ich kannte so zwei, drei, die da mitgemacht haben und die eine hatte
117 vorher auch ein FÖJ gemacht, ein anderer Kumpel, der war dann in Berlin schon, ja ich hab das
118 in Lüneburg gemacht, und der war in Berlin und hat da die Proteste dann mitorganisiert. Und
119 dann hab ich davon gehört und so. Und ich habe gerade das Gefühl, dass so vor allem so Leute,
120 die ich kannte, krass dafür gesorgt haben, dass ich da hingegangen bin und dann aber auch so
121 ein krasses zweitausendachtzehn-Jahr. Und ich wollte eigentlich schon vor Fridays for Future
122 schon zu ‚Ende Gelände‘ hinfahren und habe mich aber nicht getraut und so und dann irgendwie
123 so ein bisschen gewartet noch mit dem Aktivismus und irgendwann war das dann doch so klar,
124 ich mach das jetzt irgendwie. Und dann bin ich da auch nicht mehr so von weggekommen.

125

126 **I.** [00:09:35] Ähm, okay. Kaja, wie schätzt du die Klimakrise ein? Wo stehen wir gerade?
127 Deiner Meinung nach.

128

129 **K.** [00:09:46] Ich würde sagen es ist ganz krass, so vor einer Woche ist der neue IPCC-Report
130 rausgekommen, der sagt ganz klar, wir haben jetzt ungefähr noch drei Jahre, um umzusteuern
131 und die Emissionen, wie sie gerade laufen, werden uns in einen katastrophalen Zustand (.)
132 verlegen. Genau. Eigentlich- sogar der UN-Generalsekretär sagt, genau es ist irgendwie so, als
133 wären alle Regierungen und Konzerne kriminell in dem Sinne, wie sie gerade handeln, indem
134 sie die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen zerstören und es braucht eigentlich jetzt
135 einen Systemwandel. Und das finde ich schon spannend, dass die schon von Systemebene so

136 reden, obwohl das in so einer Konservativenbubble selbst hier in Deutschland auf jeden Fall
137 verschrien ist, und dass es irgendwie ein anderes Wirtschaftssystem braucht ist irgendwie
138 anscheinend auch langsam bei denen klar, damit die Emissionen sich reduzieren können. Also
139 genau, wir haben irgendwie so drei Jahre und mit dabei- im Moment sieht es so aus, als wäre
140 zweitausendsechzig zirka auf Nettonull. Wir müssen aber bereits zwanzigdreißig,
141 fünfunddreißig bei Nettonull sein. Und genau das sieht man auf jeden Fall überhaupt gerade
142 nicht. Und die Klimakrise ist, würde ich sagen, einfach seit- sie ist einfach jetzt schon da und
143 das sieht man irgendwie in vielen Regionen, wie der Amazonas wird langsam zu einem Gebiet,
144 das nicht mehr Emissionen aufsaugt, sondern dadurch, dass es zu heiß geworden ist, sogar noch
145 mehr Emissionen produziert. In Afrika gibt es mehrere Länder, wo bei Menschen einfach
146 Hungersnöte ausgebrochen sind und wo Menschen einfach sterben. Und vor allem zeigt sich ja
147 die Klimakrise auch in so Gerechtigkeitsfragen. Also genau. Wie, es gibt Konflikte um Wasser,
148 um Ressourcen und Co. Menschen müssen flüchten und wir in Europa machen die Tore zu und
149 sagen: „Ja okay, ihr könnt auf jeden Fall nicht aufgenommen werden“. Und deswegen sind
150 irgendwie auch Kämpfe um Klimagerechtigkeit mehr als nur um Emissionen, sondern auch um
151 sichere Fluchtwege und die Aufnahme für alle Geflüchteten. Und es geht auch darum, wie Leute
152 mit der Klimakrise umgehen, jetzt sehen wir schon, gerade der Gaspreis steigt krass an. Eher
153 durch so einen Krieg. Aber wir haben uns halt von Fossilen abhängig gemacht. Deswegen ist
154 das auch irgendwie Teil der Klimakrise und deswegen steigen jetzt Lebensmittelpreise. Und es
155 sind wieder die betroffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Hier in Deutschland als
156 auch im globalen Süden zum Beispiel. Und daher sieht man so ein bisschen, dass wir so multiple
157 Krisen quasi haben mit Pandemie, Krieg und Klimakrise, die genau irgendwie immer wieder
158 denen am meisten schaden, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Und ähm. Ich würde
159 sagen, es sind sehr&sehr desolat aus und (.) ein bisschen die Frage, wie&wie das überhaupt
160 umgesteuert werden soll. Also ich sehe das ehrlich gesagt gerade nicht so realistisch. Ich glaube,
161 in drei Jahren wird sich nicht die komplette Welt verändern. Aber ja, we'll see.

162

163 **I.** [00:12:26] Ja, du hast jetzt auch schon einige Sachen angesprochen. Ich würd gerne noch mal
164 über Gerechtigkeit mit dir sprechen. Was bedeutet soziale Gerechtigkeit für dich? Wie würdest
165 du das für dich definieren?

166

167 **K.** [00:12:49] (2) Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen nach ihren (.) ja,
168 Grundbedürfnissen einen gerechten Zugang haben, also sozusagen, dass die Leute so viel an
169 irgendwie genau Ressourcen und- ja, wie sagt man? Ressourcen, Wissen, Bildung haben, die

170 sie gerade brauchen und nicht, die sozusagen, nicht, dass es so eine krasse unfaire Verteilung
171 gibt von Gütern, Ressourcen, Wissen, Macht. Und das auch gerade irgendwie Gerechtigkeit
172 bedeutet für mich auch, dass es sozusagen eine Ermächtigung gibt von denen, die unterdrückt
173 werden, also dass sozusagen vor allem wie BIPOCs oder auch Menschen, die, genau, irgendwie
174 auch eine klassistische- oder irgendwie eine andere Klasse haben, die sich ermächtigen und
175 dass Menschen prinzipiell nicht nur gleich sind, sondern dass auch da, wo es Unterdrückung
176 gibt, es ausgeglichen wird erstmal. Also ich glaube, dieser Spruch von „Alle sind gleich“, was
177 bedeutet das denn dann? Ich glaube, Menschen, die seit Jahrhunderten erniedrigt worden sind,
178 brauchen halt Empowerment sozusagen. Und irgendwo bedeutet das auch Reparation. Also
179 soziale Gerechtigkeit bedeutet auch Reparationen an Staaten, die kolonial unterdrückt worden
180 sind und ausgebeutet worden sind. Und irgendwie. Reparationen an Länder, die jetzt von der
181 Klimakrise betroffen sind, aber absolut nichts dazu beigetragen haben, wie die Philippinen zum
182 Beispiel.

183

184 **I.** [00:14:29] Würdest du sagen, dass angesichts der drohenden Klimakatastrophe die Debatte
185 über soziale Ungerechtigkeit nebensächlich ist? Ist das zweitrangig zu betrachten?

186

187 **K.** [00:14:44] Ich würde sagen, dass die Klimakrise oder der Klimadiskurs krass gerade in so
188 eine Richtung geht von kognitiver Dissonanz, also die Leute nehmen es einfach gar nicht mehr
189 wahr. Und es ist einfach so. Es passieren zwar Dinge, die unmittelbar damit zu tun haben, aber
190 keine Ahnung- eigentlich ist Klima immer eh egal. Also so das Gefühl, man kann sich gar nicht
191 mehr damit beschäftigen. Wenn man sich damit beschäftigen würde, dann müsste man ja
192 komplett sein Leben umstellen. Und das ist ja total crazy, so. Und ich würde aber sagen, dass
193 sich eigentlich so Konflikte um Klima krass an sozialen Verwerfungen sich langsam
194 orientieren. Also sozusagen die sozialen Linien von sozialer Gerechtigkeit, die werden krass
195 getackelt gerade. Und dass es da eigentlich eine krasse Umverteilung braucht zum Beispiel von
196 Geld, ähm Lebensmittel, Macht und Co. das (.) wäre jetzt eigentlich total logisch? Zum Beispiel
197 diese Entlastungspakete sind ja irgendwie eigentlich ein- ja eine Reform um sozusagen die (.)
198 Umverteilung in dem geringsten Maße wie möglich zu machen. Und jetzt sieht man ja aber
199 eigentlich, okay es wird eine Energieknappheit geben im Winter. Damit werden wir in Zukunft
200 konfrontiert sein. Das ist jetzt die Spitze des Eisbergs. Und unsere Idee darauf ist halt, Frieden
201 gegen Putin. Die Verantwortung wird auf den Einzelnen abgewälzt. Das ist halt krass ungerecht
202 und ich glaube, da muss man mal sagen: „Stimmt, wir müssen die Autoproduktion runterfahren,
203 warum produzieren wir eh noch Autos?“ Da brauchen wir keine Energie für, weil wir brauchen

204 auch keine Autos. Und dass wir auch jetzt so eine krasse Rüstungsproduktion anschmeißen
205 und damit weiter Konflikte weltweit anheizen, dafür haben wir auch Gas. Und Kohle. Aber für
206 die eigene Wohnung der Mieter*innen haben wir keine, kein Gas. Ich glaube so, da muss
207 irgendwie auch die Klimabewegung dazulernen und soziale Forderungen in Richtung
208 Umverteilung viel krasser spielen, weil daran sich die nächsten Klimakonflikte glaube ich
209 orientieren werden. Also glaube ich, genau, es rückt nicht in den Mittelpunkt, wir müssen es
210 nur zusammenbringen, hab ich das Gefühl.

211

212 **I.** [00:16:36] Sehr spannender Standpunkt. Ich hatte noch so eine, so eine These, die das ganze
213 ein bisschen zugespitzt hat. So ein bisschen hast du dich dazu schon positioniert. Ich würde
214 dich trotzdem noch mal fragen. Also die lautet: „Ich finde es gut, wenn Energie und Spritpreise
215 steigen und weniger Menschen Auto fahren oder mit dem Flugzeug fliegen können“ Genau das,
216 was du vorhin schon angesprochen hast, also eine Verteuerung von Sprit, Gas, was auch immer,
217 sodass sich es einfach weniger Menschen leisten können. Wie würdest du dich dazu
218 positionieren?

219

220 **K.** [00:17:18] Ne, also, das ist so ein Quatsch glaube ich als Aussage, weil das Leute jetzt nicht
221 mehr zur Arbeit kommen können und ihren Job verlieren, dadurch noch ärmer werden weil der
222 Spritpreis so hoch ist, das ist auf jeden Fall- genau, irgendwie finde ich, da sollte man auch
223 innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung irgendwie den Standpunkt der sozialen
224 Gerechtigkeit haben und sagen: „Naja gut, so schnell kann es nicht gehen“. Was wir aber sagen
225 müssen ist, theoretisch natürlich muss Sprit so teuer sein, auf jeden Fall. Es kann auf jeden Fall
226 nicht sein, dass so eine Ressource, die krass viel für Klimazerstörung als auch für die
227 Erwärmung der Erde verantwortlich ist, dass es so: wenig kostet. Das auf jeden Fall. Plus die
228 Regierung muss halt dafür sorgen, dass sozusagen, es muss halt politische Maßnahmen geben,
229 die eine Alternative bieten. Selbst wenn wir sagen, es gibt jetzt kostenlosen ÖPNV für drei
230 Monate. Coole Idee erst mal, aber (lachend) auf dem Land gibt es halt kaum Infrastruktur (+),
231 die ausgebaut ist, und Linien, die regelmäßig fahren. Wenn da ein Bus einmal am Tag kommt,
232 dann ist das keine Alternative zum Auto. Dann ist es trotzdem schön, dass in den Städten die
233 Leute auf Bus, Bahn oder S-Bahn umsteigen. Aber trotz dessen ist es trotzdem ein Problem,
234 dass Leute auf dem Land abgehängt werden. Und ich glaube eigentlich (.) genau, ist irgendwie
235 so eine Beschäftigung mit Energie- und Strompreisen auf so einer Metaebene nett. Aber das ist
236 nicht das, was die Leute am ehesten betrifft. Deswegen braucht es gute Alternativen und die
237 muss halt Bewegung ansprechen. Dann müssen wir als Bewegung halt sagen: „Okay, ich brauch

238 kostenlosen ÖPNV, aber für immer plus den Ausbau der Infrastruktur und mehr Jobs daran“.
239 Dann kann man nämlich auch irgendwo eine Wende schaffen. Aber ich glaube, so wie es jetzt
240 läuft, ist halt so, die Verantwortung wird auf den Verbraucher *abgewälzt*. Dann sagen noch
241 Klimaleute, die sich vielleicht nicht so viel mit sozialer Gerechtigkeit befassen: „Ey ist doch
242 super, dann fahren die nämlich alle Fahrrad“. Ja gut, ist glaube ich auch nicht so easy mal eben.
243 Und dann muss man halt irgendwie gucken. Genau. Was kann man als Alternativen
244 proklamieren oder dafür streiten?

245

246 **I.** [00:19:15] Okay, ähm, also wir haben über verschiedene Themenblöcke gehabt über
247 zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gesprochen. Ähm,
248 ich würde das jetzt gerne zusammenbringen. Der Begriff der sozial ökologischen
249 Transformation sagte vielleicht was. Würdest du grundsätzlich erst einmal soziale
250 Gerechtigkeit und Klimaschutz als gegensätzliche Themen in der öffentlichen Debatte
251 wahrnehmen?

252

253 **K.** [00:19:54] Es wird immer mal wieder vor allem von konservativen Kräften versucht, die
254 beiden Themen gegeneinander auszuspielen, also zum Beispiel „Klimaschutz kostet uns Jobs“
255 oder „Klimaschutz ist schlecht für die Miete“. Ähm, genau da würde ich einfach immer sagen
256 als Gegenargument genau, es ist halt die Frage: „Was priorisiert man an Geld?“ Also wir
257 können auch einfach tausende grüne Klima-Jobs schaffen und dann kommt das zusammen.
258 Oder wir können auch dafür sorgen, dass einkommensschwache Familien nicht auf ihrer Miete
259 sitzen bleiben bei einer sozial-ökologischen Modernisierung, sondern dass die Modernisierung
260 vom Vermieter bezahlt wird. Also ich glaube, es gibt immer eine Möglichkeit, sozial gerechten
261 Klimaschutz zu machen. Das sollte auch immer unser Fokus sein. Ja.

262

263 **I.** [00:20:38] Hast du das Gefühl, dass Klimaschutz- oder wie erlebst du das vielleicht auch in
264 deinem Umfeld von Aktivist*innen bei Fridays for Future- Hast du das Gefühl, dass
265 Klimaschutz ein Thema ist, das eher höhere soziale Schichten bewegt?

266

267 **K.** [00:20:58] Mh (.) also ich glaube, Fridays for Future wird ja schon vorgeworfen, ein Haufen
268 von Akademiker-Kids zu sein so, und ich glaube aber, dem tut man ungut, weil ich schon das
269 Gefühl habe, dass es eigentlich eine diverse Gruppe ist, an Leuten so. Und vor allem kann man
270 ja nicht jeder Person ansehen: „Ah du bist weiß und Akademikerkind“, also wir haben auch
271 Arbeiterkids bei uns und ich glaube das ist so, genau, irgendwie eigentlich eine diverse Gruppe.

272 Natürlich muss man sich trotzdem damit befassen, was Klima-Kommunikation bedeutet. Also
273 immer wieder irgendwelche IPCC-Reports runterzurattern ist nicht so der einfachste Weg, um
274 Leute zu überzeugen fürs Klima auf die Straße zu gehen. Da muss man immer sagen
275 Klimaschutz heißt irgendwie Arbeitsschutz oder so und dann ist das auch verständlich. Also
276 ich glaube, da geht es auch viel um Kommunikation, Wörter, wie drückt man Dinge aus, wie
277 wirbt man mit Dingen und auf welche sozialen Belange geht man ein? Natürlich, wenn man
278 jetzt nur von davon spricht, auch so: „Bitte rettet unseren Planeten“ oder „Wir gehen freitags
279 für die Zukunft auf die Straße“. Damit, genau, impliziert man schon, dass man selbst noch gar
280 nicht betroffen ist von der Krise. Menschen im globalen Süden sind schon seit Jahrzehnten
281 betroffen von der Klimakrise, vom ansteigenden Meeresspiegel, von ausfallenden Ernten. Also
282 da macht man direkt so einen Unterschied eigentlich auf. Deswegen sollte man auch immer
283 wieder hinterfragen, wie (.) klassistisch oder wie eurozentrische die Bilder sind, die man
284 vermittelt.

285

286 **I.** [00:22:24] Ähm, hast du manchmal das Gefühl, dass du selbst in einen Zwiespalt zwischen
287 den Themen soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gerätst oder bringst du das für dich selbst
288 irgendwie gut miteinander in Einklang?

289

290 **K.** [00:22:51] (4) Also ich glaube, in der Form, wie ich Politik mache, ist es für mich überhaupt
291 gar kein Widerspruch. Ich habe eher das Gefühl, ich muss eher dafür kämpfen, dass andere
292 Leute das auch nicht als Widerspruch sehen? In Interviews zum Beispiel oder selbst in der
293 Bewegung manchmal. Und ich glaube aber (.) was mich manchmal zum Stutzen bringt, ist eher
294 so, wenn Menschen nur sozusagen für (.) immer wieder für Emissionen verringern&Emissionen
295 verringern, wir brauchen jetzt Windkraft&Windkraft, und du bist irgendwann so- gut. Ich
296 glaube, alle Leute sind eigentlich für Windkraft, außer die aus dem Saarland, die den Abstand
297 da wollen, aber eigentlich brauchen die Leute halt sozusagen eine (...?) warum sollen sie dann
298 auf die Straße gehen? So ja, weil es auch um ihre Miete, um ihren Spritpreis geht. Weil es
299 irgendwie die Lösung für alle braucht. Und also, ich habe eher das Gefühl, dass man da Kämpfe
300 in der Bewegung teilweise austragen muss. Und genau. Diese beiden Themen als nicht trennbar
301 zu betrachten, ist eigentlich so ein Hauptanliegen auf jeden Fall. Und genau, da spielt dann ja
302 auch noch viel mehr mit rein. Indem man sagt, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ein
303 und dasselbe Ding sind, beruft man sich irgendwo auch auf die Wurzeln der Klimaschutz-
304 Bewegung, die in so einem Umwelt-Gerechtigkeitsbegriff aus den neunzehnhundertachtzigern
305 liegen, die vor allem von BIPOCs eröffnet worden sind. Und wenn man sich das dann auch

306 noch weiter anschaut, dann kommt man halt irgendwann zurück zur antikolonialen Kämpfen,
307 die schon immer gegen Klima, Zerstörung, Umweltzerstörung und Ausbeutung waren. Und
308 wenn man sich dann irgendwie, ja uns irgendwo in so einer Historie von Gerechtigkeitskämpfen
309 sieht, dann, genau, hat man noch mehr das Gefühl „Okay, wir müssen diesen Faktor soziale
310 Gerechtigkeit viel&viel größer machen, um auch bei Menschen so das Denken zu verändern“.
311 Oder so. Ja.

312

313 **I.** [00:24:33] Wir sind auch schon fast am Ende, tatsächlich. Hast du Berührungspunkte zu
314 Gewerkschaften? Du hast vorhin erzählt, ihr habt Kooperationen mit der IG Metall. Wie schätzt
315 du grundsätzlich so den Standpunkt von Gewerkschaften in der Debatte ein? Ja- erzähl mal.

316

317 **K.** [00:25:02] Ja Gewerkschaft, mein Lieblingsthema. Ich glaube eigentlich, so Unions,
318 Gewerkschaften, es ist schon so mit das spannendste Thema. Die haben eigentlich in fast allen
319 Ländern irgendwie Reformen durchgedrückt, die Menschen auf jeden Fall wesentlich besser
320 gestellt hat. Also ich glaube, so dieser alte Gewerkschaften-Hass, den sollte man mal so ein
321 bisschen beiseitelegen von „Ach, die Gewerkschaften sind so zäh und so“ (.) Ja natürlich.
322 Irgendwo sind sie auch jetzt gerade sehr sozialpartnerschaftlich gewesen, die letzten Jahre vor
323 allem in Deutschland. Aber was Gewerkschaften ja auszeichnet ist, es sind ja die Menschen,
324 die sich darin organisieren. Und das sind ja auch Pflegerinnen. Menschen, die im Autowerk
325 schuften, obwohl sie vielleicht auch lieber was anderes produzieren würden, was sie auch
326 könnten. Busfahrer*innen, die Schichten machen, die auch nachts gehen und uns nach dem
327 Feiern alle wieder nach Hause bringen. Und irgendwie, genau (.) Beschäftigte in gewissen
328 Industrien, die auch Niedriglohnjobs haben, die als erstes- das wissen alle – das sind die
329 Menschen, die als erstes von der Klimakrise in Deutschland betroffen werden seien, durch
330 Preissteigerungen bei Lebensmitteln, durch die fehlende Absicherung bei Katastrophen,
331 Umweltkatastrophen, die das. Und ich glaube, wenn man sich anguckt „aha, da stehen
332 Menschen hinter der Gewerkschaft und das ist nicht nur dieser Apparat, der da oben ist“, wo
333 man irgendwo auf jeden Fall teilweise so weilde Berührungspunkte hat, dann weiß man, dass
334 man auf einer Seite steht. Zum Beispiel haben wir im letzten Sommer mit der Berliner
335 Krankenhaus-Bewegung auch zusammen gestreikt und haben irgendwie eine Demo zum
336 Krankenhaus gemacht. Haben die beim Streik unterstützt, weil wir genau wussten, ok, diese
337 Pflegekämpfe, das sind auch Klimakämpfe (.) und auch dieses Jahr fangen wir wieder ein
338 Gespräch an, ganz viel mit IG Metallern über Autowerke gesprochen. Also da braucht es ja
339 diese krasse sozial-ökologische Transformation, von der immer alle sprechen. Was das konkret

340 bedeutet, ist zum Beispiel, in dem Werk wird von den Mitarbeitern bestimmt, dass keine Autos
341 mehr gebaut werden, sondern Busse, Schienen und Züge. Und ich glaube so, das ist ja so der
342 Punkt, den wir machen müssen, den wir auch in die öffentliche Debatte tragen wollen, dass
343 sozial-ökologische Transformation nicht weh tut (.) sondern dass das irgendwie unser Leben
344 viel lebenswerter macht. Und ich glaube, das wissen vor allem die Beschäftigten, die vor allem
345 jungen Leute in den Gewerkschaften, also genau, in der verdi-Jugend, der IGM-Jugend gibt es
346 diese Stimmen, die ganz *laut* sind und ich glaube, das muss man halt noch mal ein bisschen
347 klarer machen. Und dass man trotz dessen auf Konflikte stößt, ist auch total klar. Ich meine so,
348 dass ich jetzt nicht mich komplett direkt dicke anfreunde mit den Leuten, die im Autowerk
349 arbeiten ist schon klar, weil eigentlich will ich, dass gar keine Autos mehr fahren, weil wir
350 genau nur diese fucking drei Jahre Zeit haben um umzusteuern. Da ist eigentlich Autofahren
351 jetzt komp- komplett weird, wenn man sich das mal so zusammen anguckt. Aber trotz dessen
352 will ich ja mit den Menschen reden, weil die Menschen sind ja *nicht* dafür verantwortlich,
353 sondern es sind Konzerne, die das bestimmt haben, dass diese Menschen dafür arbeiten wollen.
354 Und es wissen die Leute, die Kollegen dort auch so, dass die nicht entschieden haben, dass sie
355 Autos bauen, sondern dass sie da arbeiten, den Lohn kriegen und halt irgendwas bauen, was
356 gestohlen wurde, sozusagen. Und ich glaube, genau darin liegt die Kraft von so
357 gemeinschaftlicher Solidarität neue Forderungen aufzustellen, über eine andere Zukunft
358 nachzudenken, eine Vision zu haben, wie es anders aussehen kann. Und dann wieder etwas zu
359 sagen, genau, jetzt müssen wir halt auch Autoproduktion halbieren und ÖPNV-Kapazität
360 verdoppeln. Deswegen müssen wir auch mehr Busse und Bahnen zum Beispiel produzieren.
361 Und ich glaube so in die Richtung kann es für mich voll gehen und dann finde ich es auch voll
362 cool mit Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Und wie gesagt, als wir mit den Busfahrern
363 zusammen gestreikt haben, war das ja auch total cool, wir hatten mega Zooms, wo teilweise
364 hundert, hundertsechzig Leute drin waren, die gemeinsam dann Proteste in verschiedenen
365 Städten organisiert haben. Wo es ganz klar um Verkehrswende, soziale Transformation geht
366 und die Leute genau, krass (lachend) hyped (+) sozusagen rausgegangen sind aus den Zooms
367 und sich bestärkt haben in so gemeinsamen Kämpfen, die man hat.

368
369 **I.** [00:28:47] Ja, das hat ja riesiges Potenzial. Und irgendwie braucht es ja auch den Konflikt,
370 um irgendwie was verändern zu können. Ähm, ja. Ich habe keine Fragen mehr (.) eigentlich.
371 Gibt es noch was, was du sagen möchtest?

372

373 **K.** [00:29:07] Ich hab das immer nur so ein bisschen angeteasert, aber ich glaube, was ich noch
374 gern sagen würde ist (.) wenn man so Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu Ende denkt
375 oder wenn man irgendwie weiß, dass es irgendwo auch, ganz schön krass aussieht mit der
376 Klimakrise, dann (.) muss man glaube ich irgendwann so ein bisschen über unser
377 *Wirtschaftssystem* nachdenken und genau das trifft auch, warum es keine soziale Gerechtigkeit
378 gibt, weil sozusagen im Kapitalismus eigentlich Klimaschutz gar nicht möglich ist. Also wenn
379 wir wirklich Klimagerechtigkeit erkämpfen wollen, dann brauchen wir halt einen
380 Systemwandel, weil (.) genau, auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen kann es halt kein
381 endloses Wachstum geben. Deswegen müssen wir halt viel klarer überlegen, was wir
382 produzieren, wie viel davon und wer bekommt das und irgendwie solidarischer wirtschaften
383 und eine solidarischere Ökonomie haben. Und ich glaube schon essenziell dafür, dass irgendwie
384 auch soziale Gerechtigkeit zum Ende kommt und es nicht nur den besseren Arbeitsschutz gibt,
385 sondern dass die Menschen bestimmen können, was sie produzieren wollen. Zum Beispiel.

386

387 **I.** [00:30:02] Ja, ganz spannend. Für meine Arbeit werde ich mich wahrscheinlich auch noch
388 mit Degrowth und Post-Wachstum beschäftigen. Das ist dann vielleicht auch ein Ansatz, der
389 dafür sehr spannend ist.

390

391 **K.** [00:30:18] Ja, also falls du Lust hast, es zu lesen. Beim ‚Konzeptwerk Neue Ökonomie‘ gibt
392 es relativ viel zu Degrowth und Klima? Die Arbeiten dazu, das ist sozusagen so eine Stiftung
393 und die haben auch schon mal Visionen gemacht, wie kann Klimagerechtigkeit 2030 aussehen
394 oder was ist bis dahin passiert (.) Genau, was könnte ein Ansatz sein, wie wir wirklich eine
395 Postwachstumsgesellschaft haben. Und ich glaube genau, es ist total schwierig teilweise sich
396 historisch davon abzugrenzen, weil ich glaube dann kommen immer schnell diese Sozialismus,
397 Anarchismus-Debatten und die schaden uns glaube ich so ein bisschen dem Denken, dass es
398 immer so vorbelastet ist. Basically geht es aber einfach nur darum, dass wir nicht mehr so
399 wirtschaften, indem wir alles kaputt machen, weil du eben immer wieder Profitmaximierung
400 willst. Dann musst du halt irgendwie genau entweder an Geld sparen für deine Beschäftigten
401 oder halt Dinge kaputt machen in der Umwelt, damit irgendwas bauen kannst. Und ich glaube
402 so darüber mal so ein bisschen länger nachzudenken. Das wäre ja auch sehr wichtig für Fridays
403 for Future. Also ist irgendwo auch noch so eine Organisation, die sich so ein bisschen bedeckt
404 hält. Was das Gespräch über Wirtschaftssysteme angeht. Aber ich glaube eigentlich, irgendwo
405 ist es so sehr common. Schon dass die Leute wissen okay, der Kapitalismus ist schon irgendwo

406 das Problem. Aber man will es nicht so offen aussprechen (lacht) das sind die Leaks jetzt hier,
407 genau.
408
409 [...]

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 2.2.3: Interview mit Herrn J.

1 Online-Interview mit Herrn J. (Name geändert), Vertreter der IG BCE

2 am 07.04.2022, Dauer: 37 Minuten

3

4 **I.** [00:00:01] Okay, jetzt habe ich mich ja gerade kurz vorgestellt. Vielleicht möchten Sie noch
5 einmal kurz sagen, wer Sie sind, was Sie bei der IG BCE machen? Genau. Erzählen Sie
6 vielleicht mal was, was über sich.

7

8 **Herr J.** [00:00:34] [...] ich darf mich im Rahmen meiner Tätigkeit bei der IG BCE um die
9 Themen Strukturpolitik, Industriepolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, also einige
10 Politikfelder kümmern. Ähm und kümmern bedeutet, dass wir als Gewerkschaft versuchen, die
11 Arbeitswelt im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen zu gestalten. Und das umfasst auch für
12 uns diese beiden Themenfelder, weil natürlich auch dadurch die Arbeitswelt massiv beeinflusst
13 wird und auf der anderen Seite diese Felder die Grundlage dafür schaffen, dass Arbeit überhaupt
14 entstehen kann, die wir dann am Ende des Tages mit unseren Tarifverträgen gestalten [...]

15

16 [...]

17

18 **I.** [00:02:38] Okay, sehr spannend. Okay, dann würde ich mal thematisch einsteigen. Ich habe
19 das Ganze so ein bisschen in verschiedene Themenblöcke gegliedert. Ich würde jetzt einmal
20 mit dem Begriff zivilgesellschaftlichen Engagements starten. Was verstehen Sie darunter? Was
21 bedeutet das für Sie?

22

23 **Herr J.** [00:03:07] Also Zivilgesellschaft bedeutet für mich, dass man natürlich versucht,
24 Partikularinteressen, die in einer Gesellschaft ja normal sind, unter einen Hut zu bringen und
25 sozusagen nach dem Aushandeln eines- der Konflikte, in dem man Kompromisse schließt oder
26 ähnliches, entsteht dann sozusagen ein zivilgesellschaftlicher Konsens. Und das umfasst
27 natürlich ganz&ganz viele Menschen. Und ein Engagement in diesem Zusammenhang bedeutet
28 entweder, diese Konflikte auszutragen und Kompromisse auszuhandeln und danach sozusagen
29 den Konsens in diesem Zusammenhang mitzutragen. Und das kann vielfältig sein. Ich glaube
30 also, wir haben ja viele Vereinsstrukturen in Deutschland. Das ist, glaube ich, eine deutsche
31 Eigenart bei uns. Das kann diese Zivilgesellschaft sein, also zum Beispiel im Karnevalsverein,
32 genauso wie beispielsweise ein&ein- eine Institution, die sich für ein bestimmte- bestimmtes
33 Ziel einsetzt, sage ich mal.

34

35 **I.** [00:04:28] Würden sie Ihre Gewerkschaftsarbeit als&als zivilgesellschaftlichen Bereich
36 fassen?

37

38 **Herr J.** [00:04:38] Ich sehe Gewerkschaft ein bisschen breiter als Zivilgesellschaft, also das ja
39 meistens (.) Meines Erachtens ein&ein Fehler möchte ich nicht sagen, aber ein Missverständnis,
40 das wir NGOs und Gewerkschaften meistens in einem Zungenschlag nennen. Aber ich glaube,
41 dass der Einsatzbereich einer Gewerkschaft viel breiter ist. Weil Gewerkschaft ja eine der
42 wenigen, wenn nicht sogar die einzige Institution ist, die grundgesetzlich verankert im Grunde
43 das (.) Verbindungsstück zwischen Arbeitnehmer, Arbeitgeber im Betrieb (.) und gleichzeitig
44 zwischen Betrieb und Politik darstellt. Wir sind sozusagen das verbindende Element zwischen
45 diesen drei Dingen. Und ich glaube, dass es keine NGOs gibt, die so ein- so eine Funktion hat.
46 Gleichzeitig übernehmen wir natürlich auch Funktionen einer NGO, indem wir einfach
47 Lobbying betreiben für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen. Das gehört dann dazu,
48 wobei Lobby ja leider auch immer negativ besetzt ist. Das muss ja nicht immer was Negatives
49 sein. Aber das brauch ich Ihnen ja nicht zu sagen.

50

51 **I.** [00:05:59] Ja, kommt immer auf den Kontext an, da ist es eben auch erforderlich. Ähm, okay.
52 Was ist Ihnen denn- was für Themen sind Ihnen bei Ihrer Arbeit wichtig? Wofür setzen Sie sich
53 ein?

54

55 **Herr J.** [00:06:17] Also grundlegend, oder meinen Sie jetzt speziell im Kontext des- der
56 Braunkohle?

57

58 **I.** [00:06:25] Im Kontext der Braunkohle. Ja, Sie sind doch viel breiter aufgestellt, stimmt. Im
59 Kontext der Braunkohle würde ich sagen.

60

61 **Herr J.** [00:06:32] Ja, also wir haben ja zahlreiche Branchen, die wir vertreten können (.)
62 dürfen. Und (.) ich glaube, vielleicht fange ich mal im Allgemeinen und gehe auf das Besondere
63 ein, also zum Thema Braunkohle. Allgemein betrachtet geht es uns darum, die Arbeitswelt der
64 Menschen zu verbessern. Das ist sozusagen, der Antrieb, aus dem der ganze- das Ganze
65 überhaupt entstanden ist. Also Gewerkschaften hatten ja immer den Zweck, sage ich mal, den
66 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Stück weit zu *dienen*. In der Historie waren das die
67 Kollegen, die sage ich mal, lesen und schreiben konnten. Die wurden dann von den Geldern der

68 übrigen Kollegen bezahlt, von den Fabrikarbeitern, und die haben dann den Papierkram für die
69 erledigt. Und so ist das irgendwann mal entstanden. Und dann kam da noch einige andere
70 Aufgaben dazu, die er mit der Zeit gewachsen sind. Und heute ist es unser Anspruch, die
71 Arbeitswelt zum Positiven zu gestalten, so wie damals auch, nur mit anderen Mitteln. Wir haben
72 Tarifverträge beispielsweise, wir haben sozialpartnerschaftliche Ansätze, wir haben
73 beispielsweise Betriebsvereinbarungen, wo wir auch stark- stark unterstützend sind, bei dem
74 Betriebsrat, bei dem Aushandeln dieser Dinge. Ja und (.) da wir ja, da komme ich jetzt auf das
75 Besondere zu sprechen in der Braunkohle, da wir ja sozusagen die Braunkohle oder den
76 Bergbau an sich als Branche bei uns haben, geht es einerseits darum, die Arbeitswelt der
77 Kolleginnen und Kollegen, die in der Bergbau-Industrie arbeiten oder aber auch in der
78 Stromerzeugung und Ähnliches, Veredelung, die damit zusammenhängt, einerseits die
79 Arbeitswelt von denen gut zu gestalten. Das ist unser Anspruch und ich glaube, da haben wir
80 auch gute Rahmenbedingungen geschaffen als Organisation. Und andererseits geht es aber auch
81 darum, und da muss man, glaube ich, ein bisschen breiter denken, die Energie, die aus der
82 Braunkohle entsteht, ist ja sozusagen die Grundlage dafür, dass man in vielen anderen
83 Bereichen noch weiter produzieren kann. Und Energie ist ein Rohstoff. Und wir setzen uns
84 dafür ein, dass dieser Rohstoff auch weiterhin verfügbar ist und gleichzeitig (.) bezahlbar und
85 wettbewerbsfähig ist für die übrigen Unternehmen, die davon abhängen. Und wenn man das
86 noch mal weiterdenkt, ähm also in der Wertschöpfungskette denkt, dann beginnt das bei der
87 Braunkohle durch den Abbau. Dann geht das weiter zur Veredelung oder zur Energieerzeugung.
88 Dann wird die Braunkohle zum Teil auch stofflich genutzt. In unseren Branchen (.) und
89 gleichzeitig die Energie (.) ist ein Rohstoff und dann kann man das immer weiter spannen. Und
90 irgendwann landen Sie zum Beispiel auch in den Branchen, mit denen wir eigentlich so direkt
91 nichts zu tun haben, aber die von den Grunderzeugnissen aus unseren Branchen überhaupt ihre
92 Produkte herstellen kann oder ihre Dienstleistung erfüllen kann. Von daher glaube ich, dass die
93 Energiefrage eine der Kernfragen ist, die uns als Gesellschaft noch stark betrifft und der
94 Braunkohleabbau im Besonderen auch mal- für die Menschen, die da direkt beschäftigt sind,
95 noch mal eine besondere Rolle spielt. Und in dem Zusammenhang ist es halt sozusagen die
96 Grundlage (.) für Industrie, industrielle Wertschöpfung, aus der dann viele andere Dinge
97 entstehen können.

98

99 **I.** [00:10:11] Ja. Der Kohleausstieg wird ja- jetzt (.) Es wird jetzt darüber gesprochen,
100 zweitausenddreißig aus der Kohle auszusteigen. Was bedeutet das dann für Sie? Was bedeutet
101 das für die Industrien, für die Arbeiter vor Ort?

102

103 **Herr J.** [00:10:40] Also ich glaube, das ist eine ganz große Herausforderung, die wir- der wir
104 uns auch stellen und die wir auch als Gesellschaft gemeinsam gestalten müssen. Ich glaube,
105 dass die Defossilisierung unserer Industrie, also wenn wir Treibhausgase einsparen möchten,
106 müssen, dann ist das sozusagen ein Faktor davon. Gleichzeitig stellt uns das vor große
107 Herausforderungen. Und zwar (.) sage ich- es gibt viele Abschaltpläne. Wir diskutieren über
108 Daten, wann wir aussteigen. Aber es gibt wenig Einstiegspläne, wann wir die erneuerbaren
109 Energien beispielsweise richtig ausgebaut haben wollen werden. Und ich glaube, wir müssen
110 viel mehr aus der Perspektive her denken, dass wir die Alternativen dafür schaffen müssen,
111 damit das überhaupt gelingen kann. Weil es gibt ja eine energiepolitische Notwendigkeit dafür,
112 dass wir (.) dass wir, sozusagen, den Fokus auf den Ausbau von erneuerbaren Energien und so
113 weiter legen (.) müssen. Was das für die Kollegen vor Ort bedeutet, also die konkret in der
114 Braunkohle beschäftigt sind? Also ich glaube, dass man einerseits, dass man einerseits schauen
115 muss, dass man die weiterbildet. Ich glaube auch, dass da die Leute richtig Bock zu haben, sich
116 weiterzuentwickeln, das ist so, vor allem bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen sehe ich
117 das. So und (.) da sehe ich auch viel Potenzial, dass sich das sozusagen weiterentwickeln kann.
118 Ja und ansonsten müssen wir schauen, dass wir halt Alternativen schaffen für Beschäftigung in
119 der Region und Ähnliches. Und wenn uns das gelingt, glaube ich, dass es eine Chance werden
120 kann, die auch Schule macht an der Stelle. So, was vielleicht ein bisschen kontrovers ist oder
121 äh beziehungsweise, was man vielleicht nicht so ganz vermitteln kann, ist die Tatsache, dass
122 woanders in Europa gerade Kraftwerke entstehen, die auf fossile Energieträger setzen und der
123 Blick dann darauf im Zusammenhang mit unseren Ausstiegsbemühungen führt dann ein
124 bisschen zu Unverständnis.

125

126 **I.** [00:13:19] Ja, das kann ich nachvollziehen. Ich gehe noch mal einen Schritt zurück. Jetzt
127 haben wir das Thema schon so ein bisschen angekratzt. Mit der Defossilisierung. Wie schätzen
128 Sie die Klimakrise überhaupt ein? Wo stehen wir Ihrer Auffassung nach?

129

130 **Herr J.** [00:13:42] Also da gibt es ja wissenschaftliche Studien dazu und Erhebungen. Wir
131 müssen auf jeden Fall handeln. Ich glaube auch, dass das so gesellschaftlich breit anerkannt ist
132 (.) was ich gut finde. Ich glaube aber nicht, dass der Weg dazu sein- Also, hin zu
133 Klimaneutralität sein kann, indem wir uns deindustrialisieren, weil (.) da gibt es so was wie
134 ‚Carbon Leakage‘ beispielsweise. Da werden die Unternehmen zu viel schlechteren Standards
135 und- also Sozial- und Umweltstandards -dann woanders neu entstehen, weil die Produkte ja

136 trotzdem konsumiert werden müssen. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg sein kann, ich
137 glaube, wir müssen ähm die Herausforderung- also die & die technologischen Voraussetzungen
138 dafür schaffen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit wir klimaneutral werden
139 können, ohne unsere industriellen Kerne zu verlieren. Und da sehe ich, anders als manch
140 Andere- Industrie als Partner und weniger als Gegenspieler an. Ich glaube, wenn wir das
141 gemeinsam auf den Weg mach- äh bringen und Soziales, Ökonomie und Ökologie im Dreiklang
142 sehen, gleichwertig, dann wird uns das gelingen. Andernfalls wird das wohl mit sozialen
143 Verwerfungen passieren. Oder aber zu Kosten der anderen zwei Faktoren, die aus unserer Sicht
144 wesentlich sind.

145

146 **I.** [00:15:27] Ja (.) Würden Sie sagen, dass angesichts der drohenden Klimakatastrophe eine
147 Debatte über soziale Gerechtigkeit nebensächlich ist?

148

149 **Herr J.** [00:15:38] Auf gar keinen Fall, weil- also ich würde auch nicht sagen, dass es eine
150 Klimakrise gibt. Also ich glaube, dass das ein- eine Entwicklung ist. Und ich glaube nicht, dass
151 das jetzt erst den Leuten vor zwei Jahren bewusst geworden ist, sondern dass das ein lang-
152 langfristiger Prozess war, der (.) uns dazu bewegt hat, auch schon vorher CO2 einzusparen, in
153 der chemischen Industrie beispielsweise. Von daher (.) glaube ich, dass das Thema schon- also
154 dass das jetzt so ein Stück weit medial gehyped worden ist, das mag an Fridays for Future
155 liegen, aber ich glaube, dass das den handelnden Akteuren schon vorher bekannt war, dass man
156 da sich weiterentwickeln muss. Und da gibt es ja auch vielfältige, vielfältige Entwicklungen
157 und vielfältige Innovationen in dem Zusammenhang (.) beispielsweise, dass man aus CO2
158 Kunststoffe herstellen kann. Was zwar (.) höchst energieintensiv zwar heute noch ist, aber ich
159 glaube, dass man- oder aber, dass man versucht hat, schon vorher Energie einzusparen, massiv.
160 Ich glaube, dass das sozusagen Indizien dafür sind, dass diese Aspekte vorher bekannt waren
161 und dass das Ganze noch mal an Drive gewonnen hat, nachdem man auch die politischen
162 Rahmenbedingungen in Zusammenhang gesetzt hat. Deswegen hat sich ja auch niemand,
163 niemand so wirklich um die- also niemand so wirklich mit harten Bandagen gegen den
164 Kohleausstieg gewehrt, sondern man hat versucht, das Beste draus zu machen. Und die
165 Jahreszahl zwanzigachtunddreißig beispielsweise, die ja ursprünglich in der Debatte stand, ist
166 ja- hat, hat sich daraus entwickelt, dass man einfach die energiepolitische Notwendigkeit für
167 den- für die Braunkohleverstromung erkannt hat.

168

169 **I.** [00:17:41] Okay, ich würde jetzt noch mal in den Block Soziale Gerechtigkeit rüberleiten.
170 Was bedeutet Gerechtigkeit für Sie beziehungsweise was- inwiefern spielt soziale
171 Ungerechtigkeit eine Rolle für Ihre Arbeit?

172

173 **Herr J.** [00:18:08] Hm, also (.) Gerechtigkeit definiere ich für mich persönlich (.) ist ja immer
174 so ein Begriff, jeder nutzt ja gerade den Begriff Gerechtigkeit, ohne wirklich, sozusagen (.)
175 darüber auch nachzudenken, was das bedeutet. Für mich persönlich bedeutet Gerechtigkeit,
176 dass ein- jeder Mensch, unabhängig von sozialer und ökonomischer Herkunft, die Chance
177 haben muss, an gesellschaftlichem Leben zu partizipieren. Und gleichzeitig die Chance
178 bekommen muss, die Talente bestmöglich zu entfalten und ähm (.) da gibt es ja einen
179 Theoretiker, den ich gerne nenne, auch in dem Zusammenhang. Das ist die eine Ebene, aber die
180 andere ist für mich die- der Schleier des Nichtwissens von John Rawls. Und zwar soll es- der
181 Mensch, also der Mensch muss in einer Gesellschaft sein- also die ideale Gesellschaft ist die
182 Gesellschaft, die dem Menschen mit den schlecht möglichsten Startbedingungen das
183 bestmögliche Leben ermöglicht. Und ich glaube, das ist sozusagen mein persönlicher Antrieb,
184 warum ich, sozusagen, diese Gewerkschaftsarbeit auch irgendwann mal aufgenommen habe.
185 Weil ich glaube, dass Gewerkschaften einen immensen Beitrag dazu leisten, dieses Leben zu
186 ermöglichen. Genau. Beantwortet das Ihre Frage? Oder-

187

188 **I.** [00:19:51] -beantwortet es gut, vielen Dank auf jeden Fall. Haben Sie denn das Gefühl, dass
189 das Thema soziale Gerechtigkeit bei der Durchsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz
190 vernachlässigt wird?

191

192 **Herr J.** [00:20:12] In Teilen ja, weil ich glaube, dass man sich insbesondere auf die ökologische
193 Perspektive bezieht. Also ich glaube, dass- dass man, wenn man diese Dinge im Dreiklang (.)
194 sehen würde, die ich gerade geschildert habe, dann hätten wir einige Debatten vielleicht
195 weniger. Und andere wiederum stärker in den Fokus gerückt und (.) ich würde mir wünschen,
196 dass man auch ein Stück weit an die soziale Perspektive stärker noch mal denkt. Also wir haben
197 natürlich- uns ist gelingen, da wirklich auch gute Dinge auszuhandeln im Rahmen der
198 Strukturkommission KWSB. Und wir stehen auch hinter diesem Kompromiss. Genau.
199 Bedauerlicherweise (.) stehen andere Akteure, die das zum Teil mitgezeichnet haben, nicht
200 mehr hinter diesem Kompromiss. Also so hatte man zumindest den Eindruck und da hätte ich
201 mir dann doch eine ehrlichere Debatte gewünscht, weil uns natürlich (.) das Wohl der
202 Kolleginnen und Kollegen sehr am Herzen liegt. Genau deswegen haben wir da auch so viel

203 Arbeit reingesteckt und haben- mussten auch an der einen oder anderen Stelle natürlich Kröten
204 schlucken. Das gehört zu diesem Aushandeln eines Kompromisses dazu.

205

206 **I.** [00:21:39] Ja, das verstehe ich. Ähm. Ja, wir haben jetzt über einerseits Klimaschutz,
207 Klimawandel gesprochen und zum anderen dann eben die soziale Komponente, also soziale
208 Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit. Haben Sie das Gefühl, dass diese beiden Themen in der
209 öffentlichen Debatte als Gegensatz zueinander besprochen und diskutiert werden?

210

211 **Herr J.** [00:22:13] Also in der öffentlichen Debatte würde ich sagen inzwischen nicht mehr so
212 stark. Ich habe schon einige Artikel gelesen, wo ich mir dachte, so: „Okay, man müsste mal
213 auch die ökonomische und soziale Perspektive ein bisschen nach vorne- äh (.) auch
214 diskutieren“. Der Blickwinkel lag immer auf dem aus der ökologischen Perspektive (.) und aus
215 meiner Sicht, wenn wir das- wenn wir nur ökologisch getrieben handeln würden, würden wir
216 uns auch ein Stück weit der Grundlage unserer- unseres Wohlstandes, nämlich der industriellen
217 Wertschöpfung berauben. Das wiederum hätte zur Folge, dass wir diese sozialen
218 Errungenschaften, die unser Staat leistet- natürlich gibt es Dinge, die man verbessern kann,
219 keine Frage. Aber ich glaube, dass wir schon auf einem sehr hohen Standard leben als
220 Gesellschaft. Ich glaube, dass dann die eine oder andere Perspektive oder (.) Debatte weniger
221 einseitig geführt worden wäre so. Und, da würde ich mir zum Teil auch ein Stück weit Empathie
222 wünschen (.) von & von den Leuten, die sage ich mal, relativ wenig mit der Lebenswelt eines in
223 Anführungsstrichen normalen Arbeitnehmers, also jemandem, der in der Fabrik arbeitet. Ja,
224 dass er sich in diese Situation hineinversetzen kann, dessen Arbeitsplatz direkt an, und damit
225 die Existenz direkt von dieser Frage abhängt.

226

227 **I.** [00:23:57] Ja. Ich habe hier eine These, die ein bisschen, ja vielleicht ein bisschen provokativ
228 ist, da würde ich Sie vielleicht einmal bitten, sich zu positionieren. Zwar lautet die: „Ich finde
229 es gut, wenn Energie- und Spritpreise steigen und weniger Menschen Auto fahren oder mit dem
230 Flugzeug fliegen können“. Ganz aktuell ja irgendwie auch sichtbar an steigenden Spritpreisen,
231 Lebensmittelpreisen, was auch immer.

232

233 **Herr J.** [00:24:34] Ich kann da gerne was zu sagen. Also ich bewerte diese These als sehr
234 kritisch. Weil sie ein Stück weit, oder zu großen Teilen an der Lebenswelt der Menschen
235 vorbeigeht. Jemand, der auf dem Land lebt und darauf angewiesen ist, mobil zu sein und
236 beispielsweise zur Arbeit zu kommen, zum Arzt zu kommen oder die Kinder zur Schule zu

237 fahren, der wird von dieser These ebenso wenig halten. Weil, Sie wissen, wir haben
238 Schwierigkeiten, beispielsweise Wohnraum in den Ballungsräumen, da wo die meisten
239 Arbeitsplätze sind, zur Verfügung zu stellen, das ist ein Aspekt. Das heißt, die Leute können
240 nicht mobil sein, in ihrer Entscheidung, wo sie sich niederlassen. Das ist ein Stückweit auch
241 determiniert durch das, was die Leute zur Verfügung haben an Investitionen, also an
242 Einkommen und so weiter. Gleichzeitig sind sie gezwungen, ein Einkommen zu erwirtschaften
243 als Arbeitnehmer. Und sie müssen zur Arbeit fahren. Sie müssen, wie gesagt, diese anderen
244 Dinge tun, die ich ihnen gerade genannt habe. Und in dem Zusammenhang wirkt das (.) wie aus
245 dem Mund von jemandem, der in der Innenstadt wohnt und der die Möglichkeit hat, ÖPNV zu
246 nutzen, die Möglichkeit hat, oder nicht&nicht gezwungen ist, sage ich mal, unabhängig von
247 ÖPNV mobil zu sein und ja, dessen Arbeitsplatz sozusagen von, oder- und damit die Existenz
248 von diesen Dingen abhängt. Und wenn ich noch kurz was zum Thema Preissteigerungen sagen
249 darf, die ja auch mit der mit den steigenden Energiekosten zusammenhängen (.) dann, für- also
250 würde ich auch sagen, dass das sozusagen- also die Leute haben ja schon jetzt wenig Geld zur
251 Verfügung. So, und da frage- da stelle ich mir die Frage, warum die Leute dann am Ende des
252 Tages arbeiten gehen sollen, wenn sie sich nicht (.) also wenn sie damit nicht mal ihre
253 Lebenshaltungskosten decken. Und darum geht es meines Erachtens. Also wenn jemand seine
254 Zeit opfert, um arbeiten zu gehen, sollte diese Person auch ein Stück weit davon profitieren,
255 dass sie sich keine Gedanken am Monatsende machen muss über die Nachzahlung, die
256 möglicherweise ansteht oder über die über Lebensmitteleinkäufe oder sonst was, sondern das
257 müsste eigentlich alles geregelt sein. Und (.) ja, klingt für mich wie eine Wohlstands Debatte,
258 sagen wir es mal so.

259

260 **I.** [00:27:21] Ja, da schließe ich mal an, haben Sie das Gefühl, dass die Debatte über
261 Klimaschutz elitär ist? Oder eher ein Thema, das in höheren sozialen Schichten stattfindet?

262

263 **Herr J.** [00:27:38] Also da gibt es ja auch wissenschaftliche Studien zu. Es wurde im Rahmen
264 einer Studie- wenn Sie mich nach der Quelle fragen, müsste ich Ihnen raussuchen, aber es wurde
265 festgestellt, dass da insbesondere Abiturientinnen und Abiturienten teilnehmen an den Fridays
266 for Future-Demos. Gleichzeitig (.) glaube ich schon, dass das zuerst natürlich- ein schlechtes
267 Klima betrifft, ja auch, ich sage mal Menschen, die aus einer anderen- aus einem anderen
268 Bildungshintergrund kommen, sowieso. Aber dass der Aspekt, dass das nicht zu Wohlstands-
269 Einbußen führen könnte, wenn man jetzt die Klima- (.) die Maßnahmen zur Klimaverbesserung
270 jetzt strikt durchziehen würde, betreffen insbesondere die Personen, die sage ich mal nicht aus

271 einem&einem- (.) oder die insbesondere aus einem bildungsfernen Kreis kommen. Also ich
272 stelle da gerne diese Gegenthese auf beziehungsweise diese ergänzende These.

273

274 **I.** [00:29:03] Gut, okay. Dann vielleicht noch- geraten Sie persönlich manchmal bei Ihrer
275 Arbeit- ich weiß nicht, inwiefern Sie das dann tatsächlich in Ihrer täglichen Arbeit betrifft -aber
276 geraten Sie da vielleicht manchmal in Zwiespalt zwischen dem Wunsch nach sozialer
277 Gerechtigkeit für Arbeitnehmende einerseits und dann aber auch dem Klimaschutz auf der
278 anderen Seite und da insbesondere eben der&der Kohlebergbau, der (.) keine&keine
279 zukunftsfähige Industrie mehr darstellt.

280

281 **Herr J.** [00:29:43] Also ich habe vorhin dargestellt, dass der Ausstieg aus der
282 Braunkohleverstromung eine Herausforderung ist, die wir aber meistern werden. Ich glaube,
283 dass wir die Grundlage dafür haben. Ich sehe da eigentlich gar keinen Widerspruch in sich.
284 Sondern, es geht nicht nur um die Frage, ob wir das machen und gegeneinander aufbringen,
285 sondern die Frage, wie wir es machen. Und wenn wir das richtig anstellen, dann kann das Schule
286 machen. Kann das weltweit dafür sorgen, dass sich andere Industrienationen oder
287 Schwellenländer auf den Weg begeben, den wir ja besch- beschreiten. Und da können wir die
288 Grundlage dafür liefern. Technologisch (.) zum Beispiel. Wir können die Grundlage dafür
289 liefern, indem wir die entsprechenden Produkte zur Verfügung stellen. Von daher glaube ich,
290 dass wir das- dass für diese Herausforderung zu einer Chance machen können. Und dass ich
291 wie gesagt, keinen Widerspruch sehe. Also nicht die Frage, ob wir aus der Kohleverstromung
292 aussteigen, sondern wie wir das machen. Und da komme ich noch mal zu dem, was ich eingangs
293 gesagt habe. Ich glaube, wir müssen uns auch darüber entscheiden oder darüber bewusst
294 werden, dass wir insbesondere Einstiegs-Pläne brauchen und nicht Ausstiegs-Pläne. Und ich
295 glaube, wenn uns der Einstieg gelingt in die erneuerbaren Energien und das wirklich auch in
296 einem Maße, wo wir auskömmlich mit Energie versorgt werden können, dann kann es uns auch
297 gelingen, dass wir diesen vermeintlichen Widerspruch, der aus meiner Sicht nicht existiert,
298 auflösen können, auch in der öffentlichen Debatte.

299

300 **I.** [00:31:24] Okay. Dann noch die Frage. Wie schätzen Sie die Arbeit von Fridays for Future
301 in dieser Debatte ein?

302

303 **Herr J.** [00:31:36] Also ich finde es gut (.) dass, dass man- dass es Engagement gibt, also- ich
304 finde es gut, dass das insbesondere auch junge Menschen politisiert. Was ich ein bisschen

305 kritisch finde in dieser Frage ist, dass wir (.) schauen müssen, dass die (.) also da würde ich mir
306 mehr Kompromissbereitschaft erhoffen. Denn, ich glaube, wenn man öfter miteinander reden
307 würde, und das haben wir als Gewerkschaft auch oft getan. Und da gibt es ja auch mit anderen
308 Gewerkschaften, zum Beispiel auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, einige
309 Bemühungen, sage ich mal, dass wir da ins Gespräch kommen. Dann würden die (.)
310 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Fridays for Future auch merken, dass wir da gar nicht so
311 viele Widersprüche haben, sondern eigentlich, wenn wir gemeinsam das herangehen, schaffen
312 wir es auch, Dinge zu bewegen. Und beispielsweise hätte ich mir das Engagement auch im
313 Zusammenhang mit dem Ausbau von Netzen und Ausbau von Windkraft gewünscht, wo das
314 meistens aber an den- an dem Widerstand vor Ort scheitert. Und ich glaube, wenn man da noch
315 mal diese Zusammenhänge noch mal hätte besprechen können, wenn man hätte gemeinsame
316 Aktivitäten auf den Weg bringen können, dann wäre das sicherlich was sehr, sehr Gutes
317 geworden für beide Seiten. Allerdings muss ich dazu sagen, dass die (.) Gesprächsbereitschaft
318 oder die Kompromissbereitschaft auf der anderen Seite sehr&sehr eingeschränkt war.

319

320 **I.** [00:33:33] Okay, na ja, schade. Vielleicht kommt ja irgendwie noch mal was zustande. Das,
321 was ich jetzt in den Interviews mit Fridays for Future gehört habe, hat irgendwie auch
322 grundsätzlich eine Bereitschaft erkennen lassen. Aber ja, mal schauen, wie es sich so
323 weiterentwickelt.

324

325 **Herr J.** [00:33:56] Ja, das stimmt. Hoffen wir es. Ich glaube aber, dass die Bereitschaft, klar
326 auf einer abstrakten Ebene, immer schon existiert hat. Aber wenn es dann um die konkreten
327 Beispiele geht, daran scheitert es ja meistens. Also zum Beispiel, was ich häufig erlebe, ist die
328 Frage „Ja, Windkraft?“ -sind alle dafür. Wenn es dann aber konkret darum geht, ein Windkraft-
329 eine Windkraftanlage vor Ort zu bauen, dann sagen auch diejenigen, die, sage ich mal, eher pro
330 erneuerbare Energien sind „Ach nee, lieber nicht hier“. So, ne. Und das ist halt dieses Prinzip
331 der Betroffenheit, so das am Ende des Tages auch eine wesentliche Rolle spielt.

332

333 **I.** [00:34:44] Total. Dann, wären wir eigentlich schon am Ende meiner&meiner Fragen. Gibt
334 es noch was, was Sie sagen möchten? Ist Ihnen noch irgendetwas wichtig?

335

336 **Herr J.** [00:34:58] Ja, ich bin sehr gespannt auf Ihre Ergebnisse. Interessiert mich sehr. Ähm.
337 Hat mir sehr viel Spaß gemacht. Ich fand die Fragen interessant und super spannend, weil mir
338 das auch hilft, für mich selber zu reflektieren (.) „Warum eigentlich?“ Ich glaube, im täglichen

339 Geschäft geht das manchmal verloren. Von daher, herzlichen Dank dafür. Genau. Und
340 ansonsten warte ich ganz gespannt auf Ihre Ergebnisse. Wünsche Ihnen viel Erfolg bei der
341 Masterarbeit und noch gute Interviews. Ich weiß nicht. Haben Sie noch Leute aus unseren
342 Kreisen?
343 [...]

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 2.2.4: Interview mit S.

1 Online-Interview mit S., Aktivistin von Fridays for Future

2 am 08.04.2022, Dauer: 31 Minuten

3

4 **I.** [00:00:00] Okay, S***. Ich habe mich jetzt gerade kurz vorgestellt, vielleicht möchtest du
5 dich noch einmal kurz vorstellen, mir ein bisschen was über dich erzählen, was du so machst?
6 Genau. Erzähl mal was über dich.

7

8 **S.** [00:00:18] Okay, also hallo. Ja, ich bin einundzwanzig und ich mache zurzeit eine Erzieherin-
9 Ausbildung und (.) Abitur. Also ich mache eine schulische Ausbildung als Erzieherin, doppelte
10 Qualifikation. Und ja, ich bin ich seit Anfang zweitausendneunzehn bei Fridays for Future und
11 habe auch meine Ortsgruppe mit aufgebaut.

12 (...)

13 **S.** [00:01:00] Ich komme aus dem Bonner Umland und ja, auf jeden Fall, bin irgendwie auf
14 allen Ebenen reingerutscht. Das ist an sich unheimlich interessant, weil man mit vielen
15 verschiedenen Menschen spricht und vielen Menschen zusammenarbeitet, auch Menschen, die
16 teilweise nicht von hier kommen, also auch nicht die Sprache sprechen, so. Ich bin durch
17 Fridays for Future auch mit anderen politischen Gruppen in Kontakt gekommen, sozusagen
18 auch ein Domino-Effekt. Da sind einfach von den Themen, die sich überschneiden haben, (...)
19 Ja, ich in andere Gruppen reingegangen bin, die sich nicht nur mit den Themen von Fridays for
20 Future befassen. Ich bin auch in anderen Klimagerechtigkeits-Gruppen drin, auch lokal gesehen
21 und versuche irgendwie alles abzudecken. Ob es mir so gelingt weiß ich nicht, aber dadurch,
22 dass das Thema ‚Gerechtigkeit‘ ein Riesenthema ist und vieles darunter fällt, denke ich schon,
23 dass das wichtig ist. Deswegen auch das Interview hier, mit der sozialen Gerechtigkeit. Das
24 wird ja auch immer wichtiger in den Klimagerechtigkeits-Gruppen (...) Also ja, in den
25 indigenen Klimagerechtigkeits-Gruppen ist das schon seit mehreren Monaten Thema so. (...)

26

27 **I.** [00:02:47] (...) S***, ich habe verschiedene Themenblöcke, zu denen ich dich befragen
28 würde. Ich würde da jetzt erst mal mit dem Begriff zivilgesellschaftlichen Engagements starten.
29 Was&was heißt das für dich persönlich? Was zeichnet dein Engagement bei Future aus? Was
30 stellst du dir darunter vor?

31

32 **S.** [00:03:26] Zivilgesellschaftliches Engagement macht in dem Fall schon Sinn. Aber Fridays
33 for Future heißt halt auch (.) dass es Gerechtigkeit mit einschließt und auf alle Menschen offen

34 zu sein, also auch Menschen, die auch beispielsweise Benachteiligung erfahren und
35 Diskriminierung erfahren und die versuchen auch möglichst viele Menschen mit aufs Boot zu
36 nehmen. Da die Klimakrise ja alle Menschen trifft, manche mehr, manche weniger. Dennoch
37 ist das ja eine gesamtgesellschaftliche Problematik und Thematik, die ja letztendlich jeden
38 Menschen betrifft, so und beispielsweise bei Fridays for Future haben wir mal Gruppierungen
39 wie beispielsweise Teachers for Future, das sind Lehrerinnen, die sich zusammengeschlossen
40 haben. Da gibt Scientis, das sind die Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen dann gibt es so
41 Architects for Future, die sind zum Beispiel zum nachhaltigen Bauen zuständig, und zwar so
42 weiter und sofort. Also da gibt es so viele verschiedene Untergruppierungen. Macht auch Sinn
43 für mich, weil ich glaube, sonst würde es bei Fridays for Future von der Arbeitshaltung und
44 einer Arbeitsstruktur nicht so gut funktionieren. Und natürlich gibt es nochmal Absprachen
45 zwischen Ländern auf der europäischen Ebene und auf der nationalen Ebene und noch mal in
46 den Bundesländern die Bundes- und lokale Ebene. Und da zeigt sich, denke ich, jetzt auch
47 schon viel das zivilgesellschaftliche Engagement, das wir versuchen uns zu arrangieren, dass
48 wir auch versuchen auf niedrigschwelliger Ebene Aktionen anzubieten, wie beispielsweise
49 Müllsammeln oder ähnliches also so naturschutzmäßig, oder dann auch bis hin zu zivilem
50 Ungehorsam. Da ist unser Bündnispartner ja auch ‚Ende Gelände‘ und auch andere Gruppen,
51 die sich auf zivilen Ungehorsam halt fokussieren so (.) und wir versuchen halt möglichst alles
52 abdecken, um möglichst viele Menschen mitzunehmen, aber auch noch anschlussfähig zu
53 bleiben (.) dass andere nicht denken „Das ist aber ein elitärer Kreis, da komme ich nicht rein“
54 oder so... Ja, das ist es eigentlich so.

55

56 **I.** [00:05:45] Ja, da sprichst du gerade was an, was ich mich auch eh gefragt habe. Findest du,
57 dass die Debatte über Klimaschutz eher ein elitäres Thema ist oder eher ein Thema, das für
58 höhere soziale Schichten relevant ist?

59

60 **S.** [00:06:05] Das wird uns eigentlich so verkauft, was das politisch so gewollt ist, Menschen
61 zu spalten beziehungsweise Interessen gegeneinander auszuspielen. Also ich weiß jetzt nicht,
62 wie weit ich jetzt hier ausholen kann, aber man sieht es ja, dass die Menschen, die am sozial
63 schwächsten oder darunter sind, die Klimakrise jetzt direkt spüren. So das sieht man ja auch an
64 den MAPA-Ländern, also MAPA sind ‚Most Affected People and Areas‘. Das sind halt die
65 Länder, die am wenigsten dafür können, am wenigsten Emissionen produziert haben, am
66 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben und die gerade die stärksten Klimakrise-Folgen
67 zu spüren bekommen, so. Und darunter fällt Deutschland zum Beispiel nicht, also Deutschland

68 oder auch USA, China und so weiter. Das sind nämlich LAPA, also sozusagen das Gegenteil
69 davon, also ‚Less Affected People and Areas‘. Also die Gegenden, die am wenigsten die
70 Klimakrise-Folgen abbekommen. Auch durch historische Emissionen in der Vergangenheit,
71 durch Kolonialismus und so weiter und so fort. Und daran sieht man eigentlich auch, dass
72 gerade auch schon jetzt Klima-Ungerechtigkeiten stattfinden. Und dementsprechend kann man
73 jetzt nicht sagen, dass Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ein elitäres Problem – in
74 Führungszeichen - ist, sondern eher ein gesamtgesellschaftliches Problem. Und zwar für
75 jeden hier in Deutschland ist es ja noch so, da müssen wir sehen - es ist ja auch politisch gewollt
76 - dass wir es hier eher mal über Sojamilch und Fleisch essen reden, anstatt über darüber, was
77 passiert, wenn wir uns da ganz abgrenzen und indigene Gemeinschaften deren Wasser kaputt
78 machen. Also ist ein bisschen kurz gefasst auch. Ja, was passiert, wenn wir jetzt hier zu viel
79 Emissionen produzieren, und anderswo werden Häuser überschwemmt? Das wird dann eher
80 nicht mit reingenommen werden. Und wenn dann die Regierung und die Politik kein Interesse
81 daran hat die Klimakrise-Folgen aufzuklären, weil die daraus profitieren. So die profitieren ja
82 durch&durch Kohle zum Beispiel, oder durch fossile Energien im Allgemeinen, also Kohle
83 jetzt speziell in Deutschland, also in dem Fall Braunkohle, aber fossile Energien ja auch im
84 großen Stil. Das sieht man ja auch jetzt an dem Ukraine-Russland-Konflikt, dass wir halt von
85 Russland und dem Gas sehr abhängig sind. Und das ist ja auch wiederum- geht ja wiederum
86 darauf zurück, dass wir, dass die Regierung der Politik mehr Interesse hat, Kohle bzw. fossile
87 Energien zu fördern, anstatt in erneuerbare- erneuerbare Energien auszubauen, was wiederum
88 zu wenig Profit abwirft. Das sieht man wiederum in Lützerath im Rheinland und dem ganzen
89 Handel-Komplex und so, das geht ja auch schon seit Jahren so. Und dementsprechend wird das
90 alles verschleiert und dann wird wieder zu sehr auf (?) und auf Individuen gepocht. Die sollte
91 es ja auch- jeder sollte sein Konsumverhalten ändern, soweit es geht und soweit es auch
92 machbar ist. Aber wir sind nicht die Hauptverantwortlichen, die Hauptverantwortlichen sind
93 Konzerne, die Regierung und die Politik, Unternehmen. So.

94

95 **I.** [00:09:42] (...) Was heißt für dich eigentlich Klimaschutz?

96

97 **S.** [00:09:55] Klimaschutz ist (.) ok, also wie soll ich das kurz fassen. Klimagerechtigkeit ist
98 für mich in erster Linie ein Mittel, um eine solidarische und gerechte Welt aufzubauen. Das ist-
99 das sieht man daran, das habe ich vorhin schon versucht zu erklären- Dass es halt viele
100 Klimaungerechtigkeiten gibt und die versuchen wir mit Klimaschutz und Klimagerechtigkeit
101 wieder aufzuheben. Da sind wiederum- Klimagerechtigkeit heißt zum Beispiel, dass

102 Industrienationen, die ja immens viele Emissionen ausgestoßen haben, in der Vergangenheit
103 und auch jetzt noch, in Zukunft mit Sicherheit zur Rechenschaft gezogen werden, dass die (.)
104 merken, dass es so nicht weitergeht. Dass wir eine radikale Kehrtwende brauchen von einer
105 gerechten und ökologischen Gesellschaft. Und da finde ich muss Klimagerechtigkeit auch die
106 anknüpfen und natürlich ich will jetzt nicht sagen, Verkehrswende und so weiter und sofort,
107 das sind auch alles Sachen, die da mit reinfallen. Die brauchen wir auch. Wir brauchen auch
108 eine gerecht ausgebaute Verkehrswende zum Beispiel oder auch nachhaltiges Bauen. Und wie
109 kann man Menschen von der Straße holen, leerstehende Häuser neu und umgestalten kann oder
110 so was. Es gibt ja genug Häuser, die leer stehen, die aber nicht benutzt werden, weil da (?). Und
111 da kann man auch wiederum soziale Gerechtigkeit mit rein bringen, weil das ist genau das. Und
112 das sind ja jetzt nur Ansätze, ja. Ich will nur sagen, dass wir nicht nur an kleine, sondern auch
113 an große Ziele denken muss und damit auch viele Probleme sich nicht ausschließen, aber man
114 dagegen steuern kann. (...) Oder auch, dass erneuerbare Energien ausgebaut werden, dass
115 fossile Energien gestoppt werden. Das sind auch alles Sachen, die mit rein fallen, so. Es ist
116 wirklich schwierig das kurz zu fassen, weil so viel mit reinfällt so, dass wir zum Beispiel ja
117 sowas wie Massentierhaltung stoppen müssen, dass Tierschutz umgesetzt wird, dass wir auch
118 mit den Ozeanen- oder mit Meeresschutz vorangehen müssen, das in unsere Meere nicht
119 vergiften dürfen. Sowas halt und auch Wälder, dass wir halt aufforsten und nicht abforsten und
120 so weiter und so fort. Ja.

121

122 **I.** [00:12:41] Ist Klimagerechtigkeit für dich gleichzusetzen mit sozialer Gerechtigkeit?

123

124 **S.** [00:12:49] Eigentlich schon, Klimagerechtigkeit kommt ja eigentlich aus dem Bereich- oder
125 den indigenen Menschen oder BIPOCs. Also bei den indigenen Menschen ist das so, dass sie
126 von Anfang an eher klimagerecht leben, so dass sie (...) sich quasi verbunden haben mit der
127 Natur. Das ist schon ein fester Bestandteil deren Kultur ist zum Beispiel. Und daran erkennt
128 man ja auch, dass die die patriarchalen Strukturen der ursprünglichen Gesellschaft - oder
129 Gesellschaft wie sie heute noch ist - so weit es geht gar nicht haben oder beziehungsweise so
130 niedrig halten wie es irgendwie geht. Und das sieht man ja auch wiederum, dass da ja eigentlich
131 soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit verknüpft sind, weil es sind ja dann die ersten,
132 die umgebracht werden, die ermordet werden, deren Lebensraum zerstört wird, obwohl sie
133 eigentlich nur in ihrem Lebens- Lebensraum leben wollen, mit ihren Ressourcen, mit ihren
134 Menschen. Und das ist für mich eigentlich ein gutes Beispiel, um zu erklären, dass das Thema
135 soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit Hand in Hand geht. Weil ich meine, indigenen

136 Menschen ist es auch wichtig, was für alle passiert, aber es bringt denen ja auch nichts, wenn
137 man deren Lebensraum zerstört. Und das hängt miteinander zusammen.

138

139 **I.** [00:14:16] Ja, wie würdest du das im Lokalen sehen? Also wenn wir - weg vom globalen
140 Kontext - Klimagerechtigkeit auch lokal hier in Deutschland denken. Findest du, dass hier vor
141 Ort Klimaschutzmaßnahmen auch gerechter gestaltet werden müssten?

142

143 **S.** [00:14:39] Auf jeden Fall. Also zum Beispiel jetzt ist es im Moment, dass auch viele Leute
144 halt sehr hohe Nebenrechnungen haben und auch sehr hohe Gasrechnungen haben, aber auch
145 Heizung und so weiter und so fort. Und das merken schwächere oder sozial schwächere
146 Menschen gerade noch mehr als eh schon. Alleinerziehende Mütter oder auch Menschen, die
147 mit größeren Familien zusammenleben oder so was. Das sind ja auch- für mich auch Punkte,
148 wo wir Klimagerechtigkeit auch im lokalen Stil umsetzen können. Was nicht Sinn der Sache
149 ist, dass sozial schwächere Menschen in Deutschland darunter leiden müssen, wenn
150 Klimaschutzmaßnahmen zu spät oder zu wenig ausgebaut werden. Und das finde ich wiederum
151 auch einen fatalen Fehler von der Politik. Das ist für mich keine Klimagerechtigkeit, wenn
152 einfach nur sozial schwächere Menschen darunter leiden, wenn sie hier wie global gesehen
153 weniger Emissionen produzieren, als so Aldi-Erben oder so.

154

155 **I.** [00:15:51] Ja, ich habe eine These, die ich dir mal vorlesen würde. Vielleicht kannst du dich
156 dazu einmal positionieren und sagen, wie du das findest. Und zwar lautet die „Ich finde es gut,
157 wenn Energie und Spritpreise steigen und weniger Menschen es sich leisten können, mit dem
158 Auto zu fahren oder mit dem Flugzeug zu fliegen“.

159

160 **S.** [00:16:18] Obwohl das hab ich eigentlich im Prinzip gerade gesagt so. Okay. Ich finde es
161 falsch- Mir geht es gerade darum, dass es ja Klimaschutzmaßnahmen oder
162 Klimagerechtigkeitsmaßnahmen nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden, die
163 im Prinzip wenig bis gar nichts dafür können. Deshalb ist das auch so ein gutes Beispiel für die
164 Grünen, die sind ja gerade die Partei gewesen, die am meisten geflogen sind. Und das ist für
165 mich ein Widerspruch in sich selber. Das man sagt „Okay, ihr dürft jetzt nicht mehr fliegen“
166 aber man macht es selber. Das heißt nicht, dass das Fliegen und Autofahren gut ist oder so. Man
167 muss es auch mit Lebensqualität der Menschen mit verknüpfen. Also zum Beispiel (.) Meine
168 Familie und ich haben kein Auto, aber wir können es auch leisten, mit ÖPNV zu fahren, weil
169 wir in einer gut ausgebauten Region leben. Und das ist längst nicht überall so. Ich kenne auch

170 genug Familien, die irgendwo auf dem Land leben und deshalb nicht wegkommen, so. Und das
171 ist ja eigentlich das Problem daran, dass ÖPNV ausgebaut werden muss. Es müssen halt (...)
172 preisgünstige Alternativen da sein, sonst werden halt Menschen auf Autos umsteigen. Die
173 müssen auch ihre Existenz finanzieren können, hier im Wirtschaftssystem. Dementsprechend
174 finde ich das, ja, also ein bisschen von oben herab. Also ich meine, ich kann es zwar verstehen,
175 ich kann es mir leisten ohne Auto zu leben. Aber ich könnte es mir jetzt nicht leisten, wenn ich
176 auf dem Land leben würde. Ich glaube, da kann jeder nachvollziehen, dass man auf Auto
177 umsteigt.

178

179 **I.** [00:18:06] Ja, okay. Findest du, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei der Durchsetzung
180 von Maßnahmen zum Klimaschutz vernachlässigt wird?

181

182 **S.** [00:18:25] Also was ich zurzeit mitbekomme schon. Mh (.) von außen (?) sozial schwächer
183 gestellte Menschen auch eher denken, dass Klimaschutz ein elitäres Problem ist. Weil sie einen
184 Bezug dazu nicht bekommen, weil die ja wie gesagt nur mitbekommen- isst kein Fleisch, fliegt
185 mit dem Flugzeug, fährt mit dem Auto. So und nur dieses individuelle. Da fängt es auch
186 irgendwo an, eine Trennung zwischen Menschen, die höhere Bildung haben oder die mehr
187 Bildung genossen haben und Menschen, die weniger Bildung genossen haben oder auch noch
188 andere Aspekte miteinfließen so. Und da finde ich schon so, dass es nicht umgesetzt wird, weil
189 es darauf zielt (.) ja, es wird ja auch politisch gewollt so, dass manche Leute denken „ich könnte
190 es mir eh nicht leisten, ich mach nicht mit“. Irgendwie komisch, ich will damit nicht sagen, man
191 darf kein Fleisch mehr essen oder dass man jetzt jeden Tag mit dem Auto fahren soll oder so,
192 das will ich alles nicht sagen. Aber ich will damit nur sagen, dass Menschen schnell das
193 missverstehen oder falsch verstehen. Weil die werden halt auch ausgeschlossen so. Ist das
194 verständlich erklärt?

195

196 **I.** [00:19:47] Ja, absolut. Manchmal- manchmal wirkt es vielleicht ein bisschen abschreckend.
197 Könnte ich mir vorstellen.

198

199 **S.** [00:19:56] Ja, das meinte ich gerade. Aber ich kenne auch Menschen, die davon abgeschreckt
200 worden sind und die denken so „Oh nein, mir wird alles verboten“ so ungefähr. Und dabei ist
201 es ja gar nicht der Sinn dahinter, zumindest soll es nicht der Sinn dahinter sein, mit
202 Klimaschutzmaßnahmen den Menschen alles zu verbieten so.

203

204 I. [00:20:18] Ja, das verstehe ich. Daran anknüpfend hast du zum Teil auch schon ein bisschen
205 gesagt. Findest du, dass in der gesellschaftlichen Debatte das Thema soziale Gerechtigkeit und
206 Klimaschutz auf der anderen Seite gegensätzlich diskutiert werden?

207

208 S. [00:20:40] Also es ist gegensätzlich gewollt, dass man es bei uns so diskutiert, zumindest
209 denke ich das und habe aus meiner Erfahrung auch gelernt, dass Leute halt denken, dass
210 Klimaschutz auch ohne soziale Gerechtigkeit geht und das ist halt nicht der Fall. Also klar man
211 kann Klimaschutz ohne soziale Gerechtigkeit machen oder umsetzen. Das sieht man auch mal
212 an den Grünen, die das alle versuchen, aber auch unter allen Parteien, die im Bundestag sitzen,
213 so. Außer vielleicht der Linken so. Aber das finde ich jetzt eigentlich nicht. Also man soll jetzt
214 nicht gegeneinander ausspielen. Es wird passend gemacht, das stimmt schon, aber der Sinn
215 dahinter ist eigentlich nicht das gegeneinander auszuspieren, weil das ist im Prinzip ein Wort,
216 das ist eine Bedeutung und das habe ich auch versucht zu erklären auf lokalen und globalen
217 Kontext. Dass es- dass es auch Klimagerechtigkeit nicht mit reinspielt, wenn man sagt „Okay,
218 wir pflanzen viele Bäume, roden aber dafür in Brasilien noch mehr Bäume ab“. Also das ist
219 eigentlich ein Widerspruch in sich selber, so kann es da nicht das ausgleichen. Wenn du keine
220 Ahnung, den brasilianischen Regenwald zum (?) bringst und alles abrodest was irgendwie geht
221 so und dafür pflanzt du hier ein paar Bäume so. So geht die Klimakrise halt nicht, so funktioniert
222 die Klimakrise nicht, dass sie denkt „Okay, es werden- da gibt es einen Kipppunkt, aber wir
223 pflanzen halt mal ein paar Bäume“ oder es gibt halt Kipppunkte, die überschritten werden. Dann
224 versucht die Menschheit, einen Kipppunkt weniger zu überschreiten. So das ist halt kein- so
225 funktioniert die Klimakrise nicht. Das ist nicht der Sinn dahinter zu sagen „Okay, wir machen
226 da scheiße, versuchen aber es uns hier wieder zurechtzubiegen, um uns die grün zu waschen“,
227 um zu verstehen „Ja, wir wollen Klimaschutz&Klimaschutzmaßnahmen umsetzen“. Ja dasselbe
228 sind E-Autos. Ich finde bei E-Autos ist es ja so, dass die Materialien an E-Autos anderswo in
229 Gebieten, wo indigene Menschen wohnen, halt rausgeholt werden. So, dort Flüsse vergiftet
230 werden werden. Deren Wasser(welt?) wird logischerweise, teilweise auch Nahrungsmittel
231 vergiftet werden, um uns dann hier ein E-Auto hinzustellen, die Automobilbranche weiter am
232 Laufen zu halten, was auch wiederum Profit abwirft. Um zu sagen „Ja, guck mal wir können
233 doch mit E-Autos fahren“. Also das ist ja auch im Prinzip nur eine Verarsche so, weil das ist
234 ja- also ist das&ist das verständlich, was ich versuche zu sagen? Dass es halt alles miteinander
235 zusammenhängt und man lässt sich ein auf „Hier mach ich nicht viel, aber hier bügel ich wieder
236 aus“. Dabei ist es politisch gewollt, so, um halt den (Populismus?) am Laufen zu halten. Ja.

237

238 I. [00:23:53] Gerätst du selbst manchmal in Zwiespalt bei deinem Engagement, zwischen dem
239 Wunsch von mehr sozialer Gerechtigkeit, aber auch Klimaschutz? Oder geht das für dich gut
240 miteinander in Einklang?

241

242 S. [00:24:16] Ich glaube, es kommt darauf an, in welchen Kreisen ich mich bewege. Zum
243 Beispiel habe ich schon im August zweitausendneunzehn noch in Kreisen bewegt, die sehr-
244 (...) die mich halt nur akzeptiert haben, wenn ich perfekte Aktivistin war, so, mit allem was
245 alles dazugehört.

246

247 I. [00:24:39] Was gehört dazu?

248

249 S. [00:24:41] Zum Beispiel, halt kein Fleisch zu essen, nicht zu fliegen, nur mit Bus und Bahn
250 zu fahren, nachhaltige Klamotten zu tragen. Und dann- auf dein Konsumverhalten zu achten,
251 Müll richtig zu trennen, mit Leuten zu diskutieren, die andere Meinung hatten als ich oder
252 beziehungsweise ja (.) mein Konsumverhalten kritisiert haben, keine Plastikflaschen mehr zu
253 verwenden, sowas- sowas meine ich gerade. Und ich meine- das versuche ich natürlich immer
254 noch so weit zu vermeiden, wie es geht. (...) Aber das ist eigentlich für mich schon so ein
255 bisschen die Frage, in welchen Kreisen man sich bewegt, weil wenn man halt sich in Kreisen
256 bewegt, wo man perfekte Aktivistin sein muss, dann kommt man eher in einen Zwiespalt. Dann
257 denkt man eher „Oh Gott, jetzt habe ich einen Fehler gemacht“. Da zeigt man dann mit dem
258 Finger darauf, dass man keine Ahnung neues T-Shirt gekauft hat oder so. Dann gibt es ja wieder
259 Kreise, wo man halt auch Fehler machen darf beziehungsweise kein perfekter Aktivist sein
260 muss. Und dann hat man auch weniger Zwiespalt in sich selber und auf einmal weniger
261 Erwartungen von außen. Man weiß aber immer noch, man ist auf dem richtigen Weg. So oder
262 Fehler, damit meine ich ja jetzt nicht Lützerath abzubaggern oder so, sondern mit Fehlern meine
263 ich eher sowas wie auch mal ein neues T-Shirt zu kaufen. Oder auch Entwicklungsschritte
264 durchlaufen zu können. Dass es dann auch die Menschen um einen herum in Ordnung finden
265 und dann auch von den anderen Klimaaktivistinnen- habe ich aus meiner Erfahrung gelernt,
266 dass Zwiespalt und die Überlegung okay ist. Okay es gibt auch genug Leute, die dann alles
267 (durchbeißen?), weil sie diesen Erwartungen nicht genügen und weil sie dann im Zwiespalt sind
268 und nicht wissen, was richtig und falsch ist. Und das fällt auch in den Bereich sozialer
269 Gerechtigkeit mit rein so. Weil wenn Leute- ich meine wir sind alle in einer Gesellschaft
270 großgeworden, die viele Diskriminierungen hat, das ist nun mal der Fakt. Aber ist die Frage,
271 wie weit man sich selber sensibilisiert, wenn man sich weiterbildet, weil man sich damit

272 beschäftigt. Und wenn man sich damit beschäftigt hat und man merkt „okay, es geht viel schief
273 oder es sind viele Diskriminierungen im Alltag für viele Menschen“, auch Menschen, die
274 mehrfach betroffen sind, dann hat man auch eher die Sensibilisierung, auch Fehler
275 hinzunehmen oder beziehungsweise zu sehen, dass Menschen sich bemühen, dazulernen und
276 dann wird auch dieser Zwiespalt geringer. Das heißt aber nicht, dass Leute jetzt nur Fehler
277 machen dürfen, so ungefähr „Es bringt eh alles nix“. Das ist für mich auch die Frage, in welchen
278 Kreis man sich bewegt und inwieweit das vielleicht implizit ist und auch, wie weit man mit sich
279 selbst im Reinen ist, dass man auch bisschen tolerante Fehlerkultur hat, die aber auch bei
280 größeren Missständen auch Konsequenzen zieht. Das erklärt ja dann ganz gut.

281

282 **I.** [00:28:21] Ich weiß nicht, wenn du was dazu sagen kannst, sehr gerne. Vielleicht ist die Frage
283 aber auch ein bisschen weiter weg. Wie schätzt du die Arbeit von Gewerkschaften in der
284 Debatte von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz ein? Also sind da irgendwie
285 Berührungspunkte, Erfahrungen?

286

287 **S.** [00:28:44] Also das ist jetzt auch ein Punkt gewesen, warum ich mich da jetzt gemeldet habe.
288 Ich habe mal im (?) mitgearbeitet von verdi und Fridays for Future. Da gab es ja einen
289 Verkehrswende-Zusammenschluss, wo halt Fridays for Future sagt so „Klimaschutz“ und verdi
290 so „Ja, soziale Gerechtigkeit, höhere Arbeitslöhne“ so. Und da haben wir uns dann auch
291 zusammen getan. Haben auch Demonstrationen zusammen gemacht, haben das auch begleitet,
292 hatten Streiks, also jetzt die ÖPNV. Und dann auch umgekehrt und das war ganz gut gelaufen.
293 Das läuft in manchen Städten noch immer. Und da helfen auch verdi und auch andere
294 Gewerkschaften auch bei unseren Demos, das wissen die denke ich auch, zumindest von
295 unseren Streiks so und dementsprechend denke ich schon, dass es Berührungspunkte gibt. Und
296 zum Beispiel Pflege streiken, da hatten wir auch Kontakt gesucht und auch mit der Pandemie
297 und dafür gestreikt, dass sie mehr Geld bekommen und sow weiter und sofort, dass sie mehr
298 Schutz bekommen vor Überlastung und so. Und mit denen arbeiten wir auch zusammen. Ich
299 sehe schon, dass es klappt- klar könnte das noch weiter ausgebaut werden, das will ich jetzt
300 nicht sagen. Und natürlich wäre es auch sinnvoll, wenn wir damit angefangen haben, dass wir
301 es auch weiterführen so. Und wir sind auch in gemeinsamen Bündnissen, Pflege zum Beispiel
302 in Berlin noch mit anderen Gewerkschaften, so weit ich weiß und das denk ich mal läuft schon,
303 ja.

304

305 I. [00:30:28] Okay. Ähm S****, wir wären tatsächlich schon soweit durch mit meinen Fragen.

306 Ähm, gibt es noch etwas, was du gerne sagen möchtest? Irgendwas, was dir wichtig wäre?

307

308 (...)

309

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 2.2.5: Interview mit Klaus Dörre

1 Online-Interview mit Herrn Prof. Dr. Klaus Dörre

2 am 17.05.2022, Dauer: 24 Minuten

3

4 **I.** [00:00:02] [...] Ich habe ein Interview Leitfaden vorbereitet, der sich an dem entlanghangeln,
5 was ich bereits mit den anderen Akteur*innen besprochen habe. Ja, genau, da würde ich jetzt
6 erst mal im Themenblock Zivilgesellschaft starten und Sie fragen (.) Welche Rolle schreiben
7 Sie zivilgesellschaftlichen Akteuren im sozial-ökologischen Transformationskonflikt zu?

8

9 **Herr D.** [00:00:35] Ja, eine entscheidende Rolle. Die Frage ist hier, was man unter
10 Zivilgesellschaft fasst. Ich bin ja ein (.) ja altmodischer Marxist und hänge dem
11 gramscianischen Staatsbegriff an. Und da umfasst die Zivilgesellschaft auch den Staat, der
12 Kern-Staat plus sozusagen die politische Gesellschaft, wenn man so will. Ihre Frage zielt
13 wahrscheinlich eher auf die auf die Zivilgesellschaft jenseits des Kern-Staates (.) da würde ich
14 sagen (2) Um&um die Probleme überhaupt gebührend ins öffentliche Rampenlicht zu setzen
15 (.) haben die Klimabewegung, die Umweltverbände und soweit eine entscheidende Rolle
16 gespielt. In unterschiedlichen Rollen, in unterschiedlichen Ausprägungen. Was das Abfedern
17 der Problematik, die daraus entsteht, aus der Transformation angeht, spielen die
18 Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Mit sehr unterschiedlichen Orientierungen
19 inzwischen. Insgesamt haben sie inzwischen die Klimaziele akzeptiert, aber mit
20 unterschiedlichem Engagement, was die Umsetzung angeht, wenn man so will. Und dann gibt
21 es natürlich auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen den Wandel stemmen,
22 allen voran die Organisationen der radikalen Rechten, die Klimawandel leugnen und da ganz
23 anders auf die Zivilgesellschaft Einfluss nehmen.

24

25 **I.** [00:02:18] Ja (.) ich schließ mal bei&bei dem Thema Gewerkschaft an müssen
26 Gewerkschaften ihr Schwerpunktthema Soziale Gerechtigkeit erweitern (.) Beziehungsweise
27 Ist die genuin gewerkschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit angesichts des großen
28 Beitrags der kapitalistischen Produktion zur Klimakrise überhaupt noch zeitgemäß?

29

30 **Herr D.** [00:02:48] Das unbedingt. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung ist in dreifacher
31 Weise betroffen. Erstens natürlich im Sinne einer Beschäftigungsfrage. Also die, die in den
32 Karbon-Branchen ihre Jobs verlieren werden und verlieren müssen. Da steht natürlich die Frage
33 nach Alternativen, und zwar nicht nur nach Arbeitsplätzen, sondern es geht etwa in der Lausitz

34 immer auch Statusverlust. Das ist die entscheidende Frage, die fürchten gar nicht so sehr
35 arbeitslos zu werden, aber sozusagen der Bootsverleih an der Ostsee, der Cottbuser Ostsee, der
36 bringt deutlich weniger Lohn, aller Wahrscheinlichkeit nach noch weniger Anerkennung als
37 bisher als Bergmann. Das sind erwiesene Probleme, ergibt sich auch in der Automobilindustrie
38 und anderswo. So, und die zweite Betroffenheit resultiert aus den unterschiedlichen Anteilen
39 an der Verursachung von Ressourcenknappheit und Emissionen. Das ist einfach ein
40 Gerechtigkeitsproblem. Das gilt auch für Deutschland (.) also wenn man sich anschaut, die
41 letzte Oxfam-Studie etwa, die die Monitoring betreibt, kann man sehen, dass zwischen
42 neunzehnhundertneunzig und zweitausendfünfzehn die Emissionen etwa fünfundzwanzig
43 Prozent zurückgegangen sind. Aber es sind in erster Linie die kleinen Portemonnaies, die für
44 Emissionsreduktion gesorgt haben, um einunddreißig Prozent nämlich, also
45 überdurchschnittlich, und dass das oberste eine Prozent um fünf Prozent zugelegt hat. Das heißt,
46 da steckt eine Gerechtigkeitsproblematik hinter. Selbst innerhalb reicher Gesellschaften, es
47 steckt aber natürlich auch eine Gerechtigkeitsproblematik zwischen Staaten drin. Das ist- also
48 wenn wir jetzt gewissermaßen beim Emissionshandel weiter voranschreiten wie es gefordert
49 wird, dann fragen sich natürlich die ärmeren Staaten zurecht „Wenn die Energiepreise
50 hochgehen und so weiter. Und was wird aus uns?“ Und das ist sozusagen ein&ein zwischen-
51 ein innerstaatliches, aber auch ein Klassen-Problem, was zurückbleibt. Wenn die dritte- das ist
52 die dritte Überlappungsachse von&von altem Klassen-Konflikt und ökologischem
53 Gesellschafts-Konflikt. Wer trägt die Kosten der Krise? Wenn man so will. Ja, und da sehen
54 wir ja, dass der Krieg, der Ukraine-Krieg zum Katalysator für eine Entwicklung geworden ist,
55 die eigentlich ökologisch wünschenswert ist, nämlich, dass die Preise steigen, zum Beispiel für
56 Energie. Also das müssten sie auch, wenn man jetzt strikt ökologisch wirtschaften würde. Aber
57 der Effekt ist natürlich ein sozialer, weil das bedeutet- also ich glaube, in Großbritannien gibt
58 es in jedem dritten Haushalt schon so was wie Energiearmut, und das ist der dritte Bereich, in
59 dem Gewerkschaften gefordert sind.

60

61 **I.** [00:05:48] Okay. In den Fallstudien, die Sie zweitausendzwanzig gemeinsam mit Köster,
62 Bose und Lütten veröffentlicht haben, da schien es so, als wäre die Verständigung zwischen
63 Klimabewegung und Gewerkschaften nahezu unmöglich. Ist die Dialogbereitschaft beider
64 Akteur*innen überhaupt Voraussetzung für eine- für ein Gelingen der sozialökologischen
65 Transformation?

66

67 **Herr D.** [00:06:18] Ich würde sagen, letztendlich ja, und aber ein Aber hinzufügen. Das Aber
68 bezieht sich einerseits auf die IG BCE, die Betriebsräte und so weiter. Die natürlich zuerst mal
69 Beschäftigungsinteressen vertreten müssen - oder Beschäftigteninteressen vertreten müssen -
70 das ist ja völlig klar. Sie haben es darüber geschafft - das muss man klar sehen - Millionen in
71 die Gebiete, die Braunkohle-Gebiete zu leiten um den Wandel abzufangen. Diese Leistung darf
72 man nicht zu gering schätzen. Wenn wir uns beispielsweise in Sachsen Anhalt anschauen, was
73 rund um die Braunkohle passiert, dort im Braunkohlerevier und was mit den etwa
74 zwanzigtausend Arbeitsplätzen der Zulieferindustrie passiert, wird man feststellen, obwohl es
75 sehr viel mehr Arbeitsplätze sind in der Zulieferindustrie, löst das Schulterzucken aus. „Wozu
76 brauchen wir- Wozu sollen wir eine überflüssige Industrie päppeln?“ Das sieht ganz anders aus,
77 was die Braunkohle angeht oder was die Chemie angeht, das Chemie-Dreieck und so weiter.
78 Also das ist eine sehr clevere Interessenpolitik, die dazu beiträgt, den Wandel abzufedern für
79 die Betroffenen. Aber meines Erachtens ist die Struktur konservativ. Und zwar dergestalt, als
80 ich denke, dass man zu sehr vernachlässigt hat, etwa bei der LEAG in der Lausitz, einen
81 Schwerpunkt darauf zu legen, zu argumentieren, dass sichere Jobs im Grunde in der Region
82 nun auch solche sind, die sich auf regenerative Energien beziehen. Das hätte man spätestens
83 einleiten können, als sich der schwedische Konzern Vattenfall aus der LEAG zurückgezogen
84 hat. Und da ist nichts passiert. Und das sagen uns auch in den Studien Ingenieure ganz offen.
85 Da sind Fehler gemacht worden, die werden nicht offen eingestanden, weil die&die Betriebsräte
86 und die Gewerkschaft sehr viel Wert darauf legen, mit einer Stimme zu sprechen oder überhaupt
87 Einfluss auf den Prozess zu nehmen. Aber aus meiner Sicht war das kurzsichtig und wird dazu
88 führen, dass die Unsicherheit weiter existiert, weil man nun aussteigt und so weiter. Wobei es
89 ja jetzt eine Rolle rückwärts gibt. Ich- die Kumpel haben uns in den Interviews schon oft darauf
90 hingewiesen, dass es eine einseitige Abhängigkeit geben wird von russischem Gas und Erdöl.
91 Das waren die Argumente von Bergleuten in der Lausitz. Genau das ist eingetroffen, ja die
92 fühlen sich bestätigt. Und Habeck macht die Rolle rückwärts und sagt, dass er jetzt doch wieder
93 eine Zeit lang auf Kohle setzt und das ist Wasser auf deren Mühlen natürlich. Ja, ökologisch
94 fatal, aber Wasser auf deren Mühlen. Das aber bezieht sich aber auch auf die Umweltbewegung
95 und die Klimabewegung. Also es ist sehr gut gelungen, durch Aktionen zivilen Ungehorsams,
96 etwa den spektakulären Sturm auf ‚Schwarze Pumpe‘, auf das Kraftwerk Schwarze Pumpe,
97 aber auch Förderbrücken-Besetzungen und so weiter, die Aufmerksamkeit auch in der Lausitz
98 zu erhöhen. Und dieser Konflikt, der schon seit vielen&vielen Jahren- Jahrzehnten, seit der
99 DDR-Zeit schon schwelt. Im Hambacher Forst war das früher- frühzeitiger schon gelungen, da
100 gab es ja eine richtige Volksbewegung. Allerdings glaube ich, dass auch auf Seiten etwa der

101 Militanten und Braunkohle-Tagebau-Gegner, wenn sie nicht aus der Region kommen, oft nicht
102 genau genug hingeschaut wird. Also ich habe jetzt gerade wieder ein Seminar mit Studierenden,
103 die zum Teil bei Ende Gelände engagiert sind, also da haben wir ein bisschen drüber
104 gesprochen, und das ging so weit, dass argumentiert wurde „Wir sehen den Konflikt gar nicht,
105 außer vielleicht bei der Beschäftigung, die Bergleute sind doch aufgehetzt“. Ja, das sind sie
106 vielleicht auch. Aber die Erregung ist sozusagen schon irgendwo auch eine authentische, aus
107 dem genannten Grund. Und viele von denen, die wir in der Region, in der Lausitz befragt haben,
108 die dort leben und sich als Tagebau- oder- und&oder Braunkohle-Kritiker*innen verstehen,
109 argumentieren, dass ein Teil der militanten Aktion den regionalen Aktionskonsens gesprengt
110 hat, dass sie eher geschadet als genützt haben. Und das beantwortet Ihre Frage, wenn es zu einer
111 Konstellation kommt, wo sich die Lager wechselseitig blockieren (.) und der Staat nicht
112 innovativ genug ist, um jetzt Projekte zu entwickeln, die man eigentlich nur von unten- also die
113 man von unten mitentwickeln müsste für die Zukunft der Region. Dann haben wir die Situation,
114 die wir beschrieben haben (.) Wer dort wohnt, liebt die Lausitz. Aber man redet nicht
115 miteinander. Noch ein klares aber hinzugefügt- Ich weiß, das ist mir ebenfalls gesagt worden,
116 dass die Grüne Jugend (räuspern) sich inzwischen bemüht hat um einen Dialog mit der LEAG-
117 Belegschaft und den Betriebsräten versucht oder bereits realisiert hat ein gemeinsames Papier
118 mit den Betriebsräten. Da gibt es offenbar doch ein deutliches, also ein wechselseitiges
119 Wiedererwachen, das Bewusstsein, dass man vielleicht doch miteinander reden sollte.

120

121 **I.** [00:11:54] Ja. Haben Sie oder glauben Sie, dass man das etwas aufbrechen könnte, wenn man
122 den Arbeitern in den Betrieben mehr Rechte, mehr Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden
123 würden? Beispielsweise mal die Idee, wenn Arbeiter bestimmen könnten, was sie produzieren.
124 Dass das vielleicht eher auch die Interessen verschieben würde und auch eher ein Verständnis
125 für für Klimaziele verstärken würde?

126

127 **Herr D.** [00:12:31] Also im aktuellen Fall in der Lausitz glaube ich nicht, dass eine Erweiterung
128 von Mitbestimmung dazu führen würde, dass sich da grundlegend was ändern würde in der
129 LEAG-Belegschaft, weil es das Grundproblem nicht löst. Ich glaube, dass die Beteiligung über
130 den Betrieb und das Unternehmen ausgehen müsste, dass man also sehr gezielt versucht, in der
131 Region jetzt Ideen zu entwickeln für die Zukunft der Region. Ja (.) und da ist meines Erachtens
132 Tesla nicht die Lösung. Vorsichtig ausgedrückt. Aber der, sozusagen der (.) die Schwierigkeit,
133 jetzt die Belegschaft aus der&aus der Ecke zu holen, dass man sich, dass die sich
134 herabgewürdigt fühlen. Und so weiter. Da ist viel verpasst worden und das würde mit der

135 Erweiterung von Mitbestimmung nicht ohne Weiteres gehen. Wobei sehr klar ist, die sagen uns
136 alle im Interview auf beiden Seiten, dass ihre Stimme nicht gehört wird. Ja, also das muss man
137 schon zur Kenntnis nehmen. Ich bin aber nicht sicher, ob man das über die Mitbestimmungs-
138 Ebene in den Griff kriegt, weil die IG BCE und die Betriebsräte eine bestimmte Top-Down-
139 Politik machen. Also ich würde mal nicht ausschließen, dass alle unsere Interviewpartner
140 ausgewählt waren und auch sozusagen ein bisschen eingeordnet wurden, was sie sagen sollen.
141 Das macht im Grunde nichts, weil erfahrene Sozialforscher schon wissen (.) wann die Sprache
142 authentisch ist und das kann man an der sprachlichen Form sehen. Also man findet schon raus,
143 was man will. Ich vermute, dass die Belegschaft insgesamt nicht ganz so einheitlich ist, wie sie
144 uns vor die Mikrofone gekommen ist. Das wurde aber auch schon deutlich. Also im Ingenieurs-
145 Bereich beispielsweise wurde hinter vorgehaltener Hand manchmal oder auch nach dem
146 Interview manchmal ziemlich deutlich Kritik am Unternehmen geäußert. Und ich glaube aber
147 nicht, dass einfach über den Weg der Mitbestimmung - in diesem Falle - das eine deutlich
148 andere Konstellation wird. Insgesamt glaube ich aber, wenn man den Problembereich erweitert
149 und über den Bergbau hinausgeht, dass die Einflussnahme der Beschäftigten auf das, was im
150 Prozess der Produktion zentraler Punkt ist, also dass zum Beispiel die Zukunftstarifverträge
151 oder die Verträge, die die IG Metall proklamiert für Autozulieferer, Autoindustrie und
152 Zulieferindustrie, das ist faktisch der Versuch, über die Mitbestimmung hinaus- über die
153 formalisierte Mitbestimmung hinauszugehen und Einfluss zu nehmen auf Personal, Besetzung,
154 auf Produktpalette, auf Innovation und so weiter. Es kommt da über den Tarifvertrag. Aber es
155 ist genau die richtige Stoßrichtung. Und unter dem Gesichtspunkt würde ich das natürlich für
156 völlig richtig haben.

157

158 **I.** [00:15:16] Ja. Ich würde dann noch mal die Systemfrage aufmachen. Sind überhaupt soziale
159 und ökologische Nachhaltigkeit im Kapitalismus möglich?

160

161 **Herr D.** [00:15:32] Letztendlich nein. Das hängt auch damit zusammen, dass der Kapitalismus
162 ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist, das auf Expansion gegründet ist. Es gibt- bei mir
163 zentriert sich das im Begriff der kapitalistischen Landnahme. Aber wenn man es sehr
164 vereinfacht macht, dann lautet die Basis-Formel für Kapitalismus G-W-G', Geld verwandelt in
165 Waren, verwandelt in mehr Geld. Und zum Kapitalismus wird es erst, wenn der Strich hinter
166 dem G aufgeht, zumindest in Teilen reinvestiert wird, um aus G' G'' zu machen. Ja, ohne das
167 kann Kapitalismus nicht existieren. Und das bedeutet in der Konsequenz, dass es sozusagen
168 einen Zwang zur Markterweiterung gibt. Mit allen Zwängen, die Markterweiterung,

169 Kapitalismus mit sich bringt, Akkumulation, Ausbeutung, Innovationszwang. Und so weiter.
170 Und dieses könnte man eigentlich nur durchbrechen, wenn es gelingen würde, das wichtigste
171 Mittel zur Befriedung sozialer Konflikte im Kapitalismus, nämlich das Wirtschaftswachstum,
172 sozusagen abzukoppeln von den sozialen und ökologisch schädlichen Folgen. Das gelingt aber
173 nicht.

174

175 **I.** [00:16:51] Ja.

176

177 **Herr D.** [00:16:52] Das ist bisher noch nirgendwo gelungen. Deshalb hat einer der spanischen
178 Minister aus der spanischen Linksregierung jetzt gerade einen Artikel veröffentlicht, der heißt
179 ‚Ökosozialismus oder Barbarei‘. Das ist eine Zuspitzung. Ich würde der hinzufügen (.) dass es
180 auch innerhalb des bestehenden Systems natürlich Handlungsspielräume gibt und
181 Weichenstellungen möglich sind. Das würde ich immer so gegen die Theoretikerinnen der
182 Apokalypse auch von links einwenden. Also mit Birgit Malchows Argumentation kann ich
183 nichts mehr anfangen, weil sie sich erschöpft und auch bei allem, wo sie recht hat in ihrer Kritik
184 an den Green New Deals, es erschöpft sich im Beschreiben der Apokalypse und bezogen auf
185 die, sozusagen die Möglichkeit der Veränderung sagt sie nur „Wir müssen zurück“. Etwa in
186 Deutschland, auf das Niveau an Emissionsausstoß und Ressourcenverbrauch zurzeit der
187 fünfziger Jahre. Das ist einfach- Das wirft die Frage auf „Unter welchen gesellschaftlichen
188 Verhältnissen denn? Wie sollen die Weichen gestellt werden? Wie verhindert man
189 Kräfteverhältnisse?“ Dazu hört man bei Birgit und anderen nichts, sondern es ist nur die
190 Beschwörung der Apokalypse. Und das halte ich für grundlegende Fehler. Ich glaube, dass man
191 genauer hinschauen muss, wo bei den ja sehr diversen Green New Deals jeweils
192 Anknüpfungspunkte sind, Kräfteverhältnisse zu verändern. Deshalb habe ich ja vorgeschlagen,
193 die siebzehn Nachhaltigkeitsziele zur normativen Grundlage für jede Politik, nicht für
194 sozialistische, sondern für jeden Politikprozess zu nehmen. Und das in einer Art Rechtfertigung
195 auch zu nehmen, ohne die Kapitalismus eigentlich auch nicht existieren kann, er muss sich
196 immer legitimieren. Aber lange Rede, kurzer Sinn - Es gibt Handlungsspielräume, schon jetzt.
197 Das ist wichtig, weil die Verhandlungen sofort beginnen müssen und nicht verschoben werden
198 dürfen auf einen fernen Punkt des Systemwandels. Und ich würde argumentieren, dass man die
199 Strategie darauf ausrichten muss und nicht die Vorstellung haben darf, dass es so einen Punkt
200 gibt wie die Oktoberrevolution in Russland seiner Zeit, wo die Revolution ist, man besetzt das
201 Winterpalais und dann leitet man den Übergang zum Sozialismus ein – so war es ja auch
202 Russland nicht, sondern es wird sich um einen vielschichtigen Prozess handeln (.) müssen, der

203 auf unterschiedlichen Ebenen ansetzt, im wesentlichen drei - Alternative Entwicklung in den
204 Nischen des Systems. Reformen von oben, erzwungen durch soziale Bewegung von unten, aber
205 auch Bruch mit Produktions- und Lebensweisen, die nicht nachhaltig sind. Und das betrifft in
206 erster Linie die tausendfünfhundert Konzerne mit Kontrollmacht. Die darüber bestimmen, was
207 produziert wird und was nicht produziert wird. Und ohne dort die Eigentumsfrage zu stellen,
208 wird man das kapitalistische Expansionsprinzip nicht außer Kraft setzen können.

209

210 **I.** [00:19:56] Das beantwortet gleich noch zwei weitere Fragen, dann vielleicht nur noch eine
211 letzte Frage (.) Wie sind sie gestimmt? Wenn wir uns die Gesellschaft der Zukunft vorstellen,
212 sind Sie da eher optimistisch oder pessimistisch angesichts diverser Krisen?

213

214 **Herr D.** [00:20:19] Wenn Sie Leuten wie mir solche- eine solche Frage stellen, kommt immer
215 die Gramsci-Formel, Skepsis des Verstandes und der Optimismus des Willens. Das ist aber fast
216 zu einer Phrase geworden. Ja, ich würde mal so argumentieren. Also ich würde mit Jason Moore
217 argumentieren- das, was ich Zangenkrise nenne, die ökologische Zangenkrise ist ja
218 Geburtshelferin für ein neues Erdzeitalter, Anthropozän, Kapitalprozän würde ich jetzt anders
219 als Moore keine großen- also ich das Kapitalprozän für eine Konkretisierung des Anthropozäns
220 halten. Und da steckt ja eine doppelte Botschaft an, die lautet „Die Menschheit hat es selbst in
221 der Hand, ihren eigenen Untergang herbeizuführen. Sie kann aber auch dafür sorgen, dass durch
222 Änderung relativ weniger Parameter eine Entwicklung zum Wohle aller- Natur, menschliche
223 Lebewesen eingeschlossen, eingeleitet wird“. Diese Möglichkeit besteht so und für mich ist
224 jetzt die Tatsache, dass die Möglichkeit besteht, der entscheidende Punkt. Optimismus.
225 Pessimismus zählt nicht so sehr für mich, sondern für mich ist der entscheidende Punkt, genau
226 zu schauen, wo sind die Treiber der Fehlentwicklung. Wie kann man die in den Griff
227 bekommen? Und was eine zentrale Frage ist, in meinen Augen- Wie sehen Machtverhältnisse
228 aus, die den nötigen Wandel auf allen Ebenen hemmen, das ist für mich die entscheidende
229 Frage. Das hat übrigens auch der spanische&spanische Minister genau so beschrieben. Das ist
230 eigentlich die Frage. Wir wissen um die Probleme Bescheid. Aber es gibt zu wenig Analysen
231 über die Machtverhältnisse, die den Wandel aufhalten und die Frage beantworten, wie man
232 diese Machtverhältnisse verändern kann. Das ist meine Frage und ich bin optimistisch, dass wir
233 diese Machtverhältnisse erkennen können. Und ich setze auf eine Ihre Generation. Ich glaube,
234 dass die sich nicht abspeisen lassen wird, einfach weil die Probleme zu drängend sind. Und ich
235 bin ziemlich sicher, dass wir, wenn wir nicht in eine Art Ökofaschismus verfallen wollen, was
236 eine reale Gefahr ist, dass wir dann über kurz oder lang Veränderungen erleben, auch seitens

237 der regierenden Eliten. Die werden Dinge tun, die sie sich noch gar nicht vorstellen können.
238 Jetzt enteignen sie die Yachten von russischen Oligarchen. Aber warum muss man das auf diese
239 Yachten beschränken? Jetzt wird das Vermögen enteignet von russischen Oligarchen. Aber
240 warum darauf beschränkt sein? Und so weiter. Man könnte viele Fragen stellen. Und ich setze
241 darauf, dass der Wandel gelingt. Auch wenn die Zeitfenster schrumpfen.
242
243 I. [00:23:14] Ja. Okay. Vielen Dank. Ähm. Dann wäre es für mich damit auch schon
244 erschöpfend.
245
246 [...]

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 3: Datenauswertung und Kodierung

Anhang 3.1: MaxQDA Codesystem (offenes Kodieren)

Liste der Codes	Häufigkeit
Codesystem	478
Plakative Aussagen	8
Politische Aufgaben: sozial, ökologisch, ökonomisch	36
Unzufriedenheit mit Politik	27
Unzufriedenheit mit Politik\Vertrauensverlust	3
Unzufriedenheit mit Politik\Vertrauensverlust\rechtspopulistische Wahlerfolge durch Vertrauensverlust	2
Unzufriedenheit mit Politik\halbherzige Klimapolitik/ "Greenwashing"	2
zivilgesellschaftliches Engagement	10
zivilgesellschaftliches Engagement\Motivation: Zusammengehörigkeit	7
zivilgesellschaftliches Engagement\Gewerkschaftliche Interessenvertretung	25
zivilgesellschaftliches Engagement\Gewerkschaftliche Interessenvertretung\Verharren in konservativen Strukturen	2
zivilgesellschaftliches Engagement\Gewerkschaftliche Interessenvertretung\Erhaltung von Arbeitsplätzen	7
zivilgesellschaftliches Engagement\Gewerkschaftliche Interessenvertretung\Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation	20
zivilgesellschaftliches Engagement\Fridays for Future	19
zivilgesellschaftliches Engagement\Fridays for Future\Exklusivität der Klimabewegung-Mechanismen sozialer Schließung	5
zivilgesellschaftliches Engagement\Fridays for Future\Klimaaktivismus	5
Bündnisse (+)	18

Soziale Ungerechtigkeit	30
Soziale Ungerechtigkeit\Soziale Ängste	16
Soziale Ungerechtigkeit\Soziale Ängste\Menschen	10
Soziale Ungerechtigkeit\Klimaschutz vs. soziale Gerechtigkeit?	20
Soziale Ungerechtigkeit\Klimaschutz vs. soziale Gerechtigkeit?\Stadt-/Land-Gefälle	10
Soziale Ungerechtigkeit\Klimaschutz vs. soziale Gerechtigkeit?\Klimaschutz als Thema des 'Bildungsbürgertums'	10
Soziale Ungerechtigkeit\Klimagerechtigkeit	19
Klimawandel	10
Klimawandel\Sorgen wegen des Klimawandels	6
Klimawandel\Klimawandel als globales Problem	8
Klimawandel\Klimawandel als globales Problem\CO2-Emissionen anderer Länder	3
Zukunft	22
Zukunft\pessimistischer Blick in die Zukunft	6
Zukunft\Strukturwandel der Arbeitswelt	33
Zukunft\Strukturwandel der Arbeitswelt\technologische Voraussetzungen	13
Zukunft\Strukturwandel der Arbeitswelt\technologische Voraussetzungen\Fehlen von Alternativen zur fossilen Stromerzeugung	6
Zukunft\Strukturwandel der Arbeitswelt\Systemwandel des Wirtschaftssystems	14
Zukunft\Strukturwandel der Arbeitswelt\Systemwandel des Wirtschaftssystems\Umverteilung	3
Vorstellung der Person	9
Dialog	17

Dialog\Transportieren von Themen

7

Dialog\Transportieren von Themen\Methoden

10

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 3.2: Kodierung mit der *Grounded Theory*

1.Offenes Kodieren

Konzepte:

Politische Aufgaben: sozial, ökologisch, ökonomisch

Unzufriedenheit mit Politik

Halbherzige Klimapolitik/ Greenwashing

Vertrauensverlust

Rechtspopulistische Wahlerfolge

Zivilgesellschaftliches Engagement

Motivation: Zusammengehörigkeitsgefühl

Gewerkschaftliche Interessenvertretung

Erhaltung von Arbeitsplätzen

Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Verharren in konservativen Strukturen

Fridays for Future

Exklusivität der Klimabewegung – Mechanismen sozialer Schließung

Klimaaktivismus

Bündnisse/ Kooperationen

Soziale Ungerechtigkeit

Soziale Ängste

„Menschen“

Klimaschutz vs. Soziale Gerechtigkeit

Stadt-/Land-Gefälle

Klimaschutz als Thema des ‚Bildungsbürgertums‘

Klimagerechtigkeit

Klimawandel

Sorgen wegen des Klimawandels

Klimawandel als globales Problem

CO₂-Emissionen anderer Länder

Zukunft

Pessimistischer Blick in die Zukunft

Strukturwandel der Arbeitswelt

Technologische Voraussetzungen

Fehlen von Alternativen zur fossilen Stromerzeugung

Systemwandel des Wirtschaftssystems

Umverteilung

Dialog

Transportation von Themen an Politik und Öffentlichkeit

Methoden



Kategorien:

Forderungen an Politik/ politische Aufgaben

Unzufriedenheit mit Politik

Soziale Ungerechtigkeit

Klimawandel

Zivilgesellschaftliches Engagement

Zukunft

Dialog

2. Axiales Kodieren

Politische Aufgaben
Unzufriedenheit mit Politik



Politische Herausforderungen
(Phänomen: Politik)

Soziale Ungerechtigkeit
Klimawandel



Soziale/ökol. Konflikte
(Phänomen: sozial-ökologisch)

Zivilgesellschaftliches Engagement
Zukunft
Dialog



Gestaltung durch ZG
(Phänomen: Zukunft)

Kodierparadigmen:
Soziale/ökologische Konflikte
Gestaltung der Zukunft durch Zivilgesellschaft
Politische Herausforderungen



3. Selektives Kodieren

Kernkategorie: *Sozial-ökologische Transformation*

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang 4: Persönliche Erklärung

Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich meine Master-Thesis zum Thema
„Wie sind soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz miteinander vereinbar? Eine qualitative
Untersuchung der Herausforderung sozial-ökologischer Transformation für
zivilgesellschaftliche Akteur*innen“
selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel, als die angegebenen benutzt habe. Alle
Stellen, die von Autor*innen wörtlich oder sinngemäß übernommen sind, habe ich durch
Angabe von Quellen als Zitat kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher weder in Teilen noch
insgesamt einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Düsseldorf, 21.06.2022

Dorthe Kortendiek